
AUFTRAG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

191/192

April 1990

● AUFTRAG

April 1990

Heft 191/192 — 30. Jahrgang

3	Wenn einer nichts besäße (Aus Licht“, S. 16)	N.N.
4	Helmut Fettweis	Paul Schulz
6	Ostern	
	a) Grundkurs Gottesliebe (aus „Licht“, S. 18, 19)	Johannes Haas OSFS
8	b) Der salesianische Weg der Entscheidung (aus „Licht“, S. 8, 9)	
10	Zur 30. Woche der Begegnung	
	a) Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker	Paul Schulz
19	— Anhang	
20	— Anmerkungen	
21	— Anlagen A—J	
46	b) Erklärung zum 25. Jahrestag der Annahme von „Gaudium et Spes“	Hans Langendörfer SJ
49	Militärseelsorge	
	a) Neue Statuten für Katholische Militärseelsorge übergeben	KNA
50	b) Kirche unter den Soldaten aufbauen	KNA-Korr.
51	c) Anmerkungen zu Religion im Militär (aus Mitteilungen aus der Evang. Militärseelsorge Nr. 25)	Ernst Koch
58	d) Militärseelsorge in der Wehrmacht 30 Jahre Laienarbeit in der Militärseelsorge der Bundeswehr	Helmut Fettweis
67	Kirche	
	a) Programmübersicht für den Deutschen Katholikentag 1990 in Berlin	ZdK
71	b) Caritas in der Pfarrgemeinde	ZdK
74	c) Oben redet man, unten tut sich nichts	Karl Lorenz
76	d) Eine Bibel als Bestechung	Karl Lorenz
78	e) Kirche in der DDR	Georg Sterzinsky
80	Dem, der sich wagt	Hans Bahrs
80	Um die DDR	
	a) DDR — was fehlt?	Helmut Fettweis
83	b) Dömitz, wir kommen wieder.	Anne Bahrs
85	c) Die alte Garde	Helmut Fettweis
88	Nahe und weite Welt	
	a) Gleichberechtigungspolitik...	Ursula Lehr
92	b) Unschuldige Kinder auch heute noch?	Klaus Schäfer
94	c) Deutsche Bundesbank: Hüterin der Währung	Wolfgang Altendorf
96	d) Ökonomische Seitensprünge	Wolfgang Altendorf
97	e) Wie ist das mit der Mark?	Irmeli Altendorf
99	f) Das Ende der Kolonialzeit	Karl Breyer
104	g) In Natal ist die Hölle los	Karl Breyer
107	Aus GKS und PGR	
	a) Hilfe für Rumänien	
107	b) Ruhestand (?), Neue Lebensperspektiven	Willy Trost
110	c) Begegnung mit Schwester Maria in Kairo	Leonhard Schmidt
112	d) GKS Kreis Hammelburg	Eva Albert
113	e) Deutsche und amerikanische Soldaten beten für den Frieden	Eva Albert
115	f) Lobet den Namen des Herrn	Arthur Schopf
116	g) Wunder heute — was sagt die Bibel dazu?	Harald Schäfer
118	Informationen aus Kirche und Welt	

Wenn einer nichts besäße,
besäße aber die Gottesliebe,
so wäre er ein Christ.

Wenn einer nichts beherrschte,
beherrschte aber
die Nächstenliebe,
so wäre er ein Christ.

Wenn einer nichts wäre,
liebte aber sich selbst,
so wäre er ein Christ.

Was wir auch besitzen,
Was wir auch beherrschen,
Was wir auch sind:

Die Liebe macht uns zu Christen.
Herr, laß uns lieben!

(Aus „Licht“, März/April 1990)

Helmut Fettweis, 25 Jahre Redakteur des Verbandsorgans „Königsteiner Offizierbriefe“ und „Auftrag“

Mit der 30. Woche der Begegnung und dem Erscheinen dieser Ausgabe des „Auftrags“ geht unwiederbringlich die Ära der Gründergeneration der Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge zu Ende. Auch die letzte Domäne der „Alten“, die Redaktion des „Auftrags“, geht nun in jüngere Hände über. Helmut Fettweis, Oberst a.D. und im 70. Lebensjahr stehend, übergibt nach 20 Jahren Redaktionsarbeit die Verantwortung für das Verbandsorgan der Gemeinschaft Katholischer Soldaten an Oberstleutnant Klaus Brandt.

Helmut Fettweis gehörte zu einem Kreis engagierter katholischer Soldaten, die von Anfang an Einfluß auf den inneren Aufbau, das Bild und das Selbstverständnis der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland genommen, aber auch an Möglichkeiten und Formen der Mitverantwortung katholischer Laien in der Militärseelsorge gearbeitet haben. Diese Männer, ehemalige Soldaten der Wehrmacht, hatten in neuem Geist den Entschluß, in der Bundeswehr zu dienen, bewußt als Gewissensentscheidung getroffen. Sie wollten aus christlicher Verantwortung heraus der Verteidigung der jungen Bundesrepublik Deutschland und der Erhaltung des Friedens im Rahmen einer freien Völkergemeinschaft mitwirken. Auf dieser Basis hat H.F. durch seine bis heute ausgeübte journalistische Arbeit wesentlich dazu beigetragen, das wertgebundene Gedankengut unserer Gemeinschaft — Wehrdienst als Friedensdienst und als Dienst am Gemeinwohl — über die Bundeswehr und die katholische Kirche hinaus in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Helmut Fettweis wurde am 1. Juni 1920 in Düsseldorf geboren. Nach Abitur und Reichsarbeitsdienst hat er in den Jahren 1938—1945 Militärdienst geleistet. Von 1945—1956 war er zunächst als Journalist, später dann als Kommunalbeamter tätig, bis er am 16.7.1956 als Hauptmann in der Bundeswehr eintrat. Nach Verwendungen als Kompaniechef, Lehrstabsoffizier, Referent im BMVg und zuletzt als Gruppenleiter im Streitkräfteamt schied er am 30.9.1979 mit dem Dienstgrad Oberst aus der Bundeswehr aus.

F. war Mitbegründer des 1961 als Gemeinschaft gleichgerichteten Wollens und Handelns katholischer Offiziere gegründeten „Königsteiner Offizierkreises“ (KOK), dessen Sprecher er von 1961—1967 im Standort Bonn war. Seit 1962 gehörte er dem Bundesvorstand des KOK bzw. seit 1970 der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) an.

Ebenfalls seit 1962 arbeitete Helmut Fettweis am Publikationsorgan des KOK, den „Königsteiner Offizierbriefen“ (KOB), mit, wurde 1966 alleinverantwortlicher Redakteur der KOB. Mit der Erweiterung des KOB zur GKS im Jahr 1970 wurde auch der Titel der Zweimonatszeitschrift in „Auftrag“ geändert, dessen Chefredaktion er sogleich übernahm. Von bisher 190 Ausgaben der Zeitschrift sind rund 165 unter seiner Verantwortung erschienen. Das Verbandsorgan der Gemeinschaft Katholischer Soldaten hatte von Anfang an ein hohes Niveau, was vorwiegend die Leistung des Chefredakteurs Fettweis ist.

1974 gab Helmut Fettweis das von Walter Loch bearbeitete Buch „Wenn Soldaten Frieden

sagen“ heraus. Dieses Buch, das 1988 immer noch in seiner Verantwortung in 3. Auflage erschien, dokumentiert die Leistungen der GKS in der Auseinandersetzung um die ethischen Grundlagen soldatischen Dienens, beginnend in den 50er Jahren bis zum Jahr 1988. Gerade durch diese Veröffentlichung hat er sichergestellt, daß die Wertvorstellungen katholischer Soldaten, die die ethischen Bedingungen für einen verantwortbaren Dienst in einer Demokratie aus ihrem christlichen Glauben ableiten, einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst hat Helmut Fettweis sich nicht aufs Altenteil zurückgezogen. Glücklicherweise stand er auf Drängen des Bundesvorstandes weiterhin als Chefredakteur „Auftrag“ zur Verfügung, bis ein Nachfolger gefunden und auch eingearbeitet werden konnte. Darüber hinaus vertritt er noch heute die GKS in zahlreichen katholischen Pressevereinigungen und ist im Dekanat Bonn in verschiedenen kirchlichen Gremien tätig.

Auch wenn Helmut Fettweis die Verantwortung für die Redaktionsarbeit abgibt, wird er weiterhin im Redaktionsteam des „Auftrags“ mitarbeiten und somit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der GKS erhalten bleiben.

Dazu wünscht die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ihm von Herzen Gottes Segen und seine Gnade, damit er das Laienapostolat katholischer Soldaten noch lange Jahre in geistiger Frische und körperlicher Gesundheit begleiten kann.

Neuer Chefredakteur „Auftrag“ wird Oberstleutnant Klaus Brandt, geb. am 6.1.1939 in Berlin, verheiratet, drei Söhne und eine Tochter. Nach Eintritt in die Bundeswehr im Oktober 1961 durchlief er Verwendungen als Zugführer, Kompaniechef und in verschiedenen Stabsverwendungen in der Panzeraufklärungsgruppe. Als Stabsoffizier wechselte er zur Truppe für Psychologische Verteidigung. Seit dieser Zeit ist er auch journalistisch tätig.

Wir wünschen Klaus Brandt für seine verantwortungsvolle Aufgabe Ideenreichtum, eine Fülle interessanter Beiträge und gute, schreibkundige Mitarbeiter, damit er viele neue Ausgaben des Auftrags gestalten kann.

Waldbröl, 15. März 1990

Paul Schulz, Bundesvorsitzender der GKS

Ostern

Grundkurs Gottesliebe

Johannes Haas OSFS

Osterputz machen viele, wenn es auf das Osterfest zugeht — außen und innen. Frühlingsputz ist eine Form, sich auf den erwachenden Frühling einzustellen.

Fastenzeit: Frühlingsputz-Zeit

Auch die Fastenzeit kann als eine Art Frühlingsputz-Zeit verstanden werden. Wer sich neuen Frühling schenken lassen will, läßt sich auf einen Reinigungsvorgang ein. Fasten, wie auch immer, ist eine Form der Reinigung. Die einen bereinigen ihr Übergewicht, andere bringen einen Streit ins Reine. Christen lassen sich in der Osterbeichte von Gott einen Neuanfang schenken: Frühling ihrer Beziehungen zu Gott, zu Mitmenschen, zu sich selbst.

Frühling der Frömmigkeit

wollte auch Franz von Sales schenken. Deshalb legt er in seiner „Philothea“ auf verschiedene Formen der Reinigung so großen Wert. Die meisten Kapitel im ersten Teil seines Frömmigkeitsführers handeln von Reinigungsvorgängen. „Die Läuterung der Seele ist das erste“ (I,5). Mit dieser Ouvertüre eröffnet er ein mehrstufiges Umkehr-Programm. Wer wirklich Gott lieben will, muß zuallererst bereit sein, sich von der Sünde in all ihren Formen zu lösen, sich von ihr erlösen zu lassen: von der Todsünde (6), von der Anhänglichkeit an die Sünde (7), sowohl an läßliche Sünden (22), an Unnützes und Gefährliches (23) wie auch an Charakterfehler (24). Franz macht unmißverständlich klar: „Du willst ein frommes Leben führen. Daher mußt du nicht nur von der Sünde lassen, sondern auch aus deinem Herzen alle Bindungen zur Sünde entfernen.“ (7) Wie? Indem ich mir klar werde, was Sünde ist, und sie deshalb tief bereue. Wie aber werde ich mir darüber klar? Indem ich Gottes Sehnsucht nach mir betrachte, mich in meiner Sehnsucht nach IHM entdecke. Dazu hat Franz zehn Betrachtungen entwickelt (9–18).

Zehn Schritte der Sehnsucht

Franz eröffnet zunächst den Blick auf mich als Gottes Schöpfung, dann auf Gottes Ziel mit mir, auf seine Zuwendung zu mir. Anschließend kommt die Kehrseite in den Blick: meine Sünde, mein Tod, mein Gericht, meine mögliche Hölle und mein möglicher Himmel. In die Entscheidung gestellt, liegt es an mir, mich für den Himmel zu entscheiden, ein frommes Leben zu wählen, ein Leben, das himmelwärts Gott zugewandt ist.

Wer sich heute auf diese Betrachtungen von damals einläßt, wird sie kaum hintereinander in zehn Tagen schaffen. Ich schlage deshalb vor, sie auf fünf Wochen der österlichen Bußzeit zu verteilen. Mein Vorschlag zur Zeitplanung: — ab Aschermittwoch: Lektüre Ph I, 5–8, 22–24. Gebet um die Gnade meiner Umkehr.

- ab 1. Fastensonntag jede Woche je zwei Betrachtungen (9–18).
- in der Karwoche: Osterbeichte als Art Generalbeichte (19).
- in der Osternacht: das Taufversprechen als meine persönliche Erneuerung (29).

Zum Umgang mit den Betrachtungen möchte ich drei Schritte vorschlagen, die sich auf drei Tage verteilen können:

- (1) Ich lese das Kapitel und mache mir dazu meine eigenen Gedanken. Ich bereite gleichsam die Speise mundgerecht für mich vor.
- (2) Ich lasse mich auf die Betrachtung ein, erlebe mich in ihr. Dafür nehme ich mir ausreichend Zeit.
- (3) Ich suche in dem, was mir bei der Betrachtung dieser Gedanken gekommen ist, meinen persönlichen Bezugspunkt, jenen Punkt, auf den es mir vor allem ankommt. Ich bringe den Text gleichsam auf den Punkt, indem ich ihn in einem Merk-Satz, in einem Vor-Satz verdichte. Ich unterstreiche einen Satz mit meinem eigenen Leben, zum Beispiel: „Gott, ich schenke Dir mein Herz.“ (9) oder „Du sollst in Zukunft mein Mittelpunkt sein!“ (10). Es ist gut, solche Sätze auf ein Blatt Papier zu schreiben, sie mir mitten in meinem Alltagsleben vor Augen zu halten. So entsteht ein kleines Tagebuch meiner Umkehr zu Gott.

Die zehn Umkehr-Schritte in den Betrachtungen, wie Gott mit mir umgeht und wie ich mit Ihm umgehe, münden in den Umkehr-Schritt der (General-)Beichte ein. Ich empfehle, diesen Schritt besonders gut vorzubereiten. Langfristig werde ich mit einem Priester einen Termin für ein Beichtgespräch vereinbaren, wenn möglich zum Abschluß meiner Betrachtungen. Ich werde ihm nicht verbergen, wie ich mich auf diese Beichte vorbereitet habe, was sie mir bedeutet, welchen Neuanfang ich damit setzen möchte. Ich kann das, was ich in den vergangenen Wochen für mich niedergeschrieben habe, in die Beichte mitbringen, es vor Gott laut aussprechen, mir in meine Vor-Sätze hinein Gottes Lossprechung schenken lassen.

Wie ich mit der „Feierlichen Erklärung“ (20) umgehe, auch dazu werde ich meine persönliche Form finden. Auch sie kann ich in einem Dreischritt bearbeiten: ich lese sie, meditiere sie und schreibe sie in mein Leben hinein um, unterschreibe sie mit meiner Unterschrift. In die Zeilen meines Lebens hinein darf Gott seine Liebe schreiben. Mit meinen eigenen Worten drücke ich meine Umkehr-Bereitschaft aus. Meine „Erklärung“ kann ich in der Beichte aussprechen, ich kann sie aber auch in die Osternacht mitbringen, sie in das gemeinsame Taufversprechen einbeziehen. So erlebt meine Frömmigkeit im Osterfest ihr Frühlingsfest.

(aus „Licht“ März/April 1990)

Der salesianische Weg der Entscheidung

Christsein verlangt nach Entscheidung für ein Leben mit Gott. Franz von Sales zeichnet in seiner *Philothea* einen möglichen Weg zum Ja für Gott.

Konrad Esser OSFS

Ein Wanderer hatte den Weg verloren und irrte in glühender Mittagshitze ohne Proviant durch die Berge. Endlich traf er einen anderen Wanderer und fragte ihn: „Wo ist hier eine Quelle, wo gibt es Wasser?“ Der Gefragte gab zur Antwort: „Wo es Wasser hier gibt, weiß ich nicht. Aber ich bin Chemiker, ich kann Ihnen die chemische Formel von Wasser nennen. Das hilft Ihnen sicher weiter!“ Nun, das hat dem Durstigen mit Sicherheit nicht geholfen. Ihm konnte in seiner Situation nur eines helfen: frisches Wasser.

Gott wendet sich mir zu

Es wäre töricht, Menschen, die aus einer konkreten Notsituation heraus keinen Ausweg mehr sehen und nach dem Sinn des Lebens fragen, mit theologischen Lehrsätzen und Formeln abzuspeisen. Was sie brauchen, ist frisches, lebenspendendes Wasser, die Erfahrung eines Gottes, der sich der Menschen annimmt, der sie bejaht und liebt.

Als Student in Paris war Franz von Sales überzeugt, von Gott für die ewige Verdammnis bestimmt zu sein. In dieser ausweglosen Situation hat er den Mut, sich diesem Gott ohne ohne Wenn und Aber auszuliefern. Gleichzeitig erfährt er: Gott wendet sich mir zu, nimmt mich an. Gott ist die Liebe, und dieser Liebe darf ich völlig vertrauen.

Umkehr und Erneuerung

In der „*Philothea*“ wendet sich Franz von Sales an Menschen, die ihrem Leben eine neue Richtung geben wollen. Eine solche innere Erneuerung erreicht man jedoch nicht von heute auf morgen, sondern ist ein langer Prozeß, der viel Geduld und Ausdauer erfordert. Dazu empfiehlt Franz von Sales Tage der geistlichen Einkehr und Besinnung, um zu einer klaren Erkenntnis der eigenen Situation zu gelangen. Die zehn Meditationen, Franz nennt sie „Betrachtungen“, die er dafür vorschlägt, verfolgen den Zweck, im suchenden Menschen jene Reue zu erwecken, die für eine echte Umkehr und Erneuerung notwendig ist, um in ihm jene klare Entscheidung für ein Leben reifen zu lassen, das sich ganz an Gott orientiert.

Die Reue, die Franz von Sales erwartet, beruht auf der Erkenntnis, daß die Sünde ein großes Übel ist. Oder, um im Bild der erwähnten Geschichte zu bleiben, daß der bisher eingeschlagene Weg ein Irrweg war. Die Reue aber — und da zeigt sich der positive salesianische Ansatz — entsteht nicht aus Furcht vor einem strafenden Gott, sondern aus der Sehnsucht nach dem lebenden Gott, der sich mir zuneigt und mich annimmt. Deshalb sollen wir gerade durch das Betrachten der Glaubenswahrheiten „unser Herz für Gott und das Göttliche erwärmen.“

Die zehn Betrachtungen

Liebe und Güte Gottes

Und so geht es in den ersten drei Betrachtungen darum, mir die Größe der Liebe und Güte Gottes vor Augen zu stellen. Einzig aus Güte hat mich Gott ins Dasein gerufen. Er hat mich befähigt, am ewigen Leben teilzunehmen und zur vollkommenen Vereinigung mit Gott zu gelangen. Zur Erlangung dieses Zieles hat mich Gott mit Wohltaten geradezu überhäuft, mit äußeren Gaben: Gesundheit, Wohlstand, Freunde; mit Gaben des Geistes: Verstand, freier Wille; und mit übernatürlichen Gaben: Glaube, Sakramente und viele geistliche Anregungen. Der Blick auf diese Gaben soll in uns tiefe Dankbarkeit erwecken, die uns zu größerer Treue gegenüber Gott anspornt.

Sünde, Tod, Gericht, Hölle

Die nächsten vier Betrachtungen befassen sich mit den Themen Sünde, Tod, Gericht und Hölle.

Die Sünde wird verstanden als Undank gegen Gott, der uns in seiner Liebe immer wieder nachgeht, uns trotz unserer Untreue stets neu das Angebot seiner Liebe macht.

Der Blick auf Tod und Gericht soll in uns die Bereitschaft wecken, uns auf die Stunde einzustellen, in der wir vor Gottes Angesicht erscheinen und Rechenschaft über unser Tun und Lassen ablegen. Unsere Sorge sei es, schreibt Franz von Sales, daß der Übergang ins Jenseits ein glücklicher werde.

Die Hölle als Folge der Sünde, der Abkehr von Gott, versteht Franz von Sales als ewiges Getrenntsein von Gott und seiner Liebe, als Ausgeschlossenheit von Gottes Herrlichkeit.

Gott, das lebenspendende Wasser

Dem Menschen auf der Suche nach Sinn und Richtung für sein Leben gibt Franz von Sales in diesen Betrachtungen eine konkrete Antwort, die ganz und gar von seinem positiven Gottes- und Menschenbild geprägt ist. Für viele Menschen, damals wie heute, ist Gott der ferne, allwissende und allmächtige Herrscher der Welt, der die Menschen mißtrauisch beobachtet. Zu einem solchen Gott findet der Mensch keinen rechten Zugang, kein rechtes Vertrauen, da hier die Furcht bestimmend ist. Für Franz von Sales steht der Gott der Liebe im Mittelpunkt, der Gott, der in seiner Liebe von sich aus auf den Menschen zukommt und die Beziehung mit dem Menschen sucht, den er „mit ewiger Liebe geliebt“ hat. Die persönliche Erfahrung mit diesem Gott der Liebe wird auch heute für die Menschen das lebenspendende Wasser sein, das ihn vor dem Verdursten, vor der Resignation, inneren Sinnlosigkeit und Leere bewahrt und neue Dimensionen der Beziehung zwischen Gott und Mensch eröffnet und dadurch zu einem erfüllten Leben führt.

(aus „Licht“ März/April 1990)

Zur 30. Woche der Begegnung

„Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ Überlegungen zur Behandlung des Jahresthemas durch die GKS

Paul Schulz

1. Vorbemerkung

Das Jahresthema für die Bildungsarbeit der GKS wird durch den Bundesvorstand (BV) festgelegt und während der Woche der Begegnung (WdB) den Delegierten der Bundeskonferenz mit auf den Weg gegeben. Bis 1989 begann die Jahresarbeit im Anschluß an die WdB, also im Mai des jeweiligen Jahres, und dauerte bis zur folgenden WdB. Das heißt, diese Woche sollte zugleich Höhepunkt und Abschluß des Jahresthemas sein.

Das Verfahren hatte Nachteile. Die mittlere Ebene und vor allem die Kreise wurden mit dem Jahresthema allein gelassen. Sie sollten auf der Standortebene und bei den Wehrbereichskonferenzen Vorarbeiten für die Behandlung des Jahresthemas während der WdB leisten, ohne konkret darauf vorbereitet zu sein. Anregungen durch Aufsätze im „Auftrag“ standen frühestens im Spätherbst eines Jahres zur Verfügung. Gerade aber die Kreise erwarten mit Recht eine Vorbereitung auf die Arbeit mit dem Jahresthema.

Deshalb wurde auf der 29. WdB in Leitershofen entschieden, die thematische Jahresarbeit dem Kalenderjahr anzupassen. So wird zwar das jeweilige Thema für das folgende Jahr weiterhin auf der WdB bekanntgegeben, damit Vorarbeiten auf der Bundesebene dann sofort starten können und somit spätestens im Januar eines Jahres die praktische Arbeit beginnen kann. Die mittlere Ebene der Bereiche wie die untere Ebene der Kreise haben so die Möglichkeit, sich entweder im I. Quartal und auf den Wehrbereichskonferenzen auf das Thema der WdB vorzubereiten oder den Vortrag eines renommierten Wissenschaftlers am „Tag der GKS“ während der WdB als Einstieg in die Jahresarbeit zu nutzen.

Möglichst vor der WdB soll der Sachausschuß „Konzeption“ im Auftrag des BV eine Handreichung veröffentlichen, die allen Ebenen der GKS Anregungen für die Behandlung des Jahresthemas gibt und zugleich eine Verkaufsstrategie darstellt. Ein erster Versuch soll mit dieser Arbeit unternommen werden. Sie stellt keine didaktische Analyse, auch kein Kompendium zum Jahresthema dar. Sie will nur Denkanstöße und Anregungen vermitteln.

2. Überlegungen zur Wahl des Jahresthemas 1990

(1) Das Jahresthema 1990 ist der Nr. 79 der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ (GG 79) entnommen. Wichtig für das Verständnis ist allerdings, daß die gesamte Aussage von GS 79 zum Soldaten betrachtet wird, die lautet:

*„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht,
betrachte und verhalte sich als Diener der
Sicherheit und Freiheit der Völker.
Indem er diese Aufgabe recht erfüllt,
trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“¹⁾*

(2) Das Thema des Jahres 1989 „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ soll fortgesetzt werden. Zum soldatischen Ethos gehört nach GS 79 der Dienst an der Gemeinschaft, nicht nur des eigenen Landes, sondern aller Völker zur Sicherung des erreichten Standes an Menschenrechten und deren Förderung. Im Mittelpunkt allen Denkens, Wollens und Handelns muß der Dienst am Menschen stehen, der als Geschöpf Gottes mit einer einmaligen und unverwechselbaren Würde ausgestattet und unser Bruder ist.

(3) Am 7. Dezember 1990 wird die Pastoralkonstitution „Über die Kirche in der Welt von heute (Gaudium et spes)“ 25 Jahre alt. Das ist für die GKS Anlaß, über die Beständigkeit und Wandelbarkeit dieser für Soldaten so wichtigen Konzilsaussage und deren Realisierbarkeit nachzudenken. Auch soll geprüft werden, welchen Einfluß die Aussage der Konzilsväter auf Einstellung und Verhalten katholischer Soldaten hatte und ob der „konditionierte Imperativ“ (Harald Oberhem) von GS 79 im Blick auf die Jahrtausendwende bestand hat und angesichts einer sich stürmisch wandelnden Welt Perspektiven für die Lösung komplexer Zukunftsaufgaben anbietet.

(4) Heute geht Soldaten häufig das Bewußtsein für den Sinn ihres Dienstes verloren. Deshalb sollte in den Kreisen der Schwerpunkt der Arbeit vor allem darin gesehen werden, wie katholische Soldaten eine von den Wechselfällen der Politik und den materiellen Vorteilen unabhängige, positive Einstellung zum Dienst gewinnen können. Sie sollen auch Stolz darüber empfinden, daß sie im Dienst ihres Staates der Förderung des Friedens unter den Völkern dienen.

3. Einführung in das Jahresthema

3.1 Ein neuer Bezug des soldatischen Dienstes — Anspruch und Wirklichkeit

Mit dem Attribut „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ verlieh im Jahr 1965 die katholische Kirche dem Soldatenberuf eine besondere Würde, die zudem die Verpflichtung enthält, wie der Soldat seinen Dienst zu sehen und zu leisten hat. Sowohl in der kirchlichen Soziallehre als auch in der militärischen Tradition war ein solcher Bezug des soldatischen Dienstes auf den Frieden neu. Doch gerade in der Bundeswehr fand diese Saat bei engagierten katholischen Soldaten einen seit Jahren vorbereiteten, aufnahmefähigen und fruchtbaren Boden vor. Seitdem dient diese knappe Aussage des II. Vatikanischen Konzils der Legitimierung des Wehrdienstes; sie gibt zugleich das Selbstverständnis katholischer Soldaten der Bundesrepublik Deutschland wieder.

Der Konzilstext erwähnt — das muß man nüchtern sehen — den Dienst des Soldaten nur beiläufig. So steht die o. a. Feststellung im letzten Absatz der Nr. 79 von „Gaudium et

Spes“, die den Titel trägt *„Der Unmenschlichkeit der Kriege Dämme setzen“* und ist unbedingt im Zusammenhang des 5. Kapitels *„Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“* zu sehen.

An vielen Stellen, wie auch hier, läßt die Pastoralkonstitution Konturen einer internationalen Ordnung und Solidargemeinschaft durchscheinen, in der das Völkerrecht nicht mehr nur ein Recht der souveränen Staaten, sondern ebenso ein Recht der Menschheit sein wird, das auch den Volksgruppen und Einzelmenschen einklagbare und durchsetzbare Rechte gewährt (Kimminich). Auch in einer solchen noch aufzubauenden überregionalen Friedensordnung werden Soldaten — in berechtigter Wahrung und zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegen bewaffnete Angriffe auf diese Rechtsordnung — Sicherheit und Freiheit der Menschen zu schützen haben.

Obwohl GS 79 den Soldaten zunächst im Dienst seines eigenen Vaterlandes sieht, ist sein Dienst bewußt in die umfangreichere Aufgabe der Verantwortung für den Frieden gestellt. Der vom Sittengesetz vorgegebene Zweck seines Dienstes ist die Wahrung von Sicherheit und Freiheit der Völker. Hier wird der Soldat über nationales und regionales Denken hinaus zur grenzüberschreitenden Solidarität gerade mit jenen Völkern aufgerufen, die um ihre Selbständigkeit, Freiheit und Überlebensfähigkeit ringen.

Es ist nicht die Absicht des Konzils, ein bestimmtes Bild des Soldaten zu beschreiben. Dies wäre angesichts der gravierenden und unterschiedlichen Bedingungen in der Welt auch unter den Konzilsvätern kaum konsensfähig gewesen. Im Gegenteil geht der letzte Absatz von GS 79 nicht auf die konkrete Situation von Streitkräften ein. Sowenig wie es auf der Welt den Staat und die Gesellschaft gibt, die höchsten Anforderungen genügen, kann eine Armee beschrieben werden, die einem Ideal entspricht. Leider stellt in vielen Ländern der Dienst des Soldaten immer noch Entwürdigung des Menschen, sinnloser Leerlauf, Verschwendung des Volksvermögens und Ausformung einer Sonderklasse von Menschen dar. Auch der Tatbestand des ungerechten Tötens trifft auf bestimmte Aspekte des Verhaltens von Soldaten in Kriegen und kriegsähnlichen Situationen der Vergangenheit wie der Gegenwart zu. Soldaten, und zwar nicht nur solche, die im Dienst autoritärer oder pseudodemokratischer Regierungen stehen, sind häufig an schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt, oder dieses Unrecht wird erst durch die Strukturen von Streitkräften und ihr Selbstverständnis ermöglicht.

Dagegen befinden sich die Soldaten der Bundeswehr in einer beneidenswert vorteilhaften Situation. Durch Geist und Zielsetzung von Grundgesetz und Wehrgesetzgebung sowie einer auf die Achtung der Menschenwürde verpflichteten Menschenführung in den Streitkräften sind die oben beschriebenen ungerechten Strukturen beseitigt. Der Soldat der Bundeswehr hat trotz der Pflicht zum Gehorsam den notwendigen Freiraum, um seinem Gewissen folgen und verantwortlich Handeln zu können.

Der Grund, weshalb für die Bundeswehr ein so hoher Stand an Rechtssicherheit und soldatischem Ethos erreicht werden konnte, ist sicher auch auf die Folgerungen zurückzuführen, die aus dem Mißbrauch der soldatischen Tugenden durch das totalitäre, men-

schenverachtende System des Nationalsozialismus gezogen wurden. Wesentlichen Anteil an diesem neuen Denken hatten überzeugte katholische Christen, die als mündige Bürger sich ihren staatsbürgerlichen Aufgaben stellten. Sie wollten aus dem Glauben heraus und vom Boden des Grundgesetzes her Wertvorstellungen für die Streitkräfte in einer Demokratie entwickeln.

Dieses Sendungs- und Verantwortungsbewußtsein hat sich bis heute unverändert erhalten. Im April 1990 treffen sich engagierte katholische Soldaten in Bad Segeberg zur 30. Woche der Begegnung — 30 Jahre nach dem Beginn der organisierten Laienarbeit im „Königsteiner Offizierkreis (KOK)“, 20 Jahre nach Erweiterung des KOK zur „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ sowie 25 Jahre nach dem Zusammenschluß nationaler, katholischer Soldatenvereinigungen zum „Apostolat Militaire International (A.M.I.)“. Sie wollen im Rahmen des Jahresthemas „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ über den soldatischen Auftrag und die gesellschaftlichen und kirchlichen Aufgaben katholischer Soldaten nachdenken.

In einem Brief vom 15. 1. 90 an den Bundesvorsitzenden der GKS dankte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, der Gemeinschaft für ihr Engagement. Er führte in dem Schreiben u. a. aus: *„Es ist zu begrüßen, daß die Gemeinschaft katholischer Christen in den Streitkräften . . . immer wieder sittliche und auch religiöse Grundfragen bedenkt, die sich im Zusammenhang mit dem Dienst des Soldaten stellen. Darin sehe ich einen Ausdruck jenes ‚wachen Bewußtseins‘ moralischer Verantwortung, zu dem wir deutschen Bischöfe in unserem gemeinsamen Wort ‚Gerechtigkeit schafft Frieden‘ in besonderer Weise die Soldaten der Bundeswehr eingeladen haben.“*

3.2 Der Sache des Friedens mit Leidenschaft zuwenden

Auf diesen Lorbeeren darf und will die GKS sich nicht ausruhen. Vielmehr kommt es darauf an, daß sie sich den Herausforderungen der Gegenwart wie der Zukunft stellt und dort, wo es ihr möglich ist, auch Einfluß nimmt. *„Die Aufbrüche der Gegenwart fordern nicht nur die Kräfte der politischen Gestaltung heraus. Mit dem Wiedereintritt Osteuropas in den geschichtlichen Prozeß steht das ganze Europa, das man einmal das christliche Abendland nannte, vor neuen Zukunftsaufgaben. Keineswegs kann das nur die Sozialingenieure und Technologie-Experten betreffen. So wichtig diese für die Sicherung eines humanen Milieus auch sein mögen. Der Mensch lebt nicht von der Anspruchsgesellschaft allein, und wir würden uns den Fragen, die der Osten heute stellt, nicht ebenbürtig erweisen, würden wir sie nur auf der Ebene des homo faber abhandeln.“*²⁾

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, sich an der geistigen Auseinandersetzung zu beteiligen und Antworten auf die anstehenden Fragen zu suchen, wie das gemeinsame europäische Haus — ein im übrigen von Konrad Adenauer 1955 im Moskau benutzt und seit den Türkenkriegen im Abendland bekannter Begriff — wohnlich eingerichtet und eine friedensbewahrende Hausordnung geschaffen werden kann. So sind im Sinne der Konzilsaussagen GS 79 gerade die katholischen Soldaten aufgerufen, den politischen Frie-

den auf Erden zu sichern und zu fördern und dies als ihre Aufgabe zur christlichen Weltgestaltung zu betrachten. Sie sollen „im Licht christlicher Weisheit und unter Berücksichtigung der Lehre des kirchlichen Lehramtes darin ihre eigene Aufgabe wahrnehmen“ (GS 43) und nicht glauben, die Militärseelsorger seien kompetenter und hätten auf solche schwierigen Fragen konkrete Lösungen bereit oder hätten die Sendung dazu. (ebd.)

Natürlich wird die GKS nicht die Welt verändern. Sie kann aber dazu beitragen, „daß wenigstens im eigenen Bereich gelingt, was in internationaler Politik erforderlich ist: Gegenseitiges Ernstnehmen, Bemühen um fachliches Wissen und sachliche Information, Verständnis für den, der zu einer anderen Einschätzung gelangt, damit man sich der Sache des Friedens mit Leidenschaft zuwendet.“³⁾

3.3 Diener — Dienen — Dienst

Im Zentrum der Überlegungen zum Jahresthema steht der Begriff „Diener (Dienen, Dienst)“.

Diener ist, wer im Auftrag eines anderen steht. Dieser andere kann Gott, der Staat, eine Gruppe oder auch ein einzelner Mensch sein. Im Gegensatz zur Sklaverei und Knechtschaft wird Dienst nicht als Last empfunden, sondern nach abendländischem Verständnis als Gabe, Aufgabe, Amt, Berufung. Dienen führt auch nicht zu einem Verlust an Menschenwürde, sondern fördert die Selbstfindung und Unabhängigkeit der Person. Für den Soldaten heißt Dienen behutsam mit allem umgehen, was Leben ist, heißt Dienen, Ehrfurcht vor dem Leben und vor Gottes Schöpfung haben. (s. a. Anlg. A)

Weitere Gedanken zur Einführung in das Jahresthema: P. Dr. Hans Langendörfer SJ:
1. Entwurf einer GKS-Erklärung zu „Gaudium et Spes“.

4. Inhaltliche Erschließung

4.1 Einstieg

Der Einstieg für die Beschäftigung mit dem Thema können Definitionen, biblische und kirchliche Aussagen sowie Folgerungen daraus zum Dienen/Dienst sein. Als Dokumente bieten sich an

- Neues Testament: Aussagen von Jesus, Paulus, Päpsten u. a. (s. Anlg. C);
- Katholischer Erwachsenenkatechismus; — katholische Soziallehre⁴⁾ (Beispiele s. Anlg. E—G);
- Gaudium et spes (s. a.: P. Dr. Hans Langendörfer, a. a. O.);
- Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschlands „Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden“;
- „Gerechtigkeit schafft Frieden“, Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden vom 18. 4. 85⁵⁾;
- Stuttgarter und Baseler Erklärungen⁶⁾;

- Aussagen der GKS⁷⁾ und anderer Verbände;
- Stellenwert des Dienstes in unserer Gesellschaft anhand offizieller und inoffizieller Erklärungen und Reden⁸⁾.

Die Mitglieder eines GKS-Kreises können z.B. gemeinsam darüber nachdenken und miteinander diskutieren, welche Vorstellungen jeder einzelne mit den Begriffen Diener, Dienerinnen und Dienst verbindet. Wodurch unterscheiden sich Dienste für Gott und in der Kirche, Dienste für den Staat, Dienst an der Familie und am Mitmenschen? Gibt es grundlegende Unterschiede oder haben alle Dienste etwas gemeinsam? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, gibt Anlg. D–H Anregungen.

4.2 Hauptteil

Zur Themenauswahl und Vorbereitung bietet sich auf der entsprechenden Ebene ein „brain storming“ mit allen Interessierten an. Die nachfolgenden Themenvorschläge sollen nur Anregungen sein, die je nach der Bedarfslage oder der aktuellen Entwicklung beliebig ergänzt werden können.

- 4.2.1 — Wandel im Berufsverständnis des Soldaten;
 - Bedrohungswahrnehmung und Selbstverständnis des Soldaten;
 - Achtung der Menschenwürde in den Streitkräften:
 - Sinn und Zweck des Konzepts der Inneren Führung;
 - Aspekte der Fürsorge, der sozialen Gerechtigkeit, der Anerkennung von Bedürfnissen der Soldaten (planbare Freizeit, klar strukturierter Dienst, Dienstzeitbegrenzung, Wohnungs- und Familienfürsorge);
 - Ausbildung und Praxis der Menschenführung in den Streitkräften (inhaltliche, methodische, zeitliche Defizite in der Führerausbildung — Weiterbildung, wie und durch wen lernen junge Vorgesetzte Menschenführung, aus Fehlern lernen?).
- 4.2.2 — Soldatsein in den 90er Jahren:
 - Auswirkung der gesellschaftlichen Veränderungen auf den Bundeswehralltag;
 - Daseinssicherung in Freiheit ist nicht das höchste Ziel des soldatischen Dienstes; welchen Sinn kann die Religion dem Dienst geben?;
 - Wie können Sachverstand und Spezialwissen der Soldaten für die Entwicklung der Friedenspolitik genutzt werden?
 - Funktionen der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Strukturwandels (Sicherstellen militärischer Sicherheit, Mitwirken der Streitkräfte bei der Rüstungskontrolle, die Funktion der Nuklearwaffen, friedensbezogene Nebenaufgaben der Bundeswehr wie Umweltüberwachung, -schutz, Katastrophenhilfe);
 - Mitwirken an einer europäischen und einer Weltfriedensordnung;
 - Bundeswehreinsatz im Rahmen der UNO-Friedenstruppen;

4.2.3 — Einsatz für die Menschenrechte

- Berichte von Menschenrechtsorganisationen und kirchlichen Hilfswerken sammeln, analysieren und feststellen, ob Menschenrechtsverletzungen oder Beteiligungen durch reguläre Streitkräfte vorliegen; überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden können: in konkreten Einzelfällen z.B. Briefe an die verantwortlichen Regierungsstellen schreiben (s.a. WELTBILD-Aktionen);
- Zusammenleben mit Minderheiten: lernen, mit denen zusammenzuleben, die zu uns kommen und uns fremd sind.

4.3 Durchführung

4.3.1 Problematisch ist die praktische Vermittlung des Jahresthemas vor allem für die Kreisebene. Stellen Sie sich zunächst die Fragen, die eigentlich jedem Ausbilder in den Streitkräften geläufig sind:

- 1) Welche Zielgruppe wollen Sie ansprechen: Zielgruppenanalyse;
- 2) Was wollen Sie vermitteln (Wissen und Kenntnisse, Analysen und Bewertungen, Folgerungen für die praktische Arbeit): Lernzielbestimmung;
- 3) Wie wollen Sie Inhalte rüberbringen (Vortrag, Lehrgespräch; Diskussion im kleineren/größeren Kreis oder Podiumsdiskussion; Gruppenarbeit): Bestimmen der Methode;
- 4) Wer steht als Vortragender/Ausbilder/Moderator zur Verfügung?
- 5) Wer unterstützt, hat gleiche/ähnliche Themen/Vorstellungen/Erfahrungen oder auch kontroverse Meinungen?

4.3.2 Gerade die Basis der GKS muß motiviert sein, das Jahresthema ohne Scheu vor der damit verbundenen Arbeit oder dem zu erreichenden „hohen“ Niveau zu behandeln. Dies sollte erreicht werden, ohne daß wiederum der Bundesvorstand zusätzlich gefordert wird.

Eine Möglichkeit sehe ich darin, ggf. arbeitslose katholische Dipl.-Theol./Päd. aus der örtlichen, zivilen Pfarrgemeinde gegen Honorar zu beauftragen, eine oder auch mehrere Abendveranstaltungen zum Jahresthema vorzubereiten und durchzuführen. Beachten Sie aber bitte dazu die Haushaltsbestimmungen, die im Handbuch GKS, Abschn. 7.1 „Veranstaltungen der GKS“ nachzulesen sind.

Es bietet sich auch an, diese Veranstaltungen gemeinsam mit anderen interessierten Verbänden (Kolping, KAB, KJG, Pax Christi u.a.m.) — auch oder gerade wenn sie gegenteiliger Auffassung sind — durchzuführen. Dies macht die GKS als kirchlichen Verband bekannt, fördert den Dialog und das gegenseitige Verständnis. Der Kreis kann und sollte über seine Aktivität durch eine kurze Mitteilung in der regionalen Presse, dem Kompaß und dem Auftrag berichten.

5. Verkaufsstrategie

5.1 Kommunikation

Verbandsarbeit wie die Arbeit mit dem Jahresthema muß die Wirkung auf bestimmte Zielgruppen berücksichtigen. Zielgruppen sind

- nach innen die Mitglieder der GKS auf den drei Ebenen — Kreis, Wehrbereich, Bund,
- nach außen katholische oder andere interessierte Soldaten, die militärische Führung, kirchliche Multiplikatoren/Repräsentanten und Medien.

Jeder Sprecher eines Kreises oder Vorsitzende eines Bereiches hat seine Erfahrungen, wie schwer es ist, allein schon die innere Zielgruppe zu erreichen. Deshalb ist es wichtig, daß die Jahresarbeit nicht zusätzlich belastet oder nur als Informationsweitergabe an die GKS-Mitglieder, an Interessenten in Bundeswehr, Kirche, Verbänden oder Öffentlichkeit verstanden wird. Es muß untereinander und mit Andersdenkenden zum Dialog kommen, damit unsere Botschaft auch ankommt. Was heißt das?

Information:

Referate ohne anschließende ausgiebige Aussprache, Erklärungen, Pressemitteilungen, Verlautbarungen u.a.m. sind Monologe, d.h. einseitige „Datenübermittlungen“, die nur bei einem begrenzten Empfängerkreis auf Interesse stoßen. Stehen die gegebenen Informationen nicht in Übereinstimmung mit dem Wahrnehmungsbedarf, dem Interesse und den Wünschen des Empfängers, so führt das zwingend zur Blockade, bestenfalls zu einer Teilwahrnehmung oder Umdeutung. Dadurch wird der Informationszweck nicht erreicht. Im Gegenteil dienen selektiv wahrgenommene Informationen der Bestätigung des eigenen Denkens und des bereits vorhandenen Vorurteils.

Dialog:

Soll bei einer Zielgruppe etwas erreicht werden, muß sich die Information an den Interessen, an der Motivationslage und an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientieren. Vor allem für das Gespräch mit Andersdenkenden ist es wichtig, die jeweilige Meinungs- und Einstellungslage zu kennen, bevor man in einen wechselseitigen Austauschprozeß — den Dialog — eintreten kann. Die besten Sachargumente zählen aber nicht, wenn kein Vertrauensverhältnis zwischen den Dialogpartnern besteht. Deshalb muß ein Schwerpunkt der Kommunikation auf der Ebene der Vertrauensbildung liegen. Erst dann ist der Weg zur Einstellungs- und Verhaltensänderung frei.

5.2 Zur Verkaufsstrategie fallen mir folgende Gedanken ein:

- (1) Eine Handreichung zum Jahresthema müßte die Initialzündung für die inhaltliche Erschließung und die methodische Behandlung des Themas auf allen Ebenen sein. Deshalb ist sie so abzuschließen, daß sie vor der WdB den Delegierten und spätestens mit dem Aprilheft des „Auftrag“ allen Mitgliedern zugänglich gemacht wird.
- (2) Parallel dazu sollte eine inhaltliche Erschließung durch einen zu Jahresbeginn zu veröffentlichenden Aufsatz erfolgen.

(3) Bei der Woche der Begegnung wird ein renommierter katholischer Sozialethiker Grundsätzliches und Richtungsweisendes vortragen.

(4) In der 2. Jahreshälfte behandeln die (Wehr)Bereichs-konferenzen das Thema, um es zu vertiefen und um den Kreisen weitere Anregungen zu geben.

(5) Im Spätherbst 90 könnte der Bundesvorstand oder ein von ihm beauftragter Sachaus-schuß (z. B. SA „Sicherheit und Frieden“ oder SA „InFü“) ein Symposium an einer zentralen und allgemein akzeptierten Stätte (z. B. ZInFü) durchführen. Dieses Symposium sollte Fachleute aus Wissenschaft, Kirche, Verbänden und den Streitkräften zum Dialog zusammenführen. Dabei können Experten neue Überlegungen zur Ethik des soldatischen Dienstes kontrovers vortragen (Referate, Sachverständigenbefragung, Podiumsdiskussion, Plenumsdiskussion, Gespräche Arbeitsgruppen). Das Ergebnis müßte dokumentiert und der Bundeswehr wie der kirchlichen Öffentlichkeit als Publikation zugänglich gemacht werden.

(6) Vertreter des Bundesvorstandes können zum Jahresende das Ergebnis der Jahresarbeit sowohl der militärischen Führung und politischen Leitung des BMVg als auch der Leitung des KMBA präsentieren, um darzustellen, daß die GKS

- mit ihrer Tätigkeit „Innere Führung“ für den Dienstherrn zum Nulltarif praktiziert,
- durch ihr Wirken zur Legitimation der Streitkräfte und Akzeptanz der Bw in der Gesellschaft beiträgt;
- im innerkirchlichen Raum zur Verständigung von Gruppen mit gegensätzlichen Meinungen beiträgt,
- an der Weiterentwicklung der ethischen Grundlagen des soldatischen Dienstes mitwirkt.

Gerade dieser letzte Punkt (6), die offensive Darstellung der Verbandsarbeit der GKS, läßt sich auch auf Standortebene entsprechend den örtlichen Gegebenheiten ohne Schwierigkeiten umsetzen.

6. Schlußbetrachtung

Das revolutionäre Streben der Völker Mittel- und Osteuropas, weg vom real existierenden Sozialismus hin zu einem freiheitlichen, menschenwürdigen Gesellschaftssystem, verändert unzweifelhaft die Strukturen der europäischen Ordnung.

Der ideologisch-machtpolitisch-militärisch geprägte Ost-West-Konflikt löst sich auf. Anstelle der militär-strategischen Rivalität der Supermächte tritt eine ökonomisch-technische Konkurrenz, die in Europa zu einer bündnisübergreifenden Zusammenarbeit in Freiheit, bei voller Verwirklichung der Menschenrechte, führen muß. Die Einsicht setzt sich durch, daß Militärmacht nicht gleichbedeutend ist mit politischen Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten. So verändert sich in der Auffassung der Europäer und besonders der Deutschen das Verständnis von Sicherheit und Schutz von Freiheit.

Als die GKS im Mai 1989 das Jahresthema „Der Soldat — Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ wählte, konnte sie diesen Strukturwandel nicht voraussehen. Jetzt aber, da diese rasante Entwicklung eingetreten ist, sollte sie die Chance nutzen und ihr Selbstverständnis von der Zuordnung des soldatischen Dienstes zum Frieden verstärkt öffentlich darstellen. Auch kommt es darauf an, über die zukünftigen Ziele von Sicherheitspolitik, die Rolle von Streitkräften und die Aufgaben des Wehrdienstes, als dem normalen staatlichen Pflichtdienst, unter sich verändernden Rahmenbedingungen nachzudenken.

Stellen wir uns gemeinsam diesen Herausforderungen.

7. Anhang

Anmerkungen

- Anlage A: „Dienst“ aus staatsrechtlicher Sicht
aus: Staatslexikon, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 7. Aufl., Bd. 2, 1986.
- Anlage B: „Dienen, Diener, Dienst“ aus sprachlicher Sicht
aus: Duden „Das große Wörterbuch der dt. Sprache“ in 6 Bd.; hrsg. u. bearb. vom Wissenschaftl. Rat u. d. Mitarbeit der Dudenredaktion unter Ltg. von G. Drosdowski; Bd. 2, 1976.
- Anlage C: „Dienst“ und „Diakon“ aus biblischer Sicht
aus: Kleines Stuttgarter Bibel-Lexikon, Hrsg. kath. Bibelwerk, erab. von H. Obermeyer, K. Speidel, K. Vogt, G. Ziegler; 4. Aufl. 1977.
aus: Lexikon „Die Bibel“; Atlas u. Neues Testament in neuer Einheitsübersetzung; bearb. von Dr. G. Stemberger, 1975.
- Anlage D: „Der Dienst des Sammelns; Papst Johannes Paul II.: Über das Verhältnis zwischen Priestern und Laien; in: Kirchenzeitung Köln, Nr. 13 vom 31.3.1989, S. 3.
- Anlage E: Auszug aus Joseph Kardinal Höffner: Leitgedanken für einen Unternehmer-spiegel⁹⁾
- Anlage F: Menschenwürde als Leitbild der Menschenführung
aus: Joseph Kardinal Höffner: Christliche Gesellschaftslehre; Studienausgabe 1983; S. 156f.
- Anlage G: Arbeit und Beruf als Dienst
aus: Joseph Kardinal Höffner: Christliche Gesellschaftslehre; Studienausgabe 1983; S. 134f.
- Anlage H: Erzählung von Luise Rinser
- Anlage I: „Sonntag heiligen“ aus: Die Parole, Hrsg. KMBA, Text Georg Wetmann, 1962.
- Anlage J: Sechs Kalenderblätter aus: Soldaten-Jahrbuch der evangelischen Militärseelsorge 1987, 1988 und 1990. Hrsg.: EKA für die Bundeswehr.

Anmerkungen

- 1) In den amtlichen Übersetzungen der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute „*Gaudium et Spes*“ wird das „*sese habeat*“ der Nr. 79 durch „*betrachte sich*“ übersetzt. Der langjährige Sprecher der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn, der auch Mitglied der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer war, hat die hier benutzte Übersetzung, „*Der Soldat ... betrachte und verhalte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker*“ bevorzugt. Er begründet seine Auffassung so: „*Es ist sicher einsichtig, daß der Soldat für eine Mahnung zur Betrachtung weniger Gespür hat; um so mehr fühlt er sich aber angesprochen, wenn seine Verhaltensweisen angemahnt werden*“; s. a.: Wenn Soldaten Frieden sagen: aus der Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten; Arbeitsbericht, hrsg. im Auftrag der GKS von Walter Loch; 3. Aufl., 1988; S. 181 und 177.
- 2) Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Ausgabe vom 2.2.1990, S. 1.
- 3) Nagel, Prof. Dr. Dr. Ernst: Prinzipien und Kriterien einer Politik der Friedenssicherung im neueren kirchlichen Dokument; in: GKS, Hrsg.: Dem Frieden verpflichtet — Position zum Selbstverständnis von Christen in der Bundeswehr, o. Jg.; S. 20.
- 4) Kardinal Joseph Höffner: Christliche Gesellschaftslehre; Studienausgabe 1983; 2. Abschn., 1. Kapitel: Christliche Sinndeutung der Arbeit und des Berufes, § 2: Siebenfacher Sinn der Arbeit und des Berufes; insbes. Ziff. 4: Arbeit und Beruf als Dienst. Johannes Paul II.: Enzyklika „*Laborem exercens*“ über die menschliche Arbeit; 1981.
II. Vatikanum: das Dekret über das Laienapostolat „*Apostolicam actuositatem*“ vom 18.11.1965.
Johannes Paul II.: Nachsynodales Apostolisches Schreiben „*Christifideles laici*“ über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt vom 30.12.1988.
Kardinal Joseph Höffner: Der Staat Diener der Ordnung; in: der Vorsitzende der DBK 13 vom 22.9.1986.
- 5) Diese Dokumente sind veröffentlicht in: KMBA, Hrsg.: „*Worte der Kirche an Soldaten*“ — Päpste, II. Vatikanisches Konzil; Bischöfe 1965—1984.
- 6) Europäische Ökumenische Versammlung „*Frieden in Gerechtigkeit*“, Basel 15.—21.5.89 und Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) „*Gottes Gaben — Unsere Aufgabe*“, Stuttgart 22.10.1988; in: Arbeitshilfen 70, Hrsg.: Sekretariat der DBK.
- 7) Loch, Walter (Bearb.): „*Wenn Soldaten Frieden sagen*“. Aus der Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten; Arbeitsbericht; hrsg. im Auftrag der GKS, 1988.
- 8) Z.B.: Erklärungen und Reden aus dem Jahr 1989 zum 40. Jahrestag der Verkündung des GG und zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs. Wörner, Dr. Manfred: „*Frieden in Freiheit*“, Beiträge zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Strategie, Bundeswehr und zum Dienst des Soldaten; hrsg. von Jürgen Bringmann.
- 9) Joseph Kardinal Höffner: Leitgedanken für einen Unternehmenspiegel; in: Hans Thomas, Hrsg.: Ethik der Leistung; Colloquium 1987; S. 305 ff.

Anlage A:

„Dienst“ aus staatsrechtlicher Sicht

aus: Staatslexikon, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 7. Aufl., Bd. 2, 1986.

DIENTST

1. Begriff. — 2. Christlicher Ursprung. — 3. Neuzeit. — 4. Dienst heute

1. Begriff

Dienen bedeutet, sein Handeln dem Wohl eines anderen unterzuordnen. Insofern hat D. zwei Dimensionen: die (freiwillige oder erzwungene) Unterordnung, weshalb D. häufig in Verbindung mit Haltungen wie Demut und Gehorsam genannt wird; und die Ausrichtung des eigenen Trachtens nach dem Wohl bzw. den Wünschen eines anderen. Sich fügen oder gehorchen ist als solches noch nicht dienen; Gehorsam kann ja auch eine Finte sein. Ebenso ist dienen mehr als bloß Gutes tun; der Herr kann dem Knecht wohlwollen, Gleiche können einander beistehen, ohne i.e.S. des Wortes zu dienen.

Im übertragenen Sinne kann man auch „Sachen“ dienen; so spricht man von einem „D. an der Wissenschaft“, bezeichnen Theologen Verkündigung als „D. am Wort“ und kann man einer Ideologie, einem politischen System oder seinem Volk „dienen“. Ähnlich spricht man seit der Antike kritisch davon, daß jemand der Lust, seinen Leidenschaften, der Sünde „dient“ (ihr „Sklave“ ist). Übertragen sind diese Bedeutungen von „D.“ und „dienen“ insofern, als D. seinem Wesen nach ein Sichverhalten gegenüber einzelnen, konkreten Menschen ist.

Dennoch kann D. zu einem Amt (→ Amt, öffentlich-rechtlich, → Kirchenamt), d. h. einer stetigen mit Rechten, Pflichten und objektiver Verbindlichkeit ausgestatteten Funktion werden. Freilich setzt dies eine besondere Deutung des Amtes voraus, wie sie insbesondere vom Neuen Testament geprägt worden ist, wo kirchliche im Gegensatz zu weltlichen, aber auch alttestamentlichen (Hohepriester) Ämtern als D.e (*diakonia*) bezeichnet werden. Die Vorstellung, daß das Amt des Vorgesetzten D. sei, kommt etwa in der Bezeichnung des Papstes als „servus servorum Domini“ (so schon Gregor d. Gr.), aber auch in der seit dem 18. Jh. verbreiteten Bezeichnung von Volksvertretern oder gar Herrschern als „Dienern des Volkes“ zum Ausdruck.

Heute denkt man bei D. meist nur noch an eine (honorierte) Leistung (→ Dienstleistungen). Wir bezeichnen vorübergehende Aufgaben als D.e („D. haben“, „Kriegs-D. leisten“ u. ä.). Solche mehr juristischen oder trivialisierten Bedeutungen des Wortes bleiben hier außer Betracht, da es um D. und Dienen als mögliche Grundhaltungen geht.

2. Christlicher Ursprung

In der Antike hat D. ähnlich wie Demut kaum eine positive Beurteilung gefunden; höchstens der Ursprung des Ausdrucks „Liturgie“ (*leiturgia*, wörtlich = Werk für das Volk), mit dem in der griechischen Demokratie Leistungen wohlhabender Bürger für das Gemeinwesen bezeichnet wurden, erinnert daran, daß in Griechenland und Rom gewisse Formen des D. auch unter Freien bejaht wurden. Der Grund für die negative Beurteilung ist, daß Dienen als die charakteristische Verhaltensweise des Sklaven angesehen wurde; noch das Neue Testament gebraucht für D. und Sklaverei häufig denselben Ausdruck (*dulia*), und erst Luther übersetzte „Sklave“ und „Sklaverei“ mit „Knecht“ und „Knechtschaft“.

Auch die christliche Tradition urteilt über D. in diesem Sinn zunächst negativ: Ursache des Sklaven-D. ist die Sünde bzw. Gottes Gericht über sie (Augustinus, De Civ. Dei XI, 15). „Die Habsucht hat sie erzeugt, die Weichlichkeit, die Unersättlichkeit“ (Johannes Chrysostomos, In Eph. 22,2). Zugleich hat jedoch das Christentum D. und Dienen, und zwar nicht nur gegenüber Gott (*latría*), sondern auch an Menschen (*dulia*) von Anfang an als ein Verhalten angesehen, das „aus eigenem Antrieb, mit

Willigkeit, von Herzen, um Christi willen“ aufzunehmen sei, da es nicht erniedrigt, sondern „den höchsten Adel“ verleihe (Johannes Chrysostomos, a.a.O.). Noch Thomas von Aquin zählt neben der *latría* („Deo debitum cultum afferre“, S.th. II-II, 81,5) auch die *dulía* („quae debitam servitutem exhibet homini dominanti“, ebd. 103,3) unter den an die Gerechtigkeit anknüpfenden *Tugenden* auf, wobei er die Aufgabe beider darin sieht, die „gebührende Ehre“ zu geben: in der *latría* Gott als dem Schöpfer, in der *dulía* Gott oder einem Menschen als dem Herrn. („Sofern er eine bestimmte Macht über einen anderen Menschen oder eine Kreatur ausübt, nimmt der Mensch an einem Abbild der göttlichen Herrschaft teil“, ebd.; vgl. Röm 13.)

Vorbild ist dabei Jesus selbst, der von sich sagt, er sei „nicht gekommen, sich dienen zu lassen, sondern zu dienen“ (Mk 10,45) und unter seinen Jüngern „wie ein Diener“ (Mt 23,8) wirkt. Zumal durch seinen Tod am Kreuz bekundet Jesus die Bereitschaft, „Knechts-(wörtlich Sklaven-)gestalt“ (Phil 2,7) anzunehmen, d. h. sich — obwohl selbst Gott — in seinem Gehorsam zum Vater von Menschen sogar unterjochen zu lassen. Paulus greift dieses Thema immer wieder auf, wobei er einerseits auf die völlige Abhängigkeit des Menschen von Gott hinweist („Was hast du, daß du nicht empfangen hättest“, 1 Kor 4,7), andererseits aber auch die Bereitschaft zum demütigen D. am Nächsten als die notwendige Gemeindehaltung beschreibt (Eph 4,2; Kol 3,12). Seither ist dieses Verständnis des D. (wobei auch das lat. „*servitus*“ wörtlich „Sklaverei“ besagt) zu einem Grundthema der christlichen Tradition geworden.

Augustinus' Gegenüberstellung der *civitas divina* und *terrena* baut durchgehend auf der Vorstellung auf, daß die Bürger des „Weltstaates“ die Stolzen sind, die nicht Gott, sondern der Sünde dienen: „unsere Vollkommenheit ist die Demut“ (In Ps 103,14). Die zwölf Stufen zur *civitas* in der Regel des hl. Benedikt (7) sind im wesentlichen Stufen des demütigen Dienstes (→ Caritas, Diakonie). Nach Gregor d. Gr. gelangt man zum Gipfel der Demut allein durch die geringen D.e des Alltags (*Moralia*, 5,4,5). Nach der Regel des hl. Franziskus (6) sollen die Ordensmitglieder dem Herrn in Armut und Demut dienen (also durch Unterordnung in dieser Welt). Für Ignatius von Loyola besteht die wahre Nachfolge Christi in einer *humilitas perfectissima*, die sich nicht nur Gott, sondern auch den Vorgesetzten unterstellt; zugleich greift Ignatius das schon in der Spätantike bekannte Bild eines *miles Christi*, eines „Soldaten Christi“, auf (*militia* = D. des Soldaten).

3. Neuzeit

In der jüngeren Neuzeit kommt es zu einer gewissen Abwertung des Dienstes. Zwar wird Demut außer bei F. Nietzsche, nach welchem sie zur „Sklavenmoral“ gehört (das Evangelium der „Niedrigen“ mache niedrig; Antichrist; Ed. Kröner Bd. 8, S. 244ff.), im allgemeinen weiterhin hochgeschätzt (so nach M. Scheler, Werke, Bd. 3), doch zieht die wachsende Betonung der Gleichheit eine Infragestellung des Dienstes nach sich. Das Christentum findet sich gleichsam vor einer Paradoxie wieder, die es selbst geschaffen hat: sobald demütiger D. zur allgemeinen Norm wird, streben auch Herren danach zu dienen (wenn etwa, schon im Mittelalter, adelige Johanniter „les seigneurs malades“, so ihre Ordensregel aus der Mitte des 12. Jh., pflegen), wird Sich-bedienen-Lassen in Frage gestellt, und am Ende gäbe es niemand mehr, dem man sich im D. unterstellen könnte. Freilich wäre es eine Beschönigung der faktischen Entwicklung, wollte man das Schwinden der Hochschätzung des Dienens allein darauf zurückführen. Obwohl die Betonung der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen eine Frucht des Christentums ist, geht sie in der Neuzeit von Anfang an mit einem Eigeninteresse einher, also letztlich mit der Ichsucht, die Augustinus als die Haltung des Stolzes beschrieb („ego sum, ego sum et nemo“, In Ps 79,11) — ein nahezu unvermeidlicher Weg, da sich der Gleichheitsgedanke zumindest praktisch über Emanzipationsbestrebungen durchsetzte. Spätestens seit der Französischen Revolution bewirkte die Infragestellung von Herrschaftstraditionen wie auch der individualistische Freiheitsdrang, als dessen Ausdruck und Folge sich die liberale Demokratie versteht, eine zunehmende Entwertung jeglichen D.verhaltens. Die Entpersönlichung soziopolitischer Bezüge, wie sie in den modernen, von Wirtschaftsdenken geprägten und weitgehend anonym verwalteten

Staatswesen entstanden ist, hat diese Entwicklung weiter gefördert. Sogar die Sorge um die Kranken und anderswie Bedürftigen ist heute so organisiert, daß der Begriff des D. nicht recht zum Tragen kommt. Seit dem 2. Weltkrieg ist überdies der Verdacht hinzugekommen, die vom Dienen untrennbare Bereitschaft, sich unterzuordnen, ja zu gehorchen, würde Verantwortungssinn abbauen und könne als billige Ausrede für Fehlverhalten herangezogen werden.

4. Dienst heute

Obwohl gesellschaftliche Strukturen, die D. (im Unterschied zur gewissenhaften Aufgabenerfüllung) als Haltung nahelegen, weitgehend verschwunden sind, dürfte die Bereitschaft zum Dienen ähnlich wie Demut als „Mut zum Dienen“ auch weiterhin zu den unverzichtbaren Ansprüchen des Christseins gehören. Abgesehen davon, daß es für den gefallen Menschen unmöglich ist, eine Gesellschaft zu errichten, in der sich niemand mehr unterordnen müßte, und deshalb Gehorsam bei allen Grenzen, die man mit vollem Recht aufzählen mag, eine Grundvoraussetzung jeder politischen Ordnung ist, würde das Liebesgebot Jesu (Joh 15,12) zu einer bloßen Sentimentalität herabsinken, wenn es nicht mehr im konkreten, personalen D. am Nächsten Ausdruck fände. → Liebe kann nur dann im christlichen Sinne vollwertig sein, wenn man dem anderen „in der Liebe dient“ (Gal 5,13). Freilich hat die geschichtliche Entwicklung bewirkt, daß der Gesichtspunkt der Unterordnung gegenüber demjenigen des aktiven Wohl-Wollens zurückgetreten ist. Aber man wird sich fragen müssen, ob ein Widerstand gegen alle Abhängigkeit von Personen nicht einerseits eine Reihe von Tugenden (Treue, Sich-Bescheiden usw.) abbaut, die für das Gemeinwesen unentbehrlich sind, und ob er nicht andererseits eine Abhängigkeit von „Gremien“, „Apparaten“ und „Systemen“ zur Folge hat, denen man höchstens in übertragenem Sinne dienen kann. Darüber hinaus kann keine noch so umfassende „Demokratisierung“ der Beziehungen unter Menschen die Tatsache aus der Welt schaffen, daß Gott die höchste und unbedingte Herrschaft über die gesamte Schöpfung hat (Pp. Pius XI, „Quas primas“, 1925) und der Mensch seine D.stellung gegenüber Gott am greifbarsten dadurch zum Ausdruck bringt, daß er bereit ist, sich dem Wohl seiner Mitmenschen unterzuordnen. Zu behaupten, man beuge sich nur Gott, aber keinem Menschen, ist letztlich die Haltung eines unchristlichen Stolzes, auch gegenüber Gott; denn die Forderung Gottes, ihm zu dienen, tritt dem Menschen i.d.R. wie alle seine Anforderungen durch andere Menschen, ihre Worte, Handlungen und Verhaltensweisen, entgegen.

LITERATUR

W. Brandt, D. und Dienen im Neuen Testament. Gütersloh 1931. — Theologisches Wb. zum Neuen Testament. Hg. G. Kittel. Stuttgart. Bd. 2, 1933, 264 ff.; Bd. 4, 1942, 58 ff. — R. Schnackenburg, Die sittliche Botschaft des Neuen Testaments. München 1954. — J.-J. v. Allmen, Diener sind wir. Stuttgart 1958. — C. Brühl, Fodrum, gistum, uservitium regis. 2 Bde. Köln 1969. — P. Michaud-Quantin, Universitas. Paris 1970.

Nikolaus Lobkowicz

Anlage B:

„Dienen, Diener, Dienst“ aus sprachlicher Sicht

aus: Duden „Das große Wörterbuch der dt. Sprache“ in 6 Bd.; hrsg. u. bearb. vom Wissenschaftl. Rat u.d. Mitarbeit der Dudenredaktion unter Ltg. von G. Drosdowski; Bd. 2, 1976.

dienen ['di:nen] (sw. V.; hat) /vgl. gedient/ [mhd. dienen, ahd. dionōn]: **1.a)** in abhängiger Stellung / gegen Lohn, Gehalt / bestimmte Pflichten erfüllen, bestimmte Arbeiten verrichten, bei jmdm. Dienst tun, in jmds. Dienst stehen: dem Staat loyal d.; er hatte dem König treu gedient; sie hatte in Herrschaftshäusern [als Dienstmädchen] gedient (gearbeitet); R niemand kann zwei Herren d.; **b)** Militärdienst tun: er hatte acht Jahre [bei der Bundeswehr, im Heer] gedient (war acht Jahre Soldat); als Artillerist, bei den Pionieren d.; hast du schon gedient?; er brauchte nicht zu d. **2.a)** (geh.) sich einer Sache od. Person freiwillig unterordnen u. für sie wirken, für jmdn., für etwas eintreten: der Gerechtigkeit, dem Fortschritt d.; er dient mit seiner Arbeit einer großen Sache; er hatte noch die Kunst, der er diente; **b)** nützlich, vorteilhaft, dienlich sein: etw. dient der Sicherheit; die Sammlung dient einem guten Zweck. **3.** jmdm. behilflich sein, helfen: mit dieser Auskunft ist mir wenig gedient; womit kann ich d.; es tut mir leid, daß ich Ihnen in dieser Angelegenheit nicht d. kann; mit 50 Mark wäre mir schon gedient. **4.** gebraucht, benutzt, verwendet werden; einen bestimmten Zweck haben od. erfüllen: das alte Schloß dient jetzt als Museum; etw. dient als Ersatz, Notlösung, Vorwand; etw. dient [jmdm.] als/zur Nahrung, Unterkunft; er hat den Kameraden immer als Prügelknabe gedient; das möge dir zur Warnung d.; **Diener** ['di:ner]. der; -s. - [mhd. diener]: **a)** jmd., der bei einer Privatperson gegen Lohn Dienst tut; Hausangestellter, Domestik: der Beruf eines herrschaftlichen -s (Jahnn, Geschichten 160); bei ... Empörungen entzündeten die livrierten D. alle Kandelaber (St. Zweig, Fouché 178); Ü Erfahrene junge Herrin (verhüll.; Sadistin) ruft den D. (verhüll.; masochistisch veranlagten Mann) ins Domino-Studio (Abendpost Nachtausgabe 11.10.74, 13); *einen D. machen (fam.; von Kindern: bei der Begrüßung eine Verbeugung machen): Vater zog seinen Hut, und ich machte auch einen D. (Schnurre, Bart 84); Ein artiger junger Mann macht beim Abschied höfliche D. (Noack, Prozesse 243); **stummer D.** (Serviertisch); **b)** (geh.) jmd., der in einem Gemeinwesen bestimmte Pflichten erfüllt, ein öffentliches Amt bekleidet: ein D. der Kirche, des Staats; Durch die feste Bindung ... an den Begriff der Pflicht hat er ... die Herrscher ... zu den „ersten -n“ ihres Staates gemacht (Fraenkel, Staat 19); K. ..., der von geheimnisvollen -n des Gesetzes am Ende erwürgt wird (Koeppen, Rußland 43); **c)** (geh.) jmd., der sich einer Person, Sache freiwillig unterordnet u. für sie wirkt; Förderer, Helfer: ein D. der Wissenschaft, der Kunst; **Dienerin** ['di:nerin], die; -, -nen: w. Form zu → Diener (a, c): Sie stieß die Namen von Dienern und -nen aus (Jahnn, Geschichten 29); **dienern** ['di:nen] (sw. V.; hat) (abwertend): sich beflissen verbeugen, wiederholt Verbeugungen machen: der Empfangschef dienernte beflissen vor den Gästen; Ü er dienernt beständig vor seinen Vorgesetzten (verhält sich devot. unterwürfig, kriecherisch); **Diener-schaft**, die; -: Gesamtheit der Diener; alle Dienstboten (eines Hauses); **dienlich** < Adj. > in der Verbindung jmdm., einer Sache d. sein (jmdm. einer Sache förderlich, zuträglich, nützlich sein): sein Verhalten war der Sache wenig d.; Er erreichte ..., daß ich mehr trank, als mir d. war (Fallada, Herr 103); kann ich Ihnen mit etwas d. sein? (veraltend; kann ich Ihnen mit etwas helfen?); (auch attr.): der Angelegenheit wenig-e Angaben; (Abl.): Dienlichkeit, die; -; **Dienst** [di:nst], der; -[e]s, -e [mhd. dien(e)st, ahd. dionōst]: **1.a)** (o. Pl.) berufliche Arbeit, Tätigkeit, Erfüllung von [beruflichen] Pflichten: ein harter, schwerer, eintöniger, langweiliger D.; die Nachtschwester hat einen anstrengenden D.; Es waren herrliche Zeiten ... Reichlich zu essen, gut zu trinken, angenehmer D. (Remarque, Obelisk 280); sein D. beginnt sehr früh; um 8⁰⁰ Uhr seinen D. antreten; seinen D. vernachlässigen, gewissenhaft versehen; er hat heute lange D. (muß lange arbeiten); D. machen, tun (arbeiten); welche Apotheke hat heute D. (ist heute geöffnet?); die Postbeamten machten D. nach Vorschrift, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen (arbeiten peinlich genau nach den Dienstvorschriften u. verursachten so beabsichtigte Verzögerungen); außer Dienst, außerhalb des-es (in der Freizeit); nicht im D. sein (dienstfrei haben); im D. ergraut sein; der Unteroffizier vom D. (der diensthabende Unteroffizier); er ist der Chef vom D. (der für den organisatorischen Ablauf verantwortliche Mann [in einer Zeitungsredaktion]); zum

D. gehen; zu spät zum D. kommen; R D. ist D. und Schnaps ist Schnaps (*Arbeit u. Privatvergnügen muß man auseinanderhalten*); b) (Pl. selten) *Arbeitsverhältnis, Stellung, Amt*: seinen D. antreten; den D. quittieren (*seine Stellung aufgeben, sein Amt niederlegen*); „Ich sage meinen D. auf“, rief Mandiario, „ich bin nicht mehr dein Stiefelputzer (Reinig, Schiffe, 19)“; jmdn. aus dem D., aus seinen -en entlassen; in jmds. -e treten, jmdn. in Dienst nehmen; in jmds. Dienst[en] sein/stehten (veraltend; *für jmdn., bei jmdm. arbeiten*); ***außer D.** (*im Rubestand*, Abk.: a.D.): er ist Major a.D.; **im D. von etw., im D. einer guten Sache stehen; sich in den D. von etw., in den D. einer guten Sache stellen** (*etw. Bestimmtes fördern; sich für etw. Gutes einsetzen*); **etw. in D. stellen** (*in Betrieb nehmen*): der Luxusdampfer wurde erst vor zwei Jahren in D. gestellt; c) (o.Pl.) **Tätigkeitsbereich** (*in einem öffentlichen Amt*): er ist im mittleren, gehobenen D. tätig; er wurde in den diplomatischen, auswärtigen D. übernommen; ***der öffentliche D.** (1. *Gesamtheit der Tätigkeiten im öffentlichen Bereich auf der Ebene von Bund, Ländern u. Gemeinden*. 2. *Gesamtheit der im öffentlichen Bereich Beschäftigten*). 2. *Gruppe von Personen, die bestimmte Aufgaben zu versehen haben, dafür bereitstehen*: der technische D.; für die Übermittlung der Nachrichten arbeiten verschiedene -e. 3. *Hilfeleistung*, Beistand: ein selbstloser D.; jmdm. seinen D., seine -e anbieten: kannst du mir einen D. tun (*mir helfen*)? der Oberleutnant griff nicht auf Stefans -e zurück (Kuby, Sieg 128); *(das ist) D. am Kunden (ugs., oft scherzh.; *eine unentgeltliche Dienstleistung eines Geschäftsmanns; zusätzliche Leistung, die jmd., bes. der Geschäftsmann, dem Kunden erbringt, ohne daß dieser einen Anspruch darauf hätte*); **seinen D. / seine -e tun** (*für den Zweck, für den es gebraucht wird, taugen, zu brauchen sein*): ein Waschtrog ..., er tut ... wohl seinen D. für die Not (Waggerl, Brot 107); **jmdm. gute -e tun** (*jmdm. sehr nützlich sein*): der warme Pullover hat mir gestern gute -e getan; **jmdm. mit etw. einen schlechten D. erweisen** (*jmdm. trotz bester Absicht mit etw. schaden*); zu jmds. -en, **jmdm. zu -en sein/stehten** (*jmdm. seine Hilfe anbieten, sich jmdm. zur Verfügung stellen*): immer stand Pablo mir mit besonderem Eifer zu -en (Hesse, Steppenwolf 164); **jmdm. den D. versagen** (*schwach werden, versagen*): die Beine versagten ihm plötzlich den D. 5. (Kunstwiss.) *überwiegend in der gotischen Baukunst verwendetes dünnes Säulchen, auch Halb-, Viertel- od. Dreiviertelsäulchen mit Kapitell, das die Rippen od. Gurte des Kreuzgewölbes bzw. die Profile der Arkadenbogen trägt*.

dienst-, Dienst-: ~**ablauf**, der: *Abfolge der während des Dienstes anfallenden Arbeiten* o.ä.; ~**ablösung**, die: a) *Wechsel der einen Dienst versehenen Personen*; b) *Mannschaft, die eine andere im Dienst ablöst*; ~**abteil**, das: *Eisenbahnabteil, das für das Zugpersonal bestimmt ist*; ~**adel**, der (hist.): *Gruppe des → Adels* (1a), die ihre soziale Stellung einem Dienstverhältnis zum König o.ä. verdankte, z.B. die Ministerialen; ~**alter**, das: die im Beamten- od. Soldatendienst abgeleisteten Jahre; ~**älteste**, der u. die (Dekl. → Abgeordnete): *jmd., der von mehreren bei gleicher Dienststellung das höchste Dienstalter hat*; ~**angelegenheit**, die; ~**antritt**, der: *das Antreten eines Dienstes, Amtes*: das Datum seines -s ist der 1. Juni 1970; ~**anweisung**, die: *Vorschriften für bestimmte dienstliche Obliegenheiten*; ~**anzug**, der: svw. → ~**kleidung**; ~**auffassung**, die (o.Pl.): *die persönliche Einstellung zu den dienstlichen Pflichten*; ~**aufsicht**, die (o.Pl.): *die Überwachung der Tätigkeit von Bediensteten durch eine übergeordnete Person od. Behörde*, dazu: ~**aufsichtsbeschwerde**, die: *formlose Beschwerde bei der übergeordneten Behörde gegen einen Verwaltungsakt*; ~**auftrag**, der: *dienstlicher Auftrag*; ~**aufwandsentschädigung**, die: *Betrag zum Ausgleich bes. finanzieller Belastungen bei Ausübung des Dienstes*; ~**ausgabe**, die (Mil.): *Bekanntgabe des Dienstplans für den nächsten Tag*; ~**ausweis**, der: *Ausweis, mit dem die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Dienststelle nachgewiesen werden kann u. der daher zu etw. (z.B. zum Betreten des Dienstgebäudes) berechtigt*; ~**auszeichnung**, die: *Ehrung für besondere Verdienste od. viele Dienstjahre*; ~**auto**, das: svw. → ~**wagen**; ~**befehl**, der: *verpflichtende dienstliche Anweisung*; ~**beflissen** <Adj.>: *sehr beflissen, bemüht, einem anderen gefällig zu sein, ihm Dienste (3) zu leisten, [über]eifrig*; ~**beflissenheit**, die; ~**beginn**, der: D. ist acht Uhr morgens, ~**behörde**, die: *die für einen Dienstbereich zuständige, übergeordnete Behörde*; ~**bekleidung**, die: svw. ↑ ~**kleidung**; ~**bereich**, der: *Zuständigkeitsbereich des Inhabers einer bestimmten Dienststellung*; ~**bereit** [Adj.]: 1. (veraltend) a) (o. Steig.; nicht adv.) *dienswillig*; b) *gefällig, hilfsbereit*: -e Nachbarn; er ist sehr d. 2. (o. Steig.; nicht adv.) *außerhalb der gewöhnlichen Arbeits- od. Öffnungszeit für dringende Bedarfsfälle bereit*: die Apothe-

ke ist auch am Sonntag d., dazu: ~bereitschaft, die; ~beschädigung, die: *gesundheitliche Schädigung, die sich jmd. in Ausübung seines Dienstes zugezogen hat*; ~besprechung, die: *Arbeitsbesprechung in einer Dienststelle*; ~betrieb, der: *Organisation u. Ablauf des Dienstes*; ~bezeichnung, die: *Benennung einer Person auf Grund ihrer bestimmten Tätigkeit im Dienst*: seine D. ist Hilfsassistent; ~bezüge, die (Pl.): *das Gehalt eines Beamten*: die D. der Hochschullehrer wurden erhöht; ~bolzen, der (salopp abwertend, veraltend): *Dienstmädchen*: das ist ein Lokal, in dem D. verkehren; ~bote, der (veraltend): *Hausangestellte (r)*: sie haben ein großes Haus u. mehrere -n, dazu: ~boteneingang, der (veraltend, sonst iron.): *Nebeneingang eines (Herrschafts(hauses) od. eines Hotels, den die Dienstboten benutzen müssen*; ~botenklatsch, der; ~botennatur, die (abwertend); ~botenzimmer, das (veraltend); ~buch, das: *Buch, in dem besondere Vorkommnisse während des Dienstes eingetragen werden*; ~eid, der: *Eid, der beim Antreten eines Dienstes geleistet wird und der zu treuer Pflichterfüllung [und zur Wahrung des Gesetzes] verpflichtet; *einen auf den D. nehmen* (ugs. scherzh.; [von Beamten] *im Dienst ein Glas Schnaps, Alkohol zu sich nehmen*; paradoxe Anspielung auf das dienstliche Alkoholverbot, das durch Alkoholgenuß bekräftigt werden soll); ~eifer, der: *Beflissenheit, Übereiferigkeit, Streben, anderen gefällig zu sein*, dazu: ~eifrig (Adj.): ein -er Kellner; d. herbeileiten; ~enthebung, die: *das vorläufige Verbot jeder Amtshandlung bei Einleitung eines Dienststrafverfahrens*; ~entlassung, die: *die Entlassung eines Beamten aus dem Dienst*; ~fähig (Adj.): svw. → ~tauglich, dazu: ~fähigkeit, die (o.Pl.); ~fährt, die: svw. → ~reise; ~fertig (Adj.) (selten): a) *gern zu einer Dienstleistung, Gefälligkeit bereit: diensteifrig*; b) *gerüstet, fertig zum Dienstesinsatz*, zu a: ~fertigkeit, die; ~flagge, die: *amtliche Flagge einer Behörde*; ~flucht, die (o.Pl.) (Rechtsspr.): *ein der Fahnenflucht entsprechender strafbarer Tatbestand im Bereich des zivilen Ersatzdienstes*; ~frei (Adj.; o. Steig.; nicht adv.): -e Zeit; d. sein, haben; sich d. nehmen; ~gang, der: *das Zurücklegen einer Wegstrecke aus dienstlichem Anlaß od. in Ausübung des regelmäßigen Dienstes*; ~gebäude, das; ~geber, der (bes. österr.): *Arbeitgeber: die Geld- und Sachbezüge . . . , die er . . . vom D. oder von einem Dritten erhält* (Vorarlberger Nachr. 23.11.68, 14); ~gebrauch, der (o.Pl.): *Gebrauch, Verwendung im Dienstbereich*; ~geheimnis, das a) *dienstliche Angelegenheit, über die Schweigepflicht besteht*; b) (o.Pl.) *Schweigepflicht über dienstliche Angelegenheiten*: das D. verletzen; ~geschäfte, die <Pl.>: *dienstliche, nicht private Aufgaben*: D. führten ihn oft ins Ausland; ~gesinnung, die: *die positive innere Einstellung zum Dienst*: D. ist für den Beamten primäre Lebensforderung (Fraenkel, Staat 39); ~gespräch, das a) *über eine dienstliche Angelegenheit geführtes Gespräch*; b) *im Dienst u. aus dienstlichem Anlaß geführtes u. daher für den Anrufer gebührenfreies Telefongespräch*; ~grad, der: a) *militärische Rangstufe: er hat den D. eines Unteroffiziers*; b) *Person, die einen Unteroffiziersdienstgrad hat*: diese Arbeit muß von einem D. beaufsichtigt werden, zu a: ~gradabzeichen, das: *Abzeichen auf der Uniform zur Kennzeichnung des Dienstgrades ihres Trägers*; ~habend (Adj.; o. Steig., nur attr.): *zu einer bestimmten Zeit den Dienst versehend, zum Dienst eingeteilt*: der -e Beamte, Unteroffizier, Arzt; (subst.): ~habende, der u. die; -n, -n (Dekl. → Abgeordnete): der D. nahm die Meldung entgegen; ~handhabung, die: *auf Grund dienstlicher Verpflichtung, Anweisung vorgenommene Handlung*; ~herr, der: a) *die vorgesetzte Dienstbehörde*; b) *der Arbeitgeber: sein D. war ein bekannter Großkaufmann*; ~hund, der: *Hund, der für den Wach- und Suchdienst abgerichtet ist*; ~jahr, das (meist Pl.): *im Dienst verbrachte Zeit*: er hat bereits 10 -e hinter sich; ~jubiläum, das: *Feier zur Wiederkehr des Dienstantrittstages nach einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren*; ~kleidung, die: *Kleidung, die für den Dienst vorgeschrieben ist*: die Polizei bekommt eine neue D.; ~laufbahn, die: *die D. eines Beamten, eines Soldaten*; ~leistung, die: a) *Dienst, den man freiwillig leistet od. zu dem man verpflichtet ist*: eine kleine D.; b) (eist Pl.) (Wirtsch.) *Leistungen, Arbeiten in der Wirtschaft, die nicht der Produktion von Gütern dienen*; zu den -en gehören u. a. Gaststättenwesen, Friseurgewerbe u. Krankenpflege, zu b: ~leistungsbetrieb, der (Wirtsch.): *Betrieb, Unternehmen, das Dienstleistungen erbringt*, ~leistungsbilanz, die (Wirtsch.): *Gegenüberstellung der Werte von Dienstleistungsimport u. -export (z.B. Fremdenverkehr) für einen bestimmten Zeitraum*; ~leistungseinkunft, die: *Kindergärten gehören zu den -en*; ~leistungsgeschäft, das (Bankw.): *kapital- u. vermögensunabhängige Geschäfte eines Kreditinstituts, die auf Grund von Kundenaufträgen abgewickelt werden*, ~leistungsgesellschaft, die (Soziol.): *heutige Gesellschaft, in der die Dienstleistungsbetriebe, -unternehmen zentrale Bedeutung haben*, ~leistungsgewerbe, das, ~leistungskombinat, das (DDR): *Großbe-*

trieb, der verschiedene Arten von Dienstleistungen ausführt: Die Annahmestellen der -e ... haben großen Kummer mit ihrem Vertragspartner, dem Mühlhäuser „Waschbär“ (Volk 4.7.64, 4), ~ **leistungssektor**, der: Sektor der Wirtschaft, der Dienstleistungen erbringt, ~ **leistungsverkehr**, der (o. Pl.): Teil der Außenwirtschaft, der Dienstleistungen betrifft; ~ **mädchen**, das (veraltend): Hausangestellte, Hausgehilfin: Damals ... hatte der ledige Chauffeur Wilhelm Groth zu dem ledigen D. Hilde Jensen gesagt ... (Kant, Impressum 87); Zum Glück ist eine Flasche im Zimmer, so daß ich kein D. zu rufen brauche (Frisch, Gantenbein 320); Bisher hatte er es mit seinen D. getrieben (Jaeger, Freudenhaus 172); ~ **magd.** die (mhd. dienstmagnet) (veraltet): Mädchen od. Frau, die im Haus die groben Arbeiten verrichtet; ~ **mann**, der: 1. (Pl.: ... mannen) [mhd. dienstman, ahd. dionostman = Diener] (hist.) Höriger, Lehnsmann. 2. (Pl. ... männer) Österr. nur so] u. ... leute] (veraltend) Gepäckträger (1); ~ **marke**, die: 1. (Postw.) Briefmarke, die von der Post ohne Bezahlung od. gegen Verrechnung an Behörden zur Freimachung der Dienstpost ausgegeben wird. 2. Ausweisplakette der Kriminalbeamten u. der Polizeibeamten in Zivil; ~ **mütze**, die: die im Dienst getragene [zum Dienstanzug gehörende] Mütze; ~ **nehmer**, der (österr.): Arbeitnehmer: Zunächst soll die wöchentliche Arbeitszeit für alle D. ... verkürzt werden (Vorarlberger Nachr. 6.11.68); ~ **nehmerin**, die (österr.): w. Form zu ~ nehmer; ~ **obliegenheiten**, die (Pl.): dienstliche Aufgaben, Pflichten; ~ **ordnung**, die: Gesamtheit der Rechte u. Pflichten der Angestellten von Sozialversicherungsträgern; ~ **personal**, das: das untergeordnete Dienste verrichtende Personal (z.B. in einem Haushalt od. Hotel); ~ **pferd**, das: bei der Erfüllung bestimmter dienstlicher Aufgaben — z.B. bei der Polizei — gebrauchtes Pferd; ~ **pflicht**, die: a) Verpflichtung des Staatsbürgers zu bestimmten Diensten, Leistungen für die Gemeinschaft: die Wehrpflicht gehört zu den -en des Staatsbürgers; b) die aus dem jeweiligen Dienstverhältnis entstehenden Pflichten, zu a) ~ **pflichtig** (Adj.; o. Steig.; nicht adv.); ~ **pistole**, die: Jetzt kann ich ihm meinen Ausweis und meine D. ... zum Pfand anbieten (Johnson, Mutmaßungen 135); ~ **plan**, der: Plan, der den zeitlichen Ablauf des Dienstes regelt; ~ **post**, die: den Dienst betreffende Post; ~ **pragmatik**, die (österr.) (o. Pl.): generelle Norm für das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis in Österreich; ~ **rang**, der: svw. → ~ grad: Der Uniformierte ... stand im D. eines Obersten (Cotton, Silver-Jet 119); ~ **raum**, der: svw. → ~ zimmer; ~ **recht**, das (o. Pl.): das Recht der Beamten u. Angestellten im öffentlichen Dienst, dazu: ~ **rechtlich** (Adj.; o. Steig.; nicht präd.): eine -e Sicherung gegen willkürliche Entlassung; ~ **reglement**, das (veraltet): svw. → ~ vorschrift; ~ **reise**, die: Reise in einer dienstlichen Angelegenheit; ~ **sache**, die a) amtliche Angelegenheit; b) amtliches Schreiben; ~ **schluß**, der (o. Pl.): Ende der täglichen Dienstzeit; ~ **schreiben**, das: Schreiben dienstlichen Inhalts; ~ **siegel**, das: dienstliches Siegel, Amtssiegel zur Beglaubigung von Schriftstücken, ~ **spritze**, die (veraltend abwertend): weibliche Hausangestellte; ~ **stelle**, die: Amt, Dienstbehörde: sich an die zuständige, oberste D. wenden; sich bei der zuständigen D. melden, dazu: ~ **stellenleiter**, der: ~ **stellung**, die: Tätigkeitsbereich, dienstliche Funktion: seine D. verlangt von ihm ein großes Maß an Verantwortung; ~ **stempel**, der: Stempel einer Behörde: die Kuverts müssen frankiert und mit D. versehen werden; ~ **strafe**, die: svw. → Disziplinarstrafe, dazu: ~ **strafrecht**, das (o. Pl.): svw. → Disziplinarrecht; ~ **stunde**, die (meist Pl.): 1. Zeit [von einer Stunde], die man im Dienst verbringt; Dienstzeit: während der -n darf nicht geraucht werden. 2. Zeit, in der eine Behörde, eine Dienststelle o. ä. für den Publikumsverkehr geöffnet ist: -n von 8—12 Uhr vormittags; ~ **tätigkeit**, die; ~ **tauglich** (Adj.) (bes. Milit.): auf Grund hinreichender allgemeiner, vor allem körperlicher Gesundheit zum [Wehrdienst tauglich, dazu: ~ **tauglichkeit**, die; ~ **telefon**, das: Telefon für den Dienstgebrauch; ~ **tuend** (Adj.; o. Steig.; nur attr.): svw. → ~ habend: der -e Arzt, Offizier, Beamte; (subst.): ~ **tuende**, der u. die; -n, -n (Dekl. → Abgeordnete); ~ **übergabe**, die: Übergabe des Dienstes an einen anderen bei Schichtwechsel od. beim Ausscheiden aus einem Amt; ~ **unfähig** (Adj.): (von Beamten u. Soldaten) aus gesundheitlichen Gründen nicht fähig, seinen Dienst zu versehen, dazu: ~ **unfähigkeit**, die; ~ **unfall**, der: Unfall im Dienst; ~ **untauglich** (Adj.): svw. ↑ ~ unfähig, dazu: ~ **untauglichkeit**, die; ~ **vergehen**, das: (von Beamten, Richtern u. Soldaten) schuldhafter Verletzung der dienstlichen Pflichten; ~ **verhältnis**, das: Rechtsverhältnis zwischen Angestellten [des öffentlichen Dienstes] od. Beamten u. ihrer dienstgebenden Behörde: ~ **verkehr**, der: dienstlicher Verkehr innerhalb einer Behörde; ~ **verpflichten** (sw. V.; hat; im allg. nur im Inf. u. 2. Part.): im Falle des Notstands zu bestimmten Dienstleistungen, vor allem zum Wehrdienst heranziehen, verpflichten: er war im Krieg in der Rüstungsindustrie

dienstverpflichtet, dazu: ~ **verpflichtung**, die; ~ **vertrag**, der: *Vertrag, durch den sich ein Partner zur Leistung der Arbeit, der andere zur Zahlung des vereinbarten Entgelts verpflichtet; Arbeitsvertrag*; ~ **verweigerung**, die: ~ **vorschrift**, die: *Vorschrift für Beamte u. Soldaten, die die ordnungsgemäße Durchführung des Dienstes regelt*; ~ **wagen**, der: *Personenwagen, der jmdm. für Dienstfahrten zur Verfügung steht*; ~ **weg**, der: *für die Abwicklung behördlicher Angelegenheiten vorgeschriebener Weg; Amtsweg, Instanzenweg*: das Gutachten geht den normalen D.; ~ **widrig** (Adj.): *gegen die Dienstvorschrift verstößend*, dazu: ~ **widrigkeit**, die; ~ **willig** (Adj.): 1. a) *gern u. eifrig den Dienst versehend*; b) *bereit, den Wehrdienst zu leisten*. 2. *hilfsbereit, gefällig*, dazu: ~ **willigkeit**, die; ~ **wohnung**, die: *jmdm. für die Dauer seiner Beschäftigung von der vorgesetzten Behörde o. ä. zur Verfügung gestellte Wohnung*; ~ **zeit**, die: 1. *[festgesetzte] Gesamtdauer des Dienstes (von Beamten u. Soldaten)*: seine D. als Soldat beträgt zwei Jahre. 2. *die festgesetzte Dauer der täglichen Arbeitszeit*: seine tägliche D. beträgt acht Stunden; ~ **zeugnis**, das: *Zeugnis über die geleistete Arbeit, das bei Beendigung eines Dienstverhältnisses ausgestellt wird*; ~ **zimmer**, das: *Arbeitszimmer [bei einer Behörde], Amtszimmer*; ~ **zweig**, der: *dienstlicher Tätigkeitsbereich, amtliche Abteilung*.

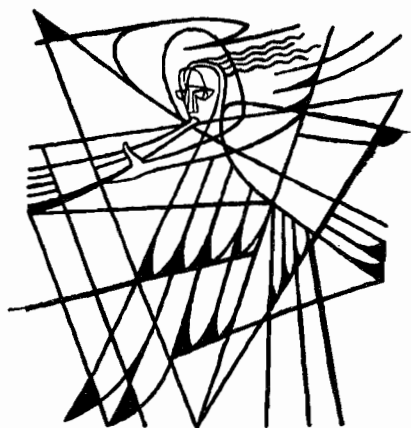
Dienstag ['di:nsʦa:k], der; -[e]s, -e [mhd. dienstac, dinstac < mniederd. dinsdach, dingesdach, eigtl. = Tag des Mars als des Thingbeschützers]: *zweiter Tag der mit Montag beginnenden Woche*: heute ist D., der 9. Juni; am D. dem 9. Juli/den 9. Juli; [am] D. morgen, [nach]mittag, abend: D. vormittags; D. früh; die Nacht von Montag auf/zum D.

Dienstag-: ~ **abend** [- -' - -], auch: ' - -' - -], der: *der Abend des Dienstags*: am D. hat sie Gesangsstunde; ihre -e sind für die nächste Zeit alle belegt; ~ **mittag** [- -' - -], auch: ' - -' - -], der: *der Mittag des Dienstags*; ~ **morgen** [- -' - -], auch: ' - -' - -], der: *Morgen des Dienstags*; ~ **nachmittag** [- -' - -], auch: ' - -' - -], der: *der Nachmittag des Dienstags*; ~ **vormittag** [- -' - -], auch: ' - -' - -], der: *der Vormittag des Dienstags*.

diensttätig ['di:nsʦa:ɡic] (Adj.; o. Steig., nur attr.): *an einem Dienstag stattfindend*: die -e Fernsehensendung gefiel uns recht gut; **diensttätlich** (Adj.; o. Steig., nicht präd.): *jeden Dienstag stattfindend, sich jeden Dienstag wiederholend*: die -en Vorlesungen; **dienstags** ['di:nsʦa:ks] (Adv.): *an jedem Dienstag*: wir treffen uns d.; d. abends pflegt er Tennis zu spielen.

dienstbar (Adj.) [mhd. dienstbaere]: *zum Dienst bereit*: ich will mich Euch allezeit d. erzeigen (Hacks, Stücke 16); ***ein-er Geist** (ugs. scherzh.; jmd., der sich um jmdn. helfend bemüht, ihm bedient, betreut): Ist kein -er Geist vorhanden, so öffnet der Hausherr (Horn, Gäste 21); die Garderobe des Großen Hauses (= des Theaters) wird weiterhin von -en Geistern (= Garderobenfrauen) betreut (MM 15.9.72, 5); **sich** (Dativ), **einer Sache jmdn. od. etw. d. machen** (sich, einer Sache jmdn. od. etw. untertan, gefügig, nutzbar machen): durch Geldgeschenke machte er sich das Personal d.; etw. dem Staate d. machen; (Abl.): **Dienstbarkeit**, die; -, -en: 1. a) (o. Pl.) (selten) *das Tätigsein [als Diener o. ä.]*: An den verschiedenen Stätten ihrer D. war ihr nie etwas Schlimmeres begegnet als dann und wann eine Rüge (Werfel, Himmel 145); ihre (= der Kellner) blasierte D., die Herablassung... (Lenz, Brot 99); b) *Gefälligkeit, dienstbare Handlung*: Weil ... der Weihnachtseinkauf vor der Tür steht, ist eine der Ideen, wie für den Kunden echte -en über den unmittelbaren Einkauf hinaus geboten werden können (Vorarlberger Nachr. 9.11.68). 2. a) (o. Pl.) (geh.) *Abhängigkeit*: er war in die D. seiner Geldgeber geraten; Ü weil ... sie selbst die Sprache in ihre D. (*Verfügungsgewalt*) brachten (A. Zweig, Grischka 452); b) (o. Pl.) (hist.) *Untertänigkeit, Leibeigenschaft*: die D. der Bauern im Mittelalter. 3. (jur.) *dingliches Recht zur beschränkten Nutzung eines Grundstückes od. beim Nießbrauch auch zur Nutzung einer beweglichen Sache od. eines Rechts*: das Wegerecht gehört zu den -en; die Erweiterung der Verteilanlagen und die damit verbundenen -en (St. Galler Tagblatt 560, 1968, 25); eine beschränkte persönliche D. ..., die der Stadt das Recht gab, auf ewige Zeiten die Fläche ihres Grundstückes mit der U-Bahntrasse zu unterfahren... Der von der D. betroffene Grundstücksraum wurde für alle Zeiten vom Grundstück der Eigentümerin abgetrennt (MM 9./10.11.74, 45); **diensten** ['di:nsʦn] (sw. V.; hat) (salopp): *Dienst tun*: Dr. ..., der damals noch in den Städtischen Krankenanstalten dienstete (MM Weihnachten 1969, 5); **dienstlich** (Adj.; o. Steig.) [mhd. dienstlich = dienstbeflissen]: a) *das*

Amt, den Dienst betreffend: ein -es Schreiben; es handelt sich um eine rein -e Angelegenheit; er ist häufig d. (*im Dienst, beruflich*) unterwegs; d. (*durch Dienstgeschäfte*) verhindert sein; b) *streng offiziell:* ich gebe Ihnen den -en (*strikten*) Befehl; der Brief ist in einem -en Ton abgefaßt; plötzlich wurde der sonst so joviale Vorgesetzte ganz d. (*unpersönlich, formell, frostig*).



Der Königsteiner Engel 30 Jahre unser treuer Begleiter

In der Offenbarung des Johannes, auch Apokalypse genannt, geschrieben gegen Ende der Regierungszeit des römischen Kaisers Domitian (81 bis 96 n. Chr.), wird im 8. Kapitel von den sieben Engeln mit den sieben Posaunen berichtet. Jeder Posaunenton bringt Not und Elend. Der siebte Engel mit der siebten Posaune (11, 15–19) aber ist der Bote der Hoffnung.

So steht im Vers 15: „Der siebte Engel blies seine Posaune. Da ertönten laute Stimmen im Himmel, die riefen:

Nun gehört die Herrschaft der Welt
unserem Herrn und Gesalbten;
und sie werden herrschen in alle Ewigkeit.“

Dieser Engel mit der siebten Posaune, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt, hat den Künstler inspiriert. Er schuf in der schweren Zeit des Aufbaus nach dem Krieg am Haus der Begegnung in Königstein diesen Engel der Hoffnung.

In Königstein begann 1960 die organisierte Laienarbeit katholischer Soldaten.

Der Königsteiner Offizierkreis übernahm diesen Engel, weil auch er sich mit dieser Hoffnung identifizierte. So wurde der Engel zum Zeichen des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und auf den Königsteiner Offizierbriefen. „auftrag“ übernahm das Hoffnungszeichen und die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ wählte es als ihr Symbol.

Der Engel der Hoffnung ist damit Begleiter und Symbol katholischer Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 30 Jahren.

Anlage C:

„Dienst“ und „Diakon“ aus biblischer Sicht

aus: Kleines Stuttgarter Bibel-Lexikon, Hrsg. Kath. Bibelwerk, erarb. von H. Obermeyer, K. Speidel, K. Vogt, G. Ziegler; 4. Aufl. 1977.

Dienst Zunächst Sklaven-D. (Ex 21,2; Lk 17,8; Mt 20,26f), dann auch das Unterworfensein unter andere Völker (Gen 15,13; Ex 1,11; 2,23; 13,3; Ri 3,8), ebenso Abhängigkeit von Untertanen (1 Sam 18,5,30; 19,4; 2 Sam 14,19f). D. bezeichnet im übertragenen Sinn die Abhängigkeit des Menschen von Gott in totaler Bindung, unterschiedslos gebraucht für wahren Gottes-D. und für Götzen-D. (Ex 23,33; Dtn 28,64; 1 Sam 7,3f; 12,10). Entscheidend ist der legitime D. für Jahwe (Ri 10,16), der Ausschließlichkeit (Ex 20,5; 23,24,33; Jos 24,14f.18), Abkehr von → Sünde (Ps 2,11; 100,2; 102,23) und vorbehaltlose Entscheidung für Gott fordert (1 Chr 28,9). Nach Dtn 18,5 mußten die → Leviten für ihren D. vom Volk ausgesondert werden. Im Gegensatz zur Umwelt sah das AT im D. nichts Entwürdigendes für den Menschen.

Im NT wird D. als unbedingte Forderung Gottes betrachtet (Mt 4,10; 6,24; Lk 4,8; Röm 12,11; Kol 3,24), die im D. Jesu ihren Ursprung hat (Mt 20,28; Mk 10,45; Lk 22,27). D. ist Zeichen wahrer Jüngerschaft (Mt 20,26f; Mk 10,43ff), vollzieht sich in Hingabe des Lebens für die Menschen (Mk 9,35; 10,44; Lk 22,26; Joh 12,15f), ist Frucht selbstloser → Liebe (1 Kor 16,15; Offb 2,19). Ehemals lebten die Menschen im D. der Sünde (Röm 6,6ff); seit der → Erlösung durch Christus sind sie frei für den D. Gottes (Gal 3,13; 4,4f), für den D. in Gerechtigkeit, Friede und Freude (Röm 14,17f), für den D. in gegenseitiger Liebe (Gal 5,13; Hebr 6,10; 1 Petr 4,10). In bes. Weise bezeichnet sich → Paulus als Diener Christi (Röm 1,1; Phil 1,1), wie auch seine Mitarbeiter Diener genannt werden (Kol 4,12; 1 Thess 3,2; 1 Tim 4,6). Zum D. ergeht → Berufung durch Gott (Röm 1,1; 1 Kor 1,1; Gal 1,15); im Vordergrund steht der D. am → Wort Gottes (Apg 6,4; Röm 1,9; 15,16) und der D. des Neuen Bundes (2 Kor 3,6). Diese Sicht des D. ist Grundlage der bibl. Auffassung vom *Amt*. Das AT kennt u.a. das Amt des → Priesters (1 Chr 24), des → Richters (Ri 2,16–19), des Königs (1 Sam 10,6; 26,16) und des → Propheten (1 Kön 11,29–39; Jes 3,2). Im NT wird jedes Amt auf Christus als Ursache zurückgeführt; Amt bedeutet Fortführung seiner Sendung und kommt aus seiner Vollmacht (Mk 3,14–18; 6,7; Mt 10,40). Durch das Amt ist der erhöhte Herr in seiner → Kirche gegenwärtig (Eph 4,10f; Röm 12,6ff; 1 Kor 12,28f); „Amt“ wird vielfach gleichbedeutend mit → Charisma gebraucht (vgl. 1 Kor 12ff).

Da das Amt als ausschließlicher D. an der → Gemeinde verstanden wurde, kannte man keine Rangunterschiede; man betrachtete es als Fortsetzung des D. Christi an den Menschen (Mk 10,43ff; Lk 22,27; Joh 13,12–17; Apg 1,17,25); es wurde weitergegeben durch Gebet und Handauflegung (Apg 6,6; 13,3; 1 Tim 4,14). Bezeichnungen für das Amt waren z.B.: → Apostel, → Älteste, → Propheten, → Lehrer, → Episkopen, → Diakone, → Presbyter.

Aus: Lexikon „Die Bibel“, Altes u. Neues Testament in neuer Einheitsübersetzung; bearb. von Dr. G. Stemberger, 1975.

DIAKON (bedeutet: „Diener“). Gewöhnlich bezeichnet man die in Apg 6,1–6 eingesetzten sieben Männer als die ersten Diakone. Doch kommt in diesem Text der Ausdruck Diakon nicht vor, und es scheint, daß Lukas erst nachträglich ihre Funktionen und ihr Verhältnis zu den zwölf mit der zu seiner Zeit bekannten Institution des Diakons illustrieren will. Die sieben haben offensichtlich die Leitung der hellenistischen Gemeinden über, während der Diakon im engeren Sinn dem Gemeindeführer untergeordnet ist. In dieser Bedeutung erscheint der Titel zum ersten Mal in Phil 1,1 auf. In der Tradition erhalten die Diakone die Aufgabe des Tischdienstes, der Predigt und der Taufspendung. 1 Tim 3,8–12 gibt an, welche Eigenschaften die Diakone haben müssen: „Nur wenn nichts gegen sie vorliegt, sollen sie ihren Dienst ausüben.“

Anlage D:

Der Dienst des Sammelns

— Papst Johannes Paul II.: Über das Verhältnis zwischen Priestern und Laien
aus: Kirchenzeitung Köln, Nr. 13, 31. März 1989

Als Mensch ist Christus Priester, ist er der „Hohepriester der künftigen Güter“; zugleich aber ist dieser Mensch und Priester der wesensgleiche Sohn des Vaters. Darum ist auch sein Priestertum — das Priestertum seines Erlösungsopfers — einzig und unwiederholbar. Es ist die transzendente Vollendung von allem, was Priestertum beinhaltet.

An diesem einzigen Priestertum Christi haben nun durch das Sakrament der Taufe alle in der Kirche teil. Wenn sich auch die Worte „Priester, aus den Menschen ausgewählt“ auf jeden von uns, die Träger des Amtspriestertums, beziehen, so weisen sie doch vor allem auf die Zugehörigkeit zum messianischen Volk, zum königlichen Priestertum, hin; ebenso zeigen sie unsere tiefe Verwurzelung im gemeinsamen Priestertum der Gläubigen, das der Berufung eines jeden von uns zum priesterlichen Dienst zugrunde liegt. Die „Laienchristen“ sind diejenigen, aus denen jeder von uns „ausgewählt wird“, diejenigen, unter denen unser Priestertum geboren wurde. . .

Wo es an Berufungen mangelt, muß die Kirche sich eifrig darum bemühen. Und sie tut es auch mit großem Eifer. An dieser Sorge nehmen auch die Laien in der Kirche teil. Diesbezüglich haben wir auf der Synode des Jahres 1987 nicht nur von den Bischöfen und Priestern, sondern auch von den anwesenden Laien selbst bewegende Worte gehört. Solche Bemühungen bezeugen auf bestmögliche Weise, was für die Laien der Priester bedeutet: es bezeugt seine Identität, und ist zugleich ein Zeugnis der Gemeinschaft, ein soziales Zeugnis. das Priestertum ist nämlich ein „soziales“ Sakrament. . .

Platz in der Kirche

Sicher möchten auch unsere Brüder und Schwestern — die gläubigen Laien — in uns „Diener Christi und Verwalter Gottes“ (1 Kor 4,1) finden. In dieser Dimension wird die volle Authentizität unserer Berufung, unseres Platzes in der Kirche gesucht. Während der Bischofssynode über das Thema des Laienapostolates wurde oft daran erinnert, daß den Laien eine solche Authentizität der Berufung und des Lebens der Priester am Herzen liegt. Diese ist sogar Voraussetzung für die Lebenskraft des Laientums und für das eigentliche Apostolat der Laien. In keiner Weise handelt es sich hierbei um eine „Laisierung“ des Klerus, wie es auch nicht um eine „Klerikalisierung“ der Laien geht. . .

In der priesterlichen Berufung eines Hirten muß ein besonderer Raum sein für diese Personen, für die Laien und für ihr „Laiantum“, das auch ein großes Gut für die Kirche darstellt. Ein solcher innerer Raum ist Zeichen für die Berufung des Priesters als Hirte.

Das Konzil hat mit großer Klarheit gezeigt, daß das „Laiantum“, das in den Sakramenten der Taufe und der Firmung gründet, das Laiantum als Dimension der gemeinsamen Teilnahme am Priestertum Christi, die wesentliche Berufung aller gläubigen Laien darstellt. Und die Priester „könnten nicht Christi Diener sein, wenn sie nicht Zeugen und Ausspender eines anderen als des irdischen Lebens wären“, aber gleichzeitig „vermöchten sie auch nicht den Menschen zu dienen, wenn diese und ihre Lebensverhältnisse ihnen fremd blieben“ (Konzilsdekret über den Dienst der Priester, 3).

Erziehung zur Würde

Das zeigt gerade jenen inneren Raum für das „Laiantum“ auf, das in die priesterliche Berufung eines jeden Hirten tief eingepreßt ist: den Raum für all das, worin sich dieses Zeichen ausdrückt. In all dem muß der Priester versuchen, „die wahre christliche Würde“ (Dogmatische Konstitution „Lumen gentium“, 18) eines jeden seiner Brüder und Schwestern im Laienzustand anzuerkennen; mehr noch, er muß sich darum bemühen, ihnen selbst diese Würde bewußt zu machen, sie zu dieser Würde durch seinen priesterlichen Dienst zu erziehen.

Wenn man die Würde der Laien und „ihre spezifische Rolle im Rahmen der Sendung der Kirche anerkennt“, sind die Priester Brüder unter Brüdern, da sie ja Glieder ein und desselben Leibes Christi sind, dessen Auferbauung allen anvertraut ist“ (Dekret über den Dienst der Priester, 9).

Wenn der Priester eine solche Haltung zu allen gläubigen Laien — den Laien und zu ihrem „Laientum“ —, die ja auch mit dem Geschenk der von Christus empfangenen Berufung ausgestattet sind, in sich entwickelt, kann er diese soziale Aufgabe erfüllen, die mit seiner Berufung zum Hirten verbunden ist. Das heißt, er kann die christlichen Gemeinden, zu denen er gesandt ist, „sammeln“. Das Konzil stellt an mehreren Stellen diese Aufgabe heraus. Die Priester „... üben das Amt Christi aus...“, sammeln die Familie Gottes als von einem Geist durchdrungene Gemeinde von Brüdern und führen sie durch Christus im Geist zu Gott dem Vater“ (Dogmatische Konstitution „Lumen gentium“, 28).

Dieses „Sammeln“ ist ihr Dienst. Jeder von uns muß sich bewußt sein, die Gemeinde nicht um sich zu sammeln, sondern um Christus, und nicht für sich, sondern für Christus, damit er selbst in dieser Gemeinde wirken kann, in jedem einzelnen mit der Kraft seines lebenspendenden Geistes, und nach dem Maß der „Gabe“, die jeder in diesem Geist „für den allgemeinen Nutzen“ empfangen hat.

Deshalb ist dieses „Sammeln“ Dienst; und es ist um so mehr Dienst, sofern der Priester die Gemeinde „leitet“. Hierzu unterstreicht das Konzil: „Die Priester müssen ihr Leitungsamt so ausüben, daß sie nicht das Ihre, sondern die Sache Jesu Christi suchen. Sie müssen mit den gläubigen Laien zusammenarbeiten...“ (Dekret über den Dienst der Priester, 9).

Dieses „Sammeln“ wird nicht als etwas Zufälliges betrachtet, sondern als eine fortwährende und kohärente Auferbauung der Gemeinde. Gerade hierbei ist die Zusammenarbeit, von der im Konzilstext die Rede ist, unbedingt erforderlich. Auch hier „sollen (sie) mit Glaubenssinn die vielfältigen Charismen der Laien, schlichte wie bedeutendere, freudig anerkennen und mit Sorgfalt hegen“. „Ebenso sollen sie vertrauensvoll den Laien Ämter zum Dienst in der Kirche anvertrauen, ihnen Freiheit und Raum zum Handeln lassen“ (ebendort)...

Jetzt, nach der Veröffentlichung des Apostolischen Schreibens *Christifideles laici*, studieren viele Kreise in der Kirche seinen Inhalt, in welchem sich der Ausdruck der kollegialen Sorge der Bischöfe findet, die sich zur Synode versammelt hatten. Die Synode ist übrigens ein Echo auf das Konzil gewesen, in dem sie versucht hat — im Licht der vielfältigen Erfahrungen —, die Richtung anzugeben, in welcher die Verwirklichung der Konzilslehre über die Laien weitergehen sollte. Es ist bekannt, daß diese sich als besonders reichhaltig und anregend erwiesen hat, was gewiß auch den Erfordernissen der Kirche in der Welt von heute entspricht.

Wir stellen diese Erfordernisse in all ihrer Bedeutung und Komplexität fest. Darum wird die Erkenntnis des nachsynodalen Dokumentes es uns ermöglichen, uns ihnen zu stellen und in vielen Fällen auch uns selbst in unserem priesterlichen Dienst zu helfen. „Die geweihten Hirten wissen sehr gut — lesen wir in der Konstitution „Lumen gentium“ —, wieviel die Laien zum Wohl der ganzen Kirche beitragen. Sie wissen ja, daß sie von Christus nicht bestellt sind, um die ganze Heilsmission der Kirche an der Welt allein auf sich zu nehmen (Nr. 30).

Indem sie für die Würde und Verantwortung der Laien eintreten, „sollen sie gern deren klugen Rat benutzen“ (Nr. 37). Alle Hirten — Bischöfe und Priester — „sollen ... bemüht sein ... der Welt ein solches Antlitz der Kirche zeigen, daß die Menschen sich daran ein Urteil über die Kraft und Wahrheit der christlichen Botschaft bilden können“ (Dogmatische Konstitution über die Kirche in der Welt, 43).

Anlage E:
Auszug aus Joseph Kardinal Höffner:
Leitgedanken für einen Unternehmerspiegel¹⁾

I. Fachliche Vortrefflichkeit

Jedes Unternehmen legt uns drei Fragen vor:

Erstens: Wer stellt die Produktionsmittel zur Verfügung, d.h., wer ist Eigentümer des Unternehmens? Wer übernimmt — eigentumsmäßig — das Risiko?

Zweitens: Wer leistet die sogenannte ausführende Arbeit? Wer setzt die Produktionsmittel als Arbeiter oder Angestellter in Bewegung und bringt die Gütererzeugung in Gang? Stillstehende Betriebe sind tot und kostspielig.

Drittens: Wer leitet den Betrieb? Wer plant und lenkt den Aufbau der Produktion? Wer bringt Produktionsmittel und ausführende Arbeit in das technisch, kaufmännisch und personell günstigste Verhältnis? Mit denselben Produktionsmitteln und mit denselben Arbeitern kann in demselben Betrieb das Ergebnis durchaus verschieden sein, je nachdem die Leitung des Betriebes in guten oder in schlechten Händen liegt.

In vielen Fällen, zum Beispiel in der bäuerlichen oder handwerklichen Familienwirtschaft und in den Betrieben des Kleinhandels sind die drei genannten Funktionen in *einer* Person vereinigt. In anderen Fällen ist die Eigentümerfunktion zwar mit der leitenden Funktion verbunden, die Funktion der ausführenden Arbeit jedoch getrennt, zum Beispiel in mittleren Betrieben, deren Leitung der Eigentümer innehat.

Typisch für das größere Unternehmen ist die Trennung der drei Funktionen. Die Aktionäre sind die Kapitalgeber und Eigentümer. Die ausführende Arbeit obliegt den Arbeitern und den an Zahl immer mehr zunehmenden Angestellten. Die leitenden und planenden, d.h. unternehmerischen Funktionen übernehmen die Direktoren. Nicht selten kommt es zum Ringen des Unternehmers mit den Kapitaleigentümern, die hohe Dividenden erwarten, während er zum Ausbau oder zur Sicherung des Unternehmens investieren will.

Nach christlichem Verständnis ist das Unternehmer-Sein ein Beruf. Wir denken heute kaum noch daran, daß Wort und Begriff Beruf aus der Heiligen Schrift stammen.³⁾ Wenn wir als Christen vom Beruf sprechen, geben wir dem Vertrauen Ausdruck, daß Gott, unser Vater, uns in dieser Lebenszeit zu einer Lebensaufgabe, zu einem bestimmten Lebensweg beruft. Er ruft uns durch das, was er uns gibt (Elternhaus, Anlagen, Neigungen, Fähigkeiten), und durch das, was er uns schickt (Krankheiten und sonstige Ereignisse, die wir Schicksalsschläge zu nennen pflegen, hinter denen aber Gottes Vorsehung steht). Beruf ist stets Gnade, aber auch Appell an die Freiheit und Selbstverantwortung des Menschen.

Das erste, was die christliche Berufsethik vom Unternehmer verlangt, ist sachlich und nüchtern, daß er sein Fach versteht. Der Unternehmerberuf verlangt schöpferische Kombinationsgabe, reale Phantasie, das Kennen der Märkte, die Witterung für zukunftsfrüchtige Entwicklungen, die eigenständige Tatkraft und das Talent im Koordinieren.

In der modernen Wirtschaft sind Rationalisierung und technischer Fortschritt ohne Zweifel im Interesse der Konkurrenzfähigkeit — und damit auch im Interesse der Arbeitnehmer — erforderlich. Papst Johannes Paul II. hat bemerkt, man könne nicht sagen, „daß der Fortschritt zu weit gegangen ist, solange noch viele Menschen, ja ganze Völker in bedrückenden und sogar menschenunwürdigen Verhältnissen leben, die mit Hilfe technisch-wissenschaftlicher Erkenntnis verbessert werden können.“⁴⁾ Der heilige Vater schmäht die Technik nicht. Er nennt sie „eine Verbündete der menschlichen Arbeit“. Ihre Vervollkommnung schreite unaufhörlich fort, wie die Elektronik und die Mikroprozessoren, die Miniaturisierung, die Informatik und die Telematik zeigten.⁵⁾ Aber der Papst warnt auch vor

den Gefahren einer unkontrollierten technischen Entwicklung. Die Technik könne sich „in manchen Fällen aus einer Verbündeten fast in eine Gegnerin des Menschen verwandeln, wie etwa dann, wenn die Mechanisierung der Arbeit den Menschen verdrängt und ihn jeder persönlichen Befriedigung und des Ansporns zur Kreativität und Verantwortung beraubt, wenn sie viele Arbeitnehmer um ihre Beschäftigung bringt oder durch die Verherrlichung der Maschine den Menschen zu deren Sklaven macht“.⁶⁾ Ein verantwortungsbewußter Unternehmer wird deshalb den technischen Fortschritt nicht in stürmischen, krisenhaften Sprüngen, sondern in ausgeglichener Entwicklung sich vollziehen lassen.

Bei alledem wird der Unternehmer beachten müssen, daß sein Unternehmen im Kraftfeld der staatlichen Wirtschafts-, Konjunktur-, Steuer- und Sozialpolitik sowie in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen steht. Papst Johannes Paul II. nennt dieses komplizierte System von Abhängigkeiten den „indirekten Arbeitgeber“. „Im heutigen System der Weltwirtschaft“, so sagt der Papst, bestehen „zahlreiche Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten“, die gegenseitige Abhängigkeiten“ schaffen, was an sich etwas Normales sei. Es könne jedoch zur Ausbeutung schwächer Länder führen, wenn hochindustrialisierte Staaten oder multinationale Konzerne ihre Macht mißbrauchen, um die Preise der Rohstoffe niedrig zu halten, was zu einem immer größeren Mißverhältnis zwischen den reichen und den ärmeren Ländern führt.“⁷⁾

Die schöpferische Initiative begabter Unternehmer kann zu Kosten- und Ertragsvorteilen führen, die anderen Unternehmern gegenüber einen *Pioniergewinn* darstellen. Das Zweite Vatikanische Konzil hat die unternehmerischen Initiativen begrüßt: Um „den Bedürfnissen der wachsenden Menschzahl gerecht zu werden und den immer höheren Ansprüchen der Menschen Genüge zu tun“, sind zu fördern: „technischer Fortschritt, Aufgeschlossenheit für das Neue, die Bereitschaft, neue Unternehmen ins Leben zu rufen und bestehende zu erweitern, die Entwicklung geeigneter Produktionsverfahren, das ernsthafte Bemühen aller irgendwie am Produktionsprozeß Beteiligten, überhaupt alles was zu diesem Fortschritt beiträgt“.⁸⁾

Gegen den durch unternehmerische Initiative entstehenden Pioniergewinn, der letztlich im Dienst der Verbraucher steht, sind keine Bedenken zu erheben, falls dieser Gewinn in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise angelegt wird.

Die Enzyklika „Quadragesimo anno“ bemerkt, daß „die Verwendung sehr großer Einkünfte zur Schaffung von Arbeits- und Verdienst-Gelegenheit als eine „ausgezeichnete und hervorragend zeitgemäße Übung der Tugend der Großzügigkeit“ (magnificencia) gelten könne.“⁹⁾

Der Unternehmerngewinn muß durch die Gesinnung des Dienens geläutert werden. Läßt man die Dienstbereitschaft außer acht, so bleibt nach Thomas von Aquin das bloße Gewinnstreben übrig, dem „eine gewisse Häßlichkeit“¹⁰⁾ anhaftet und das, wie Dominico Soto (gestorben 1560) schreibt, einen „unstillbaren Durst“ hervorruft und die Unternehmer den „Glücksspielern“ ähnlich macht.¹¹⁾

2) *Gaudium et Spes* 64. — Vgl. auch die Enzykliken *Mater et Magistra* Nr. 168 und *Populorum Progressio* Nr. 48.

3) Jesus berief die Jünger zur apostolischen Lebensaufgabe (Mt 4,21; 10,1; Mk 1,20; 6,7; 10,28; Lk 9,1). Paulus bezeichnet mit demselben Ausdruck (Beruf, Berufung) sowohl den irdischen Beruf als auch die Berufung zum christlichen Glauben: „Brüder, jeder soll vor Gott in dem Beruf bleiben, in dem ihn der Ruf Gottes getroffen hat“ (1 Kor 7,24).

4) Papst Johannes Paul II. in Deutschland, 15.—19. November 1980. Predigten und Ansprachen, in: *Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls*, Bd. 25, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1980, S. 31.

5) Enzyklika *Laborem exercens*, 5.

6) ebd., 5.

7) ebd., 17.

8) *Gaudium et Spes*, 64.

9) Enzyklika *Quadragesimo Anno*, 51.

10) THOMAS VON AQUIN, *Summa theologiae* II-II, q.77, a.4.

11) Vgl. Joseph HÖFFNER, *Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert*, Darmstadt 1969, S. 106 — Joseph HÖFFNER, *Estática y Dinámica en la Ética Económica de la Filosofía Escolástica*, in: *Tres Estudios sobre Religión y Economía*, hrsg. vom Instituto de Investigaciones Sociales y Económicas, México 1959, S. 23—48.

Anlage F:

Menschenwürde als Leitbild der Menschenführung

aus: Joseph Kardinal Höffner: Christliche Gesellschaftslehre; Studienausgabe 1983; S. 156f.

a) In der *Menschenwürde* besitzt die Menschenführung ihr Leitbild, eine Erkenntnis, die erhebliche Konsequenzen nach sich zieht. Bekanntlich haben zunächst Erwägungen der Rentabilität und der Kostenersparnis dazu geführt, sich um die Menschen in den modernen Betrieben zu kümmern. Bezeichnend ist die Mahnung, die der englische Fabrikant und Sozialpolitiker Robert Owen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Unternehmern gegeben hat: „Die Erfahrung hat Ihnen sicherlich den Unterschied gezeigt, der zwischen einer rein geputzten, glänzenden maschinellen Einrichtung ... und einer anderen besteht, die schmutzig und in Unordnung ist, unnötige Reibungen aufweist und nach und nach unbrauchbar wird. Wenn also die auf unbeseelte Maschinen verwendete Mühe so vorteilhafte Ergebnisse zeitigt, warum sollte man nicht das gleiche von der Sorgfalt erwarten, die man auf lebendige Menschen verwendet, deren Struktur noch viel bewunderungswürdiger ist? ... Ist es natürlich, wenn man zu dem Schluß kommt, daß auch diese viel komplizierteren und feineren Maschinen an Kraft und Wirksamkeit gewinnen. ..., wenn man sie reinlich hält, sie mit Freundlichkeit behandelt, wenn man ihrer geistigen Tätigkeit unnötige Reibungen erspart und wenn man ihnen eine ausreichende Menge Nahrungsmittel gibt?“¹³⁾

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts haben Arbeitsphysiologie, Arbeitspsychologie und Betriebspsychologie wissenschaftlich nachgewiesen, daß es sich lohnt, sich um die Menschenführung zu kümmern und in Betrieb und Büro auf die physische und psychische Eigenart des Menschen Rücksicht zu nehmen. Heute scheint sich jedoch eine Wende anzubahnen, die man „wahrhaft kopernikanisch“ genannt hat (O. von Nell-Breuning). Wie man in den Laboratorien der Großunternehmen der Chemie von der begrenzten Zweckforschung zur zweckfreien Grundlagenforschung übergegangen ist, so beginnen auch führende Männer in den Betrieben und Verwaltungen sich zur zweckfreien Menschenführung zu bekennen, d. h. in jedem Mitarbeiter von vornherein den Mitmenschen und Nächsten zu sehen und alle Maßnahmen aus dieser lauterer Sicht zu treffen. Der die Menschenführung bestimmende Leitgedanke ist also nicht — im Sinne eines intelligenten Egoismus — die Rentabilität, sondern die Menschenwürde, wobei sich übrigens ergeben wird, daß auf die Dauer nur durch diese Haltung die gedeihliche Entwicklung der Unternehmungen gesichert werden kann.

Die Anerkennung der Menschenwürde setzt nicht Gleichmacherei, sondern Gleichwertigkeit voraus. Der Vorgesetzte wird deshalb seine Mitarbeiter nicht in einem patriarchalischen Gönntertum von oben herab behandeln, sondern edel und gerecht zu allen sein. Hier besitzen Arbeiter und Arbeiterinnen ein feines Gespür. Ein Beispiel: Eine Arbeiterin bittet den Direktor um eine Unterredung. Während der Unterhaltung dreht der Direktor eine kleine Metallplatte in das Blickfeld der Besucherin: „Fasse dich kurz!“ Die Arbeiterin meinte nachher: „Ich habe Verständnis dafür, daß der Direktor wenig Zeit hat. Aber das sollte der Mann *sagen*, weil ein Mensch vor ihm sitzt. Dazu sollte er keine Metallplatte benutzen.“

b) Zweckfreie Menschenführung ist weder Sentimentalität noch Schwäche; sie setzt vielmehr das Bekenntnis zur *Autorität* voraus. Das besagt nicht, daß der Arbeiter als „bloßer Untertan“ zu betrachten sei, „dazu bestimmt, stummer Befehlsempfänger zu sein, ohne das Recht, eigene Wünsche und Erfahrungen anzubringen“ („Mater et Magistra“, 92). Eine Betriebsordnung, die das Verantwortungsgefühl des Arbeiters „abstumpfen oder seine schöpferischen Kräfte lahmlegen“ würde, widerspräche der Gerechtigkeit „selbst dann, wenn der Güterausstoß sehr hoch liegt und die Verteilung nach Recht und Billigkeit erfolgt“ („Mater et Magistra“, 83). Der Arbeiter soll nicht bloß physisch — als auf den Leistungslohn ausgerichtete Arbeitskraft — im Betrieb anwesend sein; entscheidend ist vielmehr seine personale Präsenz. Es gilt deshalb „das Unternehmen zu einer echten menschlichen Gemeinschaft zu machen“, was „Zusammenarbeit, Achtung voreinander und Wohlwollen“ voraussetzt („Mater et Magistra“, 92).

Der Autorität des Vorgesetzten entspricht auf der anderen Seite der Gehorsam der Untergebenen. Sich in freier Entscheidung ein- und unterzuordnen ist kein Widerspruch zum christlichen Menschenbild und berührt nicht die Subjektstellung des Menschen im Betrieb. In einem Betrieb, dessen menschliches und sittliches Klima gesund ist, vermögen Arbeiter und Arbeiterinnen, die vielleicht persönlich in tiefer Lebensunordnung stecken, die Notwendigkeit und den Halt einer gerechten und beständigen Geborgenheit zu erleben. Man kann in der Tat beobachten, „daß der Eintritt in einen klar, sinnvoll und gerecht geordneten Betrieb oft den Anfang einer Entwicklung bedeutet, durch die dem Menschen schrittweise die Befreiung aus der Vermassung gelingt“¹⁴). Allerdings ist das nur möglich, wenn es eine kluge, entschiedene und am rechten Menschenbild orientierte Menschenführung versteht, ein sauberes Betriebsklima zu schaffen. In diesem Falle wird die intentionale, d. h. die bewußt gewollte, persönliche Menschenführung, durch die funktionale Menschenführung, die von einem guten Betriebsklima ausgeht, ergänzt.

Dabei ist zu beachten, daß für das Betriebsklima nicht nur die von der Betriebsleitung geschaffene formale Organisation des Betriebes mit ihren Abteilungen und Arbeitsteams bedeutsam ist, sondern vor allem das informelle Gruppengefüge, das häufig von außerbetrieblichen, schwer kontrollierbaren Kräften, z. B. von politischen oder weltanschaulichen Bewegungen, inspiriert und gesteuert wird und das „man meint“, „man denkt“, „man tut“ innerhalb der Belegschaft oft fast despotisch bestimmt. Dabei sind es nicht selten nur wenige Menschen, die das Betriebsmilieu in ihrem Sinne zu prägen vermögen, Menschen, von denen ein geheimnisvolles Fluidum ausgeht, so daß sie gleichsam „geborene Führer“ sind. Wenn diese Menschen negativ eingestellt sind, wirken sie zersetzend und bilden die gefährlichsten Gegenspieler jener Männer, die sich als Vorgesetzte — vielleicht mit bestem Willen — um die Menschenführung mühen.

Die sich aus den Sachnotwendigkeiten des Betriebs ergebende funktionale Autorität ist keineswegs mit der personalen Autorität identisch, die im Vorgesetzten selber lebendige Gestalt annehmen muß. Jeder, der eine leitende Stellung im Betrieb innehat, muß nicht nur in fachlichen Fragen ein Köhner sein, sondern die nicht häufige Gabe besitzen, Menschen zu verstehen, in der rechten Weise befehlen zu können und anderen Vorbild zu sein. Solche Autorität setzt inneren Persönlichkeitswert voraus; dann braucht sie sich nicht durch Schreien vorzutäuschen.

In der modernen Industriegesellschaft ist die Menschenführung weithin den *leitenden Angestellten* anvertraut, deren soziologische Ortsbestimmung umstritten ist. Die einen heben die Selbstherrlichkeit der leitenden Angestellten, besonders ihrer Spitzengruppe, hervor, indem sie abschätzig von den „Managern“ sprechen, die sich, ohne selbst Eigentümer zu sein, die Herrschaft über ganze Unternehmenskomplexe angemaßt hätten. Andere meinen demgegenüber, die leitenden Angestellten stünden in dem unbefriedigenden und hemmenden Dilemma, weder selbstständig noch unabhängig zu sein und doch leiten und Menschen führen zu müssen. Besonders dem deutschen Großbetrieb wird nicht selten vorgeworfen, er habe „sein Vorbild der innerbetrieblichen personellen Ordnung vom Staat, von der Bürokratie und von der Armee her bezogen“; so sei es zu erklären, daß lange Zeit das Verständnis für die „Auflockerung der betrieblichen Ordnung“ gefehlt habe, „die jedem einzelnen soviel an Selbstverantwortung für das Ganze“ gebe, „als irgendwie von der Leitung aus verantwortet werden“ könne. Auch heute noch sähen manche Unternehmer in den leitenden Angestellten eine Gruppe, die sowieso erbötig und ergeben sei¹⁵).

Dieser überholten Auffassung gegenüber ist zu betonen, daß in den modernen Betrieben das Gesetz der einheitlichen Leitung durch das Gesetz der sinnvollen Aufgliederung der Verantwortungsbereiche (Subsidiarität) ergänzt werden muß. Die Großunternehmen tragen nicht nur eigentumsmäßig anonyme Züge; sie sind auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen weithin entpersönlicht. Deshalb ist es gerade den leitenden Angestellten, die den Arbeitnehmern häufig als die unmittelbaren Vorgesetzten begegnen, aufgetragen, die menschlichen und persönlichen Werte und Kontakte zu pflegen.

c) In den Kapitalgesellschaften üben leitende Angestellte als Direktoren und Generaldirektoren *unternehmerische Funktionen* aus. Es ist erstaunlich, daß die sozialen Auseinandersetzungen in Deutschland lange Zeit so geführt worden sind, als gäbe es nur die beiden Funktionen des Kapitals und der Arbeit. Die Vernachlässigung der Unternehmerfunktion, die schöpferische Kombinationsgabe, reale Phantasie, Witterung für zukunftssträchtige Entwicklungen, Talent im Koordinieren und eigenständige Tatkraft beinhaltet, liegt zu einem guten Teil darin begründet, daß der marxistische Klassenkampf beim Dualismus zwischen Kapital und Arbeit ansetzte und die Unternehmerfunktion ausklammerte. Aber auch die klassische Nationalökonomie, die den „freien Markt“ in den Mittelpunkt stellte, hat die Unternehmerfunktion verkannt. Kein Wunder, daß auch die katholische Soziallehre sich verhältnismäßig selten mit dem typisch Unternehmerischen befaßte. Wo das Unternehmerische angesprochen wurde, geschah es häufig mit einem unverhohlenen Mißtrauen. Inzwischen hat sich ein Wandel vollzogen, den das Zweite Vatikanum ausdrücklich anerkannt hat (vgl. „Gaudium et spes“, 64). Die Sozialfunktion des Unternehmers besteht nicht nur darin, „mehr und besser“¹⁶⁾, „mehr und rationeller“¹⁷⁾ zu produzieren; ihm obliegt auch die Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen, damit die Betriebe nicht zu Stätten von Autoritätskonflikten werden.

4. Sicherung des Arbeitsplatzes

Johannes Paul II. bemerkt in seiner Enzyklika „über die menschliche Arbeit“, „sehr wahrscheinlich“ werde sich der materielle Wohlstand in den entwickelten Industriestaaten verringern oder doch langsamer wachsen, während Millionen von verelendeten Menschen in der Dritten Welt auf Erleichterung hoffen könnten.¹⁸⁾

Manches deutet in der Tat darauf hin, daß sich in den Industriestaaten seit 1975 eine geschichtliche Wende vollzieht. Der Wohlstandsstaat, der mehr und mehr zum verschuldeten Steuerstaat wird, stößt an seine Grenzen. Die *Arbeitslosigkeit* droht zu einem Dauerzustand, zum Schicksal der achtziger Jahre zu werden.

Arbeitslos zu sein ist eine doppelte Not. Einmal spüren die Arbeitslosen sehr drastisch die Minderung ihres Einkommens. Sie müssen sich nach allen Seiten einschränken. Dazu kommt eine zweite Not: der Mangel an Beschäftigung. Dadurch leidet das Selbstwertgefühl, besonders wenn die Arbeitslosigkeit längere Zeit anhält. Kein Wunder, daß manche Arbeitslose mürrisch und unzufrieden werden.

Die Arbeitslosigkeit, die Papst Johannes Paul II. eine „Plage“ nennt, trifft besonders hart die Jugendlichen, „die ihren ehrlichen Arbeitswillen und ihre Bereitschaft, die ihnen zukommende Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gesellschaft zu übernehmen, schmerzlich frustriert sehen“. Ein schweres Problem stellt für den Papst auch die „Arbeitslosigkeit der Intellektuellen“ und der behinderten Menschen dar, die nicht „am Rande der Arbeitswelt“ stehen dürfen.¹⁹⁾

13) Zit.: *Gide-Rist*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Jena 1921, S. 257.

14) K. Abraham. Der Betrieb als Erziehungsfaktor. Köln 1953, S. 95.

15) F. Hellwig. Die soziale Funktion des Unternehmers, in: *Industrie-Anzeiger*. Essen, Nr. 16/17 (26.2.1954).

16) „*Populorum progressio*“, 48.

17) „*Mater et Magistra*“, 168.

18) Enzyklika „*Laborem exercens*“, Nr. 1.

19) Enzyklika „*Laborem exercens*“, Nr. 8, 18, 22.

Anlage G: Arbeit und Beruf als Dienst

aus: Joseph Kardinal Höffner: Christliche Gesellschaftslehre; Studienausgabe 1983; S. 134f.

4. *Arbeit und Beruf als Dienst.* Nach christlicher Sinndeutung ist die Arbeit ein dienendes Miteinander und Füreinander. Sie ist Dienst am Nächsten, an Familie und Volk und deshalb adelig, auch wenn sie kaum ein Element schöpferischen Gestaltens enthalten würde. Johannes Tauler († 1361) erzählt von einem Bauersmann, den er den „allerhöchsten Freund Gottes“ nennt: „Der ist alle seine Tage ein Ackersmann gewesen, mehr als vierzig Jahre, und ist es noch. Der fragte einst unsern Herrn, ob er wolle, daß er sich dessen begeben und in die Kirche sitzen gehe. Da sprach er: Nein, er solle es nicht tun; er solle sein Brot mit seinem Schweiß gewinnen, seinem edlen, teuren Blut zu Ehren.“ Tauler fügt hinzu: „Eines kann spinnen, das andere kann Schuhe machen... Wäre ich nicht Priester und wäre in einer Gemeinde, ich nähme es für ein großes Ding, daß ich Schuhe machen könnte... Ein Jegliches soll sein Amt haben.“⁽⁸⁾

Die vielfältigen in der Gesellschaft zu erfüllenden Aufgaben erfordern eine große Zahl von Diensten (Berufen), die sich nach den Wertbereichen in vier Gruppen einteilen lassen:

a) *Der geistig tätige Mensch* dient dem Heiligen (Priester, Ordensleute), dem Wahren (Gelehrte, Forscher), dem Guten (Erzieher, Lehrer) und dem Schönen (Künstler), wobei mehrere dieser Dienste häufig in demselben Menschen und in demselben Beruf vereinigt sind, wenn auch ein bestimmter Schwerpunkt erkennbar ist.

b) *Der helfende Mensch* steht im Dienst der leiblichen und seelischen Gesundheit des Menschen (Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger und Pflegerinnen). In der modernen Gesellschaft sind jene Dienstberufe, die sich pflegerisch-sorgend um den Menschen mühen, z.B. der Dienst im Haushalt und an den Kranken, wenig beliebt. Das mag zum Teil durch die den jungen Menschen beeinflussende öffentliche Meinung mitbedingt sein, die den Dienst in Haushalt und Krankenhaus mit den Begriffen „Arbeitsüberlastung“, „Mangel an Freizeit“, „ständige Sozialkontrolle“ und dergl. zu verbinden pflegt. Aber hier bergen sich auch hintergründige Zusammenhänge. Während — insbesondere bei der Jugend — ein großes Interesse für jene Dienstleistungsberufe gegeben ist, die mehr sachlich-objektiv ausgerichtet und in ihren Funktionen klar umgrenzt sind, z.B. im Büro, steht das selbstlose, persönliche Dienen nicht hoch im Rang. Und das ist eine bedenkliche Erscheinung. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Krankenhäuser zwar medizinisch und technisch mit den besten und modernsten Einrichtungen ausgestattet wären, die Menschen jedoch, denen die Sorge für die Kranken obliegt, fehlen oder in ihrer Tätigkeit nur einen Erwerbsberuf — wie in sonstigen Dienstgewerben — sehen würden.

c) *Der ordnende Mensch* wirkt beruflich im Bereich des Politischen im klassischen Sinne. Er dient der gesellschaftlichen Ordnung in Regierung, Verwaltung, Rechtspflege, Heerwesen, Polizei, Selbstverwaltung usw.

d) *Der wirtschaftende Mensch* stellt die materiellen Bedarfsgüter zur Verfügung. Obwohl die Wirtschaft in der Rangordnung der Werte gleichsam das unterste Stockwerk bildet, üben doch die meisten Menschen in diesem Bereich ihren Erwerbsberuf aus, wobei sich drei Sektoren unterscheiden lassen. Als *primären Sektor* pflegt man die arbeitsintensive landwirtschaftliche und bergbauliche Urproduktion zu bezeichnen. Während im vorindustriellen Zeitalter mehr als vier Fünftel der Bevölkerung im primären Sektor ihren Unterhalt fanden, bildet das Bauerntum in der entwickelten Industriegesellschaft eine Minderheit. Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten stieg zwar mit dem Beginn der industriellen Entwicklung beträchtlich an, macht jedoch in den modernen Industriestaaten nur wenige Prozent der Erwerbstätigen aus. Kennzeichnend für den *sekundären Sektor* — als den Bereich der eigentlichen handwerklichen und industriellen Fertigung — ist die durch Maschinisierung, Rationalisierung und Automation bewirkte erstaunliche Produktivitätssteigerung. Obwohl fast die Hälfte der Erwerbstätigen im sekundären Sektor beschäftigt ist, verlagert sich der Schwerpunkt der Wirtschaft in der entwickelten Industriegesellschaft mehr und mehr in den *tertiären Sektor* der Dienstlei-

stungen. Es handelt sich hier um jene Dienste, die sich auf die Planung, die Konstruktion und den Vertrieb produzierter materieller Güter des primären und sekundären Sektors beziehen und die in den Konstruktionsbüros, in den Werbeabteilungen, in den Läden und Kaufhäusern, im Gütertransport, in den Banken und Versicherungen usw. geleistet werden. Von diesen wirtschaftlichen Dienstleistungen sind jene zu unterscheiden, die nicht zum Bereich des „wirtschaftenden“, sondern des „geistig tätigen“, des „helfenden“ und des „ordnenden“ Menschen gehören.

5. *Die Arbeit als Buße.* Alle Völker und Zeiten haben um die Mühsal der Arbeit, die der geistig und körperlich Tätige, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer spüren, gewußt. Ein altrussisches Sprichwort sagt: „Arbeit macht nicht reich, aber buckelig.“ Der Christ wird sich deshalb keinen Utopien hingeben, wie etwa Lenin, der am 11. Mai 1920 prophezeite, daß in der kommunistischen Zukunftsgesellschaft glückliche Menschen „ohne Norm, ohne auf Entlohnung zu rechnen, ohne eine Vereinbarung über Entlohnung, völlig selbstlos und aus Liebe zur Gesellschaft“, aus dem „Bedürfnis eines gesunden Organismus“ ihre Arbeit verrichten würden⁹⁾. Diesem säkularisierten Messianismus gegenüber betonte Leo XIII. schon 1891: „Auch im Stande der Unschuld wäre der Mensch nicht untätig gewesen“; aber „die Arbeit, nach welcher er damals wie nach einem Genuße freiwillig verlangt hätte, wurde ihm nach dem Sündenfall als eine notwendige Buße auferlegt, deren Last er spüren muß“. Wer dem Volk ein Leben „in satter Ruhe und stetem Genuß vorspiegelt, vermehrt die Qual des Volkes und treibt es in einen Trug, der nur noch größere Übel als die gegenwärtigen entfesseln wird“ („*Rerum novarum*“, 14).

6. *Die Arbeit als Sühne.* Die christliche Lehre von der Arbeit als Buße spricht keinen Fluch über die Arbeit aus. Ein Fluch ist es gewesen, wenn die Zwangsarbeit der Sklaverei und der Konzentrationslager die Menschen geschändet und geknechtet hat. Aber diese Mißstände hatten Menschen, nicht Gott zum Urheber. Es ist mißverständlich, aus dem dritten Kapitel der Genesis einen Fluch über die Arbeit herauszulesen, „in so hohem Grade mißverständlich“, daß man „diese Redeweise meiden sollte“¹⁰⁾; denn der Fluch traf nicht die menschliche Arbeit, sondern den Erdboden. Die Mühsal der Arbeit ist nicht Fluch, sondern Sühne. Wer die Beschwerden christlich trägt, darf das Pauluswort nachsprechen: „Ich freue mich der Leiden, die ich für euch erdulde, und ergänze an meinem Fleische, was von Christi Leiden noch aussteht, zugunsten seines Leibes, der Kirche“ (Kol 1, 24).

Papst Johannes Paul II. rückt „Schweiß und Mühsal, welche die Arbeit in der gegenwärtigen Heilssituation der Menschheit notwendigerweise mit sich bringt“, in das Licht des Passahgeheimnisses: „Indem der Mensch die Mühsal der Arbeit in Einheit mit dem für uns gekreuzigten Herrn erträgt, wirkt er mit dem Gottessohn an der Erlösung der Menschheit auf seine Weise mit.“ Die Arbeit hat nämlich ihren Platz „nicht nur im irdischen Fortschritt, sondern auch bei der Entfaltung des Reiches Gottes“¹¹⁾.

5) H. de Lubac, *Der Mensch in marxistischer und christlicher Schau.* Offenburg 1949, S. 59.

6) „*Laborem exercens*“, Nr. 12.

7) Zit. in: „*Sint unum*“ (Pont. Univ. Gregoriana). Rom 1930, S. 72.

8) Text: F. Vetter, *Die Predigten Taulers.* Berlin 1910, S. 179.

9) Lenin, *Ausgewählte Werke.* Bd. II. Moskau 1947, S. 667.

10) O. von Nell-Breuning, *Wörterbuch der Politik.* Bd. III. Freiburg i.B. 1949, S. 121.

11) „*Laborem exercens*“, Nr. 27.

Anlage H: Erzählung von Luise Rinser

Luise Rinser erzählt (in: Gespräch von Mensch zu Mensch):

Ich habe eine uralte Verwandte im Kloster Frauenchiemsee. Ihr ganzes Leben verbrachte sie in der Waschküche ihres Konvents. Sie sagt strahlend: „Ich bin der glücklichste Mensch der Welt.“

Lachen Sie nicht! Sie ist in der Tat beneidenswert glücklich. Warum? Weil ihr gelungen ist, was mir und Ihnen vielleicht nie gelingt: vollkommen zu dienen und im Dienen sich zu verlieren und unversehens im Sich-verlieren ganz sich zu gewinnen.

Sich gewinnen aber bedeutet: frei sein. Diese Nonne ist frei, das heißt: sie macht sich nichts aus Zurücksetzung, nichts aus ungerechter Kritik, nichts aus ihrer geringen Stellung. Sie hat das große Ja zum Leben gefunden — und das in ihrer Waschküche. . .

Ich will nicht sagen, daß ein Politiker nicht wichtiger sei als eine Wäsche waschende Nonne. Aber dieser Unterschied besteht nur, wenn man auf einer bestimmten Ebene denkt. Nämlich auf jener, auf der es eben um äußeres Ansehen und eine breite öffentliche Wirksamkeit geht.

Es gibt aber ohne Zweifel eine andere Ebene, auf der ein anderer Unterschied gilt: jener zwischen einer gut und einer schlecht geleisteten Arbeit. Eine vollkommen dienende alte Wäscherin ist auf dieser Ebene menschlich mehr wert als ein schlechter, ein nicht zuverlässiger Politiker.

Und dieser Unterschied allein ist es, nach dem unser wirklicher Wert sich bemißt.

Daran sollten wir denken, wenn wir an unserer geringen oder hohen Stelle dienen. Wenn wir nicht uns, sondern die Sache im Auge haben, konzentriert und mit Liebe, dann werden wir, uns solcherart verlierend, uns ganz gewinnen. Und damit auch das, was wir anders vergeblich suchen: das Glück.

Soweit Luise Rinser.

Ist das nicht eine tiefere Überlegung wert in all unseren oft krampfhaften Bemühungen um „Selbstverwirklichung“ — und könnte das nicht auch eine Hilfe sein, wenn wir vorschnell eine Ausbildung, eine Lehre, eine Stellung aufgeben, weil sie nicht sofort und ständig ausschließlich „Spaß macht“?

Anlage I: „Sonntag heiligen“

aus: Die Parole, Hrsg. KMBA, Text Georg Wetmann, 1962.

Sonntag heiligen

Wir wissen, daß das Mittelalter in heiligen Zeiten den Waffenlärm mit der Waffenruhe vertauschte. Und wenn die kriegführenden Nationen in der Vergangenheit vor dem Glanze des Sonntags die Waffen gesenkt hätten, so wären wahrscheinlich von dieser gemeinsamen Anerkennung des sonntäglichen Gottesfriedens Gedanken der Versöhnung ausgegangen, die den Völkern allzu harte und einseitige Friedensdikate erspart hätten.

Noch viel schlimmer als die Umgehung des Sonntagsgebotes in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzung wäre es, wenn der Soldat in ruhigen Friedenszeiten keinen Sinn hätte für die rechte Gestaltung seines Sonntags.

Als Adam und Eva nach der Katastrophe des Sündenfalles aus dem Garten der Wonne verjagt wurden, um im Schweiß ihres Angesichtes die Erde zu bebauen, verblieb den beiden von der paradiesischen Lebensordnung nur noch der Ruhetag, an dem sie sich auf Gottes Geheiß von ihrer mühsamen Arbeit erholen und die Augen zum Schöpfer erheben sollten. Das Christentum wählte statt des Sabbats den Tag, an dem sich das entscheidende Ereignis der christlichen Heilsordnung, die Auferstehung des Herrn, zugetragen hatte. Und der Sonntag eroberte zugleich mit dem christlichen Glauben die Welt, um im Laufe von fast zwei Jahrtausenden unerhört viel zur geistigen Hebung, sittlichen Läuterung und geselligen Veredlung der Menschheit beizutragen.

Es ist eine wahre Tragik, daß der gottgesetzte wöchentliche Rasttag mehr und mehr von seiner verpflichtenden Kraft unter den Menschen verliert. Angesichts so vieler Denkmäler der frommen Gläubigkeit unserer Väter in Form von Domen, Kirchen und Kapellen ergeht die Frage an dich, ob du zu jenen gehörst, die nur gelegentlich den Weg zur Kirche nehmen — so ganz nach Lust und Laune — und angeblich nichts für ihr Inneres dort finden. Wenn es so ist, laß es dir gesagt sein, daß wir als Christen nicht nur das gelten lassen dürfen, was uns Nutzen bringt oder Annehmlichkeit bietet. Die Heiligung des Sonntags durch den Besuch des Gottesdienstes ist eine die ganze Erdenseligkeit und Erdendarmseligkeit himmelhoch überragende Tat, bei der du gar nicht erst gefragt wirst, ob du daran Gefallen findest oder nicht. Wer dieses eherner Gesetz des christlichen Seins nicht anerkennt, ist von seelischer Verkümmern bedroht.

Der russische Dichter Nikolaus Gogol schreibt: „Es muß ein jeder, der innerlich fortschreiten und besser werden will, den sonntäglichen Gottesdienst besuchen und seiner heiligen Liturgie aufmerksam folgen: sie stimmt den Menschen innerlich um und richtet seine Seele empor.“

Ist dir von dieser umstimmenden und aufrichtenden Kraft des sonntäglichen Gottesdienstes noch nichts aufgegangen? Ergreift es dich innerlich nicht mehr, wenn du über die Schwelle eines Gotteshauses trittst? Siehst du deine Kameraden, die du während der ganzen Woche nur von der werktäglichen Seite, von Dienst und Ausbildung her kennenlerntest, nicht in einem ganz anderen Lichte, wenn sie mit dir gemeinsam vor dem Altare knien?

Spürst du nichts von den Kräften der Überwelt in einem Raum, wo das gläubige Volk schon seit Jahrzehnten und Jahrhunderten die Freuden und Leiden seines Herzens zum Himmel jubelt und weint?

Niemand behaupte, den Soldaten unserer Bundeswehr fehle es an Möglichkeiten, dem Sonntagsgottesdienst beizuwohnen. In Kirchen und Kapellen, in Kasernen und Notunterkünften wird Sonntag für Sonntag das heilige Opfer gefeiert. Und verantwortungsbewußte Kommandeure werden dafür sorgen, daß auch auf Truppenübungsplätzen und im Manöver der Sonntag heilige Schonzeit ist für alles, was Menschenantlitz trägt.

Der Kampf um den Sonntag ist ein Kampf um die innere und äußere Freiheit des Menschen. Der Soldat würde sein Bestes aufgeben, wenn er zu jenen gehören würde, die schier eine ganze Woche nötig haben, um sich wieder herauszulösen aus der Verwirrung und Verwilderung, in die sie am Wochenende hineingeraten sind.

Anlage J: Sechs Kalenderblätter

aus: Soldaten-Jahrbuch der evangelischen Militärseelsorge 1987, 1988 und 1990. Hrsg.: EKA für die Bundeswehr.

Verständnis und Fürsorge

Ein junger Soldat ist zu mir gekommen und beginnt, nachdem er Platz genommen hat, zunächst noch sehr stockend, dann allmählich immer freier, zu erzählen. Auf der Rückfahrt aus dem Wochenende hierher an seinen Standort habe er etwas Furchtbares erlebt, er sei Zeuge eines grauenvollen Geschehens geworden. Das sei alles so fürchterlich gewesen, daß er es nicht vergessen könne. Diese Bilder verfolgten ihn bis in den Schlaf. Er wisse einfach nicht, wie er das verarbeiten solle, wie er damit fertig werden könne, und so sei er denn eben zu mir gekommen. Wir reden sehr ausführlich miteinander, und im Mittelpunkt unseres Gesprächs steht vor allem immer wieder die Frage des Leids, nach dem Warum und Wozu, nach dem Sinn des Lebens. Im Hinausgehen sagt der Soldat noch, daß er gar nicht wisse, wie er seinen Dienst machen solle, er würde bestimmt auffallen und von den Vorgesetzten zurechtgewiesen werden. Er könne sich einfach nicht konzentrieren. Ich rate ihm, doch zumindest dem Spieß — er brauche ja keine Einzelheiten zu erzählen — zu sagen, daß ihn etwas sehr quäle und daß er um Verständnis bitte.

Am Nachmittag rufe ich den Spieß der betreffenden Einheit an, um ihn auf diesen Soldaten aufmerksam zu machen. Nachdem ich meinen Namen genannt hatte, sagte dieser Hauptfeldwebel zu mir: „Herr Pfarrer, Sie rufen sicher wegen des Soldaten NN an, den ich heute vormittag zu Ihnen geschickt hatte. Wenn Sie mir jetzt vorschlagen wollen, daß dieser junge Mann etwas Ruhe und Abstand braucht, um das alles, was er da erlebt hat, zu verdauen, dann kommen Sie mit Ihrem Rat zu spät. Ich habe bereits alles Nötige veranlaßt, damit dieser Mann sofort nach Hause fahren konnte. Der ist schon weg! Ich soll Sie übrigens von ihm schön grüßen, Sie hätten ihm sehr geholfen.“ Ich konnte mich nur herzlich bedanken, und nachdem ich aufgelegt hatte, dachte ich, daß es wohl doch nicht so pauschal stimmt, wenn da und dort so viel von der Kälte in der Bundeswehr geredet und geschrieben wird. Eben war ich Zeuge geworden, daß zumindest ein Soldat Verständnis und persönliche Beachtung und damit Wärme erfahren hatte. Ich erlebe das — Gott sei Dank — nicht nur einmal, sondern immer wieder.

Reinhard Herholz

Der Soldat — ein Narr um Christi willen?

Was muß ein Soldat nicht alles leisten!

Das ist viel zu wenig bekannt den meisten.

Ein Soldat bei uns allein für den Frieden steht auf Posten

und läßt sich das eine Menge an Einsatz kosten.

Wie bitter muß es dann für ihn doch sein,

wenn einige ihn deshalb stufen als Heiden ein.

Nur weil verteidigungswillig er den Frieden hilft wahren,

bezeichnen ihn manche schlichtweg als Narren.

Man streitet darüber auch in den Synoden gar sehr

und sagt dort, der andere Weg sei viel christlicher!

Ich kann mich dieser Meinung nur total verweigern,

denn das Wort christlich läßt sich m. E. nicht steigern.

Auch der Soldat ist verpflichtet seinem Gewissen —

ob die das in den kirchlichen Synoden nicht wissen?

So gesehen ist auch er ein Narr um Christi willen,

hilft doch sein Dienst, ein Gebot der Nächstenliebe erfüllen.

Sollte man sich gegenseitig nicht achten und ehren,
wenn man bemüht ist, dem Bösen in der Welt zu wehren?
Aber auch, wer sich zu der Sache Jesu stellt,
bleibt nicht unumstritten in unserer Welt.

Reinhard Herholz
(Auszug aus einer Narrenpredigt)

Monatsspruch März 1988:

*„Jesus Christus spricht: Wer groß sein will unter euch,
der soll euer Diener sein.“*

Markus 10, 43

Von Bischof Kunst stammt der Satz: „Der Vergleich ist der Tod der Liebe!“ Genau darum geht es in dem Monatsspruch.

Das Wort Jesu ist zu seinen Jüngern gesagt. Zu denen, die ihm mit Ernst nachfolgen wollen. Es ist hineingesprochen in eine Atmosphäre der Empörung und des Unwillens. Die Jünger Johannes und Jakobus haben eine Bitte geäußert, die die anderen Jünger verärgerte. Sie stellen an Jesus das Ansinnen, die Ehrenplätze in seinem Reich einnehmen zu dürfen. Sie vergleichen und sie halten sich für würdig, für würdiger als die anderen. Sie wollen nicht groß sein und geehrt vor den Menschen. Sie wollen nicht die Größten sein, die Superstars. Es geht hier nicht um den Wettlauf der Welt um das höchste erreichbare Ansehen, um die Fans und die Verehrer. Das können wir besser als die Jünger damals, wir wissen, wo wir uns geschickt anzupassen haben und wo ein klares Wort lieber zu verschweigen ist, um mögliche Bewunderer nicht unnötig zu verärgern. Nein, Johannes und Jakobus wollen Jesus nahe bleiben auch am Ende der Zeit, auch dann, wenn endlich etwas zu sehen ist von all dem, das jetzt schon im Anbruch ist und doch nur Mühe und Entbehrung verlangt. Aber auch dort, wo der Ehrgeiz in einem frommen Haus wohnt, nistet der Vergleich im Nebenzimmer. Darum geht es: näher bei Christus oder nicht. Christlicher oder weniger christlich. Zeichenhaft nahe bei Christus oder nicht, so deutlich nahe bei ihm. Endlich einmal soll das Zwielficht beendet sein, die Ehrenplätze müssen jetzt schon verteilt werden. Daß zur Nachfolge Jesu das Leiden gehört, das wissen die Jünger. Oft genug hat er es ihnen gesagt. „Das schaffen wir“, sagen sie. Wichtiger ist jetzt die eindeutige ehrende Zusage. Jesus sagt nein.

Wer groß sein will unter euch, der soll euer Diener sein. Und das heißt: Verzicht auf den Vergleich. Kein Urteil über den anderen, als ob man heraustreten könnte aus der Reihe, um einen unvoreingenommenen Überblick zu gewinnen. Diener sein, das heißt dienen. Dort, wo du bist. Annehmen, auf sich nehmen, anderen Lasten abnehmen. Da haben wir keine Zeit, auf den Lohn zu schielen. Aber auch den können wir schauen, der die Schuld der Welt auf sich nimmt. Sein Leid können wir nur schauernd erahnen, nachmachen können wir es nicht. Aber er dient uns, und deshalb können wir die Zumutung aushalten, nichts mehr zu sein als Diener. Überall dort, wo wir gebraucht werden.

Horst Henninger

Monatsspruch August 1990

*„Jesus Christus spricht: Wer zu mir kommt,
den werde ich nicht abweisen.“*

Johannes 6, 37

Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen.“ Dieser Satz könnte einem Handbuch aus dem Koblenzer Zentrum Innere Führung entstammen, etwa einer Beispielgeschichte zur Menschenführung. Ein Kompaniechef könnte ihn ausgesprochen haben. Welcher seiner Soldaten auch immer zu ihm käme, er werde ihn nicht abweisen. Dieser Kompaniechef wäre gewiß anerkannt bei seinen Sol-

daten, die einen Chef schätzen, der ihnen die Zeit gewährt, sie anzuhören. Der möglichen Kritik durch den Bataillonskommandeur, ein Führer könne nicht zu jeder Zeit für jeden bereit sein, könnte der Kompaniechef entgegen, daß immerhin Jesus Christus diesen Führungsanspruch benannt habe.

Tatsächlich, dieser Satz stammt von Jesus Christus. Doch hat Jesus Christus hier einen Leitsatz für Vorgesetzte formuliert? Schauen wir also in den Zusammenhang des Johannesevangeliums. Jesus Christus spricht: Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen. . . . Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer an mich glaubt, der hat das ewige Leben. Ich bin das Brot des Lebens.“ Jesus Christus benennt die Zusammengehörigkeit von Glaube und Leben. Darum geht es ihm: Wer an ihn glaubt, der hat das Leben. Wer im Glauben zu ihm kommt, den wird er nicht abweisen, der wird leben.

Der Satz, der zunächst wie ein Führungssatz klingt, erweist sich als ein Glaubenssatz. Der Glaube an Jesus Christus als den Herrn des Lebens eröffnet jedem Menschen ein im Glauben gegründetes Leben. In diesem Glauben ist es dann auch möglich, verantwortlich andere Menschen zu führen. Wer an Jesus Christus glaubt, wer sein Leben im Glauben begründet weiß, braucht andere Menschen tatsächlich nicht abzuweisen. Es gilt: Wer glaubt, der führt.

Horst Scheffler

Nur ein Soldat

In den ersten Wochen meiner Militärfarrerzeit mußte ich immer wieder staunen: Der soldatische Alltag gerade des Wehrpflichtigen ist voll von Merkmalen, die eigentlich einen Christen auszeichnen sollten.

Fünfzehn Monate Wehrpflicht steht man schon durch, aber wer möchte schon freiwillig ein Leben lang solch ein „soldatisches“ Christsein praktizieren? Mehr noch als die Wehrpflicht ist das Christsein kein Pappentier!

„We-fünfzehner“

Ich kenne einen
der gehorcht
der dient
der setzt sich für die Gemeinschaft ein
der steht oft auf dem letzten Platz
der sammelt sich keine Schätze
der ist des anderen Gefährte
der hält Gegensätze aus
der spürt Heimweh
der wacht
der übt sich in Geduld
der könnte ein Christ sein
der ist aber „nur“ ein einfacher Soldat.
Ist das ein Widerspruch?

Manfred Ollech

Ehrfurcht vor Gottes Ebenbild

Lebenskundeunterricht bei den Mannschaften von Kampfseinheiten. Thema: „Vom Umgang mit der Kritik“. Beinahe in allen Gruppen wird das Thema als Kritik an der Kritik verstanden und diskutiert: Der „kleine Mann“ unterliegt beständiger Nörgelei seitens der Vorgesetzten. Lob kriegen immer nur die, die kommandieren — niemals wir, die die Arbeit machen.“ Sicherlich stimmt solche Empfindung nicht vollständig mit der Wirklichkeit überein; und bei näherem Hinsehen stellen auch die „Haupt-ankläger“ fest, daß die Dinge auch im hierarchischen System der Armee sehr viel bunter aussehen, als

es auf den ersten Blick scheint. Aber die Empfindung ist und bleibt vorhanden, wofür es viele Gründe gibt.

Kritik ist wichtig. In dem Sinne, daß Richtiges vom Falschen unterschieden und der Unterschied auch zur Sprache gebracht wird, gehört sie sogar zu den Lebensnotwendigkeiten — nicht nur in der Armee. Aber sind wir — als Untergebene wie als Vorgesetzte — uns eigentlich immer des Zusammenhangs bewußt, in dem wir Kritik üben und anbringen? Es wird immer gesagt: Kritik muß menschlich sein und darf die Menschenwürde nicht verletzen. Das ist richtig. Aber es ist nur machbar, wenn man begreift, woher die Menschenwürde ihren Ursprung hat. Gott, so heißt es nämlich in der Schrift, schuf den Menschen nach seinem Bilde. Das gilt übrigens für alle Menschen: für Rekruten wie für Generäle. Und es gilt dies zu bedenken: Wenn man jemanden kritisiert, dann zielt das Urteil auf nichts Geringeres als auf das Bild des ewigen Gottes. Aus solchem Bedenken müßte eigentlich ein Stück Ehrfurcht in jede Kritik einfließen.

Und noch etwas: Was ihr einem der Geringsten getan oder nicht getan habt, sagt Jesus Christus, das habt ihr mir getan oder nicht getan. Dieses Wort kann man sehr wohl auch auf den zwischenmenschlichen Umgang beziehen. Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß manchmal auch Vorgesetzte in die Lage der Geringsten geraten. Was in diesem Sinne der Kritik „von unten“ wie der „von oben“ zugrunde liegen muß, ist Barmherzigkeit.

Reinhard Schön

Erklärung zum 25. Jahrestag der Annahme von „Gaudium et Spes“

(1. Entwurf)

P. Dr. Hans Langendörfer SJ

Die Kirche ist mit der Menschheit und ihrer Geschichte aufs engste verbunden. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi“. (GS 1) So hat es das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ feierlich verkündet.

Seither sind 25 Jahre vergangen. Sie gaben der Kirche überreiche Gelegenheit, ihren Einsatz für die Würde jedes Menschen und ihr Eintreten für eine gerechtere Ordnung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens unter Beweis zu stellen. Dabei ist ihr vieles gelungen, manches ist die Kirche schuldig geblieben.

Wir wollen heute das Bekenntnis der Kirche zur Solidarität mit der Welt erneuern. Wir tun dies als Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Deshalb setzen wir Schwerpunkte, die unserer Teilhabe am öffentlichen Leben entsprechen. Wir wollen klären, wo die Festlegungen der Pastoralkonstitution ungemindert aktuell und ihre Forderungen bei weitem noch nicht abgegolten sind. Darüber wollen wir nicht vergessen, daß uns seit dem Ende des Konzils neue und zusätzliche Herausforderungen erwachsen sind.

1. Das Leben in der politischen Gemeinschaft

Die politische Ordnung Europas unterliegt einem dramatischen Wandel. Die Sehnsucht nach Freiheit hat sich allen Fesseln widersetzt. Die Vision eines Europas, in dem überall die Rechte der menschlichen Person geschützt sind, rückt ihrer Erfüllung näher. Das neue Europa muß ein Europa der Teilhabe sein — in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Die Menschen müssen ihre Kräfte und Fähigkeiten in ihm entfalten können.

In manchen Ländern müssen demokratische Strukturen und Verfahren erst noch aufgebaut, erprobt und abgesichert werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist über vier Jahrzehnte hinweg zu einer starken und stabilen Demokratie herangewachsen. Dieses Erbe verdient bewahrt zu werden.

Im Inneren muß es der Suche nach neuen Verfahren demokratischer Willensbildung — soweit diese nötig ist — als Orientierung dienen. Es schärft den Blick für die Bedeutung des Rechtsgehorsams aller Bürger. Es gibt den Anstoß, über der individuellen Freiheitseinfaltung nicht das Gemeinwohl und die Verantwortung für das Ganze zu vergessen oder hintanzusetzen. Die Christen sollen zeigen, „wie sich Autorität mit Freiheit, persönliche Initiative mit solidarischer Verbundenheit zum gemeinsamen Ganzen, gebotene Einheit mit fruchtbarer Vielfalt verbinden lassen“. (GS 75)

Nach außen hin ist unsere Demokratie Verpflichtung zur tatkräftigen und respektvollen Unterstützung des politischen Wandels in den Staaten Ost- und Südosteuropas. Auf die

Wahrung der Rechte von Minderheiten und die Achtung vor Menschen anderer Meinung oder Religion hat schon die Pastoralkonstitution gedrängt. Hier liegen große Herausforderungen — bei uns selbst wie auch in zahlreichen Staaten Europas.

2. Der Dienst in der deutschen Bundeswehr

Als Soldaten wollen wir „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ sein (GS 79). Das westliche Bündnis macht sich daran, seine Ziele und Aufgaben neu zu bestimmen und den politischen Veränderungen anzupassen. Doch spricht vieles dafür, daß die Allianz zur Gewährleistung eines stabilen Friedens in Europa und als Partner im Prozeß der Abrüstung vorläufig unverzichtbar ist. In dieser Perspektive der Minderung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen und eines Fortschreitens zu größerer Freiheit der Völker ist der Dienst in der Bundeswehr weiterhin ethisch gut begründet.

Einige Fragen bedrängen uns besonders. Dazu gehört die besondere Not, die wir gerade jetzt empfinden, wenn wir als Deutsche anderen Deutschen militärisch gegenüber treten, obschon wir mit ihnen bis hin zur bundesstaatlichen Einheit immer mehr Gemeinsamkeit suchen. Zu den Fragen, die uns bewegen, gehören auch die ethischen Uneindeutigkeiten der Abschreckung mit Kernwaffen und die moralischen Probleme militärischer Verteidigung heute. In der Bundeswehr schließlich stellen strukturelle Veränderungen einschließlich der Verminderung des Streitkräfteumfangs eine Herausforderung dar, der wir uns stellen wollen.

Zum Soldaten gehört auch, daß er Staatsbürger ist. Unser militärischer Dienst für Sicherheit und Frieden soll sich darin bewähren, daß wir — allen berufsbedingten Erschwernissen zum Trotz — unser Engagement bei der Entfaltung der persönlichen und familiären Bezüge, bei der Mitwirkung im öffentlichen Leben und der Mitarbeit in Verbänden und Parteien nicht schuldig bleiben.

3. Die Förderung des Friedens

In Europa sind wir Zeugen eines stetigen Zusammenwachsens der Staaten. Dafür ist die Europäische Gemeinschaft ein deutlicher Beweis. Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt in ihr fest verwurzelt. Letztes Ziel der Gemeinschaft ist die Europäische Union: Ein Beweis dafür, daß nicht nationaler Egoismus und der Ehrgeiz, andere Menschen zu beherrschen — wie es in der Pastoralkonstitution heißt —, sondern enge Zusammenarbeit und die Schaffung internationaler Zusammenschlüsse und Institutionen das Gebot der Stunde ist.

Mit ihr kann durchaus auch der teilweise Verzicht auf nationale Souveränität verbunden sein. Er findet seinen Grund in der Suche nach dem allgemeinen Wohl der Menschheit. Deshalb unterstützen wir — wo immer diese den internationalen Frieden fördert — die Arbeit der Vereinten Nationen, des Europarats und der Europäischen Gemeinschaften. Jede dem Frieden förderliche Verbesserung und Ergänzung dieser und anderer internationaler Zusammenschlüsse finden unsere Zustimmung.

Nachdrücklich greifen wir den unverändert wichtigen Appell des Konzils auf, auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine stärkere und gerechtere internationale Zusammenarbeit anzustreben, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungsländer. Daß Frieden ohne wirtschaftliche Gerechtigkeit unmöglich ist, gehört zum festen Bestand kirchlicher Überzeugungen. Deshalb müssen wir jeder Vernachlässigung der sozialen Dimension im europäischen Markt oder der Auswirkungen dieses Marktes auf die Entwicklungsländer entgegen treten. Wohlstand ist und bleibt uns — im Inneren wie nach außen — Verpflichtung zur Solidarität.

Noch deutlicher als zur Zeit des Konzils ist heute die destruktive Kraft eines einseitigen Fortschrittdenkens in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft erkennbar. Wir müssen — wenn auch im Rahmen unserer begrenzten Kräfte — für die Integrität der Schöpfung eintreten und allem Leben den gebührenden Schutz gewähren. Dies verlangt unser Ziel, zur Förderung eines internationalen Friedens in Freiheit unseren Beitrag zu leisten.

Als Gemeinschaft Katholischer Soldaten wissen wir uns allen Schwestern und Brüdern in der Kirche verbunden. Überall, wo es möglich ist, arbeiten wir mit kirchlichen Gruppen und Verbänden zusammen. Am ökumenischen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung sind wir aktiv beteiligt. Das kirchliche Amt wollen wir nach Kräften unterstützen.

So lassen wir uns aufs neue anstecken vom Geist der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“. In ihr hat uns Gott den Weg der rückhaltlosen Solidarität mit den Mitmenschen und aller Schöpfung gewiesen. So sollen wir für Gottes Liebe und Treue Zeugnis ablegen. Dieser Berufung wollen wir uns würdig erweisen.

Wir wissen wohl: Selber können wir einen vollendeten Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit nicht schaffen. Für ihn steht Gott selber ein, indem er sein Reich heraufführt. Wir wollen seine Zeugen sein, indem wir „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen“ teilen.

Militärseelsorge

Neue Statuten für Katholische Militärseelsorge übergeben

Der Papst bestätigt Besonderheiten für die Bundesrepublik

Die neuen Päpstlichen Statuten für die Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr hat der Apostolische Nuntius in der Bundesrepublik, Erzbischof Joseph Uhac, offiziell vorgelegt. In der Nuntiatur in Bonn überreichte Uhac dem Katholischen Militärbischof Elmar Maria Kredel und Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) den Text des päpstlichen Gesetzes und die beigefügten Statuten. In Kraft sind diese neuen „Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“ bereits seit dem 1. Januar.

In den neuen Statuten bestätigt Papst Johannes Paul II. einige von seiner Apostolischen Konstitution über die Militärseelsorge „*Spirituali militum curae*“ aus dem Jahre 1986 abweichende Besonderheiten für die Bundesrepublik. So legt etwa Artikel 2 des Dokumentes fest, daß in der Bundesrepublik — anders als in vielen anderen Ländern — ein „residierender Diözesanbischof“ vom Heiligen Stuhl zum Militärbischof ernannt wird. Die neuen Statuten treten an die Stelle der bisherigen „Statuten für die Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr“ aus dem Jahre 1965. Sie tragen den Empfehlungen des Zweiten Vatikanischen Konzils für die besonderen Formen der Seelsorge Rechnung und wurden auch durch das neue Kirchenrecht aus dem Jahre 1983 veranlaßt. In den 33 Artikeln der neuen Statuten, die betonen, daß Militärseelsorge „ein wichtiger Teil der Gesamtseelsorge ist“, werden Struktur und Aufgaben dieser Pastoral für die katholischen Soldaten, die bei der Bundeswehr beschäftigten Zivilisten sowie für die Angehörigen geregelt. Als erstes päpstliches Dokument, so heißt es im Bonner Katholischen Militärbischofsamt, erwähnten die neuen Statuten auch den Dienst des Pastoralreferenten (Laientheologen). An der feierlichen Übergabe der Statuten in der Apostolischen Nuntiatur nahmen auch der Evangelische Militärbischof Heinz-Georg Binder, Vertreter der Bischofskonferenz und Führungskräfte aus der Bundeswehr teil.

(KNA-1747)

„Kirche unter den Soldaten aufbauen“

Militärseelsorge: Pastoral am Arbeitsplatz Bundeswehr

Bonn (KNA-Korr.) „Der Jurisdiktion des Militärbischofs unterstehen alle katholischen Soldaten und jene katholischen Zivilisten, die nach den jeweils geltenden Gesetzen in die Streitkräfte integriert sind; desgleichen die katholischen Familienmitglieder der Berufssoldaten, der Soldaten auf Zeit und der oben genannten Zivilisten, auch wenn der Familienvater nicht katholisch ist.“ So umschreibt Artikel 4 der neuen „Päpstlichen Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“ den Aufgabenbereich der katholischen Militärseelsorge in der Bundesrepublik.

„Vertrauensperson“

Von den aktiven Soldaten in der Bundeswehr sind knapp 200 000 Katholiken. Ein Militärpfarrer soll im Durchschnitt 1 500 Soldaten betreuen. Von den 138 Planstellen sind derzeit 101 mit hauptamtlichen Militärgeistlichen besetzt. In der katholischen Militärseelsorge arbeiten zudem neun Laientheologen sowie über 50 Priester nebenamtlich. Für die Aufgaben der Standortpfarrer werden Geistliche aus den Diözesen oder aus den Ordensgemeinschaften zeitweise — im Schnitt sechs bis zwölf Jahre — beurlaubt, wobei sie den Status eines Bundesbeamten auf Zeit erhalten. In der Erfüllung ihrer Dienstaufgaben unterstehen sie in dieser Zeit ausschließlich dem Militärbischof und dem Leiter des Militärbischofsamtes. Militärgeistliche sind auch Offizierschulen und Akademien der Bundeswehr, Truppschulen, hohen Stäben, schwimmenden Einheiten der Marine und den Bundeswehrkrankenhäusern zugeordnet. Die Beteiligung an den von der Militärseelsorge angebotenen Veranstaltungen ist in den letzten zehn Jahren teilweise deutlich zurückgegangen. So gab es etwa bei den Exerzitien einen Rückgang von 7 276 Teilnehmern in 1979 auf 4 309 Teilnehmer in 1989. Ähnlich sank die Zahl bei den religiösen Wochenendveranstaltungen von 14 602 auf 11 495. Ein Aufwärtstrend ist hingegen bei Informationsveranstaltungen für Rekruten zu verzeichnen. Militärgeneralvikar Dr. Niermann erklärt den Teilnahme-Rückgang damit, daß in den letzten Jahren das „System der heimatnahen Einberufung“ zur Bundeswehr immer stärker greife und viele Soldaten daher nicht wie in früheren Jahren aus ihrer jeweiligen Heimatpfarre herausgerissen worden seien. Die Militärseelsorge als „Pastoral am Arbeitsplatz“ habe dennoch unverändert ihre Bedeutung für die seelsorgliche Betreuung unter den besonderen Bedingungen des Dienstes in den Streitkräften. Viele Soldaten seien dem Gesprächsangebot gegenüber aufgeschlossen, und der Militärgeistliche genieße unverändert Ansehen als „Vertrauensperson“.

Die neuen Statuten schreiben für die Bundesrepublik einige Abweichungen von der generellen Apostolischen Konstitution Papst Johannes Pauls II. über die Militärseelsorge „*Spirituali militum curae*“ aus dem Jahre 1986 fest. Die wichtigste Besonderheit: In der Bundesrepublik wird vom Papst immer ein residierender Diözesanbischof zum Militärbischof ernannt. Diese „Personalunion“, so Militärgeneralvikar Dr. Niermann, habe sich bewährt und sei bedeutsam, da sie die Militärseelsorge und den zuständigen Bischof stärker in die

Kirche und auch in die Deutsche Bischofskonferenz einbinde. Auch eine andere Bestimmung der allgemeinen päpstlichen Vorschriften wurde in die Statuten für die Bundesrepublik nicht übernommen: „Der Militärordinarius kann mit Genehmigung des Heiligen Stuhls ein Priesterseminar errichten und dessen Allumnen nach der spezifischen geistigen und pastoralen Ausbildung im Ordinariat zu den heiligen Weihen zulassen.“ Von diesem Recht macht der deutsche Militärbischof keinen Gebrauch, weil die Zusammenarbeit mit den Diözesanbischöfen, die Geistliche für die Militärseelsorge freistellen, dies überflüssig macht. Die Kurie des Militärbischofs wird gemäß Statut am Sitz der Bundesregierung — derzeit also in Bonn — errichtet, und die Regierung verpflichtet sich, die erforderlichen Diensträume zur Verfügung zu stellen. Neu ist, daß der Militärbischof in der Hauptstadt über eine eigene Kirche verfügen soll; diesbezüglich laufen Verhandlungen mit dem zuständigen Erzbistum Köln.

Das Angebot der evangelischen und der katholischen Militärseelsorge entspricht rechtlich der Umsetzung der in Artikel 4 Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes garantierten ungestörten Religionsausübung. So heißt es im Weißbuch der Bundesregierung und des Bundesverteidigungsministers 1985: „Die Militärseelsorge ist der gemeinsame Beitrag von Staat und Kirchen zur freien Religionsausübung in der Bundeswehr.“ Die evangelische und die katholische Militärseelsorge hätten sich der intensiven öffentlichen Diskussion der letzten Jahre um Frieden und Sicherheit gestellt. „Die katholische Militärseelsorge hat es als ihre besondere Aufgabe in der Gewissensbildung der Soldaten betrachtet, diese mit der Friedenslehre ihrer Kirche bekannt zu machen. . . . Beide Zweige der Militärseelsorge haben nicht zuletzt durch Veröffentlichungen zu einer klärenden Diskussion in den Kirchen, der Gesellschaft und der Bundeswehr beigetragen.“ (KNA-Korr. 33/15.2.90)

Anmerkungen zu „Religion im Militär — Seelsorge zwischen Kriegsverherrlichung und Humanität“

Ernst Koch

Während eines Empfangs aus Anlaß des 60. Geburtstages des Evangelischen Wehrbereichsdekans I in Kiel, Heinz Martin Saal, hielt dessen Stellvertreter, Militärdekan Ernst Koch, das folgende Referat, in dem er sich mit einigen grundsätzlichen Aussagen einer Dissertation von Arnold Voigt mit dem Titel „Religion im Militär — Seelsorge zwischen Kriegsverherrlichung und Humanität. Eine militärgeschichtliche Studie“ auseinandersetzte. Voigt beschäftigt sich in dieser Studie mit der Militärseelsorge von den Anfängen des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Koch wies in der Einleitung zu seinem Referat darauf hin, daß es für die Militärseelsorge heute immer wieder notwendig sei, ihre eigene Geschichte zur Kenntnis zu nehmen und kritisch zu reflektieren.

Die besonderen Vorzüge der heutigen Gestalt der Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland sind allenthalben deutlich, und sie sind vielfältig beschrieben — wenige Andeutungen genügen in diesem kundigen Kreis:

- die Unabhängigkeit der militärseelsorglichen Arbeit von staatlichen Weisungen bei gleichzeitiger Integration der Militärseelsorge und der Militärgeistlichen in die militärische Organisation im Interesse einer größtmöglichen Nähe zu den Soldaten;
- der umfassende Auftrag der Militärseelsorge einschließlich ihrer Beteiligung am Erziehungs- und Bildungsprogramm der Bundeswehr — bei gleichzeitiger Verpflichtung des Staates, personelle und materielle Mitverantwortung wahrzunehmen;
- gleiche Regelungen für beide Zweige der Militärseelsorge — bei gleichzeitiger Wahrung der konfessionellen Identitäten;
- und schließlich: Die heutige Militärseelsorge beruht auf einer einvernehmlich zwischen Staat und Kirche zustandegekommenen Regelung — damit erhielten jene Zeiten eine bewußte Absage, in denen überwiegend einseitige Regelungen durch den Staat oder die Kirche getroffen waren.

Diese so konzipierte Militärseelsorge hat sich mit ihren rechtlichen und organisatorischen Grundlagen im wesentlichen bewährt. Größere Änderungen würden mit Sicherheit eine Schwächung der Seelsorge zu Lasten des Soldaten nach sich ziehen. Dennoch wird auch diese Militärseelsorge in unserer Zeit nicht nur in Randproblemen in Frage gestellt. Sie ist eine umstrittene Institution. Eine (!) der Ursachen jedoch dafür dürfte die Geschichtsvergessenheit sein — das mangelnde Wissen um den mühseligen Weg und die Anstrengungen, die nötig waren, um diese Gestalt der Militärseelsorge zu erreichen. Ohne eine wenigstens ansatzweise Kenntnis ihrer Entstehung aber ist eine sinnvolle Diskussion über sie nicht möglich.

So ist es darum ein wirklich wichtiger und im Interesse der Militärseelsorge selbst liegender Vorgang, daß sich der Theologe und Historiker Arnold Voigt in einer auf einer sehr breiten Quellenbasis beruhenden, materialreichen Dissertation mit der Militärseelsorge seit den Anfängen des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des 1. Weltkrieges befaßt. Der Titel lautet: „Religion im Militär — Seelsorge zwischen Kriegsverherrlichung und Humanität. Eine militärgeschichtliche Studie“. Der Umfang der Arbeit geht über 900 Seiten. Entstanden ist sie nicht etwa im theologischen Universitätsbereich, sondern bei dem Clausewitzexperten Prof. Werner Hahlweg am Lehrstuhl für Militärgeschichte und Wehrwissenschaften der Universität Münster.

Welches sind nun die wesentlichen inhaltlichen Ergebnisse dieser Studie? Der Verfasser zeigt, wie vielfältig die Traditionslinien des Militärkirchenwesens in Deutschland sind, wie auch die Militärseelsorge Anteil hatte an der geistigen Verfassung der jeweiligen Zeit und Gesellschaft und wie intensiv das Ringen war um eine Struktur, in der sowohl die Nähe zu den Streitkräften als auch die Freiheit von militärischer und staatlicher Unterordnung garantiert waren.

Eine der Hauptwurzeln der heutigen Militärseelsorge im 19. Jahrhundert bildet die Königlich Preussische Militärkirchenordnung aus dem Jahre 1832. Sie begründet eine exempte, vom zivilkirchlichen Leben weitgehend abgesonderte, streng hierarchisch gegliederte, von einem Feldpropst geleitete Organisation. Haupt Gesichtspunkt war die einheitliche, überkonfessionelle Gestaltung der gesamten Militärseelsorge. Der Feldpropst, das höchste Amt für die ganze Armee, wurde ausschließlich durch den König, den Summus Episcopus, persönlich erwählt und ernannt.

Eine zweite Wurzel unserer heutigen Militärseelsorge liegt in den Organisationsmodellen der süddeutschen Staaten. Hier war die Militärseelsorge fest in den jeweiligen zivilkirchlichen Verband, also in die Landeskirchen und Bistümer, integriert. Die Militärgeistlichen behielten den Status ziviler Kirchenbeamten mit allen landeskirchlichen Bindungen und Besonderheiten. Teilweise wurde in Friedenszeiten auf eine besondere kirchlich-religiöse Betreuung der Soldaten überhaupt verzichtet — sie blieben der Kirchengemeinde ihres Garnisonsortes eingegliedert.

Zwischen diesen beiden unterschiedlichen Organisationsformen entwickelte sich ein spannender Machtkampf, der zwar regional zu verschiedenen Sonderregelungen führte — die Dominanz Preußens im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich jedoch schlug kräftig durch und führte zu einer Ausdehnung des preußischen Organisationsmodells mit den Gesichtspunkten Reichseinheitlichkeit und überkonfessionelle Gestaltung.

Auf diesem Hintergrund beginnt mit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. 1888 eine nächste Phase der Geschichte der Militärseelsorge. Ausgelöst wurde sie durch das stärkere Anwachsen derjenigen Kräfte, vor allem aus der damaligen Sozialdemokratie, die sich gegen die bestehende gesellschafts- und machtpolitische Ordnung wandten. Diese schien gefährdet, sollte verteidigt werden — es galt ein stärkeres Gegengewicht zu bilden durch die Rückbesinnung auf die bedrohten dynastisch-konservativen Werte und ein obrigkeitstreues, monarchisches Christentum. Als Träger dieser Gegenoffensive bot sich neben dem Offizierskorps die Militärgeistlichkeit an. Die Wilhelminische Zeit insgesamt bringt daher eine Intensivierung des preußischen Organisationsmodells der Militärseelsorge mit den Bemühungen der Trennung der Militärseelsorge von der zivilkirchlichen Umgebung und der reichseinheitlichen Gestaltung. Typischer Ausdruck dieser Militärseelsorgepolitik des Wilhelminischen Reiches war vor allem die Verstärkung im repräsentativen Garnisonskirchenbau. Es lag im Interesse militärischer Unabhängigkeit, eigene Kirchen zu errichten, die nach den besonderen militärischen Vorstellungen und Wünschen gestaltet werden konnten und die die sonst erforderliche Rücksichtnahme auf eine Zivilkirchengemeinde erübrigten. Diese Gebäude bildeten meist auch würdevolle Aufbewahrungsorte für ausgesiente Fahnen — in ihnen verdichtete sich überhaupt die gesamte militärkirchliche Symbolik zu einem geschlossenen Wirkungszusammenhang.

Das Interessante an der weiteren Entwicklung der Militärseelsorge bis zum Ende des 1. Weltkrieges ist nun, wie sich die Grundzüge dieser Militärseelsorgepolitik zwar durchhielten und auch in der Militärkirchlichen Dienstordnung von 1902 und der Marinekirchen-

ordnung von 1903 weiter konkretisierten — wie es aber der Militärseelsorge doch immer wieder gelang, die vollständige Abtrennung und Loslösung von den zivilkirchlichen Zusammenhängen zu verhindern und die zentralen kirchlich-seelsorgerlichen Inhalte zu bewahren. Besonders eindrucksvoll in dieser Hinsicht ist das Lebenswerk des Evangelischen Feldpropstes Maximilian Richter (1887–1905). Feldpropst Richter hatte mit seiner Formel

„frei und selbständig — aber nicht isoliert“

ein weiterentwickeltes Modell für einen Verbund des Militärkirchenwesens sowohl mit zivilkirchlichen Einrichtungen als auch mit den Streitkräften durchgesetzt — und zwar sowohl gegenüber dem Kriegsministerium auf der einen wie gegenüber dem Evangelischen Oberkirchenrat auf der anderen Seite. Im nachhinein dürfen wir insofern feststellen, daß der ursprüngliche Gegensatz zwischen dem preußischen und dem süddeutschen Organisationsmodell der Militärseelsorge unter den Bedingungen der Wilhelminischen Militärseelsorgepolitik zu jenen positiven Verschränkungsansätzen von Staat und Kirche führte, die schließlich in der nach dem 2. Weltkrieg nochmals, und zwar entscheidend, weiterentwickelten Militärseelsorge zum Durchbruch kamen mit jenen Qualitätsmerkmalen, die ich eingangs schilderte.

Die Dissertation verdient ein mehrfaches Interesse: Zum einen handelt es sich schon vom Umfang her um eine auf einer breiten Quellenbasis erfolgten Durcharbeitung eines Gebietes, auf dem es kaum vergleichbare Arbeiten gibt. Das Werk ist ein Kompendium, das auch als Steinbruch zur Verfügung stehen kann für historische und systematische Argumente in unserer heutigen Auseinandersetzung um die Militärseelsorge in der Bundesrepublik. — Zum anderen ist es aber auch der Zeitraum, dem die Studie gewidmet ist, den man sich vor Augen halten muß. Es handelt sich um die Zeitspanne voriges Jahrhundert mit weiten Rückgriffen in die Geschichte bis herauf zum Ende des Ersten Weltkrieges. — Ein weiteres, ganz wesentliches Verdienst besteht darin, daß die Thematik in einer konfessionellen Zusammenschau dargeboten wird und daß auch die Frage nach religiösen Minderheiten (Konfessionslose, Juden, Altkatholiken etc.) nicht übergangen wird. — Schließlich ist dem Verfasser in besonderer Weise zu danken, daß die Beziehungen der Militärseelsorge zur jeweiligen Landeskirche und ihrer Geschichte beleuchtet wird. Hier wird zahlreiches Material angeboten und angeregt, sich im näheren Umfeld mit dem jeweils eigenen Erbe auseinanderzusetzen.

Freilich kann auch auf kritische Anmerkungen nicht verzichtet werden: Als Leser ist man beinahe ständig genötigt, zwischen dem dargebotenen Stoff und der meist sogleich damit verbundenen Wertung zu unterscheiden. Die Studie ist durchzogen von der Eingangsthese, wonach „das Militär kraft seines politischen und sozialen Übergewichts einen Vorrang gegenüber den Kirchen behaupten und in grundsätzlichen Konflikten in der Militärseelsorge seine Interessen durchsetzen konnte“. Allein schon der kurze Hinweis auf den Feldpropst M. Richter, den ich gemacht habe, zeigt, daß eine differenziertere Beurteilung nötig ist. — Darum ist auch der Schlußbewertung der Studie nicht zuzustimmen, in der es

heißt: „Vor diesem geschichtlichen Hintergrund muß sich ebenso die moderne Militärseelsorge in Frage stellen lassen.“ In Frage stellen lassen muß sich auch die Militärseelsorge sicherlich immer, aber aus der Zeit und ihren Möglichkeiten heraus und nicht im einfachen Kurzschließen mit der Geschichte. — Dazu paßt ein wirklich folgenschwerer Mangel der Studie, nämlich der, daß die Strukturen der heutigen Militärseelsorge nicht wahrgenommen und hinzugefügt worden sind und daß daher auch gar keine Möglichkeiten gefunden werden konnten dazu, in der überwältigenden Stofffülle die ersten Ansätze und Wurzeln zu entdecken und entsprechend zu würdigen, die positiv in die heutige Zeit weisen. — Aber auch die Inhalte militärseelsorgerlicher Arbeit kommen zu kurz. Die Arbeit begnügt sich im wesentlichen damit, den organisatorischen Auf- und Ausbau der Militärseelsorge darzulegen und die verfassungs- und staatsrechtlichen Schwierigkeiten zu erörtern. Wie die Militärseelsorger gerade in den Wechselfällen des Krieges tatsächlich arbeiten, welche Wirkung ihre Arbeit auf die Soldaten hatte und ob sie den einzelnen Soldaten innerlich erreichten — darauf wird kaum eingegangen. Und damit fehlt natürlich eine ganz entscheidende Quelle zur Beantwortung der Frage, ob in der Militärseelsorge „Kriegsverherrlichung“ oder „Humanität“ den Vorrang hatte. Der Verfasser argumentiert ideologiekritisch und ordnet die Militärseelsorge eher der Kriegsverherrlichung als der Humanität zu. Es dürfte einer weiteren Untersuchung vorbehalten bleiben, die Frage aufzuarbeiten, wie in diesem von Arnold Vogt dargestellten Rahmen tatsächlich seelsorgerlich gearbeitet worden ist.

Das alles schmälert jedoch nicht den großen Wert dieser Arbeit. Sie ist insgesamt ein sehr wertvoller Beitrag zur Geschichte sowohl des Militärwesens als auch der Militärseelsorge und der Kirche — und besticht immer wieder durch neue Details aus bisher nicht durchgesehenen Quellen. Daraus nun einige ausgewählte Kostproben.

Zunächst einige Stimmen, die verdeutlichen, wie sehr in der Tat Militärseelsorge auch Kind ihrer Zeit war. Im Päpstlichen Breve 1841 heißt es zu den Aufgaben des Militärgeistlichen: Aufgabe der Feldgeistlichen ist es, „den sämtlichen Gliedern des Heeres gewissenhafte Pflichterfüllung und unerschütterliches Festhalten an der beschworenen Treue, beharrliche und geduldige Ertragung aller Anstengungen, willigen Gehorsam und Unterordnung unter alle Befehle der Vorgesetzten durch religiöse Beweggründe einzuflößen, und sie selbst, soferne König und Vaterland, Recht und Ehre es erfordern, zum blutigen Kampfe zu begeistern“ (148). — Der politisierende Pfarrer war ein Greuel. So hieß es in der Allerhöchsten Kabinettsordre des Kaisers Wilhelm II. 1896, „Politische Pastoren sind ein Unding. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht“ (171). Dementsprechend lautete es in einer Grundsatzserklärung aus der Ev. Militärseelsorge 1870: „Was endlich das Politisieren auf der Kanzel anbetrifft, so wissen wir, daß der Soldat als solcher nicht Politik betreibt. Über die Motive des Krieges denkt er nicht viel, und hat seinem Eid gemäß nicht danach zu fragen. Daß sein König ihn sendet, daß sein Regiment marschirt, das ist ihm genug, das begeistert ihn. Politik gehört also... nicht in die Militair-Predigt“ (399). — Zur Frage der Eingliederung der Militärseelsorge in

die militärische Organisation heißt es schließlich kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges in einer Niederschrift des Kriegsministeriums 1911: „Die Befriedigung der religiösen und kirchlichen Bedürfnisse der Heeresangehörigen“ sind eine „Aufgabe der Militärverwaltung“ und darf „nicht den landeskirchlichen Organen überlassen“ oder durch „eine bloße Freistellung vom Dienst“ geregelt werden. „Seelsorge ist eine der besten Stützen der militärischen Disziplin. Wir brauchen deswegen die Religion im Heere. Mit gutem Grund ist daher auch Vorsorge dahin getroffen, daß sich der Seelsorgetätigkeit des Geistlichen niemand entziehen kann (Zwangskirchenbesuch)“ (381—383).

Ebenso wichtig und bedeutsam sind aber auch die Gegenstimmen. Da ist z. B. der hartnäckige Widerstand des schon erwähnten Ev. Feldpropstes Maximilian Richter gegen das Kriegsministerium in der Frage, ob der Ev. Feldpropst dem Ev. Oberkirchenrat angehören sollte oder nicht. Das Kriegsministerium drängte auf ein Ausscheiden des Feldpropstes aus dem Oberkirchenrat — Richter stemmte sich mit aller Kraft dagegen. Sein (!) Ziel: Festhalten an den zivilkirchlichen Bindungen und damit Begrenzung der Machtmöglichkeiten des Kriegsministeriums in der Militärseelsorge. Leider zitiert A. Vogt an dieser Stelle kein einziges Wort Richters aus dem immerhin über 6 Jahre sich hinziehenden Richtungsstreit, aber die Ergebnisse faßt er zusammen. Sie lauten: Nach langjährigem Widerstand des Kriegsministeriums hat Richter am Ende doch sich durchgesetzt. Die Versuche des Kriegsministeriums, zivilkirchliche Kompetenzen in der Militärseelsorge auszuschalten, werden — durch die Militärseelsorge selbst (!) — abgewehrt. Der Feldpropst wird Oberkonsistorialrat und Vollmitglied im Oberkirchenrat.

Solcher Widerstand gegen einen uneingeschränkten Einfluß des Kriegsministeriums auf die Militärseelsorge formierte sich auch in den Debatten des Reichstages. So weist der Abgeordnete Eugen Richter 1885 die Forderung des Kriegsministers nach „unbedingtem Gehorsam“, der auch dem Befehl zum Gottesdienstbesuch folgt, zurück mit den Worten: „Man muß unterscheiden zwischen unmündigen Personen, wo ein gewisses Erziehungsrecht besteht, und zwischen mündigen Personen, und ich kann der Militärbehörde kein Recht einräumen, in Bezug auf die Beteiligung am Kultus einen Befehl über die Soldaten zu führen“ (339). . . . „ich will nur darauf hinweisen, daß unter dem Grundsatz: in der Armee ist der Befehl unbeschränkt, der Gehorsam hat gar keine Grenzen — jede Freiheit überhaupt aufhören würde“ (348). Zu den Inhalten militärseelsorgerlicher Arbeit heißt es in einer Verfügung des Feldpropstes Wölfig im 1. Weltkrieg 1916: „Ich erinnere daran, daß auch im Kriege die Darbietung des unverkürzten Evangeliums die Hauptaufgabe der Seelsorge ist und daß die Verkündigung der Heilsbotschaft zwar den Verhältnissen des Krieges Rechnung tragen soll, aber unter keinen Umständen in ihrem Inhalt verflüchtigt oder durch die Anpreisung vaterländischer Gesinnung und soldatischer Tugenden verdrängt werden darf“ (551). — In der gleichen Zeit formuliert der Tübinger Theologe Ludwig Baur: „Besonders von militärischer Seite, aber auch aus der Reihe protestantischer Feldprediger begegnet uns wohl ab und zu die Anschauung, daß der Feldgeistliche der Einpeitscher soldatischen Mutes sei. Seine Stellung wird danach bewertet, wie er es ver-

steht, die Soldaten zu begeistern, zu ermutigen, zu entflammen, sie zu überzeugen von der Gerechtigkeit der Sache, der sie dienen. Sein Amt wird darauf eingeschätzt:

Was leistet er für die militärische Übung der kämpfenden Truppen hinsichtlich ihrer soldatischen Qualitäten, soweit sie seelischer Natur sind — und die Erziehung zu Mut, Entschlossenheit, Pflichtbewußtsein, Vaterlandsliebe, Treue und dgl. soldatische Tugenden, die der Heerführer nicht entbehren kann... Diese Zweckbestimmung der Kriegspastoration besteht sicher zu Recht... Aber es wäre falsch, nur darin den eigentlichen Kern der Kriegspastoration sehen zu wollen. Sie ist ein Mittel zum Zweck der Allgemeinheit zu dienen, und ihr Wert liegt nicht im öffentlichen Nutzen, den sie stiftet, sondern sie hat ihr Ziel in den Individuen, denen sie gilt und in deren religiösen und sittlichen Lebensinteressen.“ (553).

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß mit diesem kleinen, sehr kleinen Rückblick in die Vorgeschichte unserer Militärseelsorge vor allem zwei Dinge erkennbar geworden sind: Zum einen, wie schwierig es war, die kirchliche Präsenz und Seelsorge in einer staatlichen Einrichtung wie den Streitkräften in einer monarchischen Gesellschaftsordnung so sicherzustellen, daß Nähe zum Menschen und Freiheit der Verkündigung zugleich gewährleistet waren. Zum anderen, daß die heutige Struktur der Militärseelsorge in der Tat in einem langen Lernprozeß hervorgegangen ist aus Organisationsmodellen, die als überwunden gewertet werden dürfen. Wir haben das große Vorrecht, in einer Zeit und Gesellschaft leben zu dürfen, die die Früchte dieses mühseligen Ringens um eine ausgewogene Struktur selbstverständlich ernten kann. Ob wir auf der militärischen, der zivilkirchlichen oder der militärseelsorgerlichen Seite stehen — die heutige Militärseelsorgestruktur ist es wert, daß man für sie eintritt und daß sich die besten Kräfte dazu verbünden. Die geistig-geistlichen Herausforderungen, vor denen wir gerade in unseren Streitkräften heute stehen, sind zu groß und zu gewichtig, als daß wir unsere Kräfte verzetteln und verschleudern dürften für bereits in der Geschichte überwundene Fragestellungen. Wenden wir uns den Aufgaben zu, die sich uns heute stellen. Die gegenwärtige militärseelsorgerliche Konzeption bildet dazu eine gute Grundlage.

Militärseelsorge in der Wehrmacht

30 Jahre Laienarbeit in der Militärseelsorge danach

Helmut Fettweis

In einem KNA-Interview und in verschiedenen deutschen Zeitungen wurde zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalles auf Polen veröffentlicht, was Dr. Martin Thull bei seinen Recherchen über die Militärseelsorge in der Wehrmacht herausfand.

Er befragte sehr eingehend ehemalige haupt- und nebenamtliche Militär-Geistliche. Das Bild, was er dabei gezeichnet hat, kam zunächst manchen Lesern zu „freundlich“ vor. So wurde an vielen Stellen hinterfragt. Doch die Informationen von Dr. Thull waren stichfest und wurden bestätigt.

Leider hat man bisher jedoch noch keine Aufzeichnungen von jenen, die — um es mit einem banalen heutigen Begriff zu umreißen — „Konsumenten“ der Militärseelsorge waren.

Daher will ich mich bemühen, anhand weniger Aufzeichnungen und meines Gedächtnisses, zu schildern, wie ich die Militärseelsorge in der Friedens-, Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt habe.

Im Frieden

Ich wurde im November 1938 Soldat in Wuppertal. Etwa nach vier Wochen hieß es: „Heute abend nach Dienstscluß ist in der Kantine *Kasernenabendstunde*. Das ist was Kirchliches für Katholen und Evangelen getrennt. Wer nichts ist oder nicht will, hat Reivereinigen.“

Fast die ganze Schwadron marschierte in zwei Gruppen zu den Speisesälen in Küche 1 und 2. Der Pfarrer in Offizieruniform, aber ohne Schulterklappen, stellte sich vor, betete mit uns und blieb dann bei rein religiösen Themen. Es konnten anschließend Fragen gestellt werden. Zum Schluß ein gemeinsames Gebet und der Hinweis auf den Standortgottesdienst mit Beichtgelegenheit zu Weihnachten. Im übrigen waren auch Kameraden einer anderen Schwadron dabei. Es schien mir, als würde die Abteilung (Btl.) in zwei Gruppen unterrichtet.

Dann erlebte ich den ersten *Standortgottesdienst* in Ronsdorf. Die Abteilung marschierte wieder in zwei Kolonnen (katholisch-evangelisch) zu den Kirchen. Jede Kolonne führte ein Offizier. Fast alle kath. und evangelischen Unteroffiziere und Feldwebel marschierten mit. In der Kirche sah man dann noch verschiedene andere Offiziere der Abteilung. Evangelische Kameraden berichteten später, daß der Kommandeur bei ihnen gewesen sei.

Da Rekruten nach etwa 6—8 Wochen noch keinen Einzelausgang hatten, war dieses Erlebnis so einprägsam.

Die Beichtgelegenheit wurde so stark genutzt, daß auch zivile Beichtstühle besetzt waren. Dann erinnere ich mich an eine spätere Kasernenabendstunde — etwa Februar 39 —, bei

der wir irrtümlich zum evangelischen Militärseelsorger geschleust wurden. Dieser erkannte uns, weil wir beim Eingangsgebet ein Kreuzzeichen machten. Darauf klärte er uns auf und stellte uns frei, zu bleiben oder zu gehen. Wir blieben und übrigens die andere Gruppe beim katholischen Militärgeistlichen auch. Auf der Stube berichteten wir über unsere Erlebnisse, und es war die einhellige Meinung, etwas Abwertendes habe niemand gehört und die beiden Pfarrer seien wohl in Ordnung.

Auf dem Übungsplatz

In Altengrabow bei einem Übungsmarsch mit Schießen der Artillerie wurde an einem Übungsabend zu einem Feldgottesdienst eingeladen. Es muß April/Mai 39 gewesen sein. Es war sehr windig. Der Altar stand hinter einer Art Scheune. Wir hatten mehrfach Angst, daß das Altartuch wegfiegen könnte. Dennoch war dieser Gottesdienst ein großes Erlebnis. Ich erhielt auch ein kleines Gebetbüchlein. Ab und an wurde religiöses Schriftgut, das ich teils heute noch habe, verteilt. Vor allen Dingen ging es dabei um Glaubensfragen.

Im Krieg

Im Polenfeldzug habe ich keine Geistlichen gesehen, weil eben der Vormarsch zu schnell ging und unsere Division im Oktober/November 1939 bereits wieder in die Garnisonen um Wuppertal zurückverlegt wurde.

In der Vorbereitungsphase auf den Krieg gegen Frankreich lagen wir längere Zeit in Salz im Westerwald. Ich lag mit mehreren Kameraden (Kradmelder) in den unteren Räumen eines Nonnenklösterchens. Die fürsorgliche Aufnahme brachte uns dazu, am Karsamstag die Kirche zu reinigen, besonders dort, wo die Schwestern nicht hinlangen konnten. Die hohen Kreuzgewölbe mußten nämlich mit überlangen Spinnenfegern gesäubert werden. Und das gelang nur, wenn sich zwei auf eine Leiter stellten, denn einer mußte den, der fegen sollte, festhalten. Und die Leiter wiederum mußte von weiteren 2 Mann gehalten werden. Das brachte der Kompanie (wir waren umgegliedert worden) eine Einladung des Kaplans zum Gottesdienst ein. Dieser Gottesdienst zu Ostern wurde stark — auch von evangelischen Kameraden — besucht. Der Kaplan selbst, ein begeisterter Motorradfahrer, ca. 1,80 m, blond und drahtig, kam öfter zu uns und lud uns ein. Er berichtete auch, daß der Militärgeistliche vorwiegend in anderen Orten tätig sei, denn wir seien ja bei ihm gut aufgehoben.

Als einmal ein Soldat unter uns, als dieser Kaplan an der Kompanie vorbeiging und grüßte, sagte, „so eine Schande, ein so nordischer Mensch darf keine Kinder zeugen“, entging er nur knapp einer deftigen Abreibung.

Frankreichfeldzug — im Lazarett

Bereits am 3. Tage bei Monthermé/Maas ziemlich verwundet, sah ich unsere beiden Militärseelsorger erstmalig auf dem Divisionsverbandsplatz in einer Kirche. Bis ich schmerz-

stillende Mittel bekam, nahm ich nur wahr, daß sie bei jedem Verwundeten stehen blieben, ein Gespräch versuchten oder beteten. Mein Abtransport nach Trier ging dann so schnell, daß ich keine weiteren Beobachtungen machen konnte.

In Trier kam ich in ein Hilfslazarett in einem Kloster. Dort war ein Pater als Augenarzt tätig. Er operierte mit einer Ruhe und Gelassenheit, die wohl tat. Er hat mir vermutlich — zumindest auf einem Auge — das Augenlicht gerettet. Er besuchte mich noch mehrfach und führt auch kurze religiöse Gespräche. Wegen der anderen Verletzungen kam ich dann in das Hilfslazarett in Rüdesheim — ein Kloster.

Dort waren Schwestern Tag und Nacht um uns besorgt. Das schloß auch die seelische Betreuung und die Einladung zum Gottesdienst ein.

Nach Ende des Frankreichfeldzuges und noch Rekonvaleszent, kam ich ins Reservelazarett nach Gotha. Hier war eine große Zahl von Rote-Kreuz-Schwestern um uns besorgt. Es war so etwas wie ein „lustiges“ Lazarett, denn am laufenden Band kamen alle möglichen Organisationen (HJ, Jungvolk, BDM, NS-Frauenschaft, Kriegsveteranen, Parteileute usw.), um ihre „Helden“ zu bewundern. Sie konnten einfach nicht verstehen, daß diesen der Sinn gar nicht nach „Held“ stand.

So war ich dann froh, als endlich einmal ein geistlicher Herr kam. Gotha hatte wenig Katholiken. Ich kann mich nur noch erinnern, daß der ältere Herr mich zum Gottesdienst eingeladen hat. Er brachte mir auch religiöses Schrifttum mit.

Im Ersatzbataillon

Im Ersatzbataillon in Iserlohn war wieder die Geborgenheit der Truppe und eben auch ein- oder zweimal ein Militärgottesdienst, allerdings vom Ortspfarrer gehalten.

Den nächsten eindrucksvollen Gottesdienst erlebte ich dann bei meinem neuen Regiment in Thorn im Dom. Als Unteroffizier war es für mich selbstverständlich — es war um die Adventszeit — mit meiner Gruppe, soweit sie katholisch war, teilzunehmen.

Ich weiß noch, daß ich damals — im Besitz eines Einzelzimmers — sehr viel gelesen habe und viele religiöse Schriften über die Militärseelsorge, aber auch aus zivilem Bereich bekam. Hier sind mir erstmals Gedanken über die Macht und ihre Grenzen gekommen. Das schlug sich später in einer Arbeit auf der Offizierschule über die Anwendung von Waffengewalt nieder.

Im Regiment, aber auch in der Division war man christlich. — Hier muß ich noch eine Begebenheit aus dem Polenfeldzug erzählen. Nach Beendigung wurde der Kommandeur bei einem polnischen Pfarrer einquartiert. Die einzige Verständigungsmöglichkeit war Latein. Aber der Kommandeur war in dieser Sprache wohl nicht Klassenbester gewesen. So wurde ich als Dolmetscher geholt, aber nicht in erster Linie, weil ich auf der Schule Latein hatte, sondern weil ich katholisch war und daher wohl auch Latein können mußte!!

Offizierausbildung

Auf der Waffenschule in Wunsdorf gab es wegen des gedrängten Dienstplanes keine Informationen über Militärseelsorge. Nur im Stab hing ein Gottesdienstplan aus. Um so mehr erstaunte es mich, als uns mitgeteilt wurde, an einem Tag, an dem wir dienstfrei hatten — vielleicht Ostern 41 —, kehre der Bischof von Berlin Graf Preysing zurück. Ich ging zur Hedwigskirche und sah mich in einen Pulk von mehreren hundert Menschen gezogen, die den Bischof mit lauten Heil-Rufen begrüßten. Ich vermutete zunächst auf der falschen Versammlung zu sein, bis der Bischof deutlich als solcher erkennbar wurde. Vom Gottesdienst habe ich nur noch in Erinnerung, daß ich, in der übervollen Kirche in eine Ecke gequetscht, froh war, meinen erst kürzlich erstandenen Säbel als drittes Standbein verwenden zu können.

Und von der Predigt — man hatte ja noch keine Mikrofone — nahm ich nur soviel mit — und auch aus Gesprächen mit anderen Gläubigen, daß der Bischof sehr ernst darauf hingewiesen habe: Gott sei der einzige Herr dieser Welt.

Das ständige Hin und Her — zurück ins Ersatzbataillon, Urlaub, Übernahme eines Ausbildungszuges, Fahrschule usw. — und auch der Versuch, ohne Urlaubsschein von Iserlohn mit der Straßenbahn nach Hause — Düsseldorf — zu fahren — ließ einen engen Kontakt mit Militargeistlichen nicht zu, zumal uns im Ersatzheer nicht ganz klar war, wer der zuständige Militärpfarrer war. Die sonntäglichen Gottesdienste in der Stadtkirche in Iserlohn endeten meist mit einem Frühschoppen, zu dem alte Krieger einluden. Aber von Religion wurde dabei — außerhalb der Kirche — fast nie gesprochen.

Enger war in dieser Zeit der Kontakt zu meinem Heimatkaplan Schilden, der schwer verwundet im 1. Weltkrieg und mit dem Eisernen Kreuz 1. Kl. ausgezeichnet, versuchte, mit uns Soldaten Verbindung zu halten.

Der Pfarrer Röntgen von St.Paulus in Düsseldorf war wegen seiner mutigen Worte gegen die Partei in den tiefen Westerwald versetzt worden. So führte der Kaplan die Pfarrei. Leider mußte der Kaplan, dieser aufrechte Priester, bald eine andere Gemeinde mit anderen Sorgen übernehmen, und so ließ die Bindung nach.

Dennoch bekam ich teils von der Militärseelsorge, teils aber auch vom Generalvikariat in Köln — ich wußte nicht, was das war — Schriften über den Glauben, die Gebote usw., die ich teils heute noch besitze.

Rußland

Bei der Versetzung in den Nordabschnitt in Rußland, Juli 1941, ist mir nur noch ein Ereignis in besonderer Erinnerung. Es war in der Gegend um Pleskau-Dünaburg. Wir lagen in einer kleinen völlig heilgebliebenen Ortschaft, und die Leute baten, ob wir ihnen nicht helfen könnten, die Kirche zu säubern, sie war als Lager benutzt worden. Wir packten an und hatten bald den größten Mist rausgeschafft. Dann kam eines Tages ein katholischer Militargeistlicher, segnete die Kirche ein — sie hatte nicht die Ausstattung einer ortho-

xen Kirche —, feierte Gottesdienst und taufte anschließend etliche Kinder. Ich bin noch nie so ergriffen aus dem heiligen Dienst hinausgegangen. Seit dieser Zeit habe ich aus meinem Schott, den ich zur Beförderung zum Leutnant von meinen Eltern bekommen hatte, jeweils — soweit es ging — die Tagesmesse gelesen. Später habe ich dann auf dem Hauptverbandsplatz und im Feldlazarett Militärgeistliche getroffen.

So auch auf der Krim. Soweit ich übersehen konnte, wurden regelmäßig Gottesdienste für Soldaten beider Konfessionen im Kriegslazarett gehalten. In dieser fremden Umgebung (Simferopol) war der Besuch des Militärgeistlichen immer gerne gesehen. Und selbst dann, wenn sie nur ein kleines Heiligenbildchen hatten, sie konnten damit ein wenig Freude und Zuversicht wecken.

Aus dieser Zeit ist mir die Teilnahme an einem orthodoxen Ostergottesdienst in Feodosia in der Erinnerung geblieben. Er war sehr anstrengend, aber auch ergreifend durch seine strenge Feierlichkeit. Damals erlebte ich auch die sogenannte Generalabsolution. Sie wurde erteilt unter der Bedingung, daß man zu einem späteren Zeitpunkt die Einzelbeichte nachholte. Viele gingen getröstet nach „Hause“. Ob sie zwar alle später gebeichtet haben, ist fraglich. Mir ist es jedoch von einigen bekannt.

In der Heimat

In der Garnison des Ersatzbataillons in Heidelberg wurde meist nur auf die zivilen Messen in den benachbarten Kirchen verwiesen.

Bei einer Einvernahme bei der Gestapo wegen eines angeblichen Spionagefalles hörte ich — etwa Mai 43 — daß im Nebenzimmer heftig diskutiert wurde, ob man den Pfarrer einer bestimmten Kirche in der Stadt am nächsten Sonntag „hochnehmen“ solle. Eine Gegenposition war dann, man solle es nicht tun, denn dann würde der Wehrmachtsgestliche die Vertretung haben und der sei ja noch schlimmer und vor allem, man komme an ihn nicht ran. Daß der Pfarrer gewarnt wurde, ist selbstverständlich, wie es ausging, weiß ich nicht, denn ich wurde bald darauf versetzt. Immerhin zeigt die Äußerung, daß man vor dem Militärgeistlichen seitens der Überwachungsorgane Respekt hatte.

Im vierten Kriegsjahr

Bei der Neuaufstellung der 21. PD in Frankreich Juni 43 kamen als letzte die beiden Divisionspfarrer.

Seitens der Division wurden dabei auch den einzelnen Pfarrern Ansprechpartner benannt. Für das IL/192 war ich ausgesucht worden. So erschien an einem Abend Kriegspfarrer Wagenbach (Feldpostnummer 48120). Nach einem Abendessen und einem einführenden Gespräch nahm er mir die Beichte ab, und wir besprachen den Gottesdienst für den nächsten Tag. Da er nur eine kurze Einweisung bekommen hatte und bisher auf anderen Feldern der Seelsorge tätig war, hatte er hochgradiges Lampenfieber. Als am nächsten Tag 433 katholische und 566 evangelische Soldaten unter Zurücklassung einer Wache von

etwa 30 Mann zum Gottesdienst gingen, war das auch für die Franzosen in Pithiviers ein großes Ereignis. Für Pfarrer Wagenbach war es, wie er mir nachher sagte, ein innerlich aufwühlendes Erlebnis. Wir erlebten mit Dankbarkeit einen einfühlsamen Seelsorger.

Dabei muß einmal auf die Frage der Beichte eingegangen werden. Um die Beichte rankte sich oft auch ein Gespräch. Dabei spielte das Umfeld, Spannungen mit der Zivilbevölkerung, Probleme von Ideologie und Wirklichkeit eine Rolle. Es wäre mir und auch meinen Kameraden niemals in den Sinn gekommen, daß uns ein Militärgeistlicher bei Vorgesetzten oder gar Parteistellen anschwärzen könnte. Gleiches gilt, soweit ich das von evangelischen Kameraden erfahren habe, auch für die Vertraulichkeit von den Gesprächen mit ihren Seelsorgern.

Invasion 1944

Kurz vor Beginn der Invasion gab es eine Möglichkeit, in Caen einen Gottesdienst der Division in der großen Kirche zu besuchen — es muß der 4.6. gewesen sein. Von den Soldaten meiner Kompanie fuhren fast alle — soweit sie nicht Wachdienst hatten — hin. Es wurden Dienstfahrzeuge gestellt. Die Kirche war dicht gedrängt. Die Beichtstühle waren umlagert von Soldaten und deutschen zivilen Kräften aller Dienstgrade.

Während der Invasion gab es nur wenige Möglichkeiten, Gottesdienste zu halten. Dennoch gelang es mir, an einem Tage, als sich die Front stabilisiert hatte, einen Pfarrer aufzutreiben. Da ich aber nur einen katholischen Geistlichen erreichen konnte, kamen auch viele evangelische Soldaten zur Meßfeier.

Besonderheiten

Aus dieser Zeit sind mir zwei Situationen, die ich zufällig erlebt habe, in Erinnerung. Unser liberaler und umstrittener Divisionskommandeur hatte einen neuen katholischen Geistlichen angefordert, bekam einen abschlägigen Bescheid. Er setzte sich daher mit Feldmarschall Rommel in Verbindung, und mit dessen Unterstützung erhielten wir die Zusage einer Neuzuweisung. Der neue Geistliche traf dann auch bald ein.

Eine andere Begebenheit: Die Division bekam ohne Anforderung einen NSFO (Nationalsozialistischen Führungsoffizier). Dieser stellte sich sehr forsch auf dem Divisions-Gefechtsstand vor. Mein Divisioner war die Leutseligkeit selbst, lud zu einem Hennessy ein und erklärte dem frisch aus der Heimat gekommenen die Lage. Er schloß etwa mit den Worten, „der katholische Geistliche ist auf dem Hauptverbandsplatz im Schwerpunkt A. Den evangelischen Herrn — er hat Kinder — habe ich gebeten, im Feldlazarett zu sein und Sie erwarte ich im Brennpunkt B beim Panzerregiment 22, Sie begleiten den Angriff. Und ich denke, mit unserem Können und Ihrem nationalsozialistischen Kampfesmut werden Sie den Sieg erringen. Ihre Unterlagen erhalten Sie beim „Chef des Stabes“. Von diesem NSFO wurde nichts mehr gesehen.

Als Chef der Stabs- und Versorgungskompanie, für alles zuständig, gelang es dann nach

Verlegung in den Osten, Ostern 1945, in Niesky noch einmal, viele Soldaten zu einem Gottesdienst zu versammeln. Es war das letztmal, und die Gebete waren inbrünstiger denn je. Noch nach dem Kriege haben sich meine Soldaten an diesen Gottesdienst erinnert.

Nun kann man natürlich sagen, diese Schilderung zeigt, daß Militärseelsorge da war und angenommen wurde. Es geht aber auch — so meine ich — daraus hervor, daß die Militärseelsorge geholfen hat, Orientierung zu geben. Sie war nicht Erfüllungsgehilfe der Machthaber oder Seelenfänger.

Seelsorge und Gewissen

Wenn ich weiter vorne berichtet habe, daß das Gewissen durch das Wirken der Geistlichen geschärft wurde, dann sollen auch hier zwei Beispiele angeführt werden.

Auf der Kriegsschule — ich habe die Arbeit noch heute — schrieb ich zum Einsatz der Waffe bei der Abwehr eines Angriffes: „Es sind die Mittel einzusetzen, die zur Abwehr der Gewalt *eben* ausreichen.“ Die Arbeit wurde schlecht benotet und „verbessert“: „... der Gewalt *unbedingt* ausreichen“.

Soldaten meiner Einheit begingen Mundraub, wurden erwischt und entwaffnet. Ein Vorgesetzter befahl, eine 15-cm-Kanone vor dem Domizil — es war französische Polizei — auffahren zu lassen und, wenn die Waffen nicht unverzüglich zurückgegeben wurden, sofort zu schießen.

Ich bat, da der Soldat in meiner Kompanie war, die „Strafexpedition“ selbst ausführen zu dürfen. Es wurde genehmigt. Dann bin ich allein zu den französischen Polizisten gegangen, habe mich für das Fehlverhalten meiner Soldaten entschuldigt und bekam die Seitenwaffen sofort ausgehändigt. Vielleicht ein Erfolg der Pflege des Gewissens durch die Militärseelsorge! Die Arbeit der Militärseelsorge kann man nicht damit bewerten, wieviel Aufstände sie gegen Hitler unternommen hat, sondern muß gemessen werden an der Frage: Wieviel gläubige, ethische und moralische Substanz hat sie erhalten können?

Gefangenschaft

Die Geangenschaft, die eigentlich eine Internierung war, endete mit der Fahrt auf einem Kohlenzug von Nürnberg über Kassel, Münster, Kleve nach Krefeld. Ich weiß nicht, wie viele Soldaten im Zug waren. In den offenen Wagen waren jeweils etwa 40 Männer und 20 oder 25 Wagen hatte der Zug. Es stellte sich heraus, daß wir einen katholischen und einen evangelischen Militärgeistlichen dabei hatten. Und als der Zug an einer Station hielt, lief unser katholischer Pfarrer zum Bahnwärter und ließ sich mit dem Pfarrer der nächsten katholischen Gemeinde verbinden — er kannte sich dort aus. So mußte unsere Lock nun „dauernd Wasser oder Kohle tanken“, denn an fast jeder Station stand das Signal auf Halt und die evangelischen und katholischen Gemeinden kamen mit allem, was eßbar war. Die beiden Geistlichen sorgten dafür, daß die Gaben gerecht verteilt wurden. Unsere amerika-

nisch Begleitung unterdrückte ihr Staunen über die Anfälligkeit der Eisenbahn mit entsprechenden Mengen verschiedener Schnäpse. Zudem wollten sie gegen die Militärgeistlichen nichts unternehmen.

Gesamtschau

Sieht man nun das persönliche Erleben über sechs der schwersten Lebensjahre, so muß ich sagen, daß ich die Militärseelsorge als geistige und seelische Unterstützung gefunden habe. Sie hat mir in einem entscheidenden Lebensabschnitt geholfen, mein Gewissen und meine Persönlichkeit zu bilden.

Die Geistlichen und die Kirche

Sie waren in Not und Gefahr ein Hort der Sicherheit und Ruhe, und sie brachten mir die Botschaft des Lebens auch in der Nähe des Todes. Sie ließen mich erfahren, daß es Werte gibt, die den Absolutheitsanspruch des Staates — oder gar der Partei oder des Führers — überragten. Gott war und blieb mein Führer, besser ausgedrückt in jenem Lied, das damals so oft gesungen wurde, das schloß: „Christus, mein König, Dir allein schwör ich die Liebe, lilienrein, bis in den Tod die Treue.“

Die Geistlichen selbst waren — und da möchte ich die evangelischen, soweit sie mir begegnet sind, mit einbeziehen — überzeugende Gestalten. Man nahm ihnen den Glauben ab, den sie verkündeten. Bei ihnen konnte man beichten, weil man felsenfest überzeugt sein konnte, daß sie das Beichtgeheimnis mit der Hingabe ihres Lebens besiegeln würden. Sie waren auch durchweg so gereifte Männer, daß man ihnen vertrauen konnte, daß ihr geistiger Horizont weiter reichte als die Propaganda des Staates. Was mir noch unvollkommen schien, war die Einbindung der Laien. So war es immer nur eine kleine Freude, den Geistlichen mit technischen Mitteln den Dienst erleichtern zu können. Aber ein eigentliches apostolisches Tun war das nicht.

Im Einsatz hatten sich noch zwei weitere Gebiete ergeben. Die Verwundeten mußten getröstet und die Toten begraben werden. Worte des Trostes konnte man nur aus dem Glauben finden. Beim schwerverletzten Kameraden half oft ein ganz kurzes Gebet. Und vielleicht habe ich auch manche stumme letzte Beichte gehört. Aber zwei Geistliche in der Division — und vielleicht noch ein Sanitäter, der als Pater oder Diakon zu erkennen war, konnten einfach nicht überall sein.

Zur Versorgungskompanie wurden dann auch alle Toten gebracht. Ihnen in anständiger Form ein würdiges Grab zu besorgen, war eine unserer wichtigsten Aufgaben. Und dabei haben mir meine Männer in hervorragender Weise beigestanden.

Keiner unserer Toten ist ohne ein „Vaterunser“ abwechselnd in katholischer oder evangelischer Form bestattet worden. Da wir aber auch immer eine Anzahl Genesender bei der V-Kp hatten, waren auch hier oft Gespräche von Mann zu Mann gefordert.

Was macht man mit einem Feldunterarzt, der früher als durchaus gläubiger Nazi zu erken-

nen war, nunmehr unter der Materialüberlegenheit der Alliierten die Nerven verliert, und in wüstester Weise auf Hitler usw. schimpft? Er wäre, dem Gericht übergeben, erschossen worden. So aber gab es die Möglichkeit, ihn zunächst von einem anderen Arzt als unter schwerem Schock stehend erklären zu lassen und dann zu versuchen, ihn auf die höheren Werte anzusprechen. Ich war froh, als ich für diesen Kameraden einen evangelischen Geistlichen fand. Ich selbst fühlte mich damals zu ungeübt und auch religiös zu unweisend, hier wirklich helfen zu können.

Folgerungen

Letztlich sind die vorgenannten Gründe ein Anlaß gewesen, bei der Bundeswehr der Militärseelsorge eine hohe Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es gab jedoch noch einige andere Gründe. Als Chef einer Stabs- und Versorgungskompanie hatte man die Verbindung zu allen Kompanien. So konnte man z. B. einen Gottesdienst auf der Basis mehrerer Kompanien leichter bzw. effektiver organisieren. Dabei war selbstverständlich auch an die evangelischen Kameraden zu denken. Entweder ließen sich dann zwei Gottesdienste mit gleichen Mitteln durchführen, oder aber man konnte erfahren, daß der „Ko-Gottesdienst“ nicht so schnell möglich war. Dann war es leicht, den jeweiligen Militärgeistlichen zu bitten, die anderen Kameraden zum Gottesdienst zuzulassen. Also es war ein gewisser Ansatz praktischer Ökumene.

Somit fand ich genug Gründe, um mich als Laie für die neue Militärseelsorge in der Bundeswehr zu interessieren. Hinzu kam außerdem, daß der Status der Militärseelsorge in der deutschen Bundeswehr ein anderer geworden war.

Man mag zu dieser Regelung stehen, wie man will. Es gibt gute Gründe für die eine oder andere Form. Aus unserer Geschichte aber erscheint mir die heutige Regelung die weitaus beste.

So wurde aus dem Interesse Engagement. Und dieses Engagement umfaßte nun nicht mehr nur „technische Hilfe“, sondern voll verantwortliche Laientätigkeit im Sinne des Apostolates, zu dem wir durch Taufe und Firmung berufen sind. Der Militärgeistliche kann nicht überall sein. Gottes Wort aber muß möglichst zu jeder Stunde und an jedem Ort vernommen werden können. So warten auf die Laien — im zivilen wie im militärischen Bereich — noch viele Aufgaben. „Die Ernte ist groß, die Arbeiter sind wenige.“ Aus Sorge um und für den Menschen ist Militärseelsorge nötiger denn je. Sie war und ist Teil des Auftrages des Herrn an seine Kirche, und sie kann nur Sorge um die Seelen der Menschen sein.

Kirche

Programmübersicht für den Deutschen Katholikentag 1990 in Berlin-ZdK

Diese Vorschau stellt eine kleine Auswahl der Veranstaltungen des Katholikentags dar. Das endgültige Programm entnehmen Sie bitte dem Programmheft.

Mittwoch, 23. Mai 1990

vormittags: *Krankengottesdienst*

abends: **Wie im Himmel so auf Erden**

Eröffnungskundgebung vor dem Charlottenburger Schloß

Abend der Begegnung vor dem Schloß Charlottenburg und in der Schloßstraße; im klassischen Ambiente Musik und höfische Tänze verschiedener Zeitepochen; kulinarische Angebote

Donnerstag 24. Mai 1990

vormittags: **Wie auf Erden so im Himmel**

Stationes in Berliner Pfarrgemeinden

Eucharistiefeier zum Fest Christi Himmelfahrt im Olympiastadion — im Anschluß — *Programm für Familien mit Kindern*

mittags: *Eröffnung der Zentren und Werkstätten*

„Unter freiem Himmel“ — Musikprogramm im Sommergarten am Funkturm

nachmittags: **Den Himmel erfahren**

Zeugnisse und Erfahrungen

Theologische Vortragsreihe

Die Zukunft hat bereits begonnen — Vom Kommen des Reichen Gottes

Ewiges Leben — die Zuversicht des Glaubens angesichts der lebensbedrohenden Mächte und Gewalten

Wir alle werden leben — die christliche Hoffnung auf die Auferstehung der Toten

Himmel und Hölle — die Hoffnung des Glaubens und die Angst vor dem endgültigen Scheitern

Anfang und Ende der Welt — Glaubensbilder vom Ursprung und Hoffnungsbilder der Vollendung

Auf den Spuren der Engel — Boten der Nähe Gottes

Foren

Der Himmel in mir — verschiedene Wege zu demselben Gott

Wahrhaftig, Gott ist bei Euch! (1 Kor 14,25) — Wie feiern wir heute Liturgie?

Wenn der Himmel einstürzt — Situationen von Schmerz, Leid, Schuld

Jesus — Ort der Erfahrung Gottes für uns — Wie können wir heute mit Jesus leben?
Himmel — Gottes verborgene Gegenwart — Den Nächsten lieben oder mich selbst?
Wie in dieser Kirche Gott finden? — Menschen, Orte, Erfahrungen, Ereignisse in der Kirche, in denen das „Leben des Himmels“ durchkommt.
Unsere liebe Not mit der Zeit: Wie können wir darin Gott erfahren?
Gesucht: Ein neues Verhältnis zur Welt — Unser großes Haus — die Welt
Siehe — einen Leib hast du mir bereitet! Unser kleines Haus — der Leib
Ich glaub' nix — mir fehlt nix. Wozu brauche ich einen Himmel?
Wege gelebten Glaubens. Einheit in der Vielfalt — am Beispiel Afrika
Deutsche und Polen — Auf dem Weg der Versöhnung in eine gemeinsame europäische Zukunft

abends: *Vortragsreihe: Verdächtige Einladungen zum Paradies*
New Age — ein neuer Weg zur Selbsterlösung?
Die Versuchung des Fundamentalismus
Himmel auf Erden — Wenn nicht durch harte, dann durch sanfte Technologien?
Christlich-jüdische Gemeinschaftsfeier
Gebetsstunde der Weltreligionen für den Frieden
Bibelarbeiten
Zeige mir deinen Himmel — Veranstaltungen im Kulturprogramm
Ausklang des Tages in Gemeinden und Verbänden
Gebet zur Sache

Freitag, 25. Mai 1990

vormittags: **Die Zeichen der Zeit erkennen**

Eucharistiefeier in den „Kirchen am Wege“

Bibelarbeiten

Eröffnung der Zentren, Werkstätten und weitere Veranstaltungen

Theologische Vortragsreihe

Die Zeichen der Zeit erkennen — die prophetische Aufgabe der Kirche und die Gabe der Unterscheidung der Geister

Glaube als Umkehr — Umkehr als eine Grundstruktur des biblischen Glaubens

Dein Wille geschehe — wie kann ich Gottes Willen erkennen?

Was ist Sünde? Die christliche Rede von Schuld und Vergebung

Der nahe und der verborgene Gott — Die Erfahrung des unbegreiflichen Gottes als Erfahrung des christlichen Glaubens

Ich glaube an Gott, den Schöpfer des Himmels und der Erde — das christliche Bekenntnis zum Schöpfer und zur Gottesebenbildlichkeit des Menschen

Foren

Unfähig zu sich selbst — unfähig zum andern?

Aufbruch von Frauen — Hoffnung für Kirche und Gesellschaft

Die Umweltkrise ist unsere eigene Krise
Wege in die Fremde — Wege ins Nichts? — Kirche in der Weltflüchtlingsproblematik
Freiheitsstreben und Versorgungsdenken
Osteuropa — Geschlossene Systeme brechen auf. Chancen für den Menschen?
Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung
Einheit durch gemeinsame Wertüberzeugungen — eine Utopie?
Zeit der Aussaat — Glaubenskrise und Neuevangelisierung
Kirche, Zeichen der Hoffnung — Kirche, Stein des Anstoßes
Technische Kultur = Weltkultur?

Vorträge

Die Verwerfungen des 16. Jahrhunderts
Wie sehe ich die katholische Kirche (als evangelischer Christ)
Evangelische Kommunitäten stellen sich vor
Christen in Galiläa
mittags: „Unter freiem Himmel“ — Musikprogramm im Sommergarten am Funkturm
nachmittags: **Das Angesicht der Erde erneuern**

Foren

Kirche — Weggemeinschaft mit dem Menschen heute
Woran man einen Christen erkennen kann. Christliches Zeugnis in der Gesellschaft
Glaube und Politik — in der Spannung zwischen Pragmatismus und Fundamentalismus
Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung
Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung! Was haben Christen in dieser Sache zu sagen, was können sie tun? Chancen und Probleme des europäischen Binnenmarktes und der weiteren europäischen Zusammenarbeit.

Freitag, 25. Mai 1990

Resignation ist fehl am Platz — Ein neuer Entschluß für die Solidarität mit den Armen — nicht nur in der Politik
Eine Welt für alle — Wem gehört der Wald?
Das gespaltene Europa — eine Herausforderung für die Christen
Die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem offenen Nationalstaat im zukünftigen Europa
Jaget dem Frieden nach! Juden — Muslime — Christen im Nahen Osten
Religion vor dem Jahr 2000 — Religion im Übergang: Christen auf der Suche nach einer neuen Religiosität und Spiritualität
Um unserer Zukunft willen: Politik für die Familie

Vorträge

Macht euch die Erde untertan
Christen im Libanon

abends: *Ökumenischer Gottesdienst*

anschl. *Ökumenisches Forum* Im Himmel vereint, auf Erden getrennt. Wozu brauchen wir noch Konfessionen?

Veranstaltungen des Kulturprogramms

Zentrale Abendveranstaltungen

Den Glauben erfahrbar machen

Die Fundamente der Gesellschaft erneuern

Die Erde bewohnbar erhalten

In weltweiter Verantwortung denken und handeln

Gebet zur Sache

Samstag, 26. Mai 1990

vormittags: **Das Angesicht der Erde erneuern**

Eucharistiefeier in den „Kirchen am Wege“

Bibelarbeiten

Eröffnung der Zentren und Werkstätten

Foren

Deutsche Frage — Europäische Antwort von Christen

Von Gott erzählen — was bringt's? Glauben lernen, wie und wozu?

Kirche im Osten Europas — Zwischen Bedrängnis und Hoffnung

Solidarität auf dem Prüfstand: Neue soziale Herausforderungen durch Bevölkerung

Das Leben schützen — Lebensräume bewahren

Neue Grenzen des Wachstums

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung II — Erwartungen an den ökumenischen Prozeß: Die Situation nach Stuttgart, Basel und Seoul

Wege aus der Schuldenkrise — Gemeinsame Veranstaltung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag

Mission und Dialog am Beispiel des Islam

Schritte auf dem Weg zu einer Friedensordnung in Europa und in der Welt

Schritte auf dem Weg zu einer Friedensordnung in Europa und in der Welt

500 Jahre Evangelisierung in Lateinamerika — Die lateinamerikanische Kirche wagt den

Neubeginn

Die Reaktion der Kirchen auf die Lima-Papiere

Samstag, 26. Mai 1990

Vorträge

Evangelische Spiritualität

Christen in der Türkei

Von allen guten Geistern verlassen...? Christen und Okkultismus

ganztätig: *Wir sind dem Himmel auf der Spur*

Kinderfest

nachmittags: **Dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden**

Hauptkundgebung

abends: *Stadtfest auf dem Kurfürstendamm*

Musik- und Theaterdarbietungen; Folklore-Tanz, Kleinkunst; kulinarische Angebote

Sonntag, 27. Mai 1990

vormittags: **Der neue Himmel und die neue Erde**

Hauptgottesdienst im Olympiastadion

Caritas der Pfarrgemeinde

Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Unsere Zeit ist geprägt von vielfältigen sozialen und materiellen Nöten, von Sinn- und Lebenskrisen, von Fluchtverhalten, von Orientierungsproblemen und Glaubensnot. In dieser Zeit ist eine Rückbesinnung auf das Hauptgebot der Gottesliebe notwendig, dem das Gebot der Nächstenliebe gleicht. Nach Auftrag und Selbstverständnis der Kirche gehören Caritas und Diakonie zu den Wesensäußerungen der Pfarrgemeinde. Sie müssen deshalb überall im Zentrum des Gemeindelebens und der Gemeindepraxis stehen. Die christliche Gemeinde, deren Mittelpunkt die Eucharistiefeier ist, ist an der Liebe erkennbar, nicht „auch“ daran, sondern „vor allem“ daran. Darum hat jeder Christ den Auftrag zum diakonischen Dienst in Gemeinde und Gesellschaft. Die Kirche ist in der Welt, Welt und Kirche gehören zusammen, wie auch Fußwaschung und Abendmahl, also Caritas und Eucharistie zusammengehören und deshalb nicht für sich allein stehen können. Nur ein solches ganzheitliches Kirchenverständnis macht die Gemeinde zu einer christlichen Gemeinde, zu einer Gemeinde nach dem Evangelium.

1. Kritische Fragen

Viele Menschen fordern im Gemeindeleben eine größere Nähe zu den Nöten ihrer Umgebung. Woran liegt es, daß sie Caritas und Diakonie in vielen Gemeinden, bei Gemeindemitgliedern, Pfarrgemeinderäten, ja selbst bei Pfarrern und anderen hauptamtlich in der Pastoral Tätigen vermissen? Liegt es vielleicht an der kirchlichen Tradition, in der die geschwisterlich dienende Gemeinde und das Mitleid mit den in Not Befindlichen nicht einen entsprechenden Stellenwert besitzen wie Gottesdienst und Verkündigung? Liegt es vielleicht an der Organisation von Caritasverbänden und deren Einrichtungen?

Caritas ist für viele kaum mehr als eine große Organisation und ein großer Organisator, eine Beruhigung des Gewissens, als organisierte Nächstenliebe für alles da und für alles mitverantwortlich, ein Sammelbecken haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter, die ihre Kräfte aneinander messen. Viele sehen in ihr sogar eine Anlaufstelle zum Schutz der eigenen Bequemlichkeit, fern vom Geist einer hl. Elisabeth, zuständig für Kleider, Schränke,

Suppen, Kuren und kostenlose Beratung. Diese Vorstellung entspricht eher der Haltung „ich Sorge für dich, ich verordne dir“ als einem Dienst als Bruder und Schwester. Viele unterliegen dem Mißverständnis, daß Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsverbände mit ihren Leistungen alle sozialen und caritativen Aufgaben wahrnehmen. Sie glauben daher, daß der einzelne von seiner personalen Verantwortung entlastet oder gar entbunden sei.

Bei soviel vermeintlicher „Perfektion“ sehen möglicherweise viele Gemeindemitglieder keinen weiteren Anlaß mehr zu der Frage: Was hat Caritas mit mir zu tun? Ich gebe ja ab, was ich zuviel habe, was ich übrig habe und entbehren kann. Ist das aber schon Christsein? Hat Caritas denn nicht auch mit meinem Glauben zu tun? Gebe ich auch dann ab, wenn es mir weh tut? Und gebe ich mich selbst, setze ich mich selbst ein und öffne ich mich für eine Begegnung mit einem Hilfebedürftigen, einem Nächsten oder Fernen, der mein Nächster werden könnte, nah wie mein Bruder und meine Schwester? Caritas — das ist nicht in erster Linie die Organisation und der Verband, Caritas ist vielmehr das Wort für Liebe und selbst die Liebe, ein Netzwerk aus liebenden Kräften. Caritas sind die Aufgaben, sind die Menschen als Betende, Leidende und Dienende und die Beziehungen zwischen ihnen, ist vor allem Gott mitten unter allen Menschen.

2. Caritas und Gemeinde

Die Weitergabe des Glaubens entwickelt sich in Weggemeinschaften, im Volke Gottes unterwegs, auf gemeinsamer Pilgerschaft in Weggemeinschaften der Caritas. Caritas ist die diakonische Pastoral in der Gemeinde, ein glaubwürdiges Zeugnis.

Die Begegnung mit Not und schwerem Leid kann für den einzelnen wie für die Gemeinde eine Erfahrung werden, die dem Glauben neue Tiefen gibt. Im Mittragen und Aushalten vor allem schwerster und oft aussichtsloser Notlagen wird Caritas zum Bekenntnis des Glaubens, zum Zeugnis von der rettenden Macht Gottes, seiner Nähe und seiner grenzenlosen Barmherzigkeit.

Mehr noch verkündet uns die Botschaft der Armen und Notleidenden immer wieder neu den Glauben, denn die Armen sind — wie der Herr selbst gesagt hat — dem Reiche Gottes sehr nahe.

Und zugleich erfahren wir selbst, wenn wir die Hilfsbedürftigen als Mitmenschen und Partner ernst nehmen, unsere eigenen Nöte und Schwächen, unsere Grenzen und unser Versagen und damit unsere Verwiesenheit auf die Barmherzigkeit Gottes.

Viel mehr, als vielen bewußt ist, steht Caritas für die ganze Breite unserer menschlichen Armseligkeit, auch unserer eigenen Erlösungsbedürftigkeit und unserer Hilfebedürftigkeit. Hilfebedürftig sind wir alle, die Helfenden wie die Hilfesuchenden. Deshalb kann eine Beziehung zwischen ihnen nur zustandekommen, wenn beide sich nicht als Objekte, sondern als Subjekte begreifen und gegenseitig anerkennen.

3. Pfarrgemeinderat und Sachausschuß

Die lebendige Gemeinde zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Sorgen und Hilfebedürftigkeiten ihrer Glieder und der anderen unter ihnen wohnenden Menschen aufspürt, wahrnimmt und annimmt. Hierzu zählen z. B. die Kranken, die Behinderten, die Fremden, die Gefährdeten, die Alten, die Kinder. So sehr caritatives Tun vom persönlichen Einsatz des einzelnen lebt, so sehr braucht planvolle und kontinuierliche Hilfe vielfältige Förderung und Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Hier kommt besonders dem Pfarrgemeinderat eine wichtige Aufgabe zu, die sich auch auf die finanzielle Förderung erstreckt. Er muß insbesondere die Grundzüge der Arbeit wegen der Bedeutung von Caritas in der Gemeinde in seiner Gesamtheit verantworten und darf sie nicht nur dem Sachausschuß Caritas/Soziale Dienste überlassen. Die in der Gemeinde vorhandenen Gruppierungen von katholischen Verbänden oder Gemeinschaften sind in die Aufgaben einzubeziehen.

Die Bildung von Sachausschüssen „Caritas“ ist ein Weg zur Unterstützung der Arbeit. Die Notwendigkeit solcher Ausschüsse muß den Verantwortlichen in der Gemeinde klar vor Augen stehen. Im Sachausschuß „Caritas“ sollten alle Gruppen, einschließlich der Selbsthilfegruppen, Verbände, Einrichtungen und Aktivitäten, die sich im sozial-caritativen Bereich engagieren, und möglichst auch für die Gemeindepastoral Verantwortliche vertreten sein. Der Sachausschuß hat zu beraten, zu planen, zu koordinieren, zu initiieren, anzuleiten und gegebenenfalls selbst zu handeln.

4. Pfarrgemeinderat, Caritasverband und caritative Fachverbände

Für die Wahrnehmung der caritativen Aufgaben durch den Pfarrgemeinderat ist der Kontakt mit dem zuständigen Caritasverband (Stadt-, Kreis-, Dekanats- oder Regionalcaritasverband) sowie die Information der Verantwortlichen für die für die Gemeinde vorgehaltenen Dienste und Einrichtungen notwendig. Mit einer frühen offenen Klärung und Aufteilung der jeweiligen Aufgaben sowie mit einer bewußten Kooperation lassen sich viele Hilfen verbessern und überflüssige Konflikte vermeiden.

Auf der Pfarrebene hat die Arbeit des Caritasverbandes eine Dienstfunktion mit unterstützendem, subsidiärem Charakter. Er sollte daher für die Arbeit des Pfarrgemeinderates ein subsidiäres Angebot bereithalten, indem er z. B. Fachleute durch eine besondere Ausbildung für Gruppen- und Gemeinwesenarbeit und durch Helferschulung dazu befähigt, den Gemeinden beim Aufbau oder Ausbau der Caritasarbeit behilflich zu sein.

Aufgrund ihrer besonderen Aufgabe sind nicht alle caritativen Fachverbände immer bis auf die Gemeindeebene durchstrukturiert. Ihre Dienste stehen aber der Gemeinde zur Verfügung (Kreuzbund e.V., Malteser-Hilfsdienst e.V., Raphaels-Werk — Dienst am Menschen unterwegs e.V., Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Sozialdienst katholischer Männer e.V.). Die Caritas-Konferenzen Deutschlands und die Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands hingegen leisten ihren ehrenamtlichen Dienst in der

Gemeinde. Verantwortliche aus den Fachverbänden sollten in den Pfarrgemeinderäten mitarbeiten.

Selbsthilfegruppen, die in der Gemeinde entstehen, sollen von dieser, vom Pfarrgemeinderat, vom Sachausschuß „Caritas“ respektiert, gestützt und gegebenenfalls gefördert werden.¹⁾

Dienste, die der Gemeinde unmittelbar zugutekommen, sollten in deren Trägerschaft sein. Die Hilfe und fachliche Unterstützung des Caritasverbandes oder eines Fachverbandes ist hierbei erforderlich. Für die Caritas der Gemeinde ist darüber hinaus der Caritasverband durch Information, Anregung, Schulung und Zusammenwirken mitverantwortlich. Diese „Gemeindeorientierung“ stellt daher auch Forderungen an die verantwortlichen Mitarbeiter, Entscheidungsträger und Gremien des Caritasverbandes (und der Fachverbände), in welchem Maße sie die Rahmenbedingungen für eine mehr gemeindeorientierte Facharbeit gewährleisten können. Denn nicht zuletzt wird sich an den Kriterien für Prioritäten, Finanzierung von Planstellen und der Formulierung von Stellenbeschreibungen entscheiden, in welchem Maße und in welcher Qualität die „Gemeindeorientierung von Fachdiensten“ realisiert werden kann.

Gemeindeorientierung heißt immer auch brüderliche und schwesterliche Weggemeinschaft, die ein Klima entstehen läßt, in dem Nächstenliebe wachsen und ausstrahlen kann. Dieses breite Fundament hat Vorrang vor aller Perfektion.

Vom Geschäftsführenden Ausschuß am 12. Januar 1990 einstimmig verabschiedet

1) Siehe dazu auch: Die Notwendigkeit von Gruppenbildung in der sozial-caritativen Arbeit, Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 11. Oktober 1985.

„Oben redet man, und unten tut sich nichts“ Römisch-katholische Kirche in der Ukraine

Klaus Lorenz

Vladislav Chalupiak ist katholischer Pfarrer. Seine Gemeinde umfaßt rund 450 000 Gläubige. Zu ihr gehören eine Großstadt und 40 Dörfer. Zwei Kirchen stehen ihm zur Verfügung, 120 Kilometer voneinander entfernt. Dem Pfarrer helfen ein Fahrer und einige Katecheten. Sonntags hält er in der ersten Kirche um 9.00 Uhr Gottesdienst, von 11.00 bis 13.00 Uhr setzt er das Allerheiligste aus, von 14.30 bis 17.00 Uhr finden Gottesdienst in der zweiten Kirche statt, um 19.00 Uhr ist er wieder in Winniza, zur Abendmesse. „Das Auto ist der zweite Pfarrer“, witzelt man oft in seiner Gemeinde. Ohne seinen Wagen, der aus Spenden der Gemeinde gekauft wurde, könnte er seine Aufgaben nicht erfüllen, der römisch-katholische Pfarrer von Winniza, einer Großstadt in der Ostukraine mit 500 000 Einwohnern.

Die soziale Struktur der Gemeinde ist uneinheitlich. Sie besteht vor allem aus Arbeitern. Die Intellektuellen, die dazu gehören, leben ihren Glauben aus Angst vor Benachteiligungen oft nur im Verborgenen. Es gibt zwar einen Club von polnischen Intellektuellen, die konkrete Pläne für polnische Schulen hegen. Aber abgesehen von einer Bibelrunde fehlt ein Gemeindeleben, wie überall in der Ostukraine. Einige Frauen helfen Alten und Kranken, ein erster Ansatz von Caritas. Man sieht überall kleine Verbesserungen und zunehmend auch kleine Freiheiten, aber es fehlt das Gefühl der Sicherheit, um sich mehr engagieren zu können. Niemand traut so recht der Zukunft. Perestrojka bedeutet immer noch: „Oben redet man, und unten tut sich nichts“. Hinzu kommt die Uneinigkeit in der Sprache. In den Städten wird mehrheitlich polnisch gesprochen, auf dem Lande ukrainisch.

Wie überall in der Sowjetunion fehlt es auch in der Ostukraine an religiöser Literatur, sagt Pfarrer Chalupiak bei einem Gespräch in der internationalen Zentrale des katholischen Hilfswerkes Kirche in Not/Ostpriesterhilfe. Wann immer es ihm möglich ist, bringt er aus Polen Bücher mit, vor allem Gebetsbücher, aber auch allgemeine religiöse Literatur. Christen verlangen oft nach der Bibel, doch diejenigen, die lange Zeit nichts über Religion gehört haben, werden von der Bibel wenig angesprochen. Manchmal werden solche Menschen durch profane Bücher, wie „Quo vadis“ wieder zum Christentum geführt. Lebensbeschreibungen von Heiligen und Marienbücher liegen in der Rangliste der meistgelesenen Bücher derzeit an der Spitze.

Zwischen der römisch-katholischen und der ukrainischen katholischen Kirche in der Ukraine herrscht kein Konkurrenzdenken. Der Staat versucht aber, Konflikte hervorzurufen und zu schüren, wie ein Beispiel aus der Westukraine zeigt, in der die meisten Gläubigen der ukrainischen katholischen Kirche des byzantinischen Ritus leben. Der Pfarrer von Winniza erzählt, daß in der westlichen Ukraine der römisch-katholischen Kirche so viele Kirchengebäude zurückgegeben worden sind, daß sie die Renovierung der Kirchen nicht gewährleisten kann und es ihr auch an Priestern mangelt. Seines Erachtens ein paradoxes Resultat des Kampfes der ukrainischen byzantinischen Katholiken um die Legalisierung ihrer Kirche. Anders ist die Situation im Süden und Osten der Ukraine. Die meisten Ukrainer gehören dort der orthodoxen Kirche an. Die wenigen Katholiken bekennen sich zum lateinischen Ritus. Hier wird die römisch-katholische Kirche nach wie vor benachteiligt.

Durch die massive Unterdrückung der ukrainischen katholischen Kirche ist eine Kooperation der beiden schlecht möglich. Der Staat hat daran kein Interesse, also fördert er sie nicht. Und außerdem, so berichtet Pfarrer Chalupiak, müsse die römisch-katholische Kirche in der Ukraine sehr vorsichtig sein, um die mühsam errungene eigene Freiheit nicht zu gefährden. „Wir müssen die Legalisierung der ukrainischen katholischen Kirche abwarten. Wir wünschen sie sehr dringend, denn sie kommt allen Katholiken in der Ukraine zugute.“

Eine Bibel als Bestechung

Römisch-katholische Priester in Kasachstan

Klaus Lorenz

„Wenn die Deutschen aus Kasachstan weggehen, können die Leute dort zu Fuß gehen. Dann funktioniert nichts mehr; es wird keine guten Ernten mehr geben, und die Leute werden nicht mehr genug zum Essen haben.“ Pfarrer Otto Messmer aus Zelinograd (Kasachstan) weiß, wovon er spricht. Er ist in Kasachstan aufgewachsen. „Es ist schon jetzt ein große Problem“, weiß er zu berichten. „Allein 1988 sind 48000 Deutsche aus der gesamten Sowjetunion abgewandert. Dies schwächt natürlich die Gemeinden, die wirtschaftliche Kraft läßt nach, aber vor allem entsteht auch Unsicherheit und in deutsch-russischen Familien bisweilen auch Streit um die Frage, ob man auswandern soll oder nicht.“ Danach gefragt, ob er den Gemeindemitgliedern seiner Pfarrei in Zelinograd zu- oder ab-raten würde, nach Deutschland zu gehen, antwortet er, daß er sich neutral verhalten müsse. „Für alle Familien“, so ergänzt sein Bruder Hieronymus, Pfarrer in Duschanbe (Tadschikistan), „ist die Zukunft der Kinder der entscheidende Grund für die Auswanderung, das heißt die Aussicht, daß die Kinder in Freiheit ihre Religion ausüben können.“ Beide betonen, es gebe auch viele Deutschstämmige, die nicht nach Westdeutschland aussiedeln wollen und die sagen: „Wir haben dort nichts verloren. Wir warten auf unsere eigene Republik an der Wolga, und wenn wir die haben, gehen wir sofort dahin zurück.“ Otto Messmer fügt hinzu: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es auch in der Sowjetunion möglich, seinen Glauben zu leben.“

Dies war noch nicht so, als die beiden Messmer-Brüder Priester werden wollten. Bevor sie ihre Ausbildung im Priesterseminar in Riga erhalten konnten, mußten sie nicht nur in bürgerlichen Berufen arbeiten, der eine als Fernmeldetechniker, der andere als Krankenwagenfahrer. Sie waren auch vielen Pressionen ausgesetzt. Diese gingen bis zu Morddrohungen, falls sie es wagen sollten, sich im Untergrund ausbilden zu lassen. „Solche Drohungen sind eine gute Vorschule für das Priesterseminar.“ So gewinnen die beiden Brüder dieser Zeit noch eine positive Seite ab.

Strenge Disziplin war erforderlich, erinnern sich die zwei Priester, um mit fünf bis sechs Seminaristen in einem Raum leben zu können, der normalerweise für zwei gedacht war. Der Tagesablauf im Seminar von 6.00 Uhr in der Frühe bis 22.00 Uhr abends war streng geregelt: 6.30 Uhr Gebet, 7.00 Uhr Gottesdienst, von 9.00 bis 13.30 Uhr Unterricht, von 14.00 bis 15.00 Uhr Sport, von 15.00 bis 16.00 Uhr stille Studienzzeit, ebenso von 16.30 bis 19.00 Uhr und von 21.00 bis 22.00 Uhr. Um 16.00 Uhr war das Rosenkranzgebet, um 20.30 Uhr Abendgebet. Ausgebildet wurden sie unter anderem in Philosophie, Psychologie, Dogmatik, Pastoraltheologie, außerdem in den Sprachen Polnisch, Lettisch und Deutsch.

So auf den geistlichen Dienst vorbereitet, erhielten die beiden bald nach ihrer Weihe die beiden Pfarreien zugewiesen, in denen sie heute tätig sind, Otto Messmer in Zelinograd,

Hieronimus Messmer in Duschanbe. Die Bevölkerung in Zelinograd besteht vorwiegend aus Deutschen und Polen, in Duschanbe aus Deutschen und Russen. Otto Messmer betreut neun Gemeinden, Hieronymus drei, die aber insgesamt 130 km auseinanderliegen. An den Gottesdiensten nehmen bis zu 300 Gläubige teil. Schwierigkeiten gibt es häufig durch Sprachprobleme. Die Kenntnis der deutschen Sprache geht stark zurück, die Jugendlichen ziehen in der Regel die russische Sprache vor.

Es ist noch nicht lange her, daß die Arbeit in den Gemeinden illegal war. Für die Frauen ist es zum Beispiel heute noch üblich, im Gottesdienst ein Kopftuch zu tragen. Um aber nicht als Gottesdienstbesucher erkannt zu werden, mußten sie früher auf dem Weg in die Kirche das Kopftuch in die Tasche stecken. Wie sehr sich die Zeiten geändert haben, erzählen die beiden an einem Beispiel aus Karaganda. „Als P. Albinus die Gemeinde von Karaganda offiziell übernahm und versuchte, die Kinder in das Gemeindeleben zu integrieren, wurden sie derartig schikaniert, daß er schließlich selbst zu den Lehrern ging und ihnen sagte, sie hätten kein Recht, sich in die Erziehung der Kinder außerhalb der Schulmauern einzumischen.“ Im Gegensatz dazu geschähe es heute immer öfter, daß sich Lehrer an den Pfarrer wenden und ihn um Hilfe und Unterstützung bitten: „Wir haben keine Autorität mehr.“

Die Jugend in der Sowjetunion ist nach Ansicht der beiden Priester demoralisiert, infolge der staatlichen Planwirtschaft fehle es an Motivation und Eigeninitiative. Otto und Hieronymus Messmer sind der Überzeugung, daß die Jugendlichen in der Sowjetunion nur durch gutes Beispiel und Liebe erreicht werden können. Dies hätten sie von ihrem Pfarrer in Karaganda gelernt, der es nach den Jahren des Lebens im Untergrund geschafft habe, das Gemeindeleben zu beleben und zu modernisieren. „Als er in Karaganda begann, hatte die Gemeinde sofort 60 Meßdiener zur Verfügung. Wir beide und unsere Brüder waren auch dabei“, erzählen sie. „Ein weiterer Bruder von uns ist gerade zum Priester geweiht worden, zwei weitere sind im Seminar in Riga (Lettland).“

Die beiden rußlanddeutschen Priester schauen voll Zuversicht in die Zukunft. Auch wenn „selbstverständliche Dinge für die Arbeit in den Gemeinden fehlen“. Sie erwähnen liturgische Geräte und Paramente. Selbst die dazu notwendigen Stoffe sind in der passenden Qualität nicht vorhanden. Weiter fehlt es in den Gemeinden an Gebets- und Gesangbüchern. Vielfach muß der Gemeindegesang neu einstudiert werden. Von den 120000 Bibeln, die zur Jahreswende 1988/89 vom kirchlichen Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe nach Riga verschifft wurden, kamen 1500 Exemplare nach Zelinograd in die Gemeinde von Otto Messmer und 1000 nach Duschanbe zu Hieronymus. Sie erhielten sie problemlos in Containern mit der Eisenbahn, allerdings verlangte der für die Vergabe der Container verantwortliche Beamte als Bestechung ein eigenes Exemplar der Bibel.

Kirche in der DDR

Wir stehen zwischen Bangen und Hoffnung

Die Situation der DDR sei Herausforderung für alle Christen. Das sagte Berlins Bischof Georg Sterzinsky im Mainzer Dom.

Ich freue mich, hier zusammen mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) zelebrieren zu können. Ich feiere diesen Gottesdienst mit als Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz (BBK), in der die katholischen Bischöfe der DDR und Berlins zusammengeschlossen sind. Diese gemeinsame Gottesdienstfeier ist Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit und unserer Einheit.

Diözesen bilden eine Einheit

Alt ist die BBK nicht. Sie wurde nach der Teilung Deutschlands um der pastoralen Erfordernisse willen gebildet. Sie gewann ihre Bedeutung in dem Maß, in dem die Teilung unseres Vaterlandes das Wirken der Bischöfe in einer Konferenz erschwerte. Sie begann als Konferenz der Ordinarien, die als Bischöfe oder Stellvertreter von Bischöfen seelsorgliche Fragen im Raum der heutigen DDR berieten — lange Zeit als Regionalkonferenz der DBK, bis sie schließlich im Sinne des Kirchenrechtes Bischofskonferenz wurde mit allen Rechten und Pflichten einer solchen Konferenz. Sie ist also entstanden als Reaktion auf die politische Entwicklung, und wie sie ihre Bedeutung gewann in Folge der Teilung Deutschlands, wird sie ihre Bedeutung verlieren in dem Maß, in dem die beiden deutschen Staaten zueinander finden und in den Diözesen Deutschlands gemeinsame kirchliche Leistungstätigkeit möglich wird. Mit anderen Worten: Die BBK war als Provisorium gedacht. Keiner konnte wissen, wie lange das Provisorium nötig sein würde. Es bestand die Befürchtung, daß — dem geflügelten Wort folgend, daß Provisorien am längsten halten — die BBK noch lange nötig sein würde. — Glücklicherweise aber sind die betroffenen Bistümer nicht geteilt worden. Da sich nun überraschend schnell eine neue Entwicklung angebahnt hat, sind wir besonders dankbar, daß wir immer Zeugnis dafür gegeben haben: Es gibt eine Einheit unter den Diözesen in Deutschland.

Wir sind nicht am Punkt Null

Wir leben in der DDR in einer Situation, für die es wohl keine genaue Parallele gibt. Natürlich gilt das grundsätzlich: Jede geschichtliche Situation ist unwiederholbar und einmalig. Es erscheint mir aber wichtig, dies ausdrücklich zu sagen, weil zuweilen gesagt wird, wir stünden wie 1945 am Punkt Null, oder: Die heutige Lage sei ähnlich dem Zustand vor der Berliner Mauer. Glücklicherweise ist die Lage bedeutend besser als danach. Es mag gewisse Ähnlichkeiten geben, aber die Unterschiede zwischen früher und heute sind doch so groß, daß wir nicht ohne weiteres Entscheidungen aus der Vergangenheit heute übertragen können.

Christliche Werte geltend machen

Es soll nun nicht meine Aufgabe sein, Politik zu treiben und womöglich im Gottesdienst anstelle der Verkündigung des Gotteswortes ein politisches Programm zu kommentieren. Die gegenwärtige Stunde ist aber eine Herausforderung an die Christen und die Kirchen, vom Glauben her Wertmaßstäbe bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zur Sprache und — soweit möglich — zur Geltung zu bringen. Damit stellt sich die wichtige Aufgabe, das ganze Volk Gottes zu ermutigen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften sich in die Neugestaltung des öffentlichen Lebens einzuschalten und sachkundig, verantwortungsbewußt und an christlicher Wertordnung orientiert mitzuwirken. Es geht darum, christliche Werte und Prinzipien geltend zu machen. Wir werden uns einsetzen für die Wahrung der Freiheit jedes einzelnen und einer jeden Gemeinschaft und darstellen, daß Freiheit ihren Sinn in der gewählten Bindung findet. Wir werden für eine im Gesetz gegebene Garantie für die Wahrung der Menschenrechte eintreten. Wir werden auf der Anerkennung bestehen, daß Menschenrechte nicht von einer Regierung oder gar einer Partei gnädig verliehen werden, sondern von der Naturordnung durch den Schöpfer gegeben sind und von Machthabern geschützt werden müssen. Wir werden Prinzipien christlicher Soziallehre einbringen, zum Beispiel den Grundsatz der Solidarität, daß jeder für alle, alle für jeden einzutreten haben. Wir werden eine Ordnung fordern, die auf dem Prinzip der Subsidiarität beruht, das heißt, daß die höhere Instanz die unter ihr arbeitende nicht einschränken darf, sondern nur zu unterstützen hat.

Wir werden viele andere Forderungen erheben und unsere Mitarbeit und Mitverantwortung anbieten. Bei allem Engagement für die gute Sache bei der Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens wollen wir auf keinen Fall vergessen, daß all unser Mühen vom Gebet getragen und begleitet werden muß. Das sage ich nicht als schmückende Garnierung eines politischen Programms, sondern aus der Überzeugung, daß Gottes Gnade unseren Entschlüssen zuvorkommen und all unser Tun begleiten und zu Ende führen muß.

(Auszüge aus einer Predigt vom 21. Januar 1990 — aus Kompaß Nr. 4 v. 9. 2. 1990)

Dem, der sich wagt

Lebe nicht mit halbem Herzen! —
Lebe ganz!
Das Wagnis unseres Seins
lohnt den vollen Einsatz.
Keiner erreicht die Sterne,
der nicht hinausgreift
über die Enge seines Lebens.
Sieg und Purpur
werden zuteil nur
dem, der sich wagt.

Hans Bahrs

Um die DDR

DDR — was fehlt?

Helmut Fettweis

Bei dem Kassensturz, den über kurz oder lang die Regierung der DDR — welche? — machen muß, ist nicht nur die effektive Verschuldung von Bedeutung. Vielmehr muß ebenso eine Auflistung der Unterlassungen erfolgen.

Gerade viele Unterlassungen werden auf die Dauer sehr teuer werden. Und das nicht nur den Bürgern dort, sondern auch uns. Denn es gibt Versäumnisse, die auch uns auf die Dauer schwer zu schaffen machen.

Es gibt grüne Idealisten, die jeden Chemieunfall in der Bundesrepublik als den Anfang vom Ende bezeichnen. Es ist anzunehmen, daß hier die Bevölkerung im hohen Maße sensibel geworden ist und die Behörden aufgewacht sind. Das ist mit ein Verdienst grüner Tätigkeit.

Aber noch immer ist nicht zu vernehmen, daß diese Retter der Natur sich aufgemacht haben, um die großen Quellen der Luft-, Wasser- und Umweltverschmutzung in der DDR ausfindig zu machen. Gewiß, man hat an einigen grenznahen Mülldeponien protestiert. Das aber sind kleine Fische gegenüber den großen Dreckschleudern der Braunkohle und anderer Industrien.

Wenn auch der Wind vorwiegend von West nach Ost zieht, zu manchen Zeiten dreht sich der Luftstrom, und wir bekommen das Gift zu uns. Der traurige Zustand der Wälder in Thüringen — einstmals der grünen Lunge Deutschlands —, an den Hängen des Erzgebirges oder des Lausitzer Berglandes ist auf die hausgemachte Luftverschmutzung der DDR zurückzuführen.

Allein um diese Schäden aufzufangen (z.B. Filter in den Industrieschornsteinen, Kläranlagen) sind Milliarden an DM notwendig. Die Schätzungen liegen bei etwa 100 Milliarden für die nächsten 10 Jahre. Und was kosten die Gesundheitsschäden?

Die Unterlassungen werden so recht deutlich dort, wo man sie konkret berechnen kann.

Die Schienennetze, die Autobahnen, die Fernstraßen, aber auch die Nahverkehrsstraßen müssen dringend überholt werden, wenn der größere Güteraustausch klappen soll. Ob da 200 Milliarden ausreichen ist fraglich. Relativ billig ist die Instandsetzung der Kommunikationsmittel wie Telefon und Medien. Hier könnte die DDR von unseren Forschungen profitieren und mit etwa 10 Milliarden dem Standard in der Bundesrepublik angepaßt werden.

Sehr im argen liegt das Netz der Versorgungsleitungen. Strom-, Gas-, Wasser- und Heizwärmeleitungen müssen nicht nur renoviert, zum Teil isoliert, sondern auch völlig erneuert werden. Gleiches gilt für die Kanalisation und die Kläranlagen. Ob für alle diese Projekte 200 Milliarden reichen, ist fraglich.

Von besonderer Dringlichkeit sind dann zwei Projekte: die Umstellung der Industrie und die Erneuerung der Infrastruktur von den Wohnungen bis zu den Krankenhäusern. Da z.B. die Wohnungen zu mindestens 50% erneuerungsnotwendig sind, kann man insgesamt mit einem Volumen von 300—400 Milliarden rechnen.

Nimmt man nur diese Zahlen, zu denen noch viele andere hinzuzurechnen wären, dann kann man sich nur mit Grauen von einem System abwenden, das den Menschen durch Fehlinvestitionen an anderer Stelle (aber auch durch Abgaben aller Art unter Gestehungspreis an die kommunistischen Bruderländer) eine solche Ruine hinterlassen hat. Damit wird aber deutlich, mit einer Planwirtschaft — insbesondere auch auf der Gigantomanie kommunistischer Lehre — ist dem Menschen nicht zu dienen. Man muß mit diesem System vollends brechen.

Was macht es für einen Sinn, wenn fiktive Pläne erfüllt, ja übererfüllt werden, der Mensch aber im letzten verkümmert.

Nun wird natürlich die Frage gestellt, wie soll man diese Not wenden?

Der erste Schritt ist und bleibt, den Menschen dort Hoffnung zu machen durch konkrete kleine Schritte. Wenn man erkennt, daß man am Ort für sein sauer verdientes Geld etwas Gutes zu kaufen bekommt, dann wird der Mensch der Heimat treu bleiben. Denn die Wurzeln im Heimatbereich sind auch in der Jugend trotz aller Mobilität vorhanden.

Dann muß man Schwerpunkte bilden. Denn um z.B. alle Wohnungen in einem Zuge zu

sanieren, wird man einfach in der Schnelligkeit weder die Fachleute noch die Materialien bekommen. Es wird also Jahre dauern, aber man kann durch gut ausgesuchte Projekte Zeichen und Anregungen geben. Da die Menschen in der DDR neben allen Fehlern der deutschen Stämme auch die guten Seiten geerbt haben, werden sich bald schon die Häuslebauer, Heimwerker und initiativreichen Bastler einfinden, die manche Wohnung selbst instandsetzen oder zumindest verbessern.

Man muß hier den Anreiz geben.

Die Energieversorgung müßte von der Bundesrepublik unter Ausnutzung aller Ressourcen übernommen werden unter Teilabschaltung der DDR-Werke zur Erneuerung oder zum Einbau erprobter Filter.

Die Krankenhäuser, Altenheime und Kindergärten müßten durch private Träger erneuert werden.

Nicht vergessen werden darf auch, daß die DDR baldigst eine Arbeitslosen- und eine Rentenversicherung einrichtet.

Die zum Übergang notwendigen Summen müßten von der Bundesrepublik in dem anfallenden Maß vorgestreckt werden.

Hier ist tatsächlich eine Bundeshilfe sehr bald nötig — aber erst wenn man weiß, wohin das Geld geht.

Nimmt man die Investitionsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden, müßte es möglich sein, erste erkennbare Aufbauleistungen zu finanzieren. Ein weiteres Problem werden die Sparkonten sein. Auch wird man eine praktikable Lösung suchen, in dem man Kleinstbeträge eins zu eins umtauscht und den Rest zunächst auf ein Jahr einfriert und dann mit der Steigerung des Bruttosozialproduktes in jährlichen Raten freigibt. Dennoch sollte auch in der Bundesrepublik eine Stiftung ins Leben gerufen werden, in die jeder Bundesbürger nach Ermessen — aber auch Verbände, Gesellschaften, Betriebe, Gewerkschaften, Kirchen — steuerbegünstigt einzahlen kann, damit mit einem solchen Fonds direkte Hilfen in den verschiedensten Bereichen geleistet werden können.

Nimmt man dann die voraussichtlichen Kapitalanlagen aus dem Ausland, der EG oder Japan hinzu — denn die fleißigen Menschen in der DDR haben einen guten Namen —, dann stünde ein Innovationskapital von erheblicher Dimension zur Verfügung. Damit würde von der Bundesrepublik zwar in großem Umfang, aber für den einzelnen erträglich, geholfen.

Mit wachsender Produktionsleistung aber würden die Menschen in der heutigen DDR morgen ein attraktiver Teil eines einigen Deutschlands sein, das in der Gemeinschaft der europäischen Völker nicht nur eine gute Rolle spielt, sondern auch Antrieb zu mehr Einigung und zu mehr Hilfe für die Völker Osteuropas sein könnte.

Insgesamt eine Perspektive, für die es sich lohnt, den Gedankenflug und die Schaffenskraft der Menschen zu wecken.

Dömitz, wir kommen wieder!

Erlebnisbericht von einem Tagesbesuch im grenznahen Bezirk der DDR

Anne Bahrs

Anderthalb Stunden Fahrzeit mit dem Auto von Hamburg bis Dömitz einschließlich des Passierens der Grenze bei Lauenburg/Horst. — Ab Boizenburg begleiten die hohen Metallgitterzäune mit der häßlichen Stacheldrahtkrone, in ihrer Mitte der 10 m breite, über viele Jahre minenbewehrte Todesstreifen, die von herrlichen großen Bäumen gesäumte Straße. Dann löst eine kargere Moorlandschaft die von Gräben und Kanälen durchzogene Elbmarsch ab. Apfelbäume stehen Spalier, ein sandiger Sommerweg neben dem Wäldchen mit dünnästigen Kiefern und Birken muß entgegenkommenden Autos oder uns zum Ausweichen dienen. In gebührendem Abstand zieht die Straße parallel zur Elbe dahin. Der Sturm hat in den vergangenen Tagen hier sehr gewütet. Gestürzte Bäume, abgeschlagene Äste sind am Straßenrand aufgemetert. Abseits liegen flachwurzeln Kiefern noch klagend.

Viele Schilder warnen: „Das Fotografieren militärischen Geländes ist streng verboten!“ Häßliche Kasernen, bewacht von russischen Soldaten auf den Türmen über dem Zaun, wirken ungepflegt: durchgerostete Wellblechplanken, kaputte Dächer. Sturmschäden?

Dann kommt die Straßengabelung. Den Müritz-Kanal begleitend, der bei Dömitz in die Elbe führt, kann man nach Ludwigslust kommen. Wir fahren über die Brücke nach „Däms“. So nennt Fritz Reuter in seinem Mecklenburger Platt die Stadt mit der besterhaltenen Festungsanlage Norddeutschlands (Baubeginn 1558). Man sollte das Kapitel in seinem Buch „Ut mine Festungstid“ gelesen haben, bevor man die kleine — jetzt noch — Grenzstadt Dömitz an der Elbe besucht. An Wochenenden verkehrt wieder die Fähre vom niedersächsischen Ufer gegenüber auch nach Dömitz. Elbaufwärts sieht man unweit die Ruinen der im 2. Weltkrieg zerstörten Eisenbahnbrücke, die eingleisig Dannenberg mit Ludwigslust verband.

Die Pforte im Grenzzaun ist geöffnet. „Können wir an die Elbe gehen?“, fragen wir einige Volksarmisten, die pausierend bei ihren Fahrzeugen stehen oder auf den Bänken in der Nähe sitzen. „Leider noch nicht!“, antworten sie freundlich, und: „Kommen Sie morgen wieder. Dann sind wir schon weiter! Gehen Sie zum Festungswall hoch. Von dort haben Sie eine gute Aussicht!“

Bald darauf stehen wir in der frühen Nachmittagssonne auf dem Wall, sehen unter uns die kleine Stadt mit den ziegelroten Dächern, mit ihren Kirch- und Rathaußtürmen, den alten Fachwerkhäusern im Zentrum und den „Neubauten“ kleiner Häuser dieses Jahrhunderts. Blankgeputzt und frischgewaschen stellt sich uns Dömitz dar. Wir sehen die Elbe als silbernes Band mit der zerrissenen Brücke in der Ferne. Vielleicht wird sie einmal wieder eine neuerrichtete Eisenbahnverbindung tragen. Die Soldaten montieren jetzt wieder Teile des Zaunes unter uns ab. Hier auf unserm Ausguck ist uns ganz feierlich zumute.

Das kleine hübsche Haus vor der Festung, das Tor und das wuchtige Backsteingemäuer, das die Einfahrt schützt, in deren Kurve ein Gefangenentransportwagen steht, Modell aus der Zeit Fritz Reuters, vermitteln den Eindruck, die Zeit sei seither stehengeblieben. In einem solchen pferdebespannten Gefährt wurde der zum Tode wegen politischer Reden

verurteilte Student, dann zu 30 Jahren Festungshaft begnadigt, von einer Verwahranstalt in die nächste kutschiert. Hatte er gerade Freunde und Kameraden gefunden, wurde er auf einer anderen Festung zur Einsamkeit verbannt. Dömitz war die letzte Station Fritz Reuters in Gefangenschaft. Nach 15 Monaten erreichte ihn hier die Amnestie seit dem Tode des Preußenkönigs Friedrich Wilhelms III., die 1840 allen politischen Gefangenen die Freiheit gab.

Auch für den langjährigen Festungskommandanten Christian Dietrich Karl von Bülow (1767–1850) war das Leben in Dömitz gewiß recht eintönig. Darum schätzte er die Konversation mit seinem gebildeten Gefangenen Fritz Reuter und lud ihn oft zu privatem Besuch in sein Haus. Doch als der amüsante Dichter in ein Liebesverhältnis mit Frida von Bülow, eine der fünf Töchter des Oberstleutnants, verstrickt war, mußte der Vater als Kommandant der Festung ein Machtwort sprechen.

Fritz Reuter gibt in schnurriger Erzählkunst einiges preis von seinen Erlebnissen in „Däms“. Immer aber klingt auch seine Trauer um die verlorenen 8 Jahre durch, die ihn aus dem Studium rissen und zum Untätigsein verurteilten.

Reuter schreibt: „Wer in verleden Tiden in Meckelnborg dat Wurt ‚Däms‘ hurte, den wurd so tau Maud, as weck Lüde, wenn von de Krätz de Red is, hei makte sick ’ne falsche Vorstellung, den ick heww binah luter ihrliche Lüde in Däms kennenliht...“ (Wer in vergangener Zeit das Wort „Dömitz“ hörte, dem war zumute wie einigen Leuten, wenn von Krätze die Rede ist. Er machte sich eine falsche Vorstellung. Ich habe beinahe lauter ehrliche Leute in Dömitz kennengelernt...)

So ergeht es uns auch — nur ehrliche Leute treffen wir, die uns, um Auskunft bittend, natürlich sofort als Besucher erkennen. Sie sind sehr freundlich. Wir plauschen mit Passanten auf der Straße, denn die HO-Gaststätte „Fritz Reuter“ hat an diesem Mittwoch geschlossen. Vorsichtshalber haben wir uns ein Butterbrot mitgebracht und brauchen darum das HO-Kaufhaus im Ort nicht zu besuchen, vor dem etliche Fahrräder abgestellt sind.

Unser Auto, am Vormittag alleiniges Fahrzeug auf dem Parkplatz, hat zwei Nachbarn bekommen. Von solcher Parksituation können wir Hamburger nur träumen. Die Wärterin in dem nahen öffentlichen Toilettenhäuschen ist glücklich, daß wir sie vor unserer Heimfahrt noch besuchen und ihr erleichtert ein Entgelt in Westmark bieten. „Kommen Sie bald wieder!“ ruft sie uns nach.

Wir haben am Kirchenportal den Zettel gelesen: „Zur Besichtigung der Kirche bitte den Schlüssel beim Pastor abholen.“ Ein Pfeil zeigt in die Richtung. Aber unsere Zeit reicht heute dafür nicht mehr. Es ist schon dämmerig.

Das Heimatmuseum wird renoviert. In ihm befindet sich auch eine Fritz-Reuter-Gedenkstätte. Ab Mitte Februar soll es wieder geöffnet sein.

Dömitz, wir kommen wieder!

Der Begriff „die alte Garde“ ist zu einem Synonym für Treue und Standfestigkeit geworden. Jedoch haftet ihr auch der Ruch an, daß sich unter dieser Bezeichnung Menschen zusammenfinden, die zu den ewig Gestrigen zählen, die nicht wahrhaben wollen — oder können —, daß die Ideale, an die sie geglaubt haben, Idole waren — Götzenbilder.

Das Verhaltensmuster weist dabei eine erstaunliche Ähnlichkeit zu allen Epochen auf.

Als Napoleon aus Elba entflohen und am 1. März 1815 bei Cannes landete, lief ein Teil der gegen ihn entsandten Truppen, vornehmlich die alte Garde, zu ihm über. Mit diesen Getreuen konnte er schon am 20. März mit einer beachtlichen Heerschar in Paris einziehen. So wurde nochmals eine 100-Tage-Herrschaft ermöglicht, die Leid und Tränen über die Völker brachte. Man hatte nicht erkannt, daß die Zeit des Despotismus eines Napoleon vorbei war.

Als Deutschland 1918 die Kapitulation anbieten mußte, weil es den Krieg verloren hatte, bildeten sich Freikorps, und es sammelte sich an Stammtischen eine alte Garde, die davon träumte, das „Unrecht von Versailles“ wieder mit Blut zu tilgen. Sicherlich weiß man heute, daß der Vertrag von Versailles ein unrechter Vertrag war. Aber man hätte seine Energie auf die Staatsform Demokratie konzentrieren können, und viel Leid wäre uns erspart geblieben. So erfand man die Legende vom Dolchstoß in den Rücken der tapferen Front und sann auf Rache.

Der zweite Weltkrieg kam und ging in einem Chaos des Leides verloren. Nunmehr fanden sich nur noch wenige, die an die „gute Idee des Nationalsozialismus“ glaubten. Es gab jedoch etliche, die sagten: „Hätte Hitler den Krieg nicht begonnen. . . oder hätte Hitler die Juden menschlicher behandelt. . . dann. . . ja, was dann? Dann hätte dennoch eine Diktatur unser Land überzogen und die Freiheit erstickt.“

Bezeichnend aber ist das Verhalten der „alten Garde“.

Viele von ihnen saßen in Nürnberg und anderen Stellen vor Gericht. Das Verhaltensmuster blieb immer gleich:

- Zunächst wurde die Zuständigkeit des Gerichtshofes abgelehnt — oder man war krank bis zur Verhandlungsunfähigkeit.
- Dann erzählte man, man habe „davon“ nichts gewußt.
- Man habe das Beste gewollt — auch wenn es bei Göring und vielen Oberen zu schamlosen Bereicherungen gekommen war.

Zuletzt aber schob man die Schuld auf Tote, oder wenn gar nichts mehr ging, behauptete man, verraten, hintergangen oder betrogen worden zu sein — zum Teil von Mitangeklagten.

Nun ist wiederum ein diktatorisches Regime zerbrochen, diesmal durch die friedliche Revolution des Volkes.

Die „alte Garde“ ist entmachtet. Sie soll nun vor Gericht. Dabei unterscheidet sich das Verhaltensmuster der „Ehemaligen“ in der DDR nicht wesentlich von dem Diktator Rumänians oder der ehemaligen Spitze der CSSR.

- Man bezweifelt die Zuständigkeit des Gerichtes.
- Man wird krank.
- Man wußte von nichts.
- Man hat keine unmenschlichen Befehle gegeben.
- Man hat sich nicht bereichert — obwohl die Villen in Karlshorst, die vollen Läden im abgesperrten Bezirk — in Rumänien wie in der DDR — und letztlich die persönlichen Bankkonten an sicherer Stelle das Gegenteil beweisen.
- Man könne nur getäuscht worden sein, denn man habe das Beste gewollt.
- Zuletzt aber schiebt man die Verantwortung auf andere, auf Verräter, die Saboteure, die Deserteure und was man noch erfinden kann.
- Und die Kommunisten/Sozialisten haben noch immer den „Brauch“, alles auf die Entmachteten abzuwälzen.

Diese Auflistung zeigt, daß manche Menschen, obwohl sie an hoher Stelle Dienst zum Wohle der Menschen tun sollen, der Arroganz der Macht verfallen und lernunfähig werden. Die fehlende Demut ist das konkrete Anzeichen der Hybris.

Und dieser Bazillus findet sich nicht nur bei den Großen der „alten Garde“, auch viele Kleine lebten als Schmarotzer des Systems. Solange sie noch in den Ämtern sind, wird es keine Ruhe geben.

Die geistige Kumpanei mit den Oberen in solchen diktatorischen Systemen ist schlimmer als mancher Filz in der Demokratie. Der Filz fällt eines Tages auf und die Quittung der Wähler ist dann das Ende. Die Kumpanei aber wird stets und ständig von einer neuen Instanz gedeckt und führt fast immer zu Gewalt und Unterdrückungsmethoden.

Wie uneinsichtig so mancher der heute Regierenden in der DDR ist, zeigt, daß man bis heute noch nicht willens oder fähig war, die genauen Schulden zu beziffern. Sie bestehen nicht nur aus Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik und der Welt, sondern vor allem in der Schuld gegenüber dem eigenen Volk. Da haben die kleinen Bürger ein Leben lang gearbeitet, haben den erhaltenen Lohn nicht ausgeben können, weil das Angebot zu spärlich war und haben alles auf das Sparbuch gebracht in der Hoffnung, ein Zubrot für die alten Tage zu haben.

Der Staat hat dieses Geld „entliehen“ für einen überdimensionierten Staatssicherheitsdienst, für einen aufgeblähten Parteiparapparat und (zu) gut bezahlte Funktionäre, für eine

Überrüstung, eine übergroße Grenztruppe, einen unnötig großen Spionagedienst, für militärische „Hilfen“ dort, wo Frieden mehr gewesen wäre, und eben für den Luxus der oberen Bonzen.

Aber auch der kleinere Bonze lebt ja vom Geld des kleinsten Mannes. Somit hat die Partei dem Volk geschadet in mannigfacher Weise. Das will man nun nicht offen bekennen. Nach der ersten Zeit der „Wendehälse“, jenen Altfunktionären, die mit ein bißchen Kosmetik glaubten, das System retten zu können, sind nun vielfach die Vergeßlichen, die Heuchler, die Voluntaristen am Werk. Diese Möchtegerne möchten gerne vergessen machen, an welchem Elend sie jahrelang mitgewirkt haben, und sie erkennen nicht, daß das System in sich falsch ist. Wahrhaft unverschämt aber ist — und damit wird das Strickmuster „alte Garde“ wieder sichtbar —, wenn sie nun verlangen, daß zunächst einmal zur Ablösung ihrer Schuld horrenden Summen dorthin bezahlt werden sollen, wo sie keiner kontrollieren kann, in den maroden Apparat. Ohne das Eingeständnis der Fehlleistung anhand einer offenen Darlegung von Soll und Haben, einer wirklichen Abkehr vom verfehlten System kann es keine an den Staat gehende Hilfe geben. Etwas ganz anderes ist, den Menschen zu helfen.

Das läßt sich sowohl auf der privaten Ebene als auch durch die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben bewerkstelligen. Aber man muß sicher sein, daß der dortige Staat nicht in letzter Zuckung dem Empfänger das Geschenkte oder geliehene Gut wieder abnimmt — ob über Steuer o. ä. ist egal — und für seine Zwecke mißbraucht.

So ist der Lauf der Geschichte. Der Mensch ist fehlerhaft. Das Verhaltensmuster der „alten Garde“ ist immer gleichlaufend mit einer Abkehr von Gott.

Man sollte in Demut daran denken und bitten, daß die Gnade des Schöpfers uns vor solchen Fehlleistungen bewahrt.

Nahe und weite Welt

Gleichberechtigungspolitik bleibt auf der politischen Tagesordnung der 90er Jahre

Ursula Lehr

1. Die Gleichberechtigungspolitik bleibt auf der politischen Tagesordnung der 90er Jahre.

Allerdings ist diese Gleichberechtigungspolitik nicht auf die sogenannte „Frauenfrage“ beschränkt, sondern das Verhalten der Männer und die Situation der Kinder in unserer Gesellschaft werden zu gleichrangigen Größen dieser Politik. Unbestritten ist, daß es z. Z. noch einen erheblichen Nachholbedarf an sozialer Gerechtigkeit für Frauen gibt.

Darum werden auch Anfang der 90er Jahre diese bereits beschlossenen Verbesserungen in Kraft treten:

- Ausweitung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs auf 18 Monate ab 1. Juli 1990.
- Für Geburten ab 1992 werden drei Erziehungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt. Gleichzeitig werden für die Erziehung eines Kindes bis zu 10 Jahre als Berücksichtigungszeit anerkannt.
- Einführung eines Pflege-Pauschbetrages von 1 800,— DM ab 1. Januar 1990.
- Übernahme von bis zu 25 Pflegestunden pro Monat (bis 750,— DM) durch die Krankenkasse oder Zahlung eines Pflegegeldes von 400 DM monatlich ab 1991.
- Einführung eines Sonderausgabenabzugs bis 12 000,— DM jährlich für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Familien, die schwer oder schwerstpflegebedürftige Angehörige betreuen ab 1. Januar 1990.
- Die gleiche Regelung gilt auch für Alleinerziehende mit mindestens 1 Kind bis zum 10. Lebensjahr und für Familien mit mindestens 2 Kindern bis zum 10. Lebensjahr.
- Erhöhung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende auf 5 616,— DM ab 1. 1. 1990.
- Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrages von 2 484,— DM auf 3 024,— DM ab 1. 1. 1990.

Mit diesen Beschlüssen setzt die Bundesregierung ihre Anstrengungen fort, die Arbeit in der Familie aufzuwerten.

2. An die Stelle starrer Lebensplanungen ist eine größere Flexibilität getreten.

Engagement in der Familie und Engagement im Beruf sollen problemloser funktionieren.

Das sind wichtige Trends:

- Immer mehr junge Menschen wollen *Familie und Beruf*: Rund 82 % der jungen Frauen und ca. 81 % der jungen Männer möchten beide Bereiche miteinander verbinden. Beiden ist dabei besonders wichtig, daß das Familienleben nicht unter dem Beruf leidet.
- Immer mehr *Mütter sind erwerbstätig*: Von den 25- bis 35jährigen Frauen mit Kindern sind 41 %, von den 35- bis 45jährigen Frauen 51 % erwerbstätig. Die Statistik zeigt, daß nicht einmal jede 2. erwerbstätige Mutter unter 35 Jahren ihre Erwerbstätigkeit unterbricht. Je qualifizierter der Beruf, um so kürzer sind die Unterbrechungszeiten (bei Frauen mit einem Kind unter 5 Jahren liegt sie bei durchschnittlich 2,6 Jahren).
- Rund 320 000 Familienfrauen kehren jährlich *ins Erwerbsleben zurück*. Etwa 70 % sind jünger als 40 Jahre.
Hochrechnungen gehen davon aus, daß in den kommenden Jahren voraussichtlich weitere 2,3 Millionen Frauen in den Beruf zurückkehren werden.

3. *Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf werden zum Prüfstein für eine partnerschaftliche Gleichberechtigung.*

Durch das Erziehungsgeldgesetz und den Erziehungsurlaub sind wichtige Weichen gestellt worden. Notwendig ist, daß die Tarifparteien stärker ihre Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen. Der Tarifvertrag im Bankgewerbe vom 15. November 1989 weist den Weg:

- Er sieht die Einführung eines Elternurlaubs vor;
- er gibt einen Anspruch auf Wiedereinstellung nach dem Elternurlaub;
- er verbessert die Rahmenbedingungen für Teilzeitarbeit, indem er Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit an allen Sozialleistungen anteilmäßig beteiligt;
- er stellt Teilzeitbeschäftigte in der beruflichen Entwicklung und in der Weiterbildung mit Vollzeitbeschäftigten gleich.

Ich appelliere an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, bei den anstehenden Verhandlungen über neue Lohn- und Gehaltstarifverträge für mehr als 13 Mio. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in verbesserten Bedingungen für eine problemlosere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Schwerpunkt ihrer Verhandlungen zu sehen.

Es ist das Ziel der Bundesregierung, daß Frauen und Männer im Laufe des neuen Jahrzehnts Rahmenbedingungen vorfinden, die ihnen eine Entscheidung für Kinder und für die Familie ermöglichen, ohne daß der Arbeitsplatz oder die spätere soziale Sicherung gefährdet werden.

Besondere Anstrengungen müssen fraglos noch da unternommen werden, wo die Defizite noch unverhältnismäßig groß sind: Bei der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von sozialgesicherten und qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen und in einer ausreichenden

Versorgung mit Kinderbetreuungs- und Kindergartenplätzen, die vor allem auch gezielter auf das Zeitbudget von erwerbstätigen Eltern Rücksicht nehmen sollten.

4. Weitere wichtige Entwicklungen sind:

a) Der Trend zur besseren und breiteren Qualifizierung der Mädchen hat angehalten.

Mädchen sind von ihrer schulischen Ausbildung her heute ebenso qualifiziert wie Jungen. Sie stellten 1987

- 45 % der Hauptschulabsolventen,
- 54 % der Realschulabsolventen und
- 47 % der Schulabgänger mit Hochschulreife.

Von 1960 bis 1987 ist der Anteil der Gymnasiastinnen im Sekundarbereich II von 36,5 % auf 49,8 % gestiegen.

Erfreulich ist, daß der in den vergangenen Jahren zurückgegangene Anteil studierwilliger Abiturientinnen 1988 wieder etwas angestiegen ist. 1985 gaben 49,1 % der jungen Frauen und 66,7 % der jungen Männer an, nach Erlangen der Hochschulreife studieren zu wollen. 1988 erhöhte sich diese Zahl auf 55,4 % bei den jungen Frauen und 71,1 % bei den jungen Männern. Der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen hat sich von 1972 (30,2 %) bis 1987 (38,0 %) deutlich erhöht.

Auch in der *beruflichen Bildung* hat sich die Situation von Mädchen und jungen Frauen verbessert. Bei den weiblichen Erwerbstätigen hat sich der Anteil der Frauen mit beruflicher Ausbildung von 1970 bis 1985 von 38 % auf 65 % erhöht (bei den Männern erhöhte sich der entsprechende Anteil in der gleichen Zeit von 65 % auf gut 77 %). Der Frauenanteil an den Auszubildenden betrug 1972: 35,8 %, 1981: 38,6 % und 1987: 42,1 %.

Die Bewerbungen von jungen Frauen um Ausbildungsstellen in „Männerberufen“ haben inzwischen deutlich zugenommen. Ebenso ist die Bereitschaft der Ausbildungsbetriebe gestiegen, Mädchen in bisher für sie untypischen Berufen auszubilden. Insgesamt hat sich die Zahl der Mädchen, die einen Beruf erlernen, in dem ihr Anteil traditionell unter 20 % liegt, von 13 000 im Jahr 1977 auf 62 000 im Jahr 1987 erhöht und ist damit um 6 % angestiegen. 1988 wurden in 112 von 121 gewerblich-technischen Ausbildungsberufen junge Frauen ausgebildet.

Der Anteil der Frauen in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung ist in den letzten Jahren sowohl absolut als auch relativ gestiegen. Im Jahre 1983 betrug er 31,9 % (97 627 von 306 201), 1985: 33,4 % (136 932 von 409 324), 1986: 35,0 % (185 759 von 530 042).

Die Befürchtung, Frauen würden zunehmend in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt, hat sich nicht bewahrheitet. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse betrug zwischen Februar 1983 und Februar 1988 rd. 1,1 Mio.; ca. zwei Drittel des Zuwachses kam den Frauen zugute. Während die Zahl der sozialversi-

cherungspflichtig Beschäftigten bei den Frauen 1987 um 367 500 oder rd. 4,5% gegenüber 1980 zugenommen hat, ging sie bei den Männern im gleichen Zeitraum um 2,5% zurück.

Gut ein Drittel der neu geschaffenen Arbeitsplätze für Frauen sind *Teilzeitarbeitsplätze*. Ende 1987 gab es fast 2,1 Mio. sozial-versicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte, das sind 4% mehr als ein Jahr zuvor. Dabei weicht auch der Prozentsatz an Frauen, die an längerfristigen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, nur noch in geringem Maße von dem der Männer ab.

b) Noch nie waren so viele Frauen erwerbstätig wie heute.

Von den 21,3 Mio. Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahresdurchschnitt 1987 rd. 10,1 Mio. erwerbstätig. Das sind 38,7% aller Erwerbstätigen. Rd. 5,9 Mio. (55%) der erwerbstätigen Frauen waren verheiratet, rd. 2,3 Mio. (22%) hatten Kinder unter 15 Jahren.

Im Gegensatz zu anderen westlichen Industrienationen hat sich zwar die Erwerbsquote der Frauen zwischen 1960 und 1987 (von 49,0% auf 54,0%) nur wenig erhöht, es haben aber erhebliche Umstrukturierungen stattgefunden. Der Rückgang bei den unter 20jährigen aufgrund verlängerter Schulbildung und bei den über 60jährigen aufgrund früherer Verrentung wurde ausgeglichen durch einen deutlichen Anstieg bei den mittleren Jahrgängen, vor allem bei den verheirateten Frauen.

Teilzeitbeschäftigte sind Frauen, d. h. Teilzeitarbeit spielt für Frauen eine besondere Rolle. Aber Teilzeitarbeitsplätze fehlen noch. Von den Arbeitslosen suchen 11,5% (214 777) einen Teilzeitarbeitsplatz, allerdings werden lediglich 29 078 Teilzeitarbeitsplätze angeboten. Dieser eingeschränkte Teilzeitarbeitsmarkt verhindert einen weiteren wirkungsvollen Abbau der Frauenarbeitslosigkeit und erschwert vielen Frauen die Wiedereingliederung in einen Beruf nach der Familienphase.

Die *Frauenarbeitslosigkeit* ist innerhalb eines Jahres (von Oktober 1988 bis Oktober 1989) um 8% (-81 696) zurückgegangen. 1988 waren — im Jahresdurchschnitt — rund 1,04 Mio. Frauen arbeitslos gemeldet; die Arbeitslosenquote der Frauen betrug damit 10,0% (Arbeitslose insgesamt: 8,7%).

c) Nach wie vor gibt es immer noch zu wenige gesellschaftliche Bereiche, in denen Frauen angemessen vertreten sind.

Obwohl Frauen die Mehrheit der Wahlberechtigten stellen (rd. 24,2 Mio. Frauen = 53,4%), beträgt der Anteil der weiblichen Abgeordneten im jetzigen Deutschen Bundestag nur knapp 16%. Der Anteil der Frauen in Länderparlamenten schwankt zwischen 9,6% und 29,1%. In den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern lag er 1988 bei durchschnittlich 17%, in den Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sogar bei 19%.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den politischen Parteien ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Sie hat bei den fünf im Bundestag vertretenen Parteien inzwi-

schen ein Viertel erreicht; in den Funktionen und Ämtern der Parteien liegt der Frauenanteil allerdings noch niedriger.

Die Statistiken zeigen, daß junge Menschen, vor allem junge Frauen, in den letzten Jahren sich immer weniger an Wahlen beteiligen. So gingen bei der Bundestagswahl 1987 fast 9 % weniger junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren zur Wahl als noch im Jahre 1983; ihre Wahlbeteiligung lag 1987 um etwa 10 % unter dem Durchschnitt der Gesamtwahlbeteiligung. Diese Entwicklung muß gestoppt werden. Wenn immer weniger Frauen durch ihren Stimmzettel Einfluß auf die politische Gestaltung unseres Landes nehmen, geben sie ein bedeutendes Mitwirkungsrecht aus der Hand. Wer nicht wählt, läßt andere für sich entscheiden.

Gleichberechtigungspolitik wird daran gemessen, was letztlich umgesetzt wird. Ich habe den Eindruck, daß in den vergangenen Jahren ausreichend Programme vorbereitet und Pläne für mehr Gleichberechtigung vorgelegt worden sind, von den Parteien, von Verbänden. Jetzt heißt es, konkret einen großen Schritt nach vorne zu tun.

Wir brauchen für das letzte Jahrzehnt in diesem Jahrhundert eine „konzertierte Aktion Gleichberechtigung“: Darum werde ich im Frühjahr 1990 eine bundesweite Gleichberechtigungskonferenz einberufen, um den Beitrag der Gruppen und Organisationen für die Umsetzung der verschiedenen Vorschläge einzufordern und zu sehen, welche Schritte für notwendig gehalten werden, um bis zum Jahre 2000 die rechtliche Gleichberechtigung um ihre soziale Verwirklichung zu ergänzen.

(BMJFFG vom 25. 1. 1990)

Unschuldige Kinder auch heute noch? — Seien wir froh,
daß hier demonstriert wird!

Klaus Schäfer

Da rufen die deutschen Bischöfe zu 15 Minuten Glockengeläute auf. Soll diese Viertelstunde Geläute zu Beginn des Mittagessens den Bundesbürgern den Appetit am Essen oder an anderem verderben? Weshalb gehen Leute in dieser Sache auf die Straße und demonstrieren dagegen? Ich jedenfalls bin froh darüber, daß an den meisten Kirchen geläutet wurde und um jeden Demonstranten. Sie sind ein Zeugnis dafür, daß diese Idee gut war.

Mir ist klar, daß es unter den Christen auch Befürworter des §218 gibt. Diese Leute einmal ausgeklammert, stellt sich für uns Christen die Frage: „Was tue ich als Christ gegen diese Abtreibungswelle? Was unternehme ich an dem Platz meines Lebens dagegen, daß weniger abgetrieben wird?“ Um zu verdeutlichen, wo wir überall in ganz konkreten Situationen gefordert sind, möchte ich in den nachfolgenden Beispielen Denkanstöße geben.

Gratuliere ich als Arzt der jungen Mutter aufrichtig und ehrlich zu ihrer Schwangerschaft? — Wie stehe ich als (ungewollter) Vater zu meinem Kind und dessen Mutter? — Wie stehe ich als Elternteil im Zeitalter der Verhütungsmittel zu der Schwangerschaft mei-

ner Tochter, die eigentlich selbst noch ein Kind ist? — Wie stehe ich als Lehrer, Erzieher, Meister, Vorarbeiter oder sonstiger Vorgesetzter zu den mir zugewiesenen (jungen) Frauen? — Biete ich meiner Freundin tätige Hilfe bei einer ungewollten Schwangerschaft an, diese auszutragen und danach das Kind auch zu erziehen? — Halte ich als Seelsorger einer werdenden Mutter eine Strafpredigt Gottes, daß dies die Strafe für ihre begangene Sünde ist?

Diese Reihe ließe sich noch beliebig fortsetzen. Nun werden Sie sagen, das ist ja schön und recht, aber zu mir kam noch niemand mit diesem Anliegen. Wenn zugrundegelegt wird, daß jedes 2. gezeugte Kind in der BRD abgetrieben wird, so verschärft sich die Frage. In konkreten Zahlen ausgedrückt sind dies über 250 000 Kinder im Jahr. Rein statistisch gesehen treibt eine Frau aus ihrem Bekanntenkreis ein Kind ab. Da stellen Sie sich zu Recht die Frage: Weshalb kam dann diese eine besagte Frau nicht zu mir?

Wußte diese Frau denn überhaupt, daß sie bei Ihnen die erhoffte Hilfestellung findet, die sie eigentlich im Grunde sucht? Die meisten dieser werdende Mütter wollen im Grunde ihr Kind behalten und suchen nur jemanden, der ihnen entsprechend Mut macht und den Rücken stützt. Sind sie kinderfreundlich? Damit können Sie viel erreichen. Mit einer kinderfeindlichen Haltung können Sie aber auch genausoviel kaputtmachen, eigentlich „nur“ ein ganzes Menschenleben. (Ich kenne einen jungen Familienvater, der begrüßte eine junge Mutter von drei Kindern bei einem Besuch mit den Worten: „Na, du Gebärmaschine.“ Diese drei Worte drücken genügend über die Haltung gegenüber Kindern aus. Ich hoffe ja nicht, daß Sie, liebe Leserin und Leser, zu diesem Personenkreis gehören.)

Nachdem die Krankenkassen nun auch noch die Abtreibungen bezahlen und damit eine Schwangerschaft einer Krankheit in jeglicher Hinsicht gleichgesetzt wird, sind wir Christen um so stärker aufgerufen, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Schwangerschaft ist keine Krankheit. Die Krankheit kommt erst nach einer Abtreibung. Rund 30% der Frauen, die selbst unter besten medizinischen Voraussetzungen abtreiben ließen, haben dabon bleibende Dauerschäden. Diese reichen von Entzündungen und Nierenversagen bis hin zu ungewollten Fehlgeburten und ständiger Sterilität. (Wer von uns weiß davon?)

Hinzu kommen die psychischen Schäden. Von diesen wird noch weniger gesprochen. Im Geschäftsbericht einer bundesdeutschen Krankenversicherung war zu lesen, daß 34% aller Frauen, die abgetrieben hatten, psychotherapeutisch nachbehandelt werden müssen. Wie jeder weiß, heilen seelische Wunden schwerer. In den meisten Fällen werfen diese Frauen den „beratenden“ Leuten vor: „Ihr habt es doch gewußt! Warum habt ihr mir dies nicht vorher gesagt? Nun ist es zu spät.“

Wie hieraus zu ersehen ist, betrifft Abtreibung nicht nur alleine das Kind, die schwangere Frau und den Vater des Kindes. Im engsten Kreis gehören hier die Freunde und Verwandten mit hinzu. Im weiteren Kreis gehört ein jeder Mensch mit hinzu. Jeder, der kinderfeindliche Äußerungen jeglicher Art von sich gibt und kinderfeindliche Haltung offen zu erkennen gibt, der ist im Grunde ein Mittäter der Abtreibung und damit mitverantwortlich, daß in der Bundesrepublik jährlich 250 000 Kinder ihr Leben lassen müssen. Es kann

doch auch so sein, wie ich es von einer Familie weiß, in der zu den 3 Töchtern gesagt wurde: „Wo fünf Mäuler satt werden, da werden auch sechs Mäuler satt.“ Dieser Fall trat aber nie ein. Vielleicht auch deswegen, weil sie um diesen Schutz wußten!?

Deutsche Bundesbank: Hüterin der Währung: Ihre Gewinne — willkommen für den Bundeshaushalt

Wolfgang Altendorf

Die Deutsche Bank gilt zu Recht als Hüterin der Währung, die die Geldmenge der Deutschen Mark im Gleichgewicht mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten, also stabil hält. Und diese unabhängige Stellung von der Regierung hat sich in einem Maße bewährt, wie es sich die „Väter des Grundgesetzes“ vor 45 Jahren, als man mit der „politischen Neueinrichtung“ begann, kaum hätten träumen lassen, auch nicht davon, daß diese Bank über ihre Eigenschaft als Währungshüterin jährlich Erkleckliches zusätzlich erwirtschaftet.

„Wo sie es kriegen kann . . .“

Daß der Bund, die Regierung „nimmt, wo sie es kriegen kann“, ist eine landläufige Meinung des geplagten Steuerzahlers. Seit mehr als zwanzig Jahren machen alle Bundesregierungen Schulden. Obwohl das Steueraufkommen noch nie so hoch war wie gegenwärtig, muß Geld aufgenommen werden, um den vielen Verpflichtungen nachzukommen, die sich die einzelnen Ministerien in Bonn aufgeladen haben. Sparsamkeit ist weder dort noch bei den Ländern viel gefragt. So erscheint jede zusätzliche Geldquelle willkommen, besonders dann, wenn sie den Steuerzahler nicht direkt belastet.

Fast 8 Milliarden jährlich

Immer wieder ist in diesem Zusammenhang die Rede von den „Bundesbank-Gewinnen“, die jährlich an den Bund abgeführt werden. Mal sind es zehn Milliarden, mal erheblich weniger, die da als „überraschendes und gern akzeptiertes Geschenk“ dem Bundeshaushalt zufließen und das chronische Defizit ein wenig verringern helfen. Wo kommen diese Gewinne eigentlich her? Das Statistische Bundesamt in Bonn weiß hierüber Bescheid und hat die Zusammenhänge für uns entschlüsselt. So führte die Bundesbank in den letzten zehn Jahren fast 79 Milliarden Mark Gewinne an den Bundeshaushalt ab, jährlich im Schnitt also fast 8 Milliarden oder 8000 Millionen Mark. Daraus schließt das Statistische Bundesamt ganz richtig, daß der Bund ohne diese Gewinnabführung der Bundesbank 79 Milliarden weniger in den letzten zehn Jahren hätte ausgeben können oder aber diesen Betrag sich aus anderen Quellen (Steuererhöhungen) hätte beschaffen müssen.

Mittelbetrag aus Ansatz

Natürlich weiß man in Bonn nie genau, wie hoch der Gewinn ist, den die Bundesbank im Jahr nun wirklich erzielen wird. So errechneten Experten einen Mittelbetrag, der im Voraus in den Bundeshaushalt eingeplant wird. Dieser „Ansatz“ beträgt gegenwärtig 5 Milliarden und soll demnächst auf 7 Milliarden aufgestockt werden. Übersteigt der Bundesbankgewinn diesen Ansatz, wird alles Geld, was darüberliegt, zur Tilgung von fällig gewordenen Altschulden verwendet. Mit anderen Worten: 5 oder (ab 1990) 7 Milliarden können bei den Planungen für den Bundeshaushalt generell als stets willkommene Einnahmen hinzugefügt werden; liegen die Gewinne bei der Bundesbank dann aber höher, werden diese (wie früher) nicht zusätzlich für den Haushalt, vielmehr (heute) zur Schuldentilgung abgezweigt. Und das ist auch bitter nötig!

Woher die Bundesbankgewinne?

Die Bundesbank legt Geld im Ausland an, und zwar im wesentlichen jene Währungsreserven, die jedes Land, das auf sich hält, „für alle Fälle“ zur Verfügung hat. Diese Reserven bestehen zum Teil aus Dollar, die sicher in amerikanischen Regierungspapieren untergebracht sind. Dafür bekommt die Bundesbank Zinsen, so daß es hier also auf das jeweilige Zinsniveau in den USA ankommt: je höher die Zinsen, desto höher der Erlös aus diesen Papieren. Schließlich zieht die Bundesbank Gewinne im Inland ebenfalls aus Zinsen, die die Kreditinstitute, also die bundesdeutschen Banken, Kreissparkassen und andere Geldinstitute, „für die Bereitstellung von Zentralbankgeld für Wechselnreichungen (Redis-kont), Wertpapierpfändungen (Lombard) oder Offenmarktgeschäfte (vorübergehender Ankauf von Wertpapieren) an die Bundesbank zu zahlen haben.“ Während die Auslandszinsen jährlich rund 7,5 Milliarden Mark einbringen, beträgt der Gewinn aus diesen Inlandszinsen um die Hälfte weniger, lediglich rund 3 bis 3,5 Milliarden Mark.

Wechselkursschwankungen

Endlich ergeben sich Bundesbankgewinne aus den Wechselkursschwankungen: Bei einer Abwertung der DM verkauft die Bundesbank zur Stabilisierung Dollar, die dann über den Bilanzkursen liegen. Fällt der Dollar hingegen, entstehen sogenannte „Bewertungsverluste“, die hohe Abschreibung bei den Währungsreserven verursachen (1987 beispielsweise 8,6 Milliarden DM). So stieg die Mark gegenüber dem Dollar in den 60er bis 70er Jahren erheblich, was zur Folge hatte, daß der Gewinn der Bundesbank gerade daraus sehr niedrig lag (in 23 Jahren insgesamt nur bei 1,5 Milliarden); die Finanzen des Bundes hatten davon — obwohl gerade zu dieser Zeit bitter benötigt — nicht viel zu erhoffen.

„Unverzinslicher Kredit“

Im Haushaltsjahr 1989 konnte der Bund auf Grund der Ansätze der Gewinne der Bundesbank die Bruttokreditaufnahme von vorgesehenen 86,4 Milliarden DM auf 81,4 Milliar-

den (5 Milliarden weniger) verringern. Auch der Bundesrechnungshof hat sich natürlich mit diesen Bundesbankgewinnen befaßt und festgestellt, daß sie zur Ausgabenfinanzierung herangezogen werden dürfen und da als „unverzinslicher und nicht rückzahlbarer Kredit des Bundes bei der Bundesbank“ einzustufen sind.

Ökonomische Seitensprünge

Wolfgang Altendorf

Die Deutsche Bundesbank bewährte sich als hochmoralische Institution gegen jede finanzpolitische Pornographie. Ihre Geldmengenbegrenzung gilt als wirksame Geburtenkontrolle der intim-zwischenmonetären Beziehungen.

*

Ideologie gilt als Dummheit mit anderen Mitteln. Ideologen erstreben die Erfüllung materieller Begehrlichkeit ohne Produktion, die gebratene Tauben ohne fossile Zubereitung und sehnen sich in das vorprometheische Zeitalter zurück.

*

Der „Blaue Engel“ bewacht als Cherub streng das ökologische Paradies. Ökologen sehen sich als die prophetischen Asketen unserer Zeit. Durch das Ozonloch schimmert für sie längst die moderne Apokalypse.

*

Börsen-Zusammenbrüche erweisen sich neuerdings als schwarze Wochentage, die im Kontrast den grauen Alltag der Konjunktur desto strahlender erscheinen lassen.

*

Nichts ist so überzeugend, wie die vielfältig konträren Definitionen wirtschaftspolitischer Zusammenhänge. Wirtschaftsprognosen widerspiegeln im Satz die Unwägbarkeit des Kaffeemarktes.

Wie ist das mit der Mark? Schon bald 1000 Jahre alt

Derzeit hochangesehene Währung in der Welt

Ihr Name kommt von einer Marke, die man einer Geldeinheit aufdrückte

Irmeli Altendorf

Die Mark ist wohl das ursprüngliche deutsche Münzgewicht. Es stammt noch von den Römern her, dem römischen Pfund, das elf Unzen betrug, etwa 330 Gramm. Die Franken übernahmen das römische Pfund, reduzierten aber das Gewicht auf 8 Unzen (oder 240 Gramm). Da die Gefahr bestand, daß sich dieses Gewicht weiter verringerte, drückten Währungshüter den Gewichtsstücken, die sonst keine Prägung hatten, eine Marke auf. Sie waren von nun an nur mit dieser Marke gültig. Man nannte die Stücke deshalb „gemarkte“ oder einfacher: Markstücke. Diese Bezeichnung „Markstück“ ist noch bis heute geläufig, amtlich jedoch lautet unsere Währung: Deutsche Mark.

Kompliziert genug

Man nimmt das Jahr 1048 als „Gründungsjahr“ der Mark an, die also bald 1000 Jahre alt wäre. Als „Kölnische Mark“ stellte sie mit ihrem Gewicht von 240 Gramm bis noch vor 125 Jahren die Einheit des deutschen Münzgewichts dar, nach der alle Währungen im deutschen Raum ausgerichtet waren, wenn sie auch nicht überall dasselbe Gewicht hatten. Für Heutige hört sich die Einteilung und Unterteilung der Kölnischen Mark recht kompliziert an: 8 Unzen zu 2 Lot von 4 Quentchen à 4 Pfennig, = 256 Sechzehntelot zu 2 Heller von 128 Richtpfennigen = 4020 As oder 4352 Eschen oder 65,536 Richtpfennige. Als Gold- und Silbergewicht blieb die Kölnische Mark teilweise bis 1872 im Gebrauch.

Die feine und die raube Mark

Im Volksmund kannte man die feine und die raube Mark. Die feine bestand aus Gold oder Silber von hohem Reinheitsgehalt, die raube aus legiertem Edelmetall, wobei ein Anteil an Gold oder Silber vorgeschrieben war, das sogenannte „Probiergewicht“. Schließlich gab es noch die „lötige Mark“, die nicht ganz rein war, Unreinheiten in ihr aber unbeabsichtigt entstanden, wie beim Schmelzen des Goldes oder bei der vorgenommenen Prägung durch anhaftende Schmutzteilchen. Schon früh wurde die Mark, neben ihrer Gewichtseinheit, auch zum Geld-Gebrauchswert, besonders als durch Manipulationen im Edelmetallgehalt die gebräuchlichen Münzsorten, etwa Silberpfennige, in ihrem Kurswert absanken. Man begann Waren nach Mark zu berechnen, wie heute, in währungsschwachen Ländern, nach Dollar. Endlich, bei Gründung des Deutschen Reiches 1871, galt die Mark als Münzeinheit für die im Reich zusammengeschlossenen Länder. Es wurde alsbald die Goldmark eingeführt, die 1/1395 Pfund Gold wog, also 1/1395 von 500 Gramm 24 karätigen Goldes, unterteilt in 100 (Kupfer-)Pfennige.

Legierung aus Kupfer und Nickel

Mit Ende des ersten Weltkrieges wurde die Goldwährung vom Papiergeld abgelöst. Auch die Münzen enthielten, mit Ausnahme des Fünfmärk-Stückes, kein Edelmetall, also kein Gold oder Silber mehr. Während Fünfmärk-Stücke noch bis nach dem zweiten Weltkrieg einiges an Silber aufwiesen, bestehen sie auch heute, wie das Einmärk-Stück, aus einer Legierung von 75 % Kupfer und 25 % Nickel. Diese Legierung hat sich als besonders „griff-fest“ erwiesen. 1948 wurde die Reichsmärk von den Besatzungsmächten als Währung außer Kraft gesetzt und die „Deutsche Märk“ als neue Währung bestimmt. Das geschah im Zuge der sogenannten „Währungsreform“. Diese „Deutsche Märk“ wurde anfänglich von den westlichen Besatzungsmächten gestaltet und als Papiergeld gedruckt. 1950 wurde die Papiermärk, die Märk als Papiergeld, durch ihre Münzprägung abgelöst. Dazu mußte die Märkmünze erst entworfen werden. Das geschah durch Josef Bernhart aus München, der sie — nach entsprechenden und eingehenden Rücksprachen mit dem Bundesfinanzministerium — gestaltete. Er bemühte sich dabei, eine gleichzeitig repräsentative, wie ansprechende, würdige und praktikable Münze zu schaffen, deren Wert nicht nur visuell, vielmehr auch vom Tastgefühl her ebenso leicht zu erkennen sei. Das ist offenbar gelungen.

Wie sieht die Märk eigentlich aus?

Auf die Frage, welche Durchmesser die Märk wohl hat, wissen die wenigsten die genaue Antwort, nämlich genau 2,35 cm, ebenso wie dick sie eigentlich ist (genau 1,75 Millimeter). So häufig man auch mit der Märk bezahlt, so schwierig ist es, sie aus dem Gedächtnis heraus genau zu beschreiben. Sie trägt auf der Vorderseite oben, beidseitig von Eichenlaub geschmückt, eine 1, darunter die Aufschrift „Deutsche Märk“ und unter dieser Aufschrift die Jahreszahl der Prägung. Auf der Rückseite befindet sich — vom Betrachter aus gesehen — der nach links blickende Adler mit jeweils vier gespreizten Krallen, umgeben von der Inschrift „Bundesrepublik Deutschland“ und — zu Füßen des Adlers — das Zeichen der Prägeanstalt, wobei D das Bayerische Hauptmünzamt, F die Staatliche Münze Stuttgart, G die Staatliche Münze Karlsruhe und schließlich J die Hamburger Münze bezeichnen. Der Münzrand ist erhaben, ragt also über die Vorder- und Rückseite etwas empor und trägt zusätzlich einen Kreis kleiner Punkte oder Perlen. Die Stirnseite des Randes weist ebenfalls Verzierungen auf, die als „Arabesken“ bezeichnet werden, Ranken vielleicht, abgesetzt durch Punkte und Sterne.

Eine der begehrtesten Währungen in der Welt

Die „neue Deutsche Märk“ hat sich, dank einer klugen, ja perfekten Währungspolitik, rasch zu einer der begehrtesten Währungen in der Welt „herausgemausert“. Neben dem Schweizer Franken und dem Dollar gilt sie als die sicherste und wertbeständigste. Sie wird zunehmend durch die politischen Veränderungen in jüngster Zeit fast in allen Ländern der Erde „unbesehen“ akzeptiert. In den östlichen Regionen vor allem gilt sie „so gut wie reines Gold“, aber auch in anderen Ländern, deren Währungen sich in desolatem Zustand be-

finden. Als stabile Geldeinheit hat die Deutsche Mark Entscheidendes zur Entwicklung des Welthandels beigetragen, insbesondere zur Stabilisierung vieler nationaler Wirtschaften.

Wirkung ihrer Stabilität

Erst durch ihre Stabilität war es möglich, humanitäre Hilfen, wie die Entwicklungshilfe, aber auch jene indirekten durch den Welthandel oder den Tourismus, wirksam zu leisten. Die Deutsche Mark leitete nicht nur das deutsche Wirtschaftswunder 1950 ein, das durch den Marshall-Plan seinen unverwechselbaren Schwung bekam — sie schuf auch jene technischen Möglichkeiten, die in Katastrophenfällen einen schnellen Einsatz in „jedem Winkel dieser Erde“ gestatten. Ohne ihre Stabilität wäre der hohe Stand im Gesundheitswesen ebenso undenkbar wie alle jenen Dinge, die wir, wenn auch zunehmend kritisch, hoch einschätzen. Wirtschaftskrisen, die sich in vergangenen Zeiten rasch zu wirtschaftlichen Niedergängen kaum zu bewältigenden Ausmaßes auswuchsen, konnten mit Hilfe der stabilen Mark aufgefangen und entscheidend abgemildert werden. Die Stabilität einer Währung hängt stets davon ab, was man mit ihr kaufen kann. Mit der D-Mark kann man (fast) alles kaufen. Heutzutage werden der Pfennig, (wenige) zwei Pfennig, zehn und fünfzig Pfennig, die Mark, fünf Mark und einige zehn Mark in Münzen, die übrigen höheren Werte (zehn-, zwanzig-, fünfzig-, hundert-, fünfhundert- und tausend Mark) in Banknoten hergestellt. Sie erweisen sich zunehmend als fälschungssicher.

Die Frage, wie es ohne eine stabile Deutsche Mark gegenwärtig wirtschaftlich und politisch aussähe, läßt sich nicht konkret beantworten. Soviel jedoch ist gewiß, daß sie auch Entscheidendes zur Humanisierung unseres Lebens beiträgt, vor allem aber zur Nutzung jener Freiheit, die uns unsere demokratische Ordnung geschenkt hat und die uns gerade gegenwärtig so demonstrativ bestätigt wird.

Das Ende der Kolonialzeit

Gedanken zur Unabhängigkeit Namibias

Karl Breyer

Mit Paraden, Reden, Feuerwerk und Vereidigungen der neuen Führung wurde in Windhuk die letzte Kolonie Afrikas, das ehemalige Deutsch-Südwest und das spätere Mandatsgebiet der Republik Südafrika in die Unabhängigkeit entlassen. Damit dürfte die Kolonialzeit endgültig zu Ende sein, wenn man nicht unbedingt Südafrika als Kolonie der Buren betrachten will. Karl Breyer, der über dreißig Jahre hinweg die Unabhängigkeitsbestrebungen in Afrika aus allernächster Nähe erlebte, berichtet diesmal über „Das Ende der Kolonialzeit“.

Im 19. Jahrhundert begann mit dem Schotten Mungo Parks, dessen Forschungsreisen durch die englische Regierung finanziert wurden, die Epoche der Entdecker in Afrika. Im Grunde genommen leiteten diese wissensdurstigen, tapferen Männer den Beginn der Ko-

lonialzeit ein. Aufsehen erregte der Franzose René Caillé, der 1828 als erster Europäer die sagenumwobene und geheimnisvolle Stadt Timbuktu betrat. Dr. David Livingstone erforschte als Missionar und Entdecker zehn Jahre lang das obere Becken des Sambesi, bereiste Nyassaland und durchquerte Zentralafrika. Er erreichte eine große Volkstümlichkeit in seiner Heimat und legte wohl gleichzeitig die Fundamente für ein von Großbritannien verwaltetes Südafrika. Namen wie Heinrich Barth, der den Sudan bereiste, Gustav Nachtigall, der Südwestafrika erwarb, Henry Stanley, der im Kongo tätig war, und Carl Peters, der innerhalb von drei Wochen zwölf Verträge in Sansibar abschließen konnte, waren in aller Munde. Der Franzose Savorgnan de Brazza erforschte das Innere der heutigen Staaten Gabun und Kongo-Brazzaville und brachte das rechte Kongo-Ufer unter französische Oberhoheit. Seine Reise war das letzte uneigennützige Unternehmen der Europäer in Afrika. Von diesem Augenblick an begann der Kampf um den Besitz der Kolonien.

Am 15. November 1884 trat die Berliner Konferenz zusammen, die bis Ende Februar 1885 dauern sollte. Während dieser Zeit teilten praktisch vierzehn Nationen (von denen nur die USA und die Türkei nicht zu Europa gehören) den schwarzen Kontinent unter sich auf. Militärexpeditionen und finanzierte Entdeckungsreisen wechselten als alltägliches Ereignis miteinander ab. Zur Ausbeutung des Erdteils wurden allenthalben Gesellschaften gegründet, die sich „Compagnie Francaise de l'Afrique occidentale“, „Royal Niger Company“, „British South African Company“, „United African Company“ und „Deutsche Ostafrika-Gesellschaft“ nannten. Bis zum Jahre 1900 hatten die europäischen Staaten den Kuchen Afrika — mit Ausnahme Äthiopiens, Liberias und Marokkos — unter sich aufgeteilt. Südafrika nahm in dieser Hinsicht eine besondere Stellung ein, und Marokko wurde erst 1912 von Frankreich als Protektorat besetzt.

„Afrika hatte das Ansehen eines Harlekingewandes bekommen“, schrieb der afrikanische Historiker Joseph Ki-Zerbo aus Burkina Faso (Obervolta). In den Schulbüchern meiner Jugendzeit wurde die politische Karte Afrikas von zwei Farben beherrscht, vor allem, nachdem der Erste Weltkrieg das Bild noch einmal gründlich verändert hatte. Angehörige meiner Generation werden sich noch daran erinnern, daß die englischen Kolonien in Rosa, die französischen Gebiete in Violett gedruckt waren. Damit war der größte Teil des Kontinents abgedeckt. Die zweit- und drittrangigen Kolonialmächte — Spanien, Portugal, Italien sowie die deutschen Mandatsgebiete und die unabhängigen Staaten — galten als unbedeutend und nebensächlich. Genauso willkürlich wie die damaligen Schulbuchzeichner die Farben verteilten, so hatten die Kolonialherren vor etwa hundert Jahren die Grenzen gezogen. Der Caprivizipfel und die Insel Helgoland wurden gegen Deutsch-Wituland (im heutigen Kenia gelegen) und die Gewürzinsel Sansibar getauscht. Cecil Rhodes, der sein in den südafrikanischen Diamantenminen erworbenes Riesenvermögen zur Verwirklichung seines imperialistischen Traumes verwenden wollte, zog einfach einen Strich auf der Karte, auf der lediglich Livingstones Reiseroute zum Tanganyika-See eingezeichnet war. Bis zu dieser Linie sollte das englische Südafrika reichen, das als Ausgangsbasis für die Achse Kapstadt-Kairo dienen mußte. Von dem Traum ist ein Netz von Eisenbahnlinien übriggeblieben — wie von einer Spinne angelegt —, das heute von Südafrika bis nach Sambia und

Zaire reicht und bisher den Zusammenbruch der Wirtschaft in den Staaten des südlichen Afrika verhindern konnte. Auch Stanley zog die Grenzen des Kongo durch Gebiete, die bis dahin kein Weißer betreten hatte. Stammesgebiete wurden rein willkürlich getrennt.

Die Kolonialzeit riß Afrika aus einer tausendjährigen Isolation heraus und zerstörte gleichzeitig das ökologische Gleichgewicht des Kontinents. Diese Zerstörung begann mit dem gewaltsamen Eindringen fremder Kulturen, mit den ersten Handelsbeziehungen und setzte sich über Missionierung und die Kolonialpolitik bis zur Entwicklungshilfe fort. Es ist jedoch eine Illusion anzunehmen, daß der Kontinent vor der Ankunft der Weißen ein Garten der Unschuld, der Harmonie und der Natürlichkeit war. Im vorkolonialen Afrika hat es niemals eine sozial gerechte oder sozialistische Gesellschaft gegeben.

Auch von Demokratie war keine Rede. Tansanias Staatspräsident Julius Nyerere meinte einmal, daß die Afrikaner Politik durch freie Diskussion betrieben haben. Leopold Sedhar Senghor (damals noch Präsident des Senegal und einer der großen durch Frankreich geformten Demokraten des Kontinents) verdeutlichte mir in einem Gespräch in seinem Palast in Dakar, daß man in Afrika eine Palaverdemokratie habe. Man sitzt unter dem Affenbrotbaum und redet so lange über das Thema, bis man einer Meinung ist. Der Berliner Afrika-Spezialist und Politikwissenschaftler Franz Arnsprenger nennt dieses sogenannte Demokratieverständnis eine der vielen Legenden Afrikas. „Shaka, der Kriegsherr und Gründer der Zulu-Nation, oder auch Usman Dan Fodio, der strenge Erneuerer des Islams im heutigen Nord-Nigeria, beide Zeitgenossen um 1800, nur daß sie nichts voneinander wußten, hätten vermutlich fröhlich gelacht, wenn man ihnen gesagt hätte, sie trieben Politik mittels freier Diskussion.“

Zweifellos hatte die Kolonialepoche ihre negativen Aspekte. Der Begriff Kolonialismus existierte zu Beginn der Kolonialzeit noch gar nicht und wurde erst später durch Lenins These von der Ausbeutung des Menschen durch Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus zu einem Argument für die Befreiung der unterdrückten Völker. Dennoch vollbrachten die Kolonialmächte — zum Teil unter großen Opfern — viele positive Leistungen, während die Kolonien selbst wirtschaftlich äußerst passiv waren. In den Auseinandersetzungen des Reichstags um die Jahrhundertwende fiel wiederholt das Wort von „des Reiches Streusandbüchse.“ Praktisch kostete Südwestafrika nur Geld. 1908 importierte das Gouvernement beispielsweise u. a. 11 Bullen, 1217 Zuchtkühe und -färsen, 234 Kälber, 11 Wollschafböcke, 1218 Wollschafmuttertiere und 216 afrikanische Ziegen. Der Viehbestand betrug bis dahin 53 000 Rinder, 3 100 Pferde, 111 000 Ziegen, 98 000 Fleischschafe und 1 200 Schweine. Die Kolonie verfügte über ein Reichstelegraphennetz von 2636 km Linie und 3616 km Leitung mit 34 Poststellen mit Telegraphendienst. Die Verwaltung des Schutzgebietes kaufte die Otavi-Eisenbahn einschließlich der dazugehörigen Wasserleitungsanlagen für den Preis von 24 880 875,24 Mark. Das Bahnnetz umfaßte 1912 insgesamt 2104 km. Ein Jahr vorher hatte der Gouverneur eine Million Mark für die Entwicklung von Dammbauten zur Wasserversorgung bewilligt. Viele Kolonien anderer Länder waren ebenfalls in den roten Zahlen und forderten enorme Investitionen und Einfuhren zu niedrigen Preisen. Belgien legte während der Kolonialzeit 260 Millionen Goldfranken im Kon-

go an, hatte jedoch nur 25 Millionen Goldfranken an Einnahmen. Das Mutterland exportierte 3% in die Kolonie und führte nur etwas mehr als 5% aus dem Kongo ein, so daß kaum von Ausbeutung und enormen Gewinnen gesprochen werden kann.

Jedenfalls brachte die europäische Kolonialzeit — die ja weitaus kürzer war, als die negativen Kritiker immer wahrhaben möchten — auch unbestreitbare Vorteile für die Bevölkerung: In vielen Teilen Afrikas gab es einen bis dahin unbekannten Frieden. Der Sklavenhandel großen Stils, durch den schätzungsweise mehr als zehn Millionen Menschen verschachert worden waren, konnte unterbunden werden. Die Massenwanderungen wurden gebremst. Der Kontinent wurde wirtschaftlich und geographisch erschlossen. Lebenserwartung, Lebensstandard und Bevölkerungsdichte stiegen enorm an. Das selbstanklägerische Bild, das heute linksliberale Kritiker von der europäischen Kolonialzeit in Afrika zeichnen, gibt die Bedeutung dieser Phase nur unvollständig und einseitig wieder. Die eigentliche Problematik der europäischen Kolonialherrschaft liegt weniger in ihren negativen als vielmehr in ihren unvollkommenen Leistungen. Man braucht nur einmal nüchtern zu überlegen, ob die zahlreichen unabhängigen Staaten Afrikas heute überhaupt existieren könnten, wenn sie nicht über funktionierende Häfen (von Casablanca über Abidjan und Lagos bis Maputo (Lourenco Marques), Mombasa, Dar-es-Salaam und Djibouti, Eisenbahnlinien, Straßen, Flugplätze, Schulen, Krankenhäuser und Universitäten verfügen würden, die nur durch den europäischen Kolonialismus entstanden sind.

Die Kolonialmächte boten Schutz und Lebenshilfe, förderten aber gleichzeitig die Vernichtung der alt hergebrachten Lebensformen. „Mit den neuen Liturgien starben die alten Rituale“, schrieb der Afrikakenner Gert Chesi einmal. Mit ihnen starben auch die Bindungen der Menschen zueinander. Das Leitbild der Familien oder der Clans begann zu zerbröckeln. Die bestehenden sozialen Institutionen wurden weitgehend zerstört, und an ihre Stelle traten europäische Gesellschaftsformen, die sich bis zum heutigen Tag nicht auf die Besonderheiten des afrikanischen Menschen einzustellen vermochten. Außerdem wurde das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Ordnung zerstört. Die Kolonialmächte boten keinen Ersatz für die durch die willkürlich gezogenen Grenzen auseinandergerissenen Sippen an, die das Rückgrat der afrikanischen Zivilisation gebildet hatten. Auch waren die weißen Verwaltungsapparate nicht daran interessiert, eine baldige politische und wirtschaftliche Selbständigkeit vorzubereiten. Disziplin und Selbstverantwortung, begriffe, die die jungen Afrikaner gerade erst wirklich kennenlernten, wurden durch die ersten Anzeichen einer überstürzten Entkolonialisierung bereits wieder in Frage gestellt.

Mit dem Ende der Kolonialzeit überließ man einfach die schwarzafrikanischen Völker sich selbst. Die Kolonialmächte waren vielfach der negativen Kritik nicht mehr gewachsen und der Verantwortung müde geworden. Der ideologische Druck sozialistischer und linksliberaler Kreise nahm immer mehr zu und lähmte das Interesse der einstigen Kolonialherren. Als nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker immer lauter wurde, gaben die meisten ohne Widerstand auf. Für die große Masse der Afrikaner waren Staat, Nation und die dazugehörigen demo-

kratischen Institutionen fremde Begriffe geblieben, die nicht zu ihrer Erfahrungswelt gehörten. Die jungen Staaten in Afrika, die zum Teil bis heute keine lebensfähigen Einheiten geworden sind, übernahmen später die willkürlichen Grenzen und die Verwaltungssprachen der Kolonialmächte, ohne den alten Stammesgrenzen oder den einheimischen Idiomen Rechnung zu tragen. Heute haben diese „Nationen“ einen entscheidenden Einfluß in internationalen Gremien, wie etwa in der UNO oder der OAU. Hinter dieser Kulisse pseudodemokratischer Auffassungen haben sie es bisher geschickt verstanden, die ehemaligen Kolonialmächte aufgrund ihres überstürzten Rückzugs und der damit entstandenen Skrupel und Gewissensbisse unter Druck zu setzen oder gar zu erpressen.

Verstädterung und westliche Zivilisation konfrontieren den Afrikaner mit neuen Problemen. In Abidjan und Lagos, in Dar-es-Salaam und Nairobi sind Slums entstanden, mit denen verglichen das südafrikanische Soweto fast ein Paradies ist. Anstelle eines ländlichen Lebens in Freiheit ist ein proletarisches Dahinvegetieren getreten. Die schwarzen Elioten, die die Aufgabe der Weißen übernommen haben, distanzieren sich zwar offiziell vom kolonialen System, führen sich aber objektiv als deren Erben und Statthalter auf. Die neuen Herren bemühen sich zwar durch Massenkundgebungen, Programme, Reden, Jugendorganisationen und Armeen ein neues Nationalgefühl zu schaffen, zu erwecken, aber der eigentliche Erfolg blieb ihnen bis heute versagt. Nach wie vor sind die Haussas und Ibos keine Nigerianer, Makonde und Makua keine Bürger der Volksrepublik Moçambique. Der eigene Stamm bleibt immer noch die Basis politischer Macht in Afrika. Die Führungsschichten praktisch aller jungen Staaten fühlen sich nur ihrem Stamm und nicht der ganzen Bevölkerung verpflichtet. Es gibt genügend Beispiele, von Idi Amin (Stamm der Kakwa) über Felix Houphouët-Boigny (Baule-Stamm) bis Yomo Kenyatta (Kikuyu). Der Tribalismus ist die wesentliche, ja bewegende Kraft aller Politik in Afrika.

Der Westen spielt in seiner Haltung zu den Entwicklungsländern in Afrika eine zwiespältige Rolle. Solange die Regierungen und deren Meinungsmacher nicht begreifen, daß sie selbst mit dem Marsch in die mißverstandene Freiheit und Gleichheit innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft auf dem Weg zur Zerstörung sind, werden sie auch nicht fähig sein, sich von falschen Vorstellungen für eine Welt- und Entwicklungspolitik zu befreien. Die von den Kolonialmächten vernachlässigte Lebenshilfe, nicht die angebliche oder tatsächliche Ausbeutung, muß Maßstab für ein neu durchdachtes Entwicklungsprogramm werden. Jedoch eine solche Hilfe, die die Schwierigkeiten der Anpassung und des Mentalitätswandels berücksichtigen müßte, ist illusorisch, solange eine elitäre Weltideologie, auf die die kapitalistisch-liberale, die marxistische und die Dritte Welt gleichsam eingeschworen sind, alle Beteiligten für diese Probleme blind macht. Wer nicht in der Lage ist, an sich selbst zu glauben und Führung und Verantwortung zu übernehmen, ist auch nicht fähig, durch Opfer Hilfe zu leisten und gleichzeitig seine eigenen Interessen wahrzunehmen.

Die Tendenz der neuen schwarzafrikanischen Machthaber, abendländische Entwicklung, Zivilisation und Kultur kritiklos zu kopieren und zu übernehmen, muß immer wieder innerafrikanische Gegensätze aufreißen. Nur widerwillig wollen sie eingestehen, daß ihre

Lebensart nichts zu tun hat mit abendländischer Zivilisation und Begriffen wie wirtschaftlichem Wachstum und daß die besonderen kulturellen Begabungen der Schwarzafrikaner in einer ganz anderen Richtung zu suchen sind. Auch sollte man nicht übersehen, daß die traditionellen Bindungen an das Stammesleben wichtige Ordnungs- und Orientierungsfaktoren darstellen. Es ist eine anarchistische Utopie links-liberaler Individualisten und roter Kollektivist, wonach eine radikale Auflösung der Stämme den Fortschritt fördern würde. Eine totale Entwurzelung aller Afrikaner wäre die Folge, ohne daß damit der für eine neue Gesellschaft erforderliche Anpassungsprozeß vollzogen wäre. In jedem Fall aber gilt auch für die fortschrittsüchtigen Afrikaner und Europäer mehr denn je das Wort Goethes, der da sagte: „Was du ererbst von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“

In Natal ist die Hölle los

Kämpfe zwischen Zulu und Xhosa fordern mehr als 2600 Menschenleben

Karl Breyer

Die Hiobsbotschaften aus der südafrikanischen Provinz Natal nehmen kein Ende. Die grünen Hügel und die sonnigen Täler zwischen der Hauptstadt Pietermaritzburg und der hektischen Hafenmetropole Durban wirken am Tage wie eine optische Täuschung: Spielende und freundlich winkende Kinder, friedliche Zuludörfer, die weite, fast subtropisch anmutende Landschaft mit ihren ausgedehnten Zuckerrohrfeldern, Eukalyptuswäldern und Schirmakazien erinnert an Szenen des Buches „Tränen über Johannesburg“, das den Schriftsteller Alan Paton, den man das Gewissen Südafrikas nannte, weltberühmt machte. Aber in Natal gibt es keinen Frieden mehr. In der Provinz, die sich selbst „den letzten Posten des britischen Imperiums“ nennt, ist die Hölle los. In den mond hellen Nächten verwandeln sich die Straßen in Schlachtfelder, brennen die armseligen Hütten der Landarbeiter und werden Frauen, Männer und Kinder ohne Unterschied gemordet.

Mehr als drei Jahre dauert nun schon dieser blutige Krieg zwischen der Inkatha-Befreiungsbewegung der Zulus (der Name hat in der Zulusprache die symbolische Bedeutung für Einheit) und der „United Democratic Front“ (Vereinigte demokratische Front), die sehr stark mit dem bisher verbotenen African National Congress verbunden ist. Ende 1986 begannen die ersten Auseinandersetzungen, die von einigen Beobachtern als Stammeskrieg, von anderen jedoch als ein Kampf um die politische Macht in der Provinz Natal und im Homeland der Zulus, Kwazulu, bezeichnet wird. Die grausamen Kämpfe, die mit Pangas (Buschmesser), Knobkerries (Keulen), selbstgebastelten Flinten und Revolvern, aber auch mit AK47-Schnellfeuerwaffen, Handgranaten und russischen Haftminen geführt werden, forderten bisher mehr als 2600 Tote. Sie begannen in den Townships rund um Pietermaritzburg und wüten heute wie ein Feldfeuer in den Elendsvierteln von Durban. Hauptsächlich Kinder und Jugendliche sind beteiligt. Die Opfer gehören vielfach zu den ärmsten Schichten der schwarzen Bevölkerung. Es ist darum um so erstaunlicher, daß

viele Beteiligte über gute Waffen verfügen. „Niemand kann entkommen“, sagen die jungen Anführer der Banden, „selbst, wenn man den Frieden will, muß man das Haus der Familie gegen die Übergriffe der anderen verteidigen.“ „Unsere Kinder sind Nahrung für die Gewehre“, jammert eine Zulufrau gegenüber einem Journalisten.

In einem Lied, das in diesen Tagen vielfach von Schwarzen gesungen wird, heißt es, daß die Chancen für einen jungen Menschen in Natal mehr als dreißig Jahre alt zu werden, äußerst gering sind. Dennoch ist es merkwürdig, daß die internationalen Medien, die zur Zeit mit mehr als zweitausend Reportern und Kameramännern in Südafrika vertreten sind, sich kaum für die Ereignisse in Zululand interessieren. Der freigelassene ANC-Führer Nelson Mandela, der aus dem Häuptlingsgeschlecht der Tembu in der Transkei stammt, ist weitaus interessanter als das „Kriegsgeschrei“ im fernen Natal. In den südafrikanischen Zeitungen werden die Ereignisse ebenfalls nur noch am Rande registriert: Im November starben 62 Menschen bei den Kämpfen, im Dezember waren es bereits 160. Für Januar gibt es noch keine genauen Zahlen. Aber auch in den ersten Februartagen gab es bereits zahlreiche Tote. Nelson Mandela hat sich inzwischen sehr besorgt über die Vorgänge in Natal geäußert und wünscht ein Ende der Auseinandersetzungen.

Zwei mächtige schwarze politische Organisationen, Inkatha und UDF, kämpfen um die Kontrolle in den Townships und in der Provinz. Bis 1983 war die Bewegung des Zuluführers Mangosuthu Buthelezi tonangebend. Dann entstand die „United Democratic Front“, die sich als Vertretung des „African National Congress“ sah und den Zuluführer als Lakei der Regierung bezeichnete. Schwarze Jugendliche übernahmen die Führung und machten keinen Hehl daraus, daß sie ein sozialistisches Südafrika anstreben. Inkatha und Buthelezi dagegen lehnen den bewaffneten Befreiungskampf ab, befürworten eine freie Marktwirtschaft und sind der Meinung, daß Sanktionen tödlich für die südafrikanische Ökonomie und den schwarzen Mann im besonderen sind. Buthelezi selbst wird als der einzige gemäßigte schwarze Politiker gesehen, der bereit ist, mit den Weißen über die Lösung südafrikanischer Probleme zu verhandeln. Auch aus diesem Grund wird er von den radikalen Aktivisten abgelehnt. ANC und UDF behaupten außerdem, daß die Zulus keineswegs geschlossen hinter ihrem Inkatha-Präsidenten stehen. Beobachter glauben, daß sich nur ein Bruchteil der sieben Millionen Zulus (von rund 30 Millionen Schwarzen in Südafrika) zu Buthelezi bekennt. Er selbst behauptet immer wieder, daß rund 2 Millionen Zulus der Inkatha angehören und fast eine Million Jugendliche Mitglieder der Jugendorganisation sind.

Inzwischen erleben die Zauberdoktoren der Zulu, die nach wie vor bedeutenden Einfluß auf das Stammesleben in Afrika haben, ihre große Stunde. Sie verkaufen „muti“, eine Medizin, die vor den Kugeln des Gegners schützt, wenn man gleichzeitig einen Monat lang keinen Fisch ißt und sich sexuell nicht betätigt. Eine Gruppe von acht „Comrades“ (Kameraden) bezahlte für diesen fragwürdigen Schutz fast dreihundert Mark, für einen arbeitslosen Jugendlichen ein stolzer Preis. Die Reporterin der südafrikanischen „Weekly Mail“ berichtete von einem Begräbnis eines 21jährigen Opfers der Kämpfe in Natal und

beschreibt, wie der Tote mit Zaubermitteln eingerieben wird, damit er noch in seinem Grab die Vendetta weiterführt und seinen Mörder mit hinabzieht. Der im November vorigen Jahres von maßgebenden schwarzen Politikern und Kirchenführern — darunter Erzbischof Desmond Tutu ausgehandelte Waffenstillstand, führte bisher zu keinem Ergebnis. Nach wie vor werden Menschen gesteinigt, verbrannt und grausam massakriert. Niemand kann genau sagen, wer schuldig ist. Mehr als 5000 Inkatha-Anhänger in der Nähe von Durban beschlossen inzwischen, den Waffenstillstand einseitig zu kündigen. Einer der maßgebenden Führer der United Democratic Front, Teror Lekota, behauptete jetzt, daß Zuluführer Buthelezi das wirkliche Problem sei. Er sei nicht daran interessiert, Frieden zu finden. Lekota sagte auch, daß seine Organisation nicht an einem Treffen zwischen Buthelezi und Nelson Mandela interessiert sei. Die südafrikanische Polizei, die bereits mit starken Einheiten in den Townships vertreten ist, will weitere tausend Mann nach Natal schicken. In der Nähe von Durban begannen schwarze Randalierer jetzt auch mit Angriffen auf indische Familien und Besitzungen. In Inanda wurden verschiedene indische Geschäfte in Brand gesteckt. Flugblätter forderten zu weiteren Aktionen gegen Inder auf. Vielleicht ist es wirklich an der Zeit, daß Nelson Mandela sich mit Buthelezi und anderen Politikern an einen Tisch setzt, ehe die Provinz Natal endgültig in Flammen aufgeht.

Aus GKS und PGR

Hilfe für Rumänien

Päckchen für Rumänien packten gemeinsam die Katholische Frauengemeinschaft und der Frauenkreis in der Militärseelsorge. 15 Kilogramm schwere Pakete wurden nach einem bestimmten Packplan gestaut, so daß jede der an die Care-Pakete erinnernden Hilfssendungen mit Seifenpulver, Zucker, Mehl, Schokolade, Reis und Rindfleisch den gleichen Wert von etwa 60 Mark hat. Der Transport wird vom Malteser-Hilfsdienst übernommen. Die Flensburger Pakete gelangen zunächst in ein Hamburger Sammellager. Von dort aus werden sie nach Rumänien gefahren und dort direkt vor Ort an bedürftige Familien abgegeben. „Mißbrauch ist also ausgeschlossen“, sagt Hiltrud Thye, die Leiterin des Frauenkreises der katholischen Militärseelsorge.

(aus „Flensburger Tagesblatt“ vom 30. März 1990)

„Ruhestand (?), Neue Lebensperspektiven“

Willy Trost

Ein Seminar „3. Lebensabschnitt“ veranlaßte 13 Ehepaare und einen einzelnen Teilnehmer sich im Franz-Hitze-Haus, der Katholisch-Sozialen-Akademie des Bistums Münster, einzufinden. Sie folgten damit der Einladung des Katholischen Wehrbereichsdekans III und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu dieser Veranstaltung für Soldaten, die in Kürze in den Ruhestand treten oder diesen gerade erreicht haben.

Die umsichtige, gute Tagungsleitung lag bei Frau Dr. Kirchberg vom Franz-Hintze-Haus und Oberstlt a.D. Karl-Heinz Tenschert vom Bundesvorstand der GKS. Ihre Aufgabe wurde ihnen durch die besonders motivierten und aufgeschlossenen Teilnehmer erleichtert. Die Akademie hatte die Themen zutreffend zusammengestellt. Ausgezeichnete Referenten trugen sie umfassend, instruktiv und anregend vor. Die freimütige und aktive Teilnahme aller, wie auch die wohltuende Atmosphäre innerhalb der Gruppe waren für den guten Erfolg des Seminars sehr hilfreich.

Ein anregendes Rahmenprogramm mit Dichterlesung, Stadtbesichtigung und Heimatabend im Freilichtmuseum der Stadt Münster gab weitere Gelegenheiten zur Vertiefung der Themen im Gespräch. Von der Richtigkeit der Themenwahl und der Wichtigkeit der vielfältigen Informationen für ihre Lebensgestaltung waren alle so überzeugt, daß das eindeutige Resultat der Abschlußbesprechung zeigte: Seminare dieser Art müssen so ständig und häufiger und möglichst für Ehepaare angeboten sowie durchgeführt werden.

Die Reaktionen auf diese Empfehlung erfolgte schnell. Die nächsten Seminare werden im Frühjahr 1991 in Nürnberg und im Herbst 1991 wieder in Münster angeboten.

Ein kurzer Überblick über die angebotenen Sachthemen kann veranschaulichen, wie umfassend die notwendigen und unvermeidlichen Umstellungen beim Eintritt in den Ruhestand der Soldaten erläutert werden müssen:

Zu Beginn stellte jeder Teilnehmer seinen Nachbarn vor, mit dem er sich zunächst ein wenig über Lebensumstände und Zukunftsgestaltung unterhalten hatte. Zum Thema „Älterwerden in unserer Gesellschaft“ gab dann der Referent für Altenarbeit im Bistum Münster, Günther Normann, einen anschaulichen Überblick über die sich wandelnde Situation in unserer älter werdenden Gesellschaft.

In getrennten Arbeitsgruppen wurden die speziellen Probleme angesprochen, die für die Männer der Pensionsschock auslösen kann und dessen Auswirkungen andererseits die Frauen in einer Zeit treffen, wo sie nach dem Auszug der Kinder aus dem Haus eine eigene Lebensgestaltung suchen.

Die Referentin in der Erwachsenenbildung Drs. Hermans zeigte in ihren interessanten Darlegungen gründlich das Umfeld einer sich ständig ändernden Gesellschaft auf, das auch bei den Erwartungen und den Planungen der angehenden Pensionäre zu bedenken ist. Mit der Pensionierung verliert der Soldat den erlebten Schutz der Gemeinschaft und die erfahrene Kameradschaft in einer geordneten Lebenstätigkeit. Diesem „Tod um die Ecke“, dem Verlust der sozialen Kontakte, dem Gefühl der Wertminderung muß planvoll begegnet werden. Frau Drs. Hermans regte an, eine festumrissene, möglichst neigungsgerechte Tätigkeit gegen Bezahlung aufzunehmen. Nur eine wenn auch geringe Entlohnung werte die Beschäftigung auf zu „echter“ Arbeit, die dann auch Selbstbestätigung verschaffe. Unverzichtbar sind feste Zeitpläne, die stete Kontrolle des Körpergewichtes und regelmäßiger Sport, zu dem man sich notfalls zwingen müsse. Auch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen beim Zahn-, Augen- und Ohrenarzt müssen planmäßig erfolgen. Der Ausbau von Begabungen und Hobbys durch gezielte, fordernde Weiterbildung kann zu völlig neuen Tätigkeitsmöglichkeiten und dann zur Zufriedenheit führen.

In der Gruppe der Frauen wurde in offener Diskussion, angeregt durch Frau Müller, Referentin in der Erwachsenenbildung, über die Probleme der Zweierbeziehung gesprochen. Die vielfach bestehenden Konflikte aus dem Beziehungsverhältnis in dieser Zeit des Umbruchs, das neue, veränderte Gefühlsleben müssen erkannt und aufgearbeitet werden. Das vertrauensvolle Gespräch der Ehepartner ist dabei unverzichtbar, eine Hilfe durch Außenstehende manchmal notwendig.

In einer dichten, intensiven Arbeitseinheit erläuterte Dr. med. Köhne, Nervenarzt und Psychiater, das Thema „Nach einer langen Zeit . . ., Sexualität, Partnerschaft und Ehe nach 50.“ Der Referent erklärte den Teilnehmern, es gelte mit dem zunehmendem Alter, den Krankheiten, Konflikten und Belastungen umzugehen, sie anzunehmen und auch bewußt zu verzichten, z. B. „dafür nehme ich mir keine Zeit“. Nun müsse auch die Ehe neu definiert werden, das Verhältnis der Ehepartner zueinander neu gesucht und besprochen werden. Nach Dr. Köhne ist eine alle fünf Sinne umfassende Zärtlichkeit zueinander lebenswichtig und die Chance für das Miteinander. Sie hat immer auch eine sexuelle Kom-

ponente und ermöglicht es, die Wünsche, Ängste und Gedanken des Nächsten kennenzulernen und dadurch zu neuen Formen der Nähe zueinander zu finden.

Dr. med. Schulte-Wintrop sprach über die „körperliche Belastbarkeit und Sport in der zweiten Lebenshälfte“. Neben gesunder, überlegter Ernährung gelte immer und in jedem Alter: „Wer rastet, der rostet.“ Vor allem das Radfahren und Schwimmen sollten stetig durchgeführt werden. Der Referent machte allen klar, daß zwar kleine Anfänge gewählt werden müssen, immer aber eine Zielvorgabe und ein etwas „mehr“ an Forderungen notwendig sind. Auch eine praktische Einführung in die Technik des autogenen Trainings wurde von Dr. Schulte-Wintrop angeboten. Jeder Teilnehmer konnte sich durch Atemtraining und isometrische Übungen nach seiner Anleitung einüben. Hinweise auf die Nutzung einfacher Geräte in der Wohnung zur Kräftigung der Muskulatur und zur Entspannung der Wirbelsäule rundeten den Arbeitsteil sinnvoll ab.

In einem außerordentlich interessanten Vortrag sprach Prof. Dr. Breloer über das Thema: „Altsein — Älterwerden kann 30 Jahre dauern“. Er erklärte die stets neuen Lernherausforderungen in jedem Lebensabschnitt, die mit Sach- oder Personenauseinandersetzungen einhergehen. Die Beschäftigung mit dem eigenen Lebenslauf, der bisherigen Lebensgestaltung führte zu den notwendigen Lebensplanungen in jedem Alter. Es gelte die Grundlagen der Partnerschaft zu erkennen und in gegenseitiger Anerkennung Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung zu bieten, Abwechslung zu schaffen und zu erleben und daß zur Zufriedenheit immer auch das Lob des anderen gehöre. Die Leistungsmotivation muß nach Prof. Breloer stets auf mittlerer Ebene angesetzt werden. Auch hier gelte: ohne Träume, Wünsche, Utopien gibt es keinen Fortschritt.

Mit einem ausführlichen Sachvortrag über die derzeitigen versorgungsrechtlichen Gegebenheiten endete das Seminar 3. Lebensabschnitt. Herr Schleier vom Deutschen Bundeswehrverband in Bonn erklärte Einzelheiten des Versorgungs- und Sozialversicherungsrechtes, die für viele Teilnehmer von großer Wichtigkeit waren.

Begegnung mit Schwester Maria in Kairo

Leonhard Schmidt

Bei unserer Studienreise durch Ägypten besuchten wir Schwester Maria, eine deutsche Ordensschwester, die sich in Kairo um arme, unterprivilegierte Menschen kümmert. Seit 23 Jahren wirkt die zweiundsechzigjährige Nonne mit dem Elan einer vierzigjährigen in Kairo.

Ägypten, das Land am Nil, gehört zu den am dichtesten bevölkerten Ländern der Erde. Auf 1 qkm Fruchtland drängen sich durchschnittlich 1000 Menschen, in Kairo sind es 30000 bis 120000 (in der Bundesrepublik 247).

Das Land zählt fast 50 Millionen Menschen; 14 Millionen leben allein in Kairo, die Geburtenzahlen gehören zu den höchsten der Welt. Alle 25 Sekunden wird ein Ägypter geboren, der jährliche Bevölkerungszuwachs beträgt ca. 1,3 Millionen, und die Tendenz ist steigend.

Die Regierung hat gar nicht die Mittel, sich um alle Menschen zu kümmern. Kairo hat keine städtische Müllabfuhr. Die Beseitigung des Hausmülls wird durch Müllmakler geregelt, die ihn an die „Sabalin“ verkaufen. Diese „Müllmenschen“ von Kairo holen den Müll nachts mit ihren Eselskarren ab. Sie sind meist Kopten, Christen, die in Barackensiedlungen, verachtet von anderen auf den Müllhalden hausen und von Krankheiten und Tod bedroht sind (von ihren Kindern überleben kaum 40 Prozent).

In einem alten klapprigen VW-Bus fahren wir mit Schwester Maria zur Mülldeponie Moytameda im Nordwesten von Kairo. Unterwegs erzählt sie uns von ihrer Arbeit:

„Hilfe zur Selbsthilfe ist unser Prinzip und unser Dauerauftrag. Wenn wir nur Almosen geben, erreichen wir nichts. . . Wir müssen die Menschen in die Lage versetzen, ihre soziale Situation selbst zu ändern. Unser wichtigstes Ziel ist es, die soziale Stellung der Frau zu verbessern! Nähschulen sind Grundlage und Ausgangsform unserer Arbeit.

Angestrebt ist ein Programm der Selbsthilfe für Mädchen und Frauen, das ihren eigenen Familien zugute kommt, den Beruf einer Schneiderin oder auch einer Mitarbeiterin in unseren Projekten ermöglicht. Haushaltsschulen wurden ebenfalls im Sinne einer Persönlichkeitsentfaltung gegründet. Sie lehren Grundnahrungsmittel gesünder und vollwertiger zu verarbeiten und hygienisch zu leben in den eigenen Familien oder auch für eine eigene Erwerbstätigkeit.

Das Ausbildungszentrum im Dr. Claude's Home in Garden City faßt unsere fähigsten Schülerinnen und Mitarbeiter zu Intensiv-Kursen zusammen. Hier unterhalten wir auch eine Tagesstätte für geistig und körperlich behinderte Jugendliche. Für sie halten wir unsere Türen weit auf, weil sie nicht nur unter der Last gesundheitlicher Schäden, sondern auch unter der drückenden Enge von Wohnraumnot leiden.“

Der alte VW-Bus überquert einen Kanal, der an den Rändern voller Müll liegt. Die Oberfläche ist zugewachsen mit Wasserhyazinthen. Diese sind bevorzugter Platz der Wasser-

schnecke, welche der Träger der Bilharzia, einer Krankheit, die durch in den Blutgefäßen der Unterleibsorgane und der Leber lebenden Saugwürmer verursacht wird. Diese dringen durch die Haut in den Körper ein. Von ihr wird das ägyptische Volk seit ältesten Zeiten heimgesucht. Schwarzes Wasser wird aus dem Kanal auf die neben dem Weg liegenden Felder gepumpt. Auf den Feldern sitzen weiße Kuhreier und fressen Ungeziefer. In Moytamadea kommen uns die Kinder entgegelaufen und sind sofort an unseren Händen.

„Gott schaut uns aus dem Gesicht jedes Menschen entgegen. Diese Menschen sind dankbar für jede Hilfe, jedes Lächeln“, sagt Schwester Maria. Sie zeigt uns zuerst die in der Aufbauphase befindliche Grundschule, die sie gegen nicht endende Schwierigkeiten durchgesetzt hat. Die Räume sind einfach eingerichtet, die Wände des kleinen Schulhofes bunt bemalt.

Vom Dach der Schule sehen wir auf die Mülldeponie. Sie ist ca. 50m breit und 600m lang. Auf kleinen Parzellen leben die Familien. In der einen Ecke steht eine aus Müll errichtete Baracke, in der die Familie wohnt, daneben wird der Müll handverlesen, wiederverwertet und ein Teil von ca. 5 Prozent verbrannt. Die frei herumlaufenden Schweine suchen sich ihren Teil. Zwischen Schweinen und Kindern laufen Ratten herum.

„Wissen Sie“, sagt Schwester Maria, „es kommt vor, daß — während ich mit der Mutter rede — der Säugling von einer Ratte gebissen wird. Aber Dank unserer Erste-Hilfe-Station stirbt hier kein Kind mehr am Rattenbiß.“ Unser Blick geht aber auch auf eine Reihe von kleinen Häusern, die in einfachster Bauweise errichtet sind. Hier werden Wohnungen von ca. 50qm errichtet, die aus einer großen Küche und 2 Räumen bestehen und einer Familie mit 5 — 6 Kindern ein menschenwürdiges Heim bieten. Die Toilette ist französisch, Spülung unten, Dusche von oben, daneben ein kleines Waschbecken; alles sehr zweckmäßig für die Bedürfnisse der Menschen eingerichtet.

Das ganze ist ein Selbsthilfe-Bau- und Siedlungsprogramm. Hier hat die Familie die Möglichkeit, von der Müllhalde wegzukommen und das erstmal im Leben Eigentum zu erwerben. Sie zahlen 20 ägyptische Pfund = 14,— DM im Monat zurück. Die Häuser sind ohne Dach so konzipiert, daß eine Nachfolgeneration darauf aufbauen kann.

Es gibt eine Schlosserei, eine Schreinerwerkstatt, eine Näh- und Haushaltsschule, einen Webstuhl. In den Werkstätten werden Einrichtungsgegenstände für die Häuser, aber auch für ein Außenobjekt im Sinai gebaut.

Schwester Maria: „Wenn es die Israelis schaffen, die Wüste zu bewässern und fruchtbar zu machen, dann schaffen wir es auch.“ Dieses Siedlungsprojekt soll jungen Familien aus Moytamadea neuen Lebensraum und neue Lebensqualität geben und in die Lage versetzen, erlernte Fähigkeiten zum Broterwerb zu nutzen.“

Der Hilfsfonds von Schwester Maria hat sein Zentrum in Dr. Claude's Home, Sharia El Haras, Kairo-Garden-City, Tel.: 002/02/3 54 58 26.

Schwester Maria ist dankbar für jede Hilfe, auch Sachspenden von Reisegruppen, die bei ihr vorbeikommen. Es wird alles gebraucht: Kleidung, Medikamente, Seife, Waschlappen.

Wenn Sie helfen wollen, können Sie Ihre Spende auf das Konto des Kath. Standortpfarrers Bonn Nr. 40 100 422 bei der Sparkasse Bonn überweisen. Spendenquittungen werden ausgestellt.

GKS Kreis Hammelburg

Eva Albert

Die Glockenweihe am Sonntag, den 28. 1. 1990 in der Christkönigskirche im Lager Hammelburg war ein Festtag für die katholische Militärgemeinde. Neben der Freude über eine neue Glocke, die den Namen wie die Kirche trägt und die neben den beiden anderen Glocken nun im Turm der Kirche für ein vielstimmiges Geläut sorgt, gab es auch ein Wiedersehen mit dem einstigen Militärpfarrer von Hammelburg, Domkapitular Kurt Witzel.

Zahlreiche Mitglieder der Pfarrgemeinde waren ins Lager gekommen, um gemeinsam mit Mil.-Pfarrer Wolfgang Witzgall diesen Tag zu feiern. In ihr Gebet schlossen sie auch den Dank an den großzügigen Spender ein, der den Kauf der in Passau gegossenen Glocke erst ermöglichte.

Domkapitular Witzel, der im Auftrag von Bischof Paul-Werner Scheele die Glockenweihe vornahm, betonte, daß er sich auf diesen Tag besonders gefreut habe. Er ermutigte die Gläubigen, Gott als Reichtum zu begreifen. Auch dazu riefen uns die Glocken auf. Gott möge uns hierzu ein neues Herz geben.

Ausgehend vom Nationalsozialismus, in dem zunächst die Glocken verstummt und später die Menschen zu ihren schlimmsten Feinden geworden seien, ging Witzel in seiner Predigt auf die Bedeutung der Glocken für den Menschen und die Christenheit ein.

Sie erinnerten uns an die eigentliche Berufung und Bestimmung Gottes. Der Sinn des Lebens liege nicht in dem Sprichwort „leben und leben lassen“, sondern im Weg zu Gott. Der Christ sei aufgerufen, sich an Gott zu freuen und seiner Größe, seiner Güte und seiner Macht zu vertrauen.

Bisher zierten die Glocken „Hl. Kreuz“ und „Maria“ den Turm der Christkönigskirche. Sie wurden am Festtag Peter und Paul 1957 auf dem Lagerberg geweiht, zu einer Zeit, als sich dort noch ein Internierungslager befand. Damals hätten die Glocken die Freude und den Dank verkündet, daß die „Zeit ohne Glocken“ vorüber, der Mensch bereit war „eine neue Zeit“ zu gestalten.

Parallel zu diesem Ereignis sei ein anderes, global bedeutendes Glockenläuten zu sehen: Am Hl. Abend 1989 läuteten nach langem Schweigen wieder die Glocken in Moskau. Für ihn, Witzel, sei dies das „Ereignis des Jahrhunderts“ gewesen. Die Glocken kündeten vom Dank und der Freude in Gottes Größe. Diese Macht Gottes hätten wir durch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in Osteuropa gesehen.

Das, was wir dort erlebt haben, hätte keiner zu hoffen und denken gewagt: „Menschen versammeln sich in der Kirche zum Gebet, gehen auf die Straßen und eröffnen eine nicht geahnte Freiheit durch eine völlig gewaltlose Revolution.“ Sicherlich würden viele Ursachen für die Entwicklung genannt. Man dürfe bei aller Diskussion aber erfreut feststellen, daß das „Gebet und Vertrauen so vieler Menschen auf Gott nicht vergebens gewesen sei“.

Gott habe seine Macht gezeigt. Über Nacht habe er die Mächtigen vom Thron gestürzt und Erniedrigte erhoben, Gefangene seien frei. Der Mensch mache Geschichte, betonte Witzel, „oft auch unheilvolle“. Gott aber sei der „Herr der Geschichte“; er wolle dies freilich nicht sein ohne die Menschen und ohne uns. Dies wolle uns die Glocke sagen, die den Namen „Christkönig“ trägt.

Die „Karriere“ Christi habe in einem Viehstall begonnen und am Kreuz geendet. Dieser König habe keine Krone, kein Zepter, keine Leibwächter und auch keine Prunkkleider besessen. Am Ende stand er allein vor Gericht, von seinen Gegnern ausgeliefert. Dann habe er geantwortet: „Es gibt nichts auf dieser irdischen Welt, sondern nur das Zeugnis der Wahrheit.“ Im Gegensatz zu den Weltreichen vieler Könige, die inzwischen untergegangen seien, bestehe Christi Reich noch heute. Heute seien wir deshalb aufgerufen, miteinander zu beten: „Dein Reich komme!“

Glocke, Mensch und Gott gehörten auf dieser Welt zusammen. Solange sie einen Dreiklang bildeten, komme Segen auf diese Welt. Glocke, Mensch und Gott, das bedeutet auch Gemeinschaft mit Gott. Witzel verband damit den Wunsch, der Mensch solle immer den Ruf Gottes hören.

An die Eucharistiefeier mit Glockenweihe schloß sich ein Stehempfang im Pfarrsaal für alle Gottesdienstbesucher an.

Deutsche und amerikanische Soldaten beten für den Frieden

„Friede mit Gott dem Schöpfer — Friede mit der ganzen Schöpfung“

Eva Albert

Bereits zum 6. Mal feierten am Sonntag, 4.3.1990 die katholische Militärgemeinde Hammelburg und die amerikanische katholische Militärgemeinde aus Schweinfurt zusammen in der Standortkirche Christkönig im Lager Hammelburg einen gemeinsamen Gottesdienst zum Weltfriedenstag.

Die Eucharistiefeier zelebrierten Militärpfarrer Wolfgang Witzgall und der amerikanische Military-Chaplain Father Willet aus Schweinfurt. Pfarrer Witzgall stellte seine Predigt unter das diesjährige Motto des Papstes zum Weltfriedenstag „Friede mit Gott dem Schöpfer — Friede mit der ganzen Schöpfung“. Es wird heute viel von der Bewahrung der Schöpfung gesprochen, doch der Schritt von der Schöpfung zu ihrem Urheber ist für viele Menschen schwer vollziehbar geworden, sagte der Theologe. Theologie und Ökologie

stünden sich oft gleichgültig gegenüber. Friede mit Gott habe etwas mit Frieden mit der Schöpfung zu tun. Durch das Leitwort des Papstes bekomme das Wort Frieden einen neuen Beiklang. Schon die Bibel spreche von „Shalom“. Shalom sei nicht nur Schweigen der Waffen, sondern auch die Forderung, Ordnung zu bringen in die Verhältnisse des Menschen zur Natur, zum Nächsten, zu den nichtmenschlichen Kreaturen, zu Gott; dazu bedürfe es auch, mit Gott ins reine zu kommen.

Kommandeur Colonel Ellis von der 1. Brigade aus Schweinfurt betonte in seiner Rede am Ende des Gottesdienstes, daß durch die westliche Allianz die Erhaltung eines beständigen und ehrenvollen Friedens unter Wahrung der Rechte auf nationale Eigenentscheidung gesichert werde. Zum ersten Mal nach über vierzig Jahren gebe es einen Schimmer Hoffnung, daß Europa nicht länger geteilt ist. Der Erfolg daran sei an die Bereitschaft gebunden, dafür einzustehen, woran Soldaten glauben. Das Ende des kalten Kireges zwischen Ost und West müsse noch lange kein totaler Friede sein. Friede müsse eine Lebensweise sein, wofür man lebt. Friede und Freiheit müßten unser höchstes Ziel sein. Die Soldaten beten für den Frieden. Trotzdem werden überall noch Kriege geführt. Erst wenn alle Menschen mit Gott in Frieden leben, wird echter Friede erreicht, sagte der amerikanische Offizier.

Der Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 35, Oberst Karl-Heinz Soukal, erklärte in seiner Ansprache, daß vor Gorbatschow es nicht schwierig war, die Notwendigkeit von Streitkräften zu begründen. Er verwies dabei auf die neutrale Schweiz, die auch Streitkräfte besitzt. Die Deutschen haben, begründet in der neueren Geschichte, damit Probleme. Wir Christen aber wissen, daß es das Paradies auf Erden nicht gibt. Die Geschichte und die Erfahrungen zeigen, daß so, wie dem einzelnen Menschen die Entscheidungsmöglichkeit zum Bösen gegeben ist, so auch ganze Staaten und Völker ihren Aggressionstrieben nachgeben. Darum werden die Probleme unserer unvollkommenen Welt auch in Zukunft nicht geringer. Stichworte wie Umweltkatastrophen, Bevölkerungsexplosion und Kampf um Rohstoffe mögen genügen. Stabilität, Frieden und Freiheit bleiben nur erhalten, wenn das Leitwort des Bündnisses „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ beherzigt wird, mahnte der Kommandeur.

Am Ende des beeindruckenden zweisprachigen Gottesdienstes, der von der Jugendmusikgruppe aus Arnstein musikalisch gestaltet wurde, luden Militärpfarrer Witzgall und der Sprecher der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant Wilhelm Stapper, zu einem Stehempfang in den Pfarrsaal, wo neben den beiden oben erwähnten Brigadekommandeuren auch der Kommandeur des Panzergrenadierlehrbataillons und des Panzerbataillons begrüßt werden konnten. Ebenso herzlich begrüßte Oberstleutnant Stapper Herrn Bürgermeister Warmuth und Herrn Oskar Böhm sowie den evangelischen Standortpfarrer Hammelburg, Herrn Militärpfarrer Johannes Gortner.

„Lobet den Namen des Herrn“

Geschichte der Kosaken

Arthur Schopf

Freiheitsliebende russische Wehrbauern, sogenannte „Kosaken“ (der Name kommt aus dem Mongolischen und bedeutet „freie Menschen“), die sich schon im 15. Jh. am Don und an der Wolga zu streitbaren Gruppen zusammenschlossen, haben ihre Rechte im Laufe der Jahrhunderte stets zäh und entschlossen gegenüber dem russischen Staat verteidigt.

Unter Katharina II. gewaltsam unterdrückt, erhielten sie später an allen gefährdeten Grenzen des Reiches eigene Gebiete mit Sonderrechten zugewiesen und stellten außerdem die besten Reiter der russischen Kavallerie. Im Bürgerkrieg erwiesen sie sich als erbitterte Gegner der Bolschewiki und erlitten zu Tausenden das Schicksal der Ausrottung, Flucht und Vertreibung. Trotz oder gerade wegen ihres von Anfang an gefährdeten Lebens hielten die Kosaken jahrhundertlang an ihrem Brauchtum fest.

Nach dem Sieg der Roten gegen die Weiße Armee, schlugen sich die zaristischen Einheiten bis zur Krim durch, wo ein großer Teil der weißrussischen Flotte lag. So flohen die zarentreuen Einheiten in die Türkei. Im zweiten Weltkrieg stellten sich die Kosaken in Europa freiwillig unter deutschen Befehl, in der Hoffnung, zurück in ihre Heimat gehen zu können, u. a. das Kosakencorps Pannwitz mit mehr als 20000 Mann. Die Kosakendivision des Oberst Helmut von Pannwitz bestand aus sieben Regimentern, von denen sich zwei aus Don-Kosaken zusammensetzten.

Nach der deutschen Niederlage wurde die Kosaken von den Westalliierten unter Bruch der Genfer Konvention am 1. Juni 1945 in Lienz in Osttirol an die UdSSR ausgeliefert. Das Schicksal der mehr als 100000 Kosaken samt Frauen und Kinder läßt sich im einzelnen nicht mehr weiter verfolgen. Noch in Lienz nahmen sich viele das Leben oder wurden erschossen. Der Rest trat den langen Weg nach Sibirien an. Der Großteil der Offiziere, darunter auch Helmut von Pannwitz, wurde nach Moskau gebracht, wo sie zum Tod durch Strang verurteilt wurden.

Kosakenchöre

In den zwanziger und dreißiger Jahren kam es in der Emigration zur Bildung von Kosakenchören, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, wertvolles Kulturgut aus dem alten Rußland zu pflegen. So wurden 1921 in der Türkei unter dem Dirigenten Serge Jaroff, einem Mitglied der ehemaligen russischen „Weißen Armee“, der Donkosaken-Chor und 1937 in Deutschland der Schwarzmeerkosaken-Chor gegründet.

Der Chor der Wolgakosaken, der die Tradition dieser Chöre fortsetzt, wurde 1933 von Nicolai Triplitoff ins Leben gerufen, der diese Chorvereinigung in 25 Jahre zum Welterfolg führte. Nach seinem Tod übernahm Oleg Jewesewsky, Sohn eines zaristischen Offiziers, 1958 die Leitung, die seit 1978 Alexander Petrov zusätzlich innehat.

Gastkonzert

Kürzlich gaben die Wolgakosaken in der vollbesetzten Poinger Pfarrkirche St. Michael ein Konzert. Der Chor besteht wohl nur aus 7 Sängern, aber jeder einzelne dieser 7 Männer — den 4 Tenören Oleg Jewsewsky, Marian Majewski, Bohdahn Wloch und Dimitri Wolgin, den 2 Baritons Wassyl Romanow und Stanislaw Stojek und dem Bassisten Alexander Petrov — verfügt über ein so großes Stimmvolumen, daß seine volltönende Stimme auch einen großen Raum leicht auffüllt. Die Wolgakosaken erwiesen sich jedoch nicht nur als stimmliche Künstler, sondern auch als solistische Virtuosen im Mandolinen- und Balalaika-Spiel.

Als Ausdruck tiefer Religiosität brachten die Wolgakosaken in der ersten Hälfte des Konzerts geistliche Lieder zu Gehör. „Lobet den Namen des Herrn“ (aus dem Psalm 135) und „Mit dem Ewigen laßt ruhn“ (aus einem Requiem) waren Gesänge, die beim Publikum einen tiefen Eindruck hinterließen.

Der heiteren Lebenslust waren dann die Lieder des zweiten Teils des Konzerts vorbehalten. Der starke Beifall des Publikums erzwang immer wieder Wiederholungen der einzelnen Darbietungen.

Mit dem zum Schluß gesungenen „Vater unser“ von Rimsky-Korsakoff wurde das Konzert zu einer richtigen Feierstunde, die den Zuhörern noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Wunder heute — was sagt die Bibel dazu?

Akademie für Unteroffiziere und Feldwebel in Regensburg am 27. März 1990

Harald Schäfer

Am vergangenen Dienstag tagte wieder die Akademie für Unteroffiziere und Feldwebel der katholischen Militärseelsorge im Regensburger Kolpinghaus.

Der kath. Wehrbereichsdekan Msgr. Rafoth und der hiesige Militärdekan P. Roland Stemmler, luden zu einem Vortrag mit Prof. Dr. Dr. Hubert Ritt, Ordinarius für bibl. Theologie an der hiesigen Universität, ein.

In fünf Thesen erläuterte er den Standpunkt der biblischen Theologie gegenüber der Wundergläubigkeit des modernen Menschen, der nicht mehr zwischen göttlichem Handeln und Naturgesetz zu unterscheiden weiß.

Zunächst stellte er das Wunder in der von Zeitung und Nachrichten geprägten Umwelt (Wunderkind vom Balkon gefallen — überlebt) den Wundern in der Bibel gegenüber. Man spricht heute sehr schnell von einem Wunder, auch wenn damit noch lange nicht ein ech-

tes göttliches Handeln verbunden ist. Ein Wunder im biblischen Sinn ist und bleibt eine große schöpferische Handlung Gottes. Der biblische Mensch kommt nicht auf die Idee, die Wunder Gottes in Zusammenhang mit einer Durchbrechung der Naturgesetze zu sehen. Das Staunen des Menschen vor dem Kosmos und damit vor dem Handeln Gottes steht im Vordergrund.

In einer zweiten These warnte er dann, angesichts einer um sich greifenden Wissenschaftsverdrossenheit und der apokalyptischen Lebensängste der bedrohten Menschheit, in die Emotionalität und Irrationalität zu flüchten. Als verkopftes Wesen versteht es der Mensch nicht mehr, das Wunder als göttliches Handeln zu deuten, sondern er versucht alles vom Verstand her zu begreifen. Der biblische Mensch bleibt jedoch angesichts eines Wunders eine Einheit, er verwendet Emotion und Verstand gleichzeitig und trennt dabei nicht. In einer dritten These verdeutlichte Prof. Ritt anhand der Wundererzählungen aus dem Neuen Testament seine Aussagen. Wunder sind Erlösungsgeschichten. Sie reden von Gott. Gott handelt dabei im Interesse des Menschen, nie aber gegen den Menschen.

In seiner Schlußthese brachte er den anwesenden Soldaten und deren Ehefrauen nahe, wo sich auch heute in der Gemeinde Wunder ereignen können. Das Wunder der Befreiung (ich werde so angenommen, wie ich bin), das Wunder der Vergebung (mir wird nicht alles nachgetragen und vorgerechnet) sowie das Wunder des totalen Einsatzes für die Ausgebeuteten und die Außenseiter der Gesellschaft. Seine Schlußfrage an uns alle lautete: „Wann wird die Suche nach Gott und die Suche nach dem Menschen wieder zusammengehen?“

Der Vortrag wurde von den 250 Soldaten begeistert aufgenommen; daß Prof. Ritt dabei nicht auf taube Ohren gestoßen ist, zeigte sich in der anschließenden Diskussion.

Informationen aus Kirche und Welt

US-Bischof in Bonn

Einen „Freundschaftsbesuch“ hat der Militärbischof für die amerikanischen Soldaten, Erzbischof **Joseph T. Ryan** (76), seinem deutschen Mitbruder in dessen Bonner Residenz abgestattet. Dabei dankte Ryan Militärbischof **Elmar Maria Kredel** (68) herzlich für die vielen Dienste, die deutsche Militäregeistliche für die US-Streitkräfte und ihre katholischen Soldaten in der Bundesrepublik leisteten. Besonders hob Ryan hervor, daß Militärbischof Kredel durch seine Mitgliedschaft im Päpstlichen Rat für die Militärseelsorge auch der internationalen Entwicklung der Seelsorge an den Soldaten wichtige Unterstützung leiste.

(Kompaß Nr. 7/23.3.90)

Deutschland: „Wer das Evangelium verkündet, erfährt Widerspruch“

Den Priestern und Ordensleuten aus der Erzdiözese Bamberg, die in vielen Ländern der Welt als Missionare wirken, hat der Bamberger Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel für ihren Einsatz im Dienst an den Menschen gedankt und zu weiterem Zeugnis für das Evangelium ermutigt. In seinem diesjährigen Brief zum Weihnachtsfest schreibt der Erzbischof: „Wer das Evangelium verkündet, erfährt Widerspruch.“ Dem Auftrag, für Christus Zeugnis abzulegen, sei um so besser zu entsprechen, je klarer die Krise der modernen Kultur erkannt und je realistischer das Angebot innerweltlicher Wertsysteme eingeordnet werde.

(Militia Sanctae Mariae — Spezial-Information — Nr. 1/1990)

Heinz-Gerhard Justenhoven neuer Öffentlichkeits-Referent im Militärbischofsamt

Bonn, 31.3.: Zum neuen Leiter des Referates „Militärseelsorge und Öffentlichkeit“ im Katholischen Militärbischofsamt, der Kurie des Katholischen Militärbischofs, wurde zum 1. April Diplom-Theologe Heinz-Gerhard Justenhoven (31) bestellt. Zu seinen Aufgaben gehört die Beobachtung und Analyse grundlegender kirchlicher, politischer und gesellschaftlicher Problemfelder, die für die Militärseelsorge von Bedeutung sind, die unmittelbare theologische Zuarbeit für den Katholischen Militärbischof, die Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowohl des Katholischen Militärbischofs wie auch des Katholischen Militärbischofsamtes, das vom Militärgeneralvikar geleitet wird, sowie die Zusammenarbeit mit Institutionen und Verbänden in Kirche und Öffentlichkeit.

Der in Köln geborene Justenhoven war nach Ablegung des Abiturs in Dormagen zwei Jahre Zeit-Soldat der Bundeswehr. Danach schloß sich ein Studium der Philosophie und Katholischen Theologie an der Philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main an. Während seines Studiums war Justenhoven für ein Jahr Stipendiat an der Marquette University/USA. Nach Ablegung des theologischen Diploms war er zuerst wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Theologie und Frieden, das von Prof. Dr. Ernst J. Nagel geleitet wird. Seit 1986 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Nagel bei der Professur für Katholische Theologie an der Universität der Bundeswehr Hamburg.

(KMBA)

Wir gratulieren für die GKS

Das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold wurde Oberst a.D. Hans Georg Marohl wegen seiner Verdienste um die Bundeswehr verliehen. In der Begründung heißt es u. a.: Oberst a.D. Marohl hat sich auch nach seiner Dienstzeit in besonderer Weise für die Anliegen der Bundeswehr und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland engagiert.

Über das verteidigungspolitische Engagement hinaus hat er sich in sicherheitspolitischen Gremien und Organisationen und im Bundesfachausschuß „Verteidigungspolitik der CDU für die Rechte und Interessen der einzelnen Soldaten, besonders der Wehrpflichtigen“ eingesetzt. Die Verwirklichung der Inneren Führung im täglichen Dienst, sinnvolle Ausbildung und menschenwürdige Führung, aber auch angemessene soziale Betreuung der Soldaten waren ihm ein besonderes Anliegen. Als Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und in den Vorständen der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Männer trat Oberst a.D. Marohl nachdrücklich und erfolgreich für die Achtung und Würde des einzelnen Soldaten und für die Anerkennung seines Dienstes zum Schutz der Freiheit und zur Erhaltung des Friedens ein.

(bt)

Kinderschutzzentren

Für eine Einrichtung weiterer Kinderschutzzentren hat sich Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) ausgesprochen. Diese seien „dringend erforderlich“, wenn der Grundsatz „Hilfe statt Strafe“ beim Kinderschutz mehr als eine wohlklingende Absichtserklärung sein solle, erläuterte Frau Süssmuth im Januar in Bonn. Mißhandlung und Vernachlässigung von Kindern in der Gesellschaft seien „erschreckende Tatbestände“, die verstärkt bekämpft werden müßten. Im Bereich des Kinderschutzes sieht die Bundestagspräsidentin nach wie vor „dringenden Handlungsbedarf“. Auch wenn in der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren beträchtliche Fortschritte erzielt worden seien, könnten keineswegs alle Probleme als gelöst angesehen werden. So sei es notwendig, Kinderschutz-

zentren in den Ballungsräumen der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen; auch Probleme im ländlichen Raum dürften nicht aus den Augen verloren werden. (KNA).

Religionsunterricht

Der Erzbischof von Paderborn, Degenhardt, hat den schulischen Religionsunterricht als unverzichtbare Chance für die Kirche bezeichnet, mit denjenigen jungen Menschen in Verbindung zu kommen, die von den Gemeinden nicht mehr erreicht werden. Die Religionslehrer dürften nicht zu Sündenböcken für eine im Elternhaus häufig fehlende oder unzureichende praktische Einführung der Kinder in den Glauben gemacht werden, sagte Degenhardt im Januar in Schwerte. (KNA).

Unsere Solidarität muß mit den Herausforderungen wachsen

GKKE sprach mit Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion

Die Einheit Deutschlands und der politische Wandel in Mittel- und Osteuropa bieten neue Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens. Der Abbau des Ost-West-Konflikts macht nicht nur Mittel frei, die bisher der Rüstung vorbehalten waren. Er kann auch nicht mehr die Entscheidung über die Mittelvergabe so sehr verfälschen wie in der Vergangenheit.

Daß die Völker in Mittel- und Osteuropa mit Erfolg ihr Selbstbestimmungsrecht einfordern, ermutigt auch die Bevölkerung in den Entwicklungsländern in ihrem Streben nach mehr Demokratie, Überwindung von Armut und Hunger, von sozialer Ungerechtigkeit und politischer Unterdrückung durch wirtschaftliche, soziale und politische Reformen in einzelnen Ländern wie im internationalen Verhältnis: dies wird nun das einigende Ziel aller, die sich für eine verbesserte Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Darüber waren sich die Vertreter der evangelisch/katholischen „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ und des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU sowie der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf ihrem Treffen im Rahmen des Entwicklungspolitischen Dialogprogramms am 6. März einig.

Ebenso bestand Einigkeit darüber, daß staatliche und private Solidarität mit dem Süden nicht unter unserem gestiegenen Engagement für die Bevölkerung der ehemals sozialistischen Staaten leiden darf. Darüber hinaus kann eine *gemeinsame* deutsche Entwicklungspolitik beträchtlich an Nutzen und Wirksamkeit gewinnen, da im anderen Teil Deutschlands trotz seiner großen wirtschaftlichen Probleme eine große Bereitschaft zur Entwick-

lungszusammenarbeit besteht. Diesen engagierten Menschen möglichst viele Lern- und Arbeitsfelder anzubieten und unsere Institutionen auf eine gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit einzustellen, muß für uns eine vordringliche Aufgabe sein.

(8.3.1990 — GKKE—PD 1/90).

„Armutsorientierte Entwicklungspolitik“: Streit vorerst beigelegt

Die von einem Professorenteam der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Kommission „Justitia et pax“ vorgelegte Studie über „Armutsorientierte kirchliche Entwicklungsarbeit“ soll nun doch veröffentlicht werden. Das Vorwort wird der Limburger Bischof Franz Kamphaus beisteuern.

Um die etwa 300 Seiten starke Studie hatte es Streit gegeben. Vor allem das internationale katholische Missionswerk Missio fühlte sich durch die in seinen Augen einseitige Ausrichtung auf soziologische und ökonomische Aspekte der kirchlichen Entwicklungsarbeit unzureichend dargestellt und erwartete entsprechende Ergänzungen. Dagegen stellten sich die Professoren, die durch inhaltliche Vorgaben die Freiheit der Wissenschaft gefährdet sahen; schließlich meldeten auch die Bischöfe Erwartungen entsprechend ihrer Verantwortung für die Arbeit der Kommission an. Diese Gemengelage von Konfliktpunkten wurde nun durch zwei — zunächst formal scheinende — Ergänzungen entwirrt. Die Studie, die bei Misereor in einer der Schriftenreihen des Hilfswerks erscheinen wird, erhält den erläuternden und thematisch eingrenzenden Untertitel „Eine sozioökonomische Untersuchung“. Außerdem wird das Vorwort von Bischof Kamphaus die eigene Berechtigung des pastoralen Ansatzes, wie ihn Missio verfolgt, herausstellen. Danach ist eine sozioökonomische Arbeit notwendig, um dem Missionsauftrag gerecht werden zu können. Kamphaus macht dem Vernehmen nach deutlich, daß „Zeugnis geben und Verkündigung“ bei der Entwicklungsarbeit nicht zurücktreten dürfen. Das Vorwort will vor allem die Verschiedenheit der kirchlichen Entwicklungsarbeit deutlich machen. Beobachter gehen nun davon aus, daß zumindest frühere Mißverständnisse ausgeräumt sind. Wobei eingeräumt wird, daß alle Wünsche von Missio nicht in Erfüllung gegangen sind. Das in Aachen und München beheimatete Hilfswerk hätte sich gern stärker in die Studie integriert gesehen. Die von den Gießener Professoren Hans-Rimbert Hemmer und Herbert Kötter verantwortlich betreute Studie konnte aber wegen der sozioökonomischen Themenstellung die Arbeit von Missio nicht so in den Vordergrund stellen wie etwa die von Misereor. Eine Stellungnahme von Missio war zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zu erhalten. Dort will man das Erscheinen des Buches abwarten, damit sich dann der Leser auch selbst ein Bild machen kann.

(KNA—ID Nr. 7/15.2.90).

Kinder- und Jugendhilfe: Gesetzentwurf im Kreuzfeuer

Bis zum Mai muß der Entwurf für ein neues Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), den die Bundesregierung im September eingebracht hat, den Bundesrat passiert haben. Sonst könnte, so hieß es in informierten Bonner Kreisen, bei einer möglichen Wahlniederlage der Niedersachsen-CDU das Gesetz von einer SPD-Mehrheit im Bundesrat gekippt werden. Die Kirchen unterstützen das Gesetz und wünschen eine baldige Verabschiedung. In einer gemeinsamen Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe mit katholischen Verbänden und Einrichtungen heißt es, der Regierungsentwurf sei eine „solide, insgesamt gelungene rechtliche Grundlage für eine zukunftsorientierte, am Wohl des jungen Menschen und seiner Familie ausgerichtete Jugendhilfe“. Zu Einzelfragen mußten sich die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit bei einer Anhörung jedoch auch scharfe Kritik von einigen der 36 geladenen Fachleute und Verbandsvertreter gefallen lassen.

Die wichtigste Forderung vieler Fachleute blieb auch bei der Anhörung des Jugendausschusses ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab drei Jahre. Die derzeitige Formel im Gesetzentwurf, nach der die Länder für einen „bedarfsgerechten Ausbau“ von Tageseinrichtungen für Kinder „Sorge tragen“, war erst nach zähem Ringen zwischen CDU, CSU, FDP und den unionsregierten Bundesländern gefunden worden. Auch die SPD-regierten Bundesländer wandten sich deutlich gegen einen Rechtsanspruch (ID Nr. 2379 v. 16. 11. 89). Die Länder wehren sich dagegen, daß der Bund ihnen die riesigen Investitionen, die zur Schaffung der als fehlend geschätzten 500 000 Kindergartenplätze nötig wären, per Gesetz vorschreibt. Nach der starken Kritik bei der Anhörung wird in der Bonner Koalition die derzeitige Kompromißformel wieder in Frage gestellt. Es müsse geklärt werden, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung der familienpolitischen Sprecher der Union und der FDP-Fraktion, Paul Hoffacker und Norbert Eimer, ob „eine über die bis jetzt vorgesehene Regelung hinausgehende Möglichkeit gefunden werden kann, die Länder und Kommunen stärker auf ihre Aufgaben zu verpflichten, eine ausreichende Zahl an Plätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen“. Gesucht wird, so heißt es in Koalitionskreisen, nach einer „stärkeren Formulierung unterhalb des Rechtsanspruchs“, der sich Niedersachsen aber bisher immer widersetzte. In Bonn besteht nun die Hoffnung, daß Niedersachsen wenige Tage vor der Landtagswahl das KJHG im Bundesrat an dieser Frage nicht scheitern lassen werde.

Der in diesem Gesetzgebungsverfahren häufig wiederholte Hinweis auf fehlende Finanzmittel habe einmal mehr den niedrigen Stellenwert deutlich gemacht, der der Jugendpolitik in der Bundesrepublik beigemessen werde, kritisierte der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in einer schriftlichen Stellungnahme. Zumindest allen „förderungsbedürftigen Kindern“ solle ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeräumt werden, forderte Heiner B. Lendermann, Vertreter des Kommissariates der deutschen Bischöfe, bei der Anhörung. Gefahren sah darin jedoch Sven Borsche von der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Durch die verstärkte Aufnahme von

„Problemkindern“ in die Tageseinrichtungen würden die Gruppen belastet, und sie entsprächen nicht mehr dem sozialen Gefüge in der Gesellschaft. Zudem seien die schon jetzt bis zur Belastungsgrenze beanspruchten Erzieher und Erzieherinnen dann noch mehr gefordert.

Der im Gesetz vorgesehene Ausschluß ausländischer Jugendlicher, die in der Bundesrepublik nicht zumindest aufenthaltsberechtigt sind, von Leistungen der Jugendhilfe stieß bei den kirchlichen Vertretern auf einmütige Ablehnung. Auch die BAGFW, der der Deutsche Caritasverband angehört, sprach sich entschieden dagegen aus, daß eine in der Bundesrepublik „unzureichend geregelte Statusfrage der De-facto-Flüchtlinge zu Lasten von Kindern und Jugendlichen geht“. Gerade diese Jugendlichen, so Borsche, bräuchten verstärkt Hilfen, um ihr „Flüchtlingstrauma“ zu verarbeiten. Für die katholische Kirche betonte Lendermann, ein Ausschluß von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern, die auf längere Zeit in der Bundesrepublik lebten, von Leistungen der Jugendhilfe könne nicht gerechtfertigt werden. Auch in diesem Punkt wird offenbar an einer Nachbesserung des Gesetzentwurfes gearbeitet. Im Jugendausschuß wäre dazu sicherlich eine Mehrheit vorhanden, so ist zu hören, allerdings soll dagegen ein Veto des Bundesinnenministers im Raum stehen.

(KNA—ID Nr. 7/15.2.90)

Trotz einiger Verbesserungen bleiben nicht unbeträchtliche Bedenken

Bischof Dr. Lehmann zur Diskussion um die Neuregelung des Ausländerrechts

Eine Reihe von Verbesserungen sieht die Deutsche Bischofskonferenz in dem vorliegenden Regierungsentwurf eines Ausländergesetzes. Dies geht aus einer Stellungnahme hervor, die der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, im Blick auf die derzeitigen Beratungen abgegeben hat. Dies betreffe vor allem die Änderung zur geltenden Rechtslage bei der Aufenthaltsverfestigung, die Schaffung einer Wiedereinbürgerungsoption, sowie eine erleichterte Einbürgerung von hier aufwachsenden Ausländern.

Allerdings bleiben nach Ansicht von Bischof Lehmann „nicht unbeträchtliche Bedenken“. So sei der jetzt vorliegende Entwurf noch zu kompliziert und die Rechtsverbesserungen seien zum Teil „an eine Vielzahl von schwer erfüllbaren Bedingungen geknüpft“. Einige Einzelbestimmungen erweckten den Eindruck, „daß der Entwurf noch zu viele Elemente enthält, die den Zuzug von Ausländern zu weitgehend begrenzen und die Aufenthaltsrechte der hier schon lange lebenden Ausländer ungebührlich einschränken“.

Nach den Worten von Bischof Lehmann läßt sich die Kirche in ihrer grundsätzlichen Haltung zur Ausländerfrage von ihrer Mitverantwortung für das Gemeinwohl und ihrer Aufgabe, Anwalt der Schwachen zu sein, leiten. Nachdrücklich setzt sich die Kirche dafür ein, das Recht der Familie auf Zusammengehörigkeit zu beachten.

„Insgesamt“, so heißt es abschließend in der Erklärung, „würdigen die deutschen Bischöfe die besonderen Anforderungen, die der Zustrom so vieler Deutscher und Ausländer in das Bundesgebiet an unser Volk und die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen stellt“. Darüber hinaus gebe es viele beispielhafte private und behördliche Hilfsaktionen. Auch die Kirche werde sich nach wie vor in der Ausländerseelsorge und in der sozialen Beratung engagieren. Bischof Lehmann appelliert an alle, „die einzelnen Gruppen der Menschen, die bei uns Zuflucht und Hilfe suchen, nicht gegeneinander“ auszuspielen.

(PD-Aktuell vom 8.2.90)

Kloster auf Zeit

Deutsche Ordensgemeinschaften bieten auch im Jahr 1990 für Frauen und Männer aller christlichen Bekenntnisse, insbesondere für Jugendliche, reichhaltige Möglichkeiten für Tage der Einkehr und der Erholung im Kloster an. Das breitgefächerte Programm umfaßt Angebote zu „Kloster auf Zeit“ (Mitleben — Mitbeten — Mitarbeiten), Wanderfreizeiten, Pilgerfahrten, Ferien im Kloster, zu Informations- und Besinnungstagen, Bibel- und Meditationskursen, Mitfeier der Kar- und Osterliturgie, Pfingsttreffen, Exerzitien etc. für Einzelne und Gruppen.

Die 60seitige Broschüre „Kloster auf Zeit“ mit dem kompletten Programm 1990 aller Frauen- und Männerorden in der Bundesrepublik Deutschland kann angefordert werden bei der *Vereinigung Deutscher Ordensoberen* in 5000 Köln 80, Holsteinstr. 1, Tel. 0221/618230, oder bei der *Vereinigung der Ordensoberinnen Deutschlands* in 5300 Bonn 1, Bonner Talweg 135, Tel. 0228/212115. Einzelexemplare kostenlos, Mehrfachexemplare je DM 2,— Schutzgebühr.

Neu geschaffenes Ökologie-Referat mit erster Publikation

„Die Schöpfung bewahren — Das Umweltengagement in der katholischen Jugendarbeit“

„Die Schöpfung bewahren — Das Umweltengagement in der katholischen Jugendarbeit“ — unter diesem Titel ist jetzt eine neue Publikation innerhalb der Schriftenreihe des Jugendhauses Düsseldorf erschienen. Autoren der 38. Ausgabe sind Peter Kälble (Referat für politische Bildung, Schwerpunkt Ökologie, der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge), der seit Mitte 1989 die neu eingerichtete Ökologie-Stelle bekleidet, und sein Kollege Heinz-Josef Kessmann. Kessmann, ebenfalls Referent für politische Bildung bei der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, bearbeitete zuvor den Themenschwerpunkt Ökologie. Mit der Veröffentlichung wird erstmals ein umfassender Ein- und Überblick über die Spannweite der Aktivitäten im Ökologiebereich innerhalb der katho-

lischen Jugendarbeit gegeben. Die 90 Seiten umfassende Dokumentation soll „die Bedeutung dieser Arbeit noch einmal unterstreichen, gleichzeitig aber auch weitere Aktivitäten und Projekte in den Gruppen und Verbänden anregen“, so die Verfasser in ihrem Vorwort.

Das Heft ist in fünf Teile gegliedert: Einleitend werden einige Krisenerscheinungen unserer Gesellschaft skizziert und die Entwicklung des Ökologie-Themas in der katholischen Jugendverbandsarbeit nachgezeichnet. Im zweiten Teil werden die christlichen Grundlagen des Engagements für die Umwelt und die Konsequenzen für Kirche und Pfarrgemeinden ausführlich dargestellt. Wie sich das Umweltengagement im gesellschaftlichen Raum entfaltet und welchen Schwierigkeiten dabei Jugend(verbands)arbeit begegnet, beschreibt Teil 3. In dem folgenden umfangreichsten Kapitel werden beispielhaft zwölf Initiativen und Projekte aus unterschiedlichen Bereichen katholischer Jugendarbeit vorgestellt. Zum Abschluß zeigen die Verfasser mit den Themen „Schutz der Erdatmosphäre“, „Gentechnologie“ und Rekommunialisierung der Energieversorgung“ drei Bereiche auf, die für ein weiteres umweltpolitisches Engagement in der kirchlichen Jugendarbeit gute Möglichkeiten bieten.

Interessierte können die 90seitige Dokumentation gegen eine Gebühr von DM 2,— plus Versandkosten beziehen über:

Jugendhaus Düsseldorf e. V., Auslieferungsstelle, Postfach 320520, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 02 11/4693—129.

(Arbeitsstelle für Jugendseelsorge d. Deutschen Bischofskonferenz vom 21.3.1990)

Das Ende der Medienabstinenz

Der „Runde Tisch“ hat im Januar der Volkskammer einen Entwurf zur vorläufigen Regelung des Medienrechts in der DDR zugeleitet. In dem 16-Punkte-Sofortmaßnahmenprogramm zur Medienfreiheit wird u.a. den Kirchen und Religionsgemeinschaften „das Recht auf angemessene Darstellung in den Medien zugesichert“. Die katholische Kirche nutzt ihre Chance: Die Berliner Bischofskonferenz will regelmäßig Pressekonferenzen abhalten. Die Pressebeauftragten in den Jurisdiktionsbezirken und die Pressestelle beim Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz arbeiten künftig mit allen Medien zusammen, nicht nur mit den Nachrichtenagenturen.

Rundfunk- und Fernsehübertragungen von Gottesdiensten aus den katholischen Kirchen der DDR werden in Zukunft möglich sein. Dabei müssen Eucharistiefeiern live übertragen werden, während andere Gottesdienste auch zeitversetzt ausgestrahlt werden können. Die Absprache solcher Übertragungen soll über die Pressestelle, die technische Abwicklung über Radio und Fernsehen der DDR erfolgen. Die Zeit der Medienabstinenz ist vorbei.

Auch in anderer Hinsicht nutzte die katholische Kirche in der DDR die Gunst der Stunde. Eine „Katholische Koordinierungsgruppe“ im bischöflichen Amt Magdeburg brachte erstmals Mitte Februar eine politische Wochenzeitung heraus. Unter dem Titel „Magdeburger — Orientierung zum Zeitgeschehen“ wird das zunächst acht Seiten starke Blatt in einer Auflage von 100 000 Exemplaren über die Pfarrstellen in der Region zum Preise von einer Ostmark vertrieben. Finanzielle Unterstützung kommt vom Erzbistum Paderborn. Über das politische Engagement schreiben die kirchlichen Herausgeber in der ersten Ausgabe, daß das Blatt Information und Orientierung für die Katholiken sein wolle, aber auch für andere Christen und alle Suchenden in der Umgestaltung „unserer Verhältnisse zu einer menschenwürdigen Demokratie“.

Unter diesem Vorzeichen trat auch die erste katholische Laienorganisation in der DDR „Katholische Soziale Aktion“ in Erfurt an. Ziel der Laienbewegung ist es, daß nicht nur katholische Amtsträger, sondern auch Frauen und Männer im Namen der katholischen Kirche Stellung nehmen zu politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.

Renate Hackel-de Latour
(Informationen März 1990)

Abkehr vom militanten Atheismus

Im sowjetischen Fernsehen ausgestrahlte Sendungen mit religiösem Inhalt werden nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur APN von den Zuschauern positiv aufgenommen. Ein „großes Auditorium“ finde etwa die wöchentliche Abendsendung „Gedanken über das Ewige — eine moralische Sonntagspredigt“. Ziel dieser Sendung, in der Geistliche, Schriftsteller sowie Kultur- und Kunstschaffende sprechen: die Zuschauer zum Nachdenken „über die geistigen Werte des Lebens“ anzuregen. In der APN-Meldung heißt es weiter, noch vor kurzem „schien es unmöglich“, daß sich in der UdSSR Geistliche im staatlichen Rundfunk oder Fernsehen an die Bevölkerung wendeten. Heute sei sich die sowjetische Gesellschaft jedoch bewußt, welchen „Schaden der jahrzehntelange militante Atheismus“ nicht nur der Kirche, „sondern auch der Gesellschaft insgesamt“ zugefügt habe. Dadurch habe nicht nur die „alte Kultur, sondern auch die Moral der Bürger gelitten“.

(Informationen März 1990)

Informationsschrift

Für alle, die bewußt fernsehen, für Familien und alle Mitarbeiterinnen im erzieherischen Bereich gibt die Katholische Fernseharbeit beim ZDF in Mainz eine Informationsschrift heraus.

Kurze Beiträge über die Wirkung des Fernsehens auf Kinder, Hinweise auf empfehlenswerte Sendungen und aktuelle Sendetermine im ZDF und 3SAT stehen zum Abdruck frei für Elternbriefe, Pfarrblätter und Zeitungen.

Bestellungen und Informationen bei

Katholische Fernseharbeit

Stichwort „Abdruckdienst“

Postfach 2627

6500 Mainz 1

Ein Lob der Unersättlichkeit

Paul Claudel sagt: „Das Unersättliche kann sich nur ans Unerschöpfliche wenden“ (in: Das Mädchen Violaine). Weil nichts in dieser Welt groß genug ist, den Hunger der Seele zu stillen — auch den seliggepriesenen Hunger und Durst nach Gerechtigkeit nicht —, deshalb erst hält der Mensch Ausschau nach Gott.

Wenn er aber diesen Hunger in sich erstickte, wenn er satt würde und stumpf, dann hätte er sich nicht nur den Zugang zu Gott versperrt; er verkümmerte auch als Mensch. Denn was wäre das für eine Liebe, die sagt: „Es ist genug!“, was für ein Erkenntnisdrang, der dem Verstand Grenzen setzte, was für ein Leben, das sich aufspalten wollte, ja was für ein Glück, das nicht Unendlichkeit wünschte!

Der alte Carl J. Burckhardt notiert: „Europa leidet am Ermatten seiner Wunschfähigkeit“ (Briefe, München 1977, 65). Das ist die tödlichste Krankheit der Seele: Nicht einmal mehr Verzweiflung bringt sie dann auf, weil die noch aus geheimen, unerfüllbaren Wünschen wächst, sondern bloß noch Starre, die nach Tod riecht.

Albert Keller SJ
(Informationen März 1990)

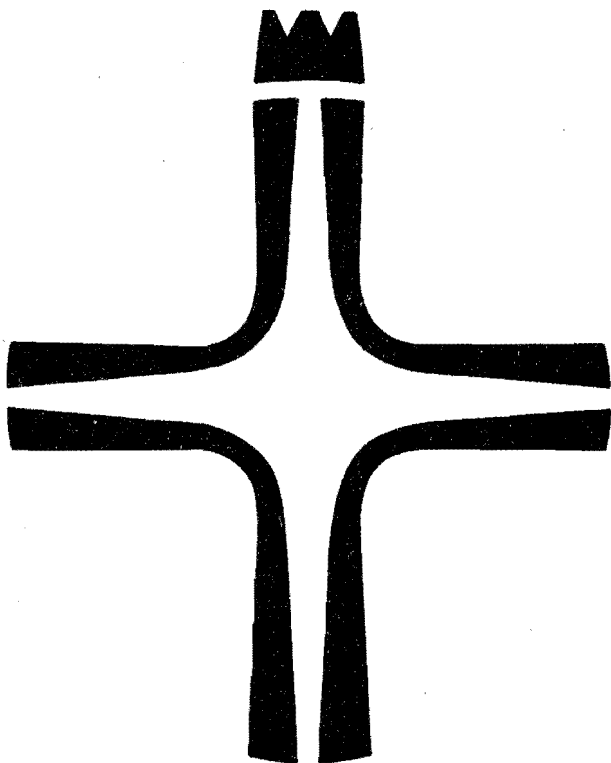
Katholischer Kunst- und Kulturpreis an Andrzej Szczypiorski

Den mit 50000 DM ausgestatteten Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken erhält der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski (Warschau). Der Preis wird ihm am 25. Mai aus Anlaß des 90. Deutschen Katholikentages in Berlin gemeinsam vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, und der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, verliehen. Der Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken soll einen Beitrag zur Förderung der Begegnung von Kirche und moderner Kultur leisten. Die Laudatio bei der Preisverleihung hält der Schriftsteller Horst Bienek.

Mit Andrzej Szczypiorski wird einer der führenden Schriftsteller des neuen Polen gewürdigt. In der Begründung ihres Vorschlages weist die Preisjury darauf hin, daß der Schriftsteller als Erzähler menschlicher Schicksale, als Chronist des 20. Jahrhunderts, als scharfsichtiger Diagnostiker des Massenwahns in Vergangenheit und Gegenwart sich sowohl den Respekt der Kritik wie auch die Aufmerksamkeit eines breiten Leserpublikums erworben habe. Wörtlich heißt es in der Begründung: „Seine Bücher sind reich an Gestalten, differenziert in der Wahrnehmung, subtile Variationen über Größe und Verführbarkeit des Menschen. Sie strahlen Klarheit und Versöhnlichkeit aus. Aus beidem kann Versöhnung zwischen Völkern, zwischen Polen, Deutschen, Juden erwachsen.“

Andrzej Szczypiorski — 1924 in Warschau geboren — nahm 1944 am Warschauer Aufstand teil und war anschließend bis Kriegsende im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach dem Krieg betätigte er sich als Schriftsteller und Publizist. Als führendes Mitglied des polnischen P.E.N.-Clubs gehörte er zu den Vorkämpfern der intellektuellen Opposition in Polen. Nach der Verkündigung des Kriegsrechts am 13. 12. 1981 war er bis zum Frühjahr 1982 interniert. Zu seinen wichtigsten Romanen und Erzählungen gehören „Eine Messe für die Stadt Arras“ (1971) und „Die schöne Frau Seidenman“ (1986). Andrzej Szczypiorski ist einer der Unterzeichner der Erklärung „Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“, die polnische und deutsche Katholiken — darunter auch der jetzige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki — aus Anlaß des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges abgegeben haben.

(aus ZdK Mitteilungen 341/90)



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Klaus Brandt, Oberstleutnant, stellv. Chefred. (verantwortlicher Redakteur
ab 1. 5. 1990)

Wilhelm Lehmkämper (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn,
Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — General-
vikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden
Verlag.